

Das

Volksschulwesen in Frankreich.

Herausgegeben nach den jetzt bestehenden gesetzlichen Bestimmungen
unter Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklung der
Schulverfassung

von

Chr. Schröder

Königliches Groß-Schulinspector in Oldenburg

II. Teil.

Die Volksschule in Frankreich.



KÖLN, 1887

Verlag von M. DuMont-Schubert & Co. in Köln

Druck von M. DuMont-Schubert & Co.

Das

Volksschulwesen in Frankreich.

Dargestellt nach den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen
unter Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklung der
Schulgesetzgebung

von

Chr. Schröder,

Königlicher Kreis-Schulinspektor in Ottweiler.

II. Teil.

Die Volksschule in Frankreich.



KÖLN, 1887.

Verlag der M. DuMont-Schauberg'schen Buchhandlung.

Druck von M. DuMont-Schauberg.

Die
Volksschule in Frankreich

von

Chr. Schröder,

Königlicher Kreis-Schulinspektor in Ottweiler.



KÖLN, 1887.

Verlag der M. DuMont-Schauberg'schen Buchhandlung.

Druck von M. DuMont-Schauberg.

Inhalts-Verzeichnis.

I. Abschnitt.

Geschichte der Volksschule in Frankreich.

	Seite
§. 1. Die französische Volksschule vor 1789	1
§. 2. Die Volksschule während der Revolution	10
§. 3. Das erste Kaiserreich und die Restauration	36
§. 4. Das Unterrichtsgesetz vom 17. Juni 1833	42
§. 5. Das Unterrichtsgesetz vom 15. März 1850	57
§. 6. Das Unterrichtsgesetz vom 10. April 1867	69

II. Abschnitt.

Die jetzt geltenden Bestimmungen über Einrichtung, Aufgabe und Ziel der Volksschule.

§. 7. Die allgemeinen Bestimmungen vom 27. Juli 1882	77
§. 8. Die Dienstanweisung vom 17. November 1883	101
§. 9. Schulsysteme. Die Kinderklassen	105
§. 10. Schulordnung und Schulzucht	114
§. 11. Der Turnunterricht und die Schulbataillone	118
§. 12. Die Schulbücher und die Schulbibliotheken	128
§. 13. Schulhausbauten und Schulausstattung	139

III. Abschnitt.

Die Schulpflicht.

§. 14. Die Zeit der ersten französischen Republik	151
§. 15. Vom ersten Kaiserreich bis zum Ende des zweiten	158
§. 16. Das Gesetz vom 28. März 1882	167
§. 17. Die Ausführungsbestimmungen	172

IV. Abschnitt.

Die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts und die Unterhaltungspflicht.

	Seite
§. 18. Von 1789 an bis zum Gesetz vom 15. März 1850 . . .	180
§. 19. Die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts bis zum Gesetz vom 16. Juni 1881	186
§. 20. Die Unterhaltungspflicht bis zum Gesetz vom 16. Juni 1881	191
§. 21. Die neuesten gesetzlichen Bestimmungen	198
§. 22. Die Schulbaukasse	204

Anhang.

Das Gesetz vom 30. Oktober 1886	218
---	-----

I. Abschnitt.

Geschichte der Volksschule in Frankreich.

§. 1.

Die französische Volksschule vor 1789.

Über die Ausdehnung und den Zustand des französischen Volksschulwesens vor der grossen Revolution von 1789 hat die neueste Lokalforschung vieles aufgeklärt; aber trotzdem ist es unmöglich, ein ganz klares Bild davon zu entwerfen. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Volksschulbildung im Norden, Osten und Südosten des Landes am weitesten verbreitet war, wo der Verkehr mit den benachbarten Völkern ganz besonders das Bedürfnis nach allgemeinerer Bildung rege gehalten hatte. Die Gegenden, in welchen die breiten Volksschichten ganz oder fast ganz des Unterrichts entbehrten, wo auch heute noch der Bildungsgrad mehr oder minder unter dem des übrigen Frankreichs steht, fallen genau mit denjenigen zusammen, in welchen sich die keltische Rasse am reinsten erhalten hat und frei von fremden Einflüssen geblieben ist.¹⁾

In der allgemeinen Bildung nahmen den ersten Rang die östlichen Departements ein. Im Elsaß, in Lothringen, in der Franche-Comté gab es vor Ausbruch der grossen Revolution in allen Pfarrorten Volksschulen, sogar in einer Anzahl kleinerer Dörfer und Weiler; ähnlich war der Zustand in der Champagne, besonders in den Departements Aube, Ober-Marne und Marne, während das Volksschulwesen in den Ardennen sich in ziemlich verwahrlostem Zustande befand. Zahlreiche Schulen waren in Flandern, im Departement du Nord und Pas du Calais, wo sich vornehmlich die Pfarrgeistlichkeit der Schulen annahm, ebenfalls

1) Vgl. Babeau, *L'école de village pendant la Révolution*. Paris 1881, S. 2 ff.

in dem Bistum Rouen, wo sich zu Anfang des 18. Jahrhunderts bereits in drei Vierteln sämtlicher Pfarrorte Schulen befanden; genügend waren die Volksschulverhältnisse für die damalige Zeit im Departement la Manche, während sie in Ile de France nicht so günstig gewesen zu sein scheinen, zumal auf dem Lande. In der Bretagne war die Volksbildung auf niedrigem Standpunkt, indem sich Schulen nur in wenigen Dörfern vorfanden; nach einer aus mehr als 400 dortigen Gemeinden zusammengestellten Übersicht konnten in den Jahren 1786—90 von je 100 Brautleuten durchschnittlich nur 24 Männer und 10 Frauen ihre Namen schreiben; am schlimmsten sah es im Departement Morbihan aus, wo die Durchschnittszahl 10 bzw. 7 betrug. In Ille et Vilaine und an der untern Loire war der Zustand etwas besser, ebenso an der untern Charente und in der Vendée, aber je mehr man sich dem Innern des Landes näherte, um so mehr verminderten sich die Schulen, um so geringer war die allgemeine Bildung. In den Landschaften Limousin und Marche, ebenso in der Auvergne war es um die Schulen schlecht bestellt. Im Departement Puy de Dôme kam auf etwa 20 Ortschaften nur eine Schule, deren Lehrer kaum zu buchstabieren verstand, so daß die Kinder nicht einmal den Katechismus lesen lernten. In der Landschaft Berry sah es noch trauriger aus, indem die Landbevölkerung in tiefer Unwissenheit ihr Leben fristete, ebenfalls in Bourbonnais und Nivernais, wo bei Beginn der Revolution kaum 13 bzw. 9 Prozent der Brautpaare ihre Namen zu schreiben vermochten.

In der Bourgogne war es besser, indem hier die Nachbarschaft der östlichen weiter vorangeschrittenen Provinzen wohlthätigen Einfluß ausübte; die Bistümer Auxerre und Autun waren mit zahlreichen Schulen versehen, welche die Geistlichkeit sorgfältig überwachte; ebenfalls das Departement Côte d'Or, in welchem die Mehrzahl der Landgemeinden Schulen besaß; noch günstiger war es in den an Savoyen angrenzenden Landschaften, in welchen fast alle Pfarreien und eine große Anzahl von Weilern Schulen hatten. In der Dauphiné, in Languedoc und der Provence waren die Schulen weniger zahlreich. Dort bildeten jedoch die Hochalpen und die Thäler der Cevennen eine Ausnahme. In diesen abgeschlossenen Gegenden hatten die Evangelischen ihre letzte Hauptzufluchtsstätte gefunden; die Edikte von 1698 und 1724 betreffs der Gründung von Schulen waren hier mit besonderer Strenge ausgeführt worden.

Die südwestlichen Teile des Landes standen sehr zurück; in Guienne gab es fast nur in den größern Flecken und Städten Lehrer; in der Gascogne war es ähnlich; auch hier fanden sich nur in einem kleinen Bruchteil der Gemeinden Schulen und Lehrer vor.

Die Leistungen der Schule und die Befähigung der Lehrer zumal auf dem Lande waren durchschnittlich gering. In den meisten Gemeinden des Landes wählten die Einwohner selbst die Lehrer, indem dazu weder der Staat noch die Geistlichkeit noch der Gutsherr ein Recht besaß, es sei denn infolge besonderer Stiftungen. In öffentlicher Versammlung, welche nach der Vorfahren Sitte unter freiem Himmel im Schatten eines alten Baumes stattfand, sowie in Gegenwart eines öffentlichen Beamten wurde zwischen den Stimmberechtigten der Gemeinde und dem „Schulmeister“ ein Vertrag auf ein oder mehrere Jahre abgeschlossen; jeder Bewerber mußte die bischöfliche Genehmigung haben, und auf Grund dieser und der weiteren Bürgschaften, welche er für die Erfüllung seiner Pflichten zu bieten schien, wurde er gewählt. Die Kirche bestätigte seine Rechtgläubigkeit und stellte ihm ein Sittenzeugnis aus, der Staat, ohne dessen Erlaubnis keine Schule eröffnet werden konnte, bekümmerte sich vorkommendenfalls nur um Geldfragen und überwachte die Erfüllung der sonstigen, vertragsmäßig eingegangenen Bedingungen. Der Gemeinde blieb dabei ihr volles Recht; sie konnte den Lehrer absetzen, wenn sie mit demselben nicht zufrieden war, und letzterer seinen Verpflichtungen nicht nachkam. Es war eben ein gewöhnlicher Vertrag, welchen die Gemeinde endgültig mit dem Bewerber abschloß. Das schlimmste war, daß die Gemeindeglieder als die einzigen Beurteiler der Lehrbefähigung des Bewerbers auftraten, und da auf dem Lande Lehrer und Küster meist eine und dieselbe Person waren, so gab gewöhnlich die Befähigung im Gesang den Ausschlag bei der Wahl. „Er hat eine Stimme wie ein Schulmeister“, war in einigen Gegenden sprichwörtlich. Bisweilen erstreckte sich die Prüfung auch noch auf die Schreibfertigkeit des Bewerbers.

Die Unwissenheit der größten Mehrzahl der Lehrer verursachte naturgemäß den erbärmlichen Zustand der Schulen; wenn auch viele Gemeinden Schulen besaßen, es fehlten die tüchtigen Lehrkräfte. Der Abbé Coustalon entwirft 1784 ¹⁾ ein ebenso getreues als anschauliches Bild eines damaligen Lehrers: „Es ist ein junger Mensch, welcher der Schule entlassen ist, der sich fürchtet, Soldat zu werden, der Chorknabe in seinem Dorfe war, der soweit lesen kann, daß er die täglichen Gebete in einem Meßbuch findet, der im Kirchenchor singt, der schreibt, obgleich maschinenmäßig und ohne bestimmte Grundsätze, der die vier Grundrechnungsarten leidlich versteht. . . . Er stellt sich vor, läßt seine Stimme erdröhnen wie ein Stentor: man hält ihn für geschickt, er wird unter Beifall gewählt. Der Herr Magister wirft sich, mit dem Chorrock bekleidet, in seiner Kirche in die

1) Cfr. Desprez, L'instituteur, fonctions et devoirs. Paris 1883. S. 6.

Brust, und es fehlt wenig daran, daß er nicht dem Pfarrer Befehle erteilt. Fragt man ihn, welches die Pflichten seines Standes sind und welche Eigenschaften erfordert werden, um das Amt würdig zu verwalten, wie sein Verhalten sein soll den Kindern gegenüber, welche ihm anvertraut werden, so begreift er nicht, was man ihm sagen will; er wird es machen wie die andern, nämlich schlecht. Er hat gesehen, daß sein Lehrer die Kinder strafte, wenn sie nicht lasen oder wenn sie in der Schule schwatzten: er wird es gerade so machen; er hustet mit Würde und der Ton seiner Stimme allein flößt seinen Schülern Schrecken ein... O arme Dorfbewohner, welchen Händen seid ihr überliefert! Kann man sich da noch wundern, daß Unkenntnis und Roheit euer Erbteil ist?“

Schule wurde auf dem Lande ausschließlich nur im Winter gehalten; sie begann mit Allerheiligen und schloß mit Ostern. Die Unterrichtsgegenstände beschränkten sich auf Lesen, Schreiben, Rechnen, Katechismus, Chorgesang und Dienen bei der Messe. Morgens und nachmittags dauerte der Unterricht je drei Stunden mit Ausnahme des Sonntags, an welchem Tage jeder Lehrer die Kinder in den Gottesdienst führte und beaufsichtigte; sodann war der Donnerstag-Nachmittag schulfrei. Die Eltern der Schulkinder zahlten dem Lehrer ein monatliches Schulgeld, welches je nach dem Alter und dem Wissen der Kinder verschieden war: diejenigen Kinder, welche noch buchstabierten, bezahlten weniger als diejenigen, welche schon lasen; mehr wurde für diejenigen entrichtet, welche dazu noch schreiben lernten; bei der Erteilung des Rechenunterrichts wurde der kleine Betrag um ein geringes erhöht.

Zu dem Schulgeld kam noch häufig Wohnung und eine geringe Landdotation. Wenn das Kind zum erstenmal in der Kirche die Epistel sang, erhielt der Lehrer ein Geschenk von den Eltern, gleichfalls bei Gelegenheit der ersten h. Kommunion; zu Neujahr und zu Ostern schickte man dem Lehrer Eier, Speck und Hanf.

Die Hauptthätigkeit des Lehrers war der kirchliche Dienst, für den er auch besonders bezahlt wurde. Nehmen wir einen Vertrag,¹⁾ wie er etwa zu Ende des vorigen Jahrhunderts mit dem Lehrer geschlossen zu werden pflegte, so finden wir als die Verpflichtungen desselben der Reihe nach folgende: 1. Der Lehrer übt die Kinder im Dienen bei der Messe und allem, was dazu gehört. 2. Er muß bei allen Seelen- und Stiftungsmessen läuten und singen. 3. Er muß aushelfen und singen bei allem sonstigen kirchlichen Dienst, bei Prozessionen u. s. w. 4. Er muß den Geistlichen beim Versehen der Kranken begleiten, ihm bei

1) Desprez, a. a. O. S. 289 ff.

der Spendung der Sakramente zur Hand sein bei Tag und bei Nacht. 5. Er muß täglich dreimal die Betglocke läuten sowie das weitere Läuten beim kirchlichen Dienst besorgen. 6. Er muß die Turmuhr regelmäfsig aufziehen. 7. Er muß die zur Feier des Gottesdienstes nötigen Kirchengewänder zurechtlegen. 8. Er muß das Chor kehren an allen Samstagen und vor Festtagen. 9. Er muß die Altäre an den verschiedenen Festzeiten je nach Vorschrift zieren. 10. Er muß bei grofsen Leichenbegängnissen läuten, die nötigen Kirchengерäte zurechtstellen, sowie für das Aufwerfen des Grabes und für die Leichenträger sorgen; ebenso bei Kinderbegräbnissen das Grab machen und die Leiche tragen oder tragen lassen; bei allen Begräbnissen singen und die sonstigen Dienste des Küsters verrichten, ferner die Todesurkunden schreiben und die Gebühren einziehen. 11. Er ist verpflichtet, die Kinder lesen, schreiben und rechnen zu lehren; er muß eine möglichst grofse Zahl von Chorknaben ausbilden und ihnen die kirchlichen Gebräuche erklären, Mittwochs und Samstags Katechismusstunde halten, ferner die Anfänger an den Sonn- und Festtagen unterrichten, während der Pfarrer sich mit den Erwachsenen beschäftigt. 12. Die Schule dauert von 8—11 und von 1—4 Uhr; der Morgenunterricht beginnt mit dem Morgengebet, jeden Tag dasselbe; er endigt mit dem Beten des „Angelus“, welcher abwechselnd französisch und lateinisch gebetet wird. Der Nachmittagsunterricht beginnt mit dem Beten von Glaube, Hoffnung und Liebe sowie andern Gebeten, welche man im Leben oft verrichtet, und endigt mit dem Abendgebet; der Lehrer muß ein genaues Namensverzeichnis aller Kinder der Pfarrei führen, welche lesen lernen, sowie auch den Schulbesuch überwachen; er hat dafür zu sorgen, dafs alles in der Schule bescheiden hergeht, Stillschweigen beobachtet wird und dafs die Kinder fleifsig sind; er darf unter keinen Umständen Geräusch und Wirrwarr dulden. Er muß jedes Kind lesen lassen morgens und nachmittags, die einzelnen nicht der Reihe nach, sondern durcheinander. Die Schüler werden in Rotten oder Klassen eingeteilt nach ihren Kenntnissen; in jeder Klasse müssen dieselben Bücher sein. 13. Die Strafen und Belohnungen müssen durch Liebe geleitet werden; die Rute darf nur im äufsersten Notfalle und nur nach der Stunde gebraucht werden. Für gewöhnliche Vergehen ist die Strafe Knieen, im Wiederholungsfalle Schläge mit der Rute in die offene Hand; Ohrfeigen und Schlagen an den Kopf sind untersagt. Ausweisung aus der Schule ist die grösste Strafe und geschieht nur nach vorheriger Inkenntnissetzung des Pfarrers und der Eltern. 14. Der Unterricht fällt an einem Nachmittage in der Woche aus mit Ausnahme derjenigen Wochen, in welchen Feiertage sind. In den grofsen Ferien bleibt der Lehrer zur Erfüllung der kirchlichen Dienste verpflichtet. 15. Im allgemeinen soll der Lehrer die Kinder täglich zur Messe führen.

16. Ohne Erlaubnis des Pfarrers darf sich der Lehrer nicht aus der Pfarrei entfernen. Während der Schulstunden ist ihm die Beschäftigung mit andern Dingen untersagt; außerhalb derselben und an den schulfreien Tagen kann er ein Handwerk betreiben oder sich mit anderer ehrbarer Arbeit beschäftigen.

Diejenigen Lehrer, welche durch die kirchlichen Dienste nicht gebunden waren, suchten sich im Sommer anderweitige Beschäftigung; man findet unter denselben Handwerker und Tagelöhner, Geiger und Winkeladvokaten. Besondere Bildungsanstalten für Lehrer gab es nicht; die meist geringen Kenntnisse, zumal der ländlichen Lehrer, machten den Lehrerstand verächtlich; die Schattenseiten der Lehrer wurden so gern ins Lächerliche gezogen, und dazu boten letztere thatsächlich oft Gelegenheit. Vollständig in die Hände der Gemeinden gegeben, wurden sie selten in denselben heimisch; „sie werden als Fremde und nicht als Bürger betrachtet,“ schrieben die Lehrer Burgunds 1789 in ihren Klagen an die Abgeordneten der Ständerversammlung. In den Städten, wo die Gelegenheit zur Fortbildung eine grössere war, bildeten die Lehrer Vereine, in welche sie nur diejenigen aufnahmen, welche in einer Prüfung die erforderlichen Kenntnisse dargethan hatten. Die Konkurrenz mit den Brüdern der christlichen Schulen nötigte sie dazu, denn letztere, welche ihre Lehrer in eigenen Bildungshäusern ausbildeten, hatten durchschnittlich eine höhere Befähigung, was auch die Ursache ihrer verhältnismässig grossen Erfolge war. Die Lehrer in den ländlichen Ortschaften hatten eine solche Konkurrenz nicht zu fürchten, denn die Schulbrüder durften nach ihrer Ordensregel nicht allein leben; es mußten ihrer mindestens drei zugleich an einer Schulanstalt unterrichten.

Wiewohl es in einzelnen Gemeinden weltliche Lehrerinnen gab, so gehörte doch die Mehrzahl des weiblichen Lehrpersonals geistlichen Orden an, welche in ihren eigenen Häusern Lehrerinnen ausbildeten, die auf dem Lande die Erziehung der Mädchen übernahmen und von dem betreffenden Orden überwacht wurden. Diese Mädchenschulen trugen jedoch vorwiegend das Gepräge der Bewahrschulen; die Zahl derselben war viel geringer, als die der Knabenschulen, auch standen dieselben in den Leistungen weit hinter den letztern zurück. Es mag dieser Umstand wohl auf die Grundsätze und Ansichten zurückzuführen sein, welche man in betreff der Mädchenbildung überhaupt in Frankreich hatte, indem man für die Sittlichkeit der Mädchen in übertriebener Weise besorgt war. So weigerte sich z. B. eine Lehrerin, die ihr anvertrauten Mädchen im Schreiben zu unterrichten, weil sie befürchtete, die Mädchen möchten ihre Schreibfertigkeit dazu benutzen, dereinst ihren Liebhabern Briefe zu schreiben. Die gemischten Schulen waren besonders von der Geistlichkeit verpönt; aber obgleich die Bischöfe streng diejenigen Schulen verboten hatten, in welchen Knaben

und Mädchen zugleich unterrichtet wurden, so hatte doch dieses Verbot nicht überall durchgeführt werden können. Im 18. Jahrhundert finden wir eine Anzahl gemischter Schulen, welche durchschnittlich von weltlichen Lehrern geleitet wurden.

Von einer einheitlichen Leitung des Volksschulunterrichts war keine Rede; nur der Religionsunterricht erfreute sich derselben; ferner war keine genügende Aufsicht über die Schulen vorhanden, der Staat stand der innern Einrichtung der Volksschulen fremd gegenüber und übte keinen Einfluß aus auf die Heranbildung der Jugend. Das Wahlrecht, das Kündigungsrecht und die Festsetzung des Einkommens der Lehrer hatten, wie wir gesehen, die Gemeinden.¹⁾ Unter einer Herrschaft, welche auf der dreifachen Autorität des Königtums, der Kirche und des Adels begründet war, hatten die Gemeinden betreffs des Volksschulwesens mehr Rechte, als sie jemals später unter einer auf der Herrschaft des Volkes begründeten Verfassung besessen haben. Das eine war Thatsache: die Volksschule in Frankreich war 1789 sehr verbesserungsbedürftig; in diesem Urteil stimmten alle Stände überein. Auch die Anstalten der Brüder der christlichen Schulen ändern an dem Gesamturteil nichts. Wenn ihre Schulen auch den von weltlichen Lehrern verwalteten in vieler Beziehung überlegen waren, so reichte doch die Zahl der ihnen anvertrauten Schüler nicht aus, einen Einfluß auf das Allgemeine auszuüben: die Brüder unterrichteten 1789 etwa 35000 Kinder, also kaum über 1 Prozent sämtlicher Kinder des Landes im Alter von 6—14 Jahren. Die Unterrichtsfächer, in denen sie damals unterrichteten, waren: Biblische Geschichte und Katechismus, Lesen von Gedrucktem und von Handschriften, die Regeln des Anstandes, die verschiedenen Schriftarten, Rechtschreibung, die Grundzüge der Sprachlehre, Rechnen, Zeichnen und Gesang.

Der Geist, welcher unter der alten Herrschaft in dem gesamten Volks- wie höhern Schulwesen herrschte, war ein durchaus christlicher; der Umschwung in dieser Hinsicht trat ein vom Jahre 1760 an, indem der Ruf nach nationaler Erziehung des Volkes immer mehr Boden faßte.

Der Sturm gegen den Jesuiten-Orden, welcher gegen Ende des Jahres 1757 in Portugal begann und dort zur gänzlichen Umwälzung des Schulwesens führte, hatte sich schnell nach Frankreich verpflanzt und erreichte auch dort wenige Jahre nachher die größte Ausdehnung. Der Hauptvorwurf, welchen man den Jesuiten auf dem Gebiete der Erziehung machte, war eben der des Mangels an nationaler Erziehung; in ihren Anstalten wurde das

1) Vgl. Maggiolo, Du droit public et de la législation des petites écoles de 1789—1808. Nancy 1877, S. 24 ff.

Fremde, zumal die klassische Bildung einseitig vorgezogen, die Kenntnis der französischen Sprache sowie der vaterländischen Geschichte dagegen vernachlässigt. Einer der Hauptgegner der Jesuiten, der General-Prokurator de La Chalotais, legte 1763 dem Parlament in Rennes einen „Essai d'éducation nationale“ vor, welchen er noch in demselben Jahre veröffentlichte. Der Hauptgedanke, welcher durch das epochemachende Werk geht, ist die Betonung der Notwendigkeit, daß die Erziehung sich den Sitten des Landes anzupassen habe, der Unterricht müsse verweltlicht werden, die geistlichen Lehrer seien durch weltliche zu ersetzen. Zwischen der Religionslehre und der Sittenlehre unterscheidet er: der Kirche komme es zu, die göttlichen Wahrheiten zu lehren; die Sittenlehren aber und die rein menschlichen Wissenschaften zu verbreiten gehöre zu den Pflichten und Rechten des Staates. Das Erziehungssystem, welches er entwirft, gilt zunächst nur für die höhern Studien; wie sehr gering seine Ansicht von der Bildung des Volkes ist, zeigen seine Grundsätze über den Volksschulunterricht: das Wohl der Gesellschaft erfordert es, daß die Kenntnisse des Volkes sich nicht weiter erstrecken als seine Beschäftigungen; die Brüder der christlichen Schulen, welche man Ignorantiner nennt, sind noch hinzugekommen, um vollends alles zu verderben; sie unterrichten im Lesen und Schreiben Leute, die nichts weiter hätten lernen dürfen, als Hobel und Feile zu gebrauchen, was sie nun aber nicht mehr thun wollen. Eine solche Anschauung, für welche Voltaire¹⁾ ihm dankte und mit welcher er sich ausdrücklich einverstanden erklärte, hatte damals nicht nur der Adel, sondern auch viele sogenannte Aufklärer, welche nicht daran dachten, den Besitz der Weisheit mit Unebenbürtigen zu teilen; es galt in Frankreich als eine Regel der Staatsklugheit, die Masse des Volkes in Unwissenheit zu lassen.

De La Chalotais war der erste, welcher in Frankreich von einer nationalen Erziehung gesprochen; das Wort zündete über die Grenzen Frankreichs hinaus. Kaum erschienen, wurde sein Werk ins Holländische, Deutsche und Russische übersetzt. Im Gegensatz zu de La Chalotais und Voltaire betonte Rolland, Vorsitzender des Pariser Parlaments von 1762, die Notwendigkeit der Bildung aller Volksklassen. In seinem Erziehungsplan, welchen er 1762 veröffentlichte, behauptet er, daß die Erziehung

1) „Je vous remercie de proscrire l'étude chez les laboureurs. Moi, qui cultive la terre je vous présente requête pour avoir des manœuvres et non des clercs tonsurés.“ Brief Voltaires an de La Chalotais vom 28. Febr. 1763. An einer andern Stelle sagt Voltaire: „Il y aura toujours et il est indispensable au bonheur des États, qu'il y ait toujours des gueux ignorants.“ Cf. Compayré, Histoire critique des doctrines de l'éducation en France depuis la seizième siècle. 4. Aufl. Paris 1883, Bd. 2, S. 259.

niemals zu weit ausgedehnt werden könne und daß es keine Klasse von Bürgern geben dürfe, welche von der Wohlthat des Unterrichts ausgeschlossen sei.

Die Kunst des Lesens und Schreibens soll allgemein verbreitet sein, weil sie den Schlüssel zu allen andern Wissenschaften bietet. Ohne diese sind die Unterweisungen der Geistlichen vergebens, das Gedächtnis nicht hinreichend zuverlässig. Das Lesen allein kann für die Dauer das dem Geiste einprägen, was man nicht mehr vergessen soll. Auch Rolland hat zu den Schulbrüdern kein Vertrauen, welche seines Erachtens der strengsten Überwachung bedürfen; andere Orden erscheinen ihm weniger gefährlich, „aber“, sagt er, „die Erfahrung hat gezeigt, daß die Ordensangehörigen ohne Ausnahme ihrem Orden näher stehen, als ihrem Vaterlande“. Deshalb redet er mit Eifer für die Erziehung der Jugend durch weltliche Lehrer; er betont die Unterstellung sämtlicher Unterrichtsanstalten unter eine einzige Behörde; auch die von Privaten gegründeten Anstalten müssen unter der Aufsicht des Staates stehen, ohne dessen Genehmigung sie nicht eröffnet werden dürfen. In der Einheit des Unterrichts, dessen Mittelpunkt Paris sein soll, erblickt er das einzige Mittel, zur Einheit der Sitten sowie zur Einheit der Gesetze zu gelangen; nur auf diesem Wege werde ein gemeinsamer Nationalgeist, ein gemeinsamer Nationalcharakter, ein gemeinsames Nationalrecht erzielt; nur so werde die Liebe zum Vaterlande lebendig gemacht und erhalten.

Die Ansicht, daß die Erziehung und der Unterricht vom Staate in die Hände genommen werden müsse, zunächst der höhere Unterricht, wurde von den Encyklopädisten gleichfalls warm verteidigt. Die Ausdehnung des Unterrichts auch auf die untern Volksklassen, das nationale Gepräge der Erziehung beschäftigte die Geister immer mehr; Diderot forderte sogar, daß der Unterricht nicht nur allen zugänglich gemacht werden solle, sondern auch obligatorisch und unentgeltlich sei; die russische Kaiserin Katharina II. hatte er auf Deutschland hingewiesen, welches durch seine gut eingerichteten Volksschulen zum Vorbild dienen könne. In den Parlamenten wurde die Schulfrage eifrig erörtert und die öffentliche Meinung durch die Presse immer mehr umgestimmt. Reiche Nahrung fand der Gedanke nationaler Erziehung in den allgemeinen Verhältnissen. Die schmachvolle Rolle, welche Frankreich im siebenjährigen Kriege gespielt, verursachte, daß die Besiegten den Einrichtungen der Sieger mehr Aufmerksamkeit schenkten; der Geist nationalen Aufschwungs, der Spott und die Verachtung über die zerbröckelten Überbleibsel ehemaliger Machtstellung unter Ludwig XIV., die Aufklärung, welche sich durch die neue philosophische Richtung nach allen Seiten hin geltend machte, das Streben der Philanthropen und das allseitige Rufen nach Hebung der weniger gebildeten Klassen, alles dies hätte die Regierung

darauf hinweisen müssen, daß der höchste Augenblick gekommen, mit kräftiger Hand die Volkserziehungsfrage in den Vordergrund zu drängen und zu handeln, ehe es zu spät war. Der letzte Mann, welcher das bereits dem Schicksal verfallene Königtum der Bourbonen auf die Notwendigkeit der Reformen auch auf dem Gebiete der Erziehung und des Unterrichts mit Freimut hinwies, war der Minister Turgot. In seiner 1775 an den König gerichteten Denkschrift betont er als die erste und wichtigste aller Einrichtungen des Königreichs die Bildung eines nationalen Erziehungsrats, um durch denselben die Erziehung der gesamten Jugend nach einheitlichen Grundsätzen zu regeln, deren Hauptziel das öffentliche Wohl sei. In klaren Worten fordert er nationale und bürgerliche Erziehung: die Kenntniss der Bürgerpflichten muß die Grundlage aller andern Kenntnisse bilden; Bürger heranzubilden ist ihm Hauptziel der Erziehung. Weiter beklagt er sich über die bisherige religiöse Erziehung des Volkes durch den Klerus. Sie ist mangelhaft, insofern sie sich nur auf die Dinge des Himmels beschränkt, sie genügt vor allem nicht für die sittlichen Beziehungen, welche die Bürger untereinander zu beobachten haben. Dann fährt er fort: „Ihr Reich, Sire, ist von dieser Welt. Ohne ein Hindernis derjenigen Erziehung in den Weg zu legen, welche sich mit den höhern Dingen beschäftigt, die schon geordnet ist und ihre Träger hat, glaube ich Ihnen nichts für Ihr Volk vortheilhafteres vorschlagen zu können, als allen Ihren Unterthanen eine Erziehung geben zu lassen, welche denselben die Verpflichtungen klarlegt, die sie der Gesellschaft und Ihrer fürsorglichen Macht schuldig sind, welche sie mit den Pflichten bekannt macht, die diese Verpflichtungen ihnen auferlegen, sowie mit den Interessen, welche sie an der Erfüllung dieser Pflichten für das öffentliche und das eigene Wohl haben. Diese sittliche und bürgerliche Erziehung fordert eigens dazu mit großer Sorgfalt verfaßte Bücher und einen Lehrer in jeder Pfarrei, welcher die Kinder darin unterrichtet, sowie in der Kunst des Schreibens, des Lesens, des Rechnens, des Messens und in den Grundlehren der Mechanik.“ Von dieser Erziehungsreform versprach sich Turgot baldige Wiedergeburt des ganzen Volkes, aber der König ging nicht darauf ein; der Schluß seiner Bemerkungen zu dieser Denkschrift Turgots war: „Man soll keine gefährlichen Versuche anstellen, wenn man das Ende derselben nicht absieht.“

§. 2.

Die Volksschule während der Revolution.

Die Aufträge der Wähler der französischen Reichsstände, welche letztere auf den 5. Mai 1789 zusammenberufen waren,

beweisen zur Genüge, daß die Reform auf dem Gebiete der Erziehung und des Unterrichts zu den brennendsten Tagesfragen gehörte. Wenngleich auch die Landbevölkerung ihren diesbezüglichen Klagen und Wünschen weniger Ausdruck verlieh, weil sie zunächst näherliegende Sorgen über leibliche Notdurft, Eigentum, Steuern und persönliche Freiheit hatte, auch größtenteils bei ihrem niedrigen geistigen Standpunkt den Mangel an Bildung nicht so sehr fühlte, so waren die Rufe nach Unterrichtsreform aus dem Bürgerstande sowie auch teilweise aus der Geistlichkeit und dem Adel um so dringlicher und lauter. Im allgemeinen begegnete man sich in dem Wunsche, daß ein Erziehungssystem geschaffen werde, welches alles das in sich begreife, was ein guter Christ, ein guter Bürger, ein guter Familienvater und ein seinen Mitmenschen nützliches Individuum wissen muß; vor allem aber müsse das Landvolk über die schädlichen Irrtümer und Vorurteile, in denen es befangen, aufgeklärt werden. Die einen forderten für den Volksschulunterricht die Grundlehren der bürgerlichen Moral und der Verfassung des Landes, andere unentgeltlichen Unterricht, die Errichtung von Knaben- und Mädchenschulen in sämtlichen Pfarrorten des Landes, die Ausdehnung des Erziehungssystems auf alle Bürger; die Geistlichkeit von Lyon verlangte, daß die Erziehung einer besondern, unterrichtenden Körperschaft anvertraut werde, deren Mitglieder nur wegen Unfähigkeit, schlechten Betragens und Nachlässigkeit im Dienst absetzbar seien, der Adel daselbst äußerte den Wunsch, daß man der Erziehung beider Geschlechter ein nationales Gepräge gebe; andere wieder forderten die Bildung eines Unterrichtsrats, zusammengesetzt aus den wissenschaftlich gebildetsten Männern der Hauptstadt und der Provinzen sowie aus Bürgern der verschiedensten Lebensstellungen, um ein nationales Erziehungssystem für alle Gesellschaftsklassen zu entwerfen. Die Grundgedanken, welche hervorgehoben werden, sind also: 1. Schaffung eines auf nationaler Grundlage fußenden Erziehungssystems zur Heranbildung der Bürger; 2. Ausdehnung des Unterrichts auf beide Geschlechter und auf alle Stände; 3. Bildung einer besondern unterrichtenden Körperschaft; 4. Einsetzung einer Unterrichtsbehörde für das ganze Königreich; 5. Unentgeltlichkeit des Unterrichts.

Thatsache ist es, daß sich die öffentliche Meinung der Ansichten von de La Chalotais, Rolland und Turgot weithin bemächtigt hatte, obwohl es auch nicht an entgegengesetzten Stimmen fehlte, wie z. B. in den „Cahiers“ der Geistlichkeit von Paris und Verdun, welche das gesamte Schulwesen den Bischöfen unterstellt wissen wollten.

Den allgemeinen Ruf nach Neuordnung und gänzlicher Umgestaltung des öffentlichen Unterrichts konnte die konstituierende Versammlung nicht unbeachtet lassen; wie wichtig man gerade

die Schulreform erachtete, beweist die große Menge von Schriften über die Umgestaltung des Schulwesens und der Erziehung, unter welchen die der Oratorianer Paris, Villiers, Daunou, sowie die in den hinterlassenen Papieren des Mirabeau vorgefundene Arbeit die bedeutendsten waren.

Das erste amtliche Schriftstück über die Umgestaltung des Schulwesens ist der Bericht¹⁾ von Talleyrand, welchen er im Namen des Verfassungsausschusses der konstituierenden Versammlung am 10. und 11. September 1791 vortrug, dessen allgemeine Gesichtspunkte in der Verfassung von 1791 bereits niedergelegt waren. Der Entwurf des ehemaligen Bischofs von Autun ist als der Ausdruck der Ansichten des liberalen Frankreichs beim Beginn der großen Staatsumwälzung anzusehen; auf die Entwicklung des Schulwesens in der Revolutionszeit und auf die Gestaltung der spätern Entwürfe hat er bedeutenden Einfluß ausgeübt.

In den Erläuterungen zu seinem Entwurf führt Talleyrand aus, daß das allgemeine Stimmrecht die allgemeine Bildung verlange: jetzt, wo das Volk sich das Recht errungen hat, selbst die Gesetze zu geben, wo die gesetzgebende Gewalt von der vollstreckenden Gewalt getrennt und jeder berufen ist, teilzunehmen an der Entwicklung des Landes, muß die allgemeine Bildung um so eifriger gepflegt werden; denn soll die neue Verfassung wirklich fruchtbar werden, soll sie in Fleisch und Blut der Nation übergehen, so kann nur die Erziehung und Bildung sie beleben. Indem Talleyrand streng auf der Grundlage der Freiheit und Gleichheit fußt, erklärt er, daß der Unterricht allen ohne Ausnahme dargeboten werden müsse. Keine Körperschaft, weder eine geistliche noch eine weltliche, darf ein ausschließliches Vorrecht an der Unterrichtserteilung genießen; in seinen Zielen muß der Unterricht ebenfalls allgemein sein, so daß keinem die Möglichkeit verschlossen ist, alles lernen zu können. Talleyrand unterscheidet zwischen der allen Menschen unumgänglich notwendigen Bildung (*instruction élémentaire*) und der auf dieser Grundlage erweiterten Bildung, welche letztere er als nützlich bezeichnet, die aber nicht jedermanns Sache ist. Die Grundlage jeglicher Erziehung ist die Verfassung und die Erklärung der Menschenrechte, des Katechismus der Jugend. Auf Grund dieser Kenntnisse soll das Kind die Verfassung lieben, um sie als Mann verteidigen und vervollkommen zu können.

Als Ziel des Volksschulunterrichts bezeichnet er die Unterweisung aller Kinder in ihren ersten und unumgänglich notwendigen Pflichten; die Kinder sollen sich diejenigen Grundsätze zu

1) M. Gréard: La législation de l'instruction primaire en France depuis 1789 jusqu'à nos jours. Paris, 1874 Bd. I. S. 2 ff.

eigen machen, welche zur Richtschnur ihrer Handlungen dienen müssen, damit sie, bewahrt vor den Gefahren der Unwissenheit, die glücklichsten Menschen und brauchbarsten Bürger werden.

Vor dem Alter von sechs Jahren darf kein Kind in die Schule aufgenommen werden. Die Fächer, welche er dem Volksschulunterricht zuweist, sind folgende: 1. Lesen, sowohl von Druckschrift als von Handschriften. 2. Schreiben; die Schreibvorlagen erinnern die Schüler an ihre Rechte und Pflichten. 3. Die französische Sprache. Auf die Reinheit der Sprache legt er ganz besonderes Gewicht und ist ein Feind aller fremden Dialekte. Die Einheit der Sprache hält er für eine wesentliche Grundbedingung der Einheit des Staates. 4. Die einfachen Rechenregeln. 5. Die Grundregeln des Messens. 6. Die Namen der Dörfer des Kantons; die Namen der Kantone, Distrikte und Städte des Departements; die Namen derjenigen Städte außerhalb des Departements, zu welchen die Heimat die meisten Beziehungen hat. Als weitere Unterrichtsgegenstände der Volksschule nennt er: 1. die Grundlehren der Religion; 2. die Grundlehren der Moral, besonders die Beziehungen des Menschen zu seinem Nebenmenschen; 3. einfache und klare Unterweisungen über die allen Bürgern gemeinsamen Pflichten und über die Gesetze, deren Kenntnis allen Bürgern unumgänglich notwendig ist; 4. Beispiele, tugendhafte Handlungen, welche die Kinder am nächsten berühren, mit Angabe der Namen der tugendhaften Bürger und ihres Vaterlandes.

In den Städten und Flecken von mehr als 1000 Einwohnern werden die Kinder in den Anfängen des geometrischen Zeichnens unterrichtet; während der Pausen treten Spielübungen ein, die geeignet sind, den Körper zu kräftigen und zu entwickeln.

Für die Knaben bestimmte er keine Frist der Entlassung aus der Schule; dagegen läßt er das Verweilen der Mädchen in der Volksschule über das achte Lebensjahr hinaus nicht zu, indem er für die Mädchen eine Erziehung ganz anderer Art nötig erachtet als für die Knaben. Die Frauen haben mit der Politik und dem Staatswesen nichts zu schaffen, denn die Beschäftigung mit diesen Dingen widerspricht ihrem Interesse, ihrer Natur und ihrer Bestimmung; das Ziel der Mädchen-Erziehung muß sich auf die Befähigung zur Verwaltung des Haushaltes richten. Für diejenigen Mädchen, welche im elterlichen Hause nicht erzogen werden können, muß jedes Departement die erforderliche Anzahl von Erziehungshäusern einrichten unter der Leitung tüchtiger Lehrerinnen, deren tugendhaftes Betragen dem öffentlichen Vertrauen hinlängliche Sicherheit bietet. Weitere Anstalten sollen gleichfalls in den einzelnen Departements gegründet werden, um den der häuslichen Erziehung entbehrenden und aus der Volks-

schule bereits entlassenen Mädchen genügende Gelegenheit zu gewähren, sich in den ihrem Geschlechte passenden Gewerben auszubilden.

Die Aufsicht über die Schulen steht dem König zu. Dieser ernennt einen Ausschufs für den öffentlichen Unterricht, welcher die Grundsätze der Erziehung für das ganze Reich regelt und vervollkommnet. Der Ausschufs führt die Oberaufsicht über alles, was auf das Volksschulwesen Bezug hat; er muß der Nationalversammlung jährlich über den Fortschritt des Unterrichtswesens Bericht erstatten. Titel 19 des Entwurfs betont endlich den Grundsatz der Freiheit des Unterrichtes, indem es jedem Privatmann freistehen soll, unter Beobachtung der allgemeinen Gesetzgebung über das Schulwesen Unterrichtsanstalten zu gründen; nur sind die Gründer gehalten, den betreffenden Gemeinderat in Kenntniss zu setzen und ihre Lehrpläne zu veröffentlichen.

Die Einrichtung des gesamten Unterrichtswesens ist der in der Verfassung bereits ausgesprochenen Gliederung der Verwaltung nachgebildet: an den Hauptorten des Kantons sollen die Volksschulen sein, an den Hauptorten der Distrikte die Distriktsschulen, welche zum Sekundärunterricht gehören, an den Hauptorten der Departements die Departementsschulen, welche den Fakultäten entsprechen und zu besonderm Lebensberuf heranbilden; die Krone des Ganzen bildet das Nationalinstitut in Paris, welches alles in sich vereinigt und die bisherigen 23 Universitäten des Landes zu ersetzen bestimmt ist. Denjenigen Söhnen ärmerer Eltern, welche sich durch Fleiß und Befähigung würdig zeigen, soll der Besuch der höheren Schulen durch Gründung staatlicher Freistellen ermöglicht werden.

Der Versammlung, besonders der Linken, behagte der Gesetzesentwurf nicht; weder die Sektionen noch die Klubs billigten denselben; den meisten Anstoß erregte der Vorschlag zur Einsetzung eines Aufsichtsausschusses, dessen Ernennung dem König zustehe; es sei dies, sagte ein Redner, eine Körperschaft, welche den Unterricht der Verfügung der Nation entziehe, und dies könne durchaus nicht zugegeben werden. Die Versammlung beschloß Vertagung der Beratung des Entwurfs; die Ereignisse waren schon zu weit vorangeschritten, um auf diesem Standpunkte der Mäßigung stehen bleiben zu können.

Die gesetzgebende Versammlung, welche am 27. September 1791 ihre erste Sitzung hatte, stand zu sehr unter dem Druck der Presse und der politischen Parteien, um die zur Beratung eines Schulgesetzes notwendige Ruhe und Zeit zu finden. Der von der Versammlung gewählte Ausschufs des öffentlichen Unterrichtes setzte sich unverzüglich mit den Behörden der einzelnen Landesteile in Verbindung, um sich zunächst über den gegenwärtigen Zustand des Volksschulwesens Sicherheit zu verschaffen;

zugleich beauftragte er Condorcet, eines seiner Mitglieder, mit der Anfertigung eines neuen Gesetzentwurfs.

Condorcet, der Partei der Girondisten angehörend, ein berühmter Mathematiker, ist wohl der bedeutendste von allen Männern der Revolution, welche sich mit der Umbildung des Schulwesens befaßt haben; sein Entwurf,¹⁾ radikaler und sich noch weiter von den alten Überlieferungen entfernend, als der seines Vorgängers, gilt heute noch vielen als ein pädagogisches Meisterwerk. Er geht von dem Grundsatz aus, daß ohne allgemeine Bildung die Freiheit eine Gefahr, ein Übel sei und keinen Bestand haben könne. Gesetzlosigkeit oder Gewaltherrschaft ist die notwendige Zukunft der Völker, welche frei, aber nicht gebildet sind. Denn sie machen von der zu vorzeitig erworbenen Freiheit nur Gebrauch, um alles umzustürzen, je nach dem Grade ihrer Leidenschaften, oder um sich, von Streitigkeiten ermüdet, irgend einem Tyrannen zu Füßen zu werfen. Einen bestimmten Grad der Bildung hält Condorcet für alle Menschen notwendig; derselbe wird dadurch begrenzt, daß ein jeder soviel Bildung erhalten muß, als zur gewissenhaften Erfüllung der Bürgerpflicht notwendig ist. Die Bildung kann indes nicht für alle die gleiche sein; Ungleichheit in den Kenntnissen wird stets bestehen und bestehen müssen, weil sie begründet ist in einer Anzahl von Vorbedingungen, als da sind Vermögen, Muse, Anlagen u. s. w.; aber indem er weiter behauptet, die von ihm geforderte, allen Menschen zukommende Bildung müsse soweit gehen, daß sie jede Abhängigkeit beseitige, schießt der gelehrte Girondist über das Ziel hinaus. Denn unabhängig ist und wird in der menschlichen Gesellschaft niemand; dort gilt das Gesetz der Arbeitsteilung; wer ganz unabhängig sein wollte, müßte die Gesamtheit des Wissens besitzen, und diese zu erwerben ist eine Unmöglichkeit.

Während für Condorcet der Unterricht die wahrhafte Quelle der öffentlichen Sittlichkeit und des Fortschrittes der Humanität ist, erwachsen die Laster des Volkes aus dem Bedürfnis, die Langeweile zur Zeit der Muse nicht durch geistige Beschäftigung, sondern durch sinnliche Genüsse zu verscheuchen. Der Grundgedanke seines Systems ist die Hebung der Sittlichkeit durch geistige Beschäftigung. Die Weinflasche soll durch das Buch, das Wirtshaus und die schlechten Häuser durch Bibliotheken ersetzt werden. Die geistige Beschäftigung ist möglichst angenehm zu machen als wirksames Gegengewicht und als Rüstzeug gegen den Reiz sinnlichen Genusses. Erziehung und Unterricht sind die richtigen Faktoren des einzig wahren, niemals endigenden Fort-

1) Gréard, a. a. O. Bd. I. S. 748 ff. Vgl. Condorcet, Rapport et projet de décret sur l'organisation générale de l'Instruction publique (Introduction et commentaires par Gabriel Compayré). Paris, Hachette, 1883.

schritts. An die Unsterblichkeit der Seele und ein zukünftiges Leben glaubt Condorcet nicht; daher tröstet er den einzelnen mit dem unendlichen Fortschritt des menschlichen Geistes auf Erden. Er glaubt, daß durch diesen Fortschritt einst die Zeit kommen wird, wo es keine Krankheit mehr unter den Menschen giebt, und der Tod nur noch durch außergewöhnliche Umstände eintritt; ebenso werden durch Erziehung und Bildung die Krankheiten der Seele, die Fehler und Laster, dereinst ganz schwinden. Der einzelne Mensch ist ein thätiges Glied des großen Ganzen und der Mitarbeiter an einem ewigen Werke; er ist auch zu möglichst angestrenzter Thätigkeit verpflichtet, weil die Arbeit für ihn selbst gleichzeitig Arbeit für die Zukunft der Menschheit ist.

Er erörtert sodann zwei Hauptfragen: 1. Wie weit erstreckt sich das Recht und die Gewalt des Staates auf dem Gebiete der Erziehung und des Unterrichts? 2. Ist die Erziehung der Mädchen dieselbe wie die der Knaben?

Die erste Frage beantwortet er dahin, daß der Staat nur bis an die Schwelle des Gewissens seiner Unterthanen zu gehen berechtigt ist. Die Begriffe Unterricht und Erziehung trennt er; das Gebiet des Unterrichts, die Übermittlung positiver Kenntnisse und Thatsachen steht dem Staate zu, auch die der Sittenlehre, insoweit sie auf der Vernunft begründet ist; die Erziehung, deren Gebiet in der Pflege der religiösen und politischen Überzeugung beruht, ist dagegen ein dem Staate versagtes Feld. Der Staat muß sich damit begnügen, dem Kinde die Verfassung als ein Faktum hinzustellen, nicht aber als etwas Heiliges, Ewiges, Unverletzliches, denn dies würde nichts anderes sein, als den Bürgern ein politisches Glaubensbekenntnis aufdrängen. Der öffentlichen Gewalt steht es nicht zu, die Entwicklung neuer Wahrheiten, die Lehre neuer Anschauungen zu verhindern, welche ihren augenblicklichen Interessen oder ihrer besondern Politik entgegenstehen. Die eigentliche religiöse und politische Erziehung ist Sache der Familie.

Eine einheitliche Erziehung durch den Staat würde die Rechte der Eltern verletzen; sie würde ungerechterweise den Despotismus des Staates an die Stelle der Autorität der Familie setzen, sie würde die Freiheit und Unabhängigkeit der Meinung verletzen, welche doch vor allem geachtet werden müssen.

Die zweite Frage bejaht er ohne Rückhalt und fordert die volle Gleichheit in der Erziehung der beiden Geschlechter, obwohl er die politische Gleichstellung der Frau mit dem Manne und deren Teilnahme an der Verwaltung öffentlicher Ämter nicht befürwortet. Knaben und Mädchen müssen gemeinsam erzogen werden; der Unterricht für die Mädchen ist erforderlich: 1. damit sie später ihre Kinder erziehen können, deren natürliche Lehrerinnen sie sind; 2. damit sie ebenbürtige Gefährtinnen ihrer

dereinstigen Gatten werden, an deren Beschäftigungen teilnehmen, sich für deren Arbeiten interessieren und ihnen überhaupt geistig folgen können, wodurch das Glück der Ehe bedingt ist; 3. damit sie in der Lage sind, durch gemeinschaftliche Unterhaltung und gemeinschaftliches Lesen jene Flammen des Geistes und des Herzens, welche frühere Studien bei ihren Männern entfacht haben, weiter zu pflegen und zu nähren; 4. weil beide Geschlechter ein gleiches Anrecht auf Erziehung und Unterricht haben.

Das Zusammenleben der Geschlechter kann in den Beschäftigungen des täglichen Lebens nicht vermieden werden: warum soll die Schule dasselbe fürchten, in welcher es weniger Unzulänglichkeiten mit sich führt, als außerhalb derselben? Die Sitten werden durch die tägliche Annäherung bessere und viele Eindrücke schwinden, die durch die Trennung der Geschlechter hervorgerufen werden. Das Zusammensein der Geschlechter fordert er auch für den Unterricht über die Volksschule hinaus.

In seinem Gesetzentwurf unterscheidet er fünf Unterrichtsstufen:

1. die Volksschulen; sie sollen die allen Bürgern notwendigen Kenntnisse vermitteln; in den Orten von 400—1500 Einwohnern soll je eine Volksschule sein; in den Orten von 1500 bis 4000 Einwohnern entweder zwei Schulen, je mit einem Lehrer und einer Lehrerin, oder aber eine einzige Schule mit denselben Lehrkräften. Je nach der Bevölkerung steigt im letztern Verhältnisse die Anzahl der Schulen; die Ortschaften mit weniger als 400 Einwohnern, welche von den größern Orten zu weit entfernt sind, sollen zu einem Schulbezirk mit je 400—1500 Einwohnern unter einem Lehrer zusammengelegt werden. Die Zahl sämtlicher Schulen des Landes wird sich auf etwa 31 000 belaufen;

2. die Sekundärschulen, gehobene Volksschulen, welche die nötige Vorbildung für die Verwaltung solcher öffentlicher Ämter vermitteln, die keine höhern Studien erfordern; je eine in jedem Distrikt und in den Städten von über 4000 Einwohnern, also gegen 2100 im ganzen Lande;

3. die Institute, welche etwa den jetzigen Staatsgymnasien entsprechen, 110 in ganz Frankreich; in jedem Departement soll mindestens eine derartige Anstalt sein;

4. die Lyceen, etwa den ehemaligen Universitäten entsprechend, 9 in ganz Frankreich;

5. eine an der Spitze des ganzen Unterrichtswesens stehende Körperschaft (*une société nationale*), welche den Unterricht des ganzen Landes leitet und sich mit dem Fortschritt der Künste und exakten Wissenschaften beschäftigt.¹⁾

1) Diese Zergliederung des Schulwesens ist die heute in Frankreich thatsächlich vorhandene, nur sind die Namen andere: 1. die eigentlichen Volksschulen; 2. die gehobenen Volksschulen und die Fachschulen; 3. die Staats- und städtischen Gymnasien; 4. die Fakultäten und überhaupt der höhere Unterricht; 5. das Institut von Frankreich.

Unter den Unterrichtsgegenständen hebt er die Realien besonders hervor. In den Landschulen soll im Lesen, Schreiben, den Grundregeln des Rechnens, in der Sittenlehre, Naturgeschichte und Landwirtschaft unterrichtet werden, soweit die Landleute derselben in Wirklichkeit bedürfen. Derselbe Unterricht ist auch in den Volksschulen der Flecken und Städte zu erteilen; jedoch fällt hier der Ackerbau weniger ins Gewicht, während die den Handel und das Gewerbe betreffenden Fragen mehr hervorgehoben werden müssen.

Die Volksschule wird in vier aufsteigende Klassen eingeteilt; die Aufnahme der Kinder in dieselbe darf vor dem vollendeten sechsten Lebensjahre nicht erfolgen. Die Schulbücher müssen nach den besten Methoden verfaßt sein, ferner nach den Grundsätzen der Freiheit, der Gleichheit, der Sittenreinheit und der Hingebung an das öffentliche Wohl. Der Religionsunterricht soll in der Kirche durch die Geistlichen der betreffenden Bekenntnisse erteilt werden.

In den Sekundärschulen umfaßt der Unterricht folgende Lehrgegenstände: 1. die zum richtigen Schreiben und Sprechen notwendigen Kenntnisse der französischen Sprachlehre, Geschichte und Geographie Frankreichs und der benachbarten Länder; 2. die Grundlehren des Handwerks, des Handels und des Zeichnens; 3. die Hauptpunkte der Sittenlehre und des bürgerlichen Lebens nebst Erklärung der wichtigsten Gesetze und der Bestimmungen über Verträge; 4. die Grundlehren der Mathematik, Physik und Naturgeschichte nebst ihrer Anwendung im Gewerbe, Ackerbau und Handel.

Der Entwurf Condorcets und die demselben beigefügten Denkschriften, welche am 20. und 21. April in der Versammlung im Namen des Ausschusses des öffentlichen Unterrichts verlesen wurden, machten nur geringen Eindruck; man nahm sich die Zeit nicht, sich mit so umfangreicher Umgestaltung des gesamten Unterrichtswesens zu befassen, denn die aufgeregten innern Verhältnisse ließen dies nicht zu; zudem war an dem Tage, an welchem die Vorlage zur Verhandlung kam, den Österreichern der Krieg erklärt worden und nahm die allgemeine Aufmerksamkeit vollauf in Anspruch. Die Stimmung der Mehrheit war gegen den Entwurf, welcher viel zu gemäßigt erschien; man beschränkte sich darauf, denselben drucken und unter die Mitglieder der Versammlung verteilen zu lassen. Die genauere Prüfung der Condorcetschen Vorschläge blieb dem Nationalkonvent vorbehalten.

Durch Beschluß des Konvents¹⁾ vom 2. Oktober 1792 war ein

1) Vgl. zu der folgenden Darstellung besonders die ausführliche Abhandlung von J. Guillaume in dem Dictionnaire de pédagogie et d'instruction primaire publié sur la direction de F. Buisson unter dem Artikel Convention. Bd. I. S. 520–571.

neues Komitee des öffentlichen Unterrichts ins Leben gerufen worden, welches seinen Beratungen zunächst den Entwurf Condorcets zu Grunde legte und eine neue, jenem Entwurf ähnliche Gesetzesvorlage ausarbeitete, die sich nur auf das Volksschulwesen erstreckte und noch im Dezember desselben Jahres dem Konvent vorgelegt wurde. In den Sitzungen vom 12., 14. und 18. Dezember wurde die Vorlage beraten. Die Verhandlungen waren stürmisch, besonders als Durand-Maillane, ein Geistlicher aus der Provence, den Entwurf beanstandete, gegen die Aufklärung des Volkes redete und den Antrag stellte, man solle den katholischen Priestern gestatten, der Jugend den Unterricht über Gott, die Moral und die menschliche Gesellschaft zu erteilen. Die Girondisten ereiferten sich gewaltig. Als Ausdruck ihres Eifers gilt die Rede Duponts, welche er am 14. Dezember hielt, die zugleich als die allgemeine Ansicht der Girondisten, der damals herrschenden Partei, angesehen werden kann. „Durand-Maillane“, begann der Redner, „hat sich als Lobredner der Dummheit aufgeworfen. Glaubt ihr denn, daß die französische Republik sich mit andern Altären gründen und befestigen läßt, als mit denen des Vaterlandes, mit andern Symbolen und Abzeichen, als mit den Freiheitsbäumen? Die Natur und Vernunft, das sind die Götter des Menschen, das sind meine Götter. Ich bekenne es offen vor der Versammlung: ich glaube an keinen Gott, und ich wette, daß es keinen einzigen Menschen unter den 25 Millionen giebt, welche französischen Boden bewohnen, der mir daraus einen begründeten Vorwurf machen könnte.“ Ungeheurer Lärm unterbrach den Redner mehrmals. Der Girondist Ducos erklärte, daß die Schule dem Einfluß der Geistlichkeit durchaus entzogen werden müsse; „es giebt nur eine Sittenlehre, die für alle Menschen die gleiche ist; die Sittenlehren der Religionen sind nur Hirngespinnste und Einbildung.“ Das Heil der Republik sieht er einzig und allein in der Verbreitung der Aufklärung, während Petit die Möglichkeit der allgemeinen Bildung des Volkes bestreitet, wenn nicht vorher die Frage über die Beseitigung des Elends gelöst ist. Die aufgeregten Verhandlungen wurden durch Marat unterbrochen, welcher einen Antrag einbrachte, für den er die Dringlichkeit forderte, dahingehend, daß der Konvent sich mit der Beratung eines Vorfalls zwischen Dumouriez und zwei Pariser Bataillonen beschäftige. Unter dem Beifall der Tribünen wurden die Unterrichtsverhandlungen geschlossen, die Fortsetzung derselben auf unbestimmte Zeit vertagt.

In den folgenden Monaten ruhten die Verhandlungen über die Umgestaltung des Schulwesens, indem die großen politischen Verhandlungen alles andere in den Hintergrund drängten. Unwichtigere Vorschläge, betreffend die Einrichtung der öffentlichen Feste, sowie der Bericht von Arbogast über die in den Volks-

schulen einzuführenden Schulbücher mögen hier übergangen werden.

Das Dekret vom 30. Mai 1793, dessen Urheber nicht das Komitee des öffentlichen Unterrichts, sondern der kurz vorher gewählte Wohlfahrts-Ausschuß war, ist bereits angeführt; ¹⁾ als Ziel des Volksschulunterrichts wird die Erlangung derjenigen Kenntnisse hingestellt, welche notwendig sind zur Ausübung der Rechte, zur Erfüllung der Pflichten und zur Verrichtung der häuslichen Geschäfte. Die Bestimmung, daß die Volksschulfrage von nun an jeden Donnerstag auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte, beweist die Wichtigkeit, welche der Konvent der Angelegenheit beilegte. ²⁾

Der neue Gesetzentwurf betrifft der Volksschulen von Siéyès-Daunou-Lakanal, welcher in der Sitzung vom 26. Juni 1793 zur Verlesung kam, hält den Namen écoles primaires nicht bei; die unterste Stufe des Unterrichts weist er den Nationalschulen zu. Die Hauptbestimmungen des Entwurfs sind: eine National-
schule auf je 1000 Einwohner; jede dieser Schulen zerfällt in

1) Schröder, Das Volksschulwesen in Frankreich, Teil I. S. 3. Vgl. Gréard, a. a. O. Bd. I. S. 18.

2) Wie weit man thatsächlich schon gekommen war, ist aus folgendem ersichtlich: Am 15. Juni 1793 hatte der Konvent eine Kommission ernannt, um den Übungen einer Schule beizuwohnen, welche ein Jahr vorher in Paris unter dem Namen „Société des jeunes Français“ von Léonard Bourdon, einem Jakobiner, gegründet worden war. In dem Berichte der Konventskommission heißt es wörtlich: „Wir erstatten Bericht über das, was wir gesehen, gehört und empfunden haben. Der erste Akt begann mit einer Versammlung sämtlicher jungen Schüler, welche über die Angelegenheiten ihrer kleinen Republik beraten haben; auf diese Scene folgte eine Schwurgerichtssitzung: Richter, Geschworene, ein Staatsanwalt, Angeklagte, welche den republikanischen Formalitäten gemäß verurteilt wurden. Im zweiten Akt stellte die Scene eine Werkstatt dar, wo dieselben Schüler sich mit Eifer der verschiedenen Handwerke befleißigten: Schuster, Buchdrucker, Tischler, Bäcker. Die geselligen Künste waren auch nicht vernachlässigt: ein Buchdrucker, ein Tischler verläßt sein Handwerkszeug und geht ans Klavier; andere führen ein Duett auf der Violine aus, andere spielen auf einem Instrument, welches vor Zeiten erfunden wurde, um in den Wäldern den barbarischen Vergnügungen der Tyrannen zu dienen. Der dritte Akt begann mit einem Hymnus an die Natur und mit Turnübungen. — Diese Schule gereicht denjenigen zur Ehre, welche dort unterrichten, vor allem dem Bürger, welcher der Stifter derselben ist und den die Schüler als ihren Vater betrachten Man muß diese Anstalt nach Kräften unterstützen.“ Thatsächlich wurde die Anstalt von der Republik unterstützt. Der Gründer, wegen der von ihm veranlaßten Hinrichtung von neun Personen spottweise Léopard Bourdon genannt, sah sein Institut schnell verfallen; in einem am 20. April 1795 dem Konvent von Plaichard erstatteten Bericht heißt es, daß diese Schule das traurige Bild gänzlicher Verkommenheit darbiete, sie sei ohne Zucht, ohne Fortschritte, die Sittlichkeit stehe auf niedrigem Standpunkte. Kurz nachher wurde die Schule auf den Antrag des Berichterstatters geschlossen.

zwei Abteilungen, die eine für die Knaben, die andere für die Mädchen, unter je einem Lehrer und einer Lehrerin. Die Organisation der Methoden, Schulordnung und Zucht wird in die Hände einer Zentralkommission gelegt, welche ihren Sitz beim gesetzgebenden Körper hat und unter dessen Autorität wirkt. Die Erziehung, welche die Nation den Kindern der Republik angedeihen läßt, ist eine intellektuelle, eine physische, eine moralische und industrielle; sie umfaßt den ganzen Menschen. Die Anfangsgründe im Lesen und Schreiben werden beiden Geschlechtern gemeinsam durch die Lehrerin erteilt; nach diesem ersten Unterricht werden die Knaben dem Lehrer überwiesen.¹⁾ Unter Leitung ihres Lehrers müssen die Knaben jährlich mehrmals die benachbarten Krankenhäuser und Gefängnisse besuchen; gleichfalls sollen sie einigemal in die Fabriken und Werkstätten geführt werden, um sich einen Begriff von den Vorteilen des Gewerbefleißes zu bilden. Bei den nationalen Festen des Kantons und der Gemeinde, welchen die Schulen beiwohnen müssen, erhalten sie einen besondern Platz. Die Schüler einer jeden Schule sollen möglichst abgeteilt werden nach dem Vorbild der großen republikanischen Gesellschaft, so daß dem Lehrer und der Lehrerin aus dieser Organisation Erleichterung in der Verteilung des Unterrichts und der Handhabung der Zucht erwächst. Den befähigsten Schülern, welche mittellos sind, bewilligt die Nation Unterstützungen, um sie in die Lage zu bringen, ihre Studien auf höhern Schulen fortzusetzen. Jedem soll es freistehen, Schulen zu gründen und sie zu leiten, wie es ihm gutdünkt. Bei der Ausübung des Amtes und bei den Nationalfesten soll der Lehrer eine Medaille tragen mit der Inschrift: Wer unterrichtet, ist ein zweiter Vater.

Schon gleich bei Beginn der Verhandlungen zeigte es sich, daß der Entwurf nicht zur Annahme gelangen würde. Obwohl derselbe abermals einen Schritt weiter gegangen und mehr als die vorigen dem republikanischen System angepaßt war, so genügte er doch den Männern, welche jetzt am Ruder waren, bei weitem nicht. Der Konvent ernannte eine Kommission von sechs Mitgliedern, um einen neuen, radikalern Entwurf auszuarbeiten. Die Ansicht der damaligen Machthaber war die, mit allen Mitteln der Gewalt das französische Volk gänzlich umzugestalten und die Demokratie rücksichtslos durchzuführen: die Bedürfnisse des Volkes einzuschränken, die Vorurteile zu zerstören, die Gewohnheiten zu ändern, die Laster auszurotten. Um dies zu erreichen, müsse der Staat den Menschen von seiner Geburt an ergreifen und sich der Erziehung mit starker Hand bemächtigen. Als Anhaltspunkte

1) Vgl. Schröder, a. a. O. S. 4.

dienten Lykurg und Sparta.¹⁾ In diesem Sinne hatte der Deputierte Chabot von der Bergpartei den Antrag gestellt, der Deputierte Lepelletier sollte den Erziehungsplan seines Bruders vorlesen. Der Konvent beschloß, daß dieser Entwurf gedruckt werde, ein Entwurf, welcher freilich den radikalsten Ansichten von der Aufgabe des Staats entsprechen konnte.

Am 13. Juli, dem Tage der Ermordung Marats, las Robespierre selbst den Entwurf Michel Lepelletiers vor.

Lepelletier gehörte einer der reichsten Familien Frankreichs an. Von dem Departement der Yonne zum Abgeordneten gewählt, hatte er sich der Bergpartei angeschlossen und in dem Prozeß gegen Ludwig XVI. für dessen Hinrichtung gestimmt; aus Rache dafür wurde er am 20. Januar 1793 von dem Royalisten Deparis ermordet. Unter den Papieren des Ermordeten hatte sein Bruder den Unterrichtsgeszentwurf gefunden, welcher von den damaligen Machthabern, zumal von Robespierre, mit Beifall aufgenommen worden war.

Höchst bezeichnend sind die Worte, mit welchen Robespierre seinen Vortrag einleitete: „Sie werden sogleich Lepelletier über die nationale Erziehung hören. Sie werden schmerzlich die Größe des Verlustes empfinden, welchen Sie erlitten haben, und das Weltall wird einen Beweis mehr dafür haben, daß die unversöhnlichen Feinde der Könige, welche von der Tyrannei als so grausam und blutdürstig hingestellt werden, nur die zarten Freunde der Humanität sind.“

Die bisherigen Entwürfe sind Lepelletier nicht radikal genug gewesen; obwohl er sich mit Condorcet darin in Übereinstimmung befindet, daß es sich darum handle, ein republikanisches Volk zu schaffen, betrachtet er dessen Entwurf betreffend die Volks-erziehung als zu furchtsam; er wirft demselben vor, daß er nicht die letzten Folgerungen aus den von ihm aufgestellten Grundsätzen ziehe und vor den notwendigen Mitteln zurückschrecke, welche die Sitten der Nation mit den neuen Einrichtungen in Einklang zu bringen vermöchten. Indem er erwägt, inwieweit Frankreich durch die Fehler der alten Regierung heruntergekommen ist, hat er die Überzeugung gewonnen, daß die Wiedergeburt des Volkes eine Notwendigkeit geworden, daß sozusagen ein ganz neues Volk geschaffen werden muß.

Nach dem Entwurf²⁾ sollen alle Kinder auf Kosten der Republik erzogen werden, die Knaben im Alter von 5—12, die Mädchen im Alter von 5—11 Jahren. Die nationale Erziehung ist eine gleiche für alle; alle Kinder bekommen dieselbe Nahrung, dieselbe Kleidung, denselben Unterricht, dieselbe Verpflegung.

1) Vgl. v. Sybel, Geschichte der Revolutionszeit. Bd. III. S. 150 ff. —

2) Gréard, a. a. O. Bd. I. S. 751 ff.

Indem die nationale Erziehung eine Schuld der Republik allen gegenüber ist, haben alle das Recht, diese Erziehung zu erhalten; die Eltern können sich der Verpflichtung nicht entziehen, die Kinder diese Vorteile genießen zu lassen.

Gegenstand der nationalen Erziehung ist: den Körper der Kinder zu kräftigen, ihn zu entwickeln durch körperliche Übungen, sie an die Arbeit der Hände zu gewöhnen, sie abzuhärten zu jeder Art von Anstrengung, sie zu beugen unter das Joch einer heilsamen Zucht, ihr Herz und ihren Geist durch nützliche Unterweisung zu bilden und ihnen die jedem Bürger notwendigen Kenntnisse zu vermitteln, welches sein Beruf auch sein mag.

Wenn die nationale Erziehung der Kinder beendet ist, werden sie mit Ausnahme derjenigen, welche besondere Anlagen verraten, ihren Eltern oder Vormündern zurückgeschickt, um zur Arbeit in den verschiedenen Gewerben und im Ackerbau verwandt zu werden.

Die Republik ist die Erhalterin und Vermehrerin der menschlichen Kenntnisse und aller schönen Künste; der Unterricht ist öffentlich und unentgeltlich; die Lehrer werden von der Nation besoldet. Die Schulen zerfallen in drei Stufen: die öffentlichen Schulen, die Institute und die Lyceen. Niemand wird zu diesen Schulen zugelassen, welcher nicht vorher die nationale Erziehung genossen hat. Vor dem Alter von 12 Jahren kann kein Kind in die öffentlichen Schulen aufgenommen werden. In letztern Schulen dauert die Studienzeit 4 Jahre; sie währt 5 Jahre in den Instituten und 4 Jahre in den Lyceen. Für das Studium der Künste und Wissenschaften wird je ein Schüler von fünfzig auserlesen; während der vierjährigen Studienzeit werden dieselben auf Kosten der Republik unterhalten. Von denjenigen, welche diesen vierjährigen Kursus durchgemacht haben, wird die Hälfte, und zwar die befähigtere, unter gleichen Bedingungen in die Institute aufgenommen; die befähigtere Hälfte der Abiturienten der Institute tritt in die Lyceen über. Jedoch können bei der Auswahl diejenigen nicht berücksichtigt werden, welche nach Lage ihres persönlichen oder elterlichen Vermögens imstande sind, ohne die Beihülfe der Republik obige drei Unterrichtsstufen durchzumachen.

In jedem Kanton werden ein oder mehrere National-Erziehungshäuser für die Kinder derjenigen Eltern errichtet, welche in dem betreffenden Kanton ihren Wohnsitz haben, während in den Städten die Kinder mehrerer Sektionen in derselben Anstalt vereinigt werden können. Der Besuch dieser Anstalten ist obligatorisch.

Wenn eine Mutter ihre Kinder im Alter von 5 Jahren in die National-Erziehungsanstalt bringt, erhält sie von der Republik für jedes der vier ersten Kinder, welches sie bis zu diesem Alter selbst erzogen hat, 100 Franken, das doppelte für jedes weitere

Kind bis zum achten; für jedes über die Zahl von acht hinaus 300 Franken. Keine Mutter darf die Ehre dieser Belohnung zurückweisen; sie hat jedoch nicht eher Anrecht darauf, als sie durch eine Bescheinigung des Gemeinderats nachgewiesen hat, daß sie das betreffende Kind selbst gesäugt hat. Jedem Brautpaar, welches dem Standesbeamten seine Vermählung erklärt, wird von letzterm eine einfache, kurze und klare Unterweisung ausgehändigt über das Verhalten während der Schwangerschaft, sowie über die Pflege des Kindes vom Säuglingsalter bis zu dem Alter von fünf Jahren.

Alle Kinder eines Kantons oder einer Sektion sollen womöglich in einem Erziehungshause vereinigt sein; auf je 50 Knaben kommt ein Lehrer, auf dieselbe Anzahl Mädchen eine Lehrerin. Jede dieser Abteilungen soll derart in Klassen eingeteilt sein, daß die ältern Kinder mit der Aufsicht über die jüngern betraut werden und zugleich unter der Oberaufsicht des Lehrers die mit den letztern anzustellenden Wiederholungen leiten können. Während der Dauer der nationalen Erziehung zerfällt die Beschäftigung der Kinder in Studium, Handarbeit und körperliche Übungen.

Die Knaben lernen lesen, schreiben, rechnen und die ersten Kenntnisse des Messens, auch des Feldmessens. Ihr Gedächtnis soll gepflegt und entwickelt werden; sie lernen einige bürgerliche Lieder auswendig, ferner die Erzählung hervorragender Züge aus der Geschichte der freien Völker und der französischen Revolution. Dazu kommen Belehrungen über die Verfassung des Landes, die allgemeine Sittenlehre und die Land- und Hauswirtschaft. Ähnlich ist der Unterricht für die Mädchen. Sie lernen lesen, schreiben, rechnen, ihr Gedächtnis wird geübt durch Erlernen bürgerlicher Lieder, sowie einiger Züge aus der Geschichte, welche geeignet sind, die Tugenden des weiblichen Geschlechts zu fördern. Dazu kommen Kenntnisse in der Sittenlehre, sowie der Haus- und Landwirtschaft.

Der Hauptteil des Tages wird bei beiden Geschlechtern auf die Arbeit der Hände verwendet. Die Knaben werden zu Arbeiten angeleitet, die ihrem Alter angepaßt sind: Steine auf der Landstraße zu sammeln und zu verstreuen, Arbeiten, welche sich in den der Anstalt benachbarten Fabriken als geeignet vorfinden oder in den Erziehungshäusern selbst von ihnen ausgeführt werden können; alle müssen in der Bearbeitung des Bodens geübt werden. Die Mädchen lernen spinnen, nähen, waschen und scheuern, sie können, wie die Knaben, in den der Anstalt benachbarten Fabriken und in der Anstalt selbst zu entsprechender Arbeit angeleitet werden. Neun Zehntel des Ertrages der Arbeit wird zu Gunsten der Anstalt verwandt; über ein Zehntel kann das Kind nach freiem Willen verfügen. Diejenigen Knaben und Mädchen, welche über acht Jahre alt sind und am vorhergehenden

Arbeitstage nicht eineihrem Unterhalt entsprechende Arbeit vollbracht haben, werden gestraft, indem sie allein essen müssen oder eine andere durch die Anstaltsordnung bestimmte Zurücksetzung erfahren. Die Pausen und Tage der Erholung werden mit körperlichen Übungen ausgefüllt; außerdem erhalten die Knaben Unterricht in der Handhabung der Waffen.

In den Anstalten darf keine Bedienung sein; letztere besorgen die ältern Kinder unter der Aufsicht der Lehrer und Lehrerinnen. Die Nahrung ist einfach, aber gesund und für alle Kinder gleich, die Kleidung bequem, aber grob, die Betten hart, so daß die Kinder sich in allen Lagen ihres spätern Lebens leicht Überflüssiges und Bequemes versagen können. Greise und Arbeitsunfähige, welche die Gemeinden unterhalten müssen, werden gleichfalls in diesen Anstalten soweit als möglich untergebracht und von den Kindern bedient. Zur Aufsicht über diese Anstalten ist ein Vorstand gesetzt, bestehend aus 52 Familienvätern des Kantons oder der Sektion, von welchen jeder sieben Tage im Jahre die Aufsicht führt. Der Vorstand beaufsichtigt die Bereitung der Speisen, die Verteilung der Zeit, die Arbeiten und Übungen, die Haltung und Dienstführung der Lehrer, die Reinlichkeit und die Hausordnung. Ein Ausschufs von vier Vätern regelt die Bekleidung, die Arbeit, welche den Kindern aufgetragen wird, und den dafür festzusetzenden Preis. Die Lehrer derjenigen Anstalten, in welchen die wenigsten Kinder im Laufe des Jahres gestorben sind, sowie auch derjenigen, in welchen verhältnismässig für die Arbeiten der höchste Ertrag erzielt worden ist, erhalten Belohnungen im Betrage von je 300 Franken.

Ähnliche Grundsätze wie Lepelletier, aber noch übertriebener und strenger, hatte Saint-Just¹⁾ aufgestellt, jener blutdürstigste aller Tyrannen der französischen Revolution. Die Kinder gehören ihrer Mutter bis zum sechsten Lebensjahre, dann gehören sie der Republik bis zu ihrem Tode. Sie müssen in der Liebe zum Schweigen, in der Verachtung der Redner, im möglichst kurzen Gebrauch der Rede erzogen werden. Niemals darf man ihnen Spiele gestatten, in welchen Stolz und Eigennutz Nahrung finden. Vom Beginn des 6. bis zum Ende des 16. Jahres werden sie durch die Republik erzogen; vom 6. bis 10. Jahre besuchen sie die Schulen, welche sich auf dem Lande befinden müssen; dort lernen sie lesen, schreiben und schwimmen. Man darf die Kinder weder schlagen noch liebkosen; ihre Kleidung soll von Leinen sein, und zwar in allen Jahreszeiten; sie schlafen auf Strohmatten, nicht länger als acht Stunden. Die gemeinsame Kost besteht in Wurzeln, Früchten, Gemüse, Milchspeisen, Brot und Wasser.

1) Gréard, a. a. O., Bd. I. S. 769 ff.

Die Lehrer müssen über 60 Jahre alt sein und werden durch das Volk gewählt.

Die Erziehung der Knaben von 10—16 Jahren ist eine militärische und landwirtschaftliche. Sie werden in Kompagnien von je 60 eingeteilt; je sechs Kompagnien bilden ein Bataillon, die sämtlichen Kinder eines Distrikts eine Legion. Zur Erntezeit leisten sie bei der Arbeit Aushülfe.

Bis zum Alter von 16 Jahren tragen alle dieselben Kleider; dann wählen sie sich eine Beschäftigung und tragen einen Arbeiteranzug; im Alter von 21—25 Jahren gehören sie der Nationalarmee an, gleichviel ob sie verheiratet sind oder nicht. Einen besondern Lehrstand giebt es nicht; die Lehrer werden aus den Ackersleuten, Handwerkern, Künstlern und Kaufleuten genommen.

So waren die Ansichten, welche zu einer Zeit zutage traten, in welcher die Souveränität des Pöbels sich geltend machte und der Konvent unter dem unabweisbaren Druck der Tribünen stand. Die Unterdrückung der persönlichen Freiheit, die Beseitigung jeder Ausbildung des Herzens und des Gemüts, die völlige Verbannung jeglichen religiösen Unterrichts, das ist das Gepräge, welches den Erziehungstheorien jener blutigen Zeit aufgedrückt ist. Eigenartiges hatten dieselben nicht, sie waren eine Zusammensetzung Rousseauscher Lehren und spartanischer Erziehungsgrundsätze.¹⁾ Unumwunden hat Danton im Konvent seine Ansicht ausgesprochen: „Es ist Zeit, jenen großen Grundsatz zur Geltung zu bringen, welchen man zu verkennen scheint, daß die Kinder Eigentum der Republik sind, bevor sie ihren Eltern gehören.“

Die Revolution hatte ihren Höhepunkt erreicht: das Aufgebot in Masse war eben erlassen, der „Schrecken“ war auf die Tagesordnung gesetzt und das Dekret gegen die „Verdächtigen“ veröffentlicht. Kennzeichnend für die damaligen Verhältnisse ist eine Abordnung von Lehrern und Schülern, welche am 25. August 1793 im Konvent erschien. Eines der Kinder forderte, daß man, anstatt ihnen zu predigen im Namen eines „sogenannten Gottes“, sie unterrichte in den Grundsätzen der Gleichheit, der Menschenrechte und der Verfassung. Der Moniteur berichtet, daß der Konvent, als er das Kind von einem „sogenannten Gotte“ sprechen hörte, seine Mißbilligung durch eine Bewegung der Entrüstung zu erkennen gab. Nichtsdestoweniger wurde die Petition, welche die Lehrer und Kinder überreichten, dem Ausschusse des öffentlichen Unterrichts überwiesen.

Von größerer Bedeutung war eine andere Petition vom 14. September, welche als Ausfluß der Ansichten der Sektionen, der Klubs und der demagogischen Presse der Hauptstadt dem

1) Vgl. Compayré, a. a. O. II. S. 302 f.

Konvent übermittelt wurde und ungeheuren Druck auf denselben übte. „Wir wollen nicht mehr,“ so hieß es in der Petition, „daß die Erziehung Eigentum der Kaste der Reichen ist; wir laden ein und unterstützen die Armen, aus ihren Kellerwohnungen und Speicherkammern herauszukommen, um teilzunehmen an diesen heilsamen Einrichtungen; beschließen Sie, und sofort bemächtigen wir uns der heranwachsenden Jugend, um sie heranzubilden nach republikanischem Schnitt, um den Männern der Zukunft die politischen Grundsätze eines freien Volkes einzuprägen. Gesetzgeber! Wenn Sie unsern Bestrebungen den Charakter des Gesetzes aufdrücken, dann werden noch vor Untergang der Sonne Väter, Mütter und Kinder des Departements von Paris ihre Hände erheben, um den Konvent zu segnen.“ Die Petition erstrebte die gänzliche Aufhebung der rein wissenschaftlichen Anstalten, da diese im Grunde genommen nichts anderes als Vorschulen für das Priestertum seien und die Gleichheit der Bürger zerstörten. Es sollten nur solche höhere Anstalten errichtet werden, welche sich mit den Handwerken, Gewerben, neueren Sprachen und Realien beschäftigten, die geeignet seien, echte und rechte Republikaner auszubilden. Unter ausdrücklichem Hinweis auf den Eindruck, welchen die Petition gemacht, entstand das Dekret vom 14. September 1793,¹⁾ wonach in der Republik neben den Volksschulen, über deren Einrichtung der Konvent noch in Beratung stehe, drei Unterrichtsstufen gebildet werden sollten, welche die praktische Ausbildung für die verschiedenen Berufe im Auge haben: die erste Stufe umfaßt die den Handwerkern und Gewerbetreibenden aller Art nötigen Kenntnisse; die zweite Stufe ist für diejenigen, welche sich andern Berufen in der Gesellschaft widmen; die dritte Stufe umfaßt diejenigen Lehrgegenstände, welche zu erlernen nicht jedermanns Sache ist.

Die neuen Anstalten sollten mit dem 1. November ins Leben treten, dagegen die Gymnasien, die Fakultäten der Theologie, der Medizin, der Künste und des Rechtes im ganzen Gebiete der Republik aufgehoben werden. Die eigentliche Wissenschaft war damit geächtet, genau in dem Sinne, wie Fourcroy die Annahme der Dekrete empfohlen hatte: die bisherige fehlerhafte Erziehung, welche man der Jugend angedeihen läßt, muß ausgerottet werden; die Jugend braucht nichts zu lernen, als die Grundsätze der Vernunft. „Freie Nationen“, so hörte man in der Versammlung, „bedürfen keiner Kaste theoretisierender Gelehrten“; noch deutlicher drückte sich der ehemalige Kapuziner Chabot aus, indem er sagte: „Es ist überflüssig, daß eine neue

1) Gréard, a. a. O. Bd. I. S. 18 ff.

Aristokratie von Gelehrten und Philosophen geschaffen wird, wenn wir die Demokratie der Sanskulotten wollen; die Städte bedürfen keines Vorrechtes vor dem Lande; wenn wir ein Gesetzbuch haben, welches alle Bürger verstehen, dann sind die Advokaten, die Staatsanwälte und die Gelehrten nicht mehr notwendig.“

Somit war die Unwissenheit in den schönen Wissenschaften eine demokratische Pflicht geworden, das eigentliche Wissen ein Verbrechen als Verrat an der Gleichheit.¹⁾ Die Bergpartei billigte die im vorigen Dekret auf Betreiben der Jakobiner angenommenen Bestimmungen nicht; schon am folgenden Tage wurde Revision des Dekrets beantragt, weil dasselbe eine neue Aristokratie schaffe, des Volksschulunterrichts nicht erwähne und die gewöhnlichen Arbeiter sowie die Landbevölkerung nicht berücksichtige. Die Vertagung des Dekrets wurde beschlossen, gleichfalls die Vertagung der Verhandlungen, welche später nicht wieder aufgenommen wurden, so daß das Dekret zu thatsächlicher Geltung nie gelangte.

Am 20. Oktober 1793 brachte Romme einen neuen Gesetzesentwurf ein, welchen der nunmehr auf neun Mitglieder verstärkte Ausschufs ausgearbeitet hatte, um, wie der Entwurf eingangs besagt, den lächerlichen und barbarischen Unterricht der humanistischen Gymnasien und aller Schulen der alten Herrschaft zu verdrängen, indem derselbe bei dem heranwachsenden Geschlecht die Entwicklung der öffentlichen Meinung und der Liebe zum Vaterlande hemme.

Nach dem Entwurf²⁾ sollen alle bisherigen Schulen, auch die Volksschulen, aufgehoben werden, sobald die nun gesetzlich zu gründenden Schulen ins Leben treten. Der gesamte Nationalunterricht soll in zwei große Haupttheile zerfallen: der erste erstreckt sich auf die Bedürfnisse eines jeden Bürgers; der zweite hat die Bedürfnisse der Gesamtheit im Auge. Die unter die erste Abteilung fallenden Schulen werden über das ganze Gebiet der Republik ausgedehnt und zerfallen in die Schulen für die Kinder und die für die reifere Jugend (*premières écoles*, *secondes écoles de l'enfance*; *écoles de l'adolescence*). Jedes Kind muß mit Beginn des siebenten Jahres die Schule besuchen, um seine Rechte und Pflichten als Mensch und Bürger kennen zu lernen. Aber man fand es schließlichs doch bedenklich, einen das ganze Erziehungssystem umfassenden Entwurf zu beraten; man betonte, daß es sich vor allem darum handle, die bestehenden Volksschulen zu läutern. Bourdon stellte den weitem Antrag, daß das Dekret vom 13. August, welches die Errichtung gemein-

1) Vgl. Compayré, a. a. O. Bd. II. S. 306. — 2) Gréard, a. a. O. Bd. I. S. 19.

samer Erziehungshäuser anordne, aufgehoben würde. Der Antrag wurde ohne Widerspruch zum Beschluß erhoben; Robespierre und Danton, die Urheber jenes Dekrets, waren dabei nicht zugegen.

Am folgenden Tage gelangte der Entwurf Rommes, soweit er die einfachen Volksschulen betraf ohne weitere Verhandlungen zur Annahme. Der Unterrichtsplan dieser Schulen ist bereits mitgeteilt;¹⁾ in den Gemeinden von 400—1500 Einwohnern soll je eine Knaben- und eine Mädchenschule errichtet werden, in den Gemeinden von 1500—3000 Einwohnern je zwei, von 3000—6000 je vier u. s. w.; auch in Orten von weniger als 400 Einwohnern kann auf Antrag der Gemeinden mit Zustimmung der Verwaltungsbehörden eine Volksschule ins Leben treten. Der Ausschuss des öffentlichen Unterrichts wird eine Anweisung entwerfen betreffs der Kindererziehung von dem ersten Lebensalter bis zum Eintritt in die Schule; den Schulkindern soll Gelegenheit gegeben werden, die Greise, ihre Eltern, die Witwen, die Hilfsbedürftigen überhaupt in ihren ländlichen und häuslichen Arbeiten zu geeigneter Zeit zu unterstützen. Vom Besuche der Gefängnisse ist keine Rede. Besonders wird eine solche Erteilung des öffentlichen Unterrichts hervorgehoben, daß als eine seiner ersten Wohlthaten die Verbreitung der französischen Sprache als Umgangssprache auf dem ganzen Gebiet der Republik erreicht werde. Unterricht in einer andern Sprache als der französischen zu erteilen ist untersagt. Wie ernstlich man es mit der Durchführung des Dekrets nahm, zeigt Artikel 3 des ergänzenden Dekrets vom 30. Oktober, wonach die Gemeinden verpflichtet wurden, spätestens einen Monat nach der Festsetzung der Schuleinrichtung durch die Erziehungskommission mit der Ausführung zu beginnen, widrigenfalls der Verwaltungsbehörde das Zwangsverfahren zustehen sollte.

Aber auch diese Dekrete stießen gleich nach ihrer Entstehung auf vielseitigen Widerspruch. Von Einfluß auf die weitere Entwicklung der Unterrichtsfrage war die Rede des Abgeordneten Chenier vom 5. November. Er hält es für unrichtig, die Gesetzgebung anderer Völker, selbst der des Altertums, als Muster für die französische Republik hinzustellen; es ist nötig, eine neue Erziehungsweise zu erfinden, die der Zeit und dem Lande mehr angepaßt ist. Er hält die Nationalfeste, die öffentlichen Auszeichnungen bei diesen Gelegenheiten und die körperlichen Übungen für die Haupterziehungsfaktoren. Die Kinder müssen erst körperlich tüchtig sein, ehe man sie geistig bildet. Laufen, Ringen, Schwimmen, Übungen an der Kanone, mit der Flinte, Handhabung der Lanze, des Säbels und des Degens, das sind

1) Schröder, a. a. O. Teil I. S. 4 ff.

die Leibesübungen eines freien Volkes. Alles dies ist für Sklaven unnütz. Ein republikanisches Volk muß vor allem körperlich kräftig und stark sein. Diese Rede hatte großen Eindruck gemacht, so daß der Konvent beschloß, dieselbe drucken und in den Departements verteilen zu lassen. Am 9. November wurde der Beschluß gefaßt zur Revision der Oktoberdekrete; der Wohlfahrtsausschuß soll sechs Mitglieder zur Abfassung eines neuen Gesetzentwurfs über die Volksschulen in kürzester Frist vorschlagen; der Ausschuß des öffentlichen Unterrichts, dessen Bedeutung freilich seit der Einsetzung des Wohlfahrtsausschusses bedeutend gesunken war, wurde ebenfalls mit der Revision der Dekrete vom Oktober beauftragt und die Beratung darüber am 8. Dezember auf die Tagesordnung gesetzt.

Die durch den Unterrichtsausschuß vorgenommene Revision war thatsächlich nur eine Umstellung der verschiedenen Bestimmungen der Oktoberdekrete, während die Kommission der Sechs einen Entwurf auf neuer Grundlage ausgearbeitet hatte. Der Abgeordnete Thibaudeau nennt den Entwurf des Ausschusses nur eine Wiedergabe des Entwurfs von Condorcet, welcher geeignet sei, Unwissenheit, Irrtum und Vorurteil zu verbreiten anstatt Wahrheit und Aufklärung. Man wolle eine pädagogische Regierung innerhalb der republikanischen organisieren, eine neue Art von Klerus schaffen. Die Vorlage erfordere etwa 80 000 Lehrer und Lehrerinnen für die unterste Stufe der Bildung; er nennt dies geradezu einen Wahnsinn. Die Revolution hat alle Körperschaften zerstört, und nun will man eine neue bilden, welche mit den Schulaufsichtsbeamten 172 000 Köpfe zählt. Hier drohe Gefahr, denn ein solches Beamtentum könnte sich leicht als den allmächtigen Ordner und Schiedsrichter der Sitten und des Geschmacks aufwerfen und die freie Bestimmung der Nation hemmen. Der freie Unterricht ist das einzig Richtige; alles ist dem heilsamen Einfluß der Freiheit und dem gegenseitigen Wetteifer zu überlassen. Die freie Beteiligung der Privaten biete hier die größte Gewähr für den republikanischen Fortschritt. In diesem Sinne wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Die 40 000 Bastillen, sagte der Abgeordnete Saint-Foy, in welche man die heranwachsende Jugend einschließen will, scheinen die letzten Rettungsanker derjenigen zu sein, welche die letzten Hoffnungen der Tyrannei stützen oder sie wieder aus ihren Trümmern erwecken wollen. „Den Dingen ihren freien Lauf lassen“ bezeichnet Fourcroy als das große Geheimnis und den einzigen Weg zu sichern Erfolgen; auch er hält eine durch den Staat besoldete Lehrerschaft für eine neue Art von Priestertum, vielleicht furchtbarer, als das, welches die Vernunft des Volkes eben beseitigt hat.

Ein radikalerer Entwurf war von dem Abgeordneten Bouquier,

dem Vorsitzenden des Jakobinerklubs, ausgearbeitet worden, welcher der Versammlung mehr zusagte. Letzterer will nämlich, wie er in seiner Rede zur Befürwortung des Entwurfs klarlegte, eine neue, einfache, natürliche, leicht auszuführende Organisation, welche auf denselben Grundlagen wie die Verfassung beruht, auf der Freiheit und Gleichheit, und welche jede pädagogische Hierarchie ausschließt.

Die besten, einfachsten und nützlichsten Schulen, welche eine wahrhaft republikanische Erziehung bieten, sind die Nationalfeste, die öffentlichen Sitzungen der Departements, der Distrikte, der Gemeinden, der Gerichtshöfe, überhaupt alle Versammlungen des Volkes. Die Revolution birgt in sich selbst den besten Erziehungsplan. Dem, was die Revolution bisher geschaffen, ist zur Umgestaltung des Unterrichts nur noch wenig hinzuzufügen.

Der Entwurf wurde am 19. Dezember 1793, soweit er die Volksschulen betrifft, angenommen, mit der einzigen Änderung, daß an Stelle des fakultativen Schulbesuches auf den Antrag Charliers hin der obligatorische zur Annahme gelangte. Das Dekret,¹⁾ welches den Unterricht für frei und öffentlich erklärt,²⁾ stellte als Hauptziel des Unterrichts die Kenntniss der Menschenrechte, der Verfassung und heldenmütiger, tugendhafter Thaten³⁾ hin; die weitem Unterrichtsgegenstände sind Lesen, Schreiben und die Elemente des Rechnens. Die Schulbücher müssen von der Vertretung des Volkes, also von dem Konvent genehmigt sein;⁴⁾ die Dauer der Schulpflicht wird auf drei Jahre festgesetzt; mit dem Alter von sechs Jahren können, mit dem Alter von acht Jahren müssen die Kinder in irgend einer Schule angemeldet sein.⁵⁾ Die Lehrer dürfen in den Schulen nichts unterrichten, was den Gesetzen und den republikanischen Sitten zuwiderläuft; der Staat bewahrt sich das volle Recht der Beaufsichtigung aller Schulen.⁶⁾

Die Bestimmungen des an Gewaltsamkeit und pöbelhafter Willkür so fruchtbaren Jahres 1793 lassen einen stufenweise und systematisch zerstörenden Fortschritt erkennen: das Dekret vom 30. Mai stellte als Ziel des Unterrichts die Erwerbung der Kenntnisse hin, welche dem Bürger notwendig sind, um seine Rechte auszuüben, seine Pflichten zu erfüllen und die häuslichen Angelegenheiten zu verwalten; im Dekret vom 21. Oktober ist von der Erfüllung der Pflichten, von der Liebe zur Familie keine Rede mehr; es wird als Endziel der Erziehung verlangt die Förderung der republikanischen Sitten, die Liebe zum Vaterlande, die Liebe zur Arbeit. Noch weiter geht das Dezemberdekret: es

1) Gréard, a. a. O. Bd. I. S. 26 ff. — 2) Abschn. I, Art. 1 und 2. — 3) Abschn. III, Art. 1. — 4) Abschn. III, Art. 2. — 5) Abschn. III, Art. 8. — 6) Abschn. II, Art. 1, 2, 3.

spricht gar nichts mehr von Sittenlehre, nichts von Familienpflichten, es drängt die eigentliche Wissensbildung in den Hintergrund und stellt als Ziel des Unterrichts und der Erziehung die republikanische Tüchtigkeit auf. Der Gedanke, welcher alle Entwürfe und Dekrete der Revolution mehr oder minder durchweht: der Mensch ist ein politisches Wesen und nur dazu da, um die Verfassung kennen zu lernen, sie zu lieben und ihr zu dienen, ist in dem letzten Dekret in seiner stärksten Form ausgesprochen.

Die Veranlassung zu dem Dekret vom 19. Dezember war der Wohlfahrtsausschuß gewesen. Obgleich Robespierre auf den Konvent einen fast allmächtigen Eindruck ausübte und noch einige Monate vorher der gemeinsamen Erziehung das Wort geredet, war er gegen das Zustandekommen des neuen Dekrets hauptsächlich aus dem Grunde nicht aufgetreten, weil der Plan Lepelletiers viele Unzuträglichkeiten besonders in finanzieller Hinsicht nach sich zog.

Der 9. Thermidor (27. Juli 1794), welcher Robespierre und die Mehrzahl seiner politischen Freunde aufs Schafot führte, änderte die Lage der Dinge mit einem Schlage; die gemäßigten Republikaner erhielten die Oberhand. Lakanal wurde Vorsitzender des Unterrichtsausschusses; auch Siéyès war durch die Ereignisse wieder zu größerm Ansehen gelangt. Sie traten mit ihrem frühern Gesetzentwurf wieder hervor, nachdem sie denselben unwesentlich geändert hatten, forderten die Aufhebung des vorigen Dekrets und Beratung ihres Entwurfs, welcher in der Sitzung vom 3. Juli 1793 auf das Betreiben Robespierres zurückgewiesen worden war.

Nach mehrtägiger Debatte und trotz des Widerspruchs der Bergpartei kam das Dekret vom 17. November 1794¹⁾ über die Volksschulen zustande. Als Ziel der Volksschule wird hier hingestellt, den Kindern beiderlei Geschlechts die freien Menschen notwendige Bildung zu geben.²⁾ Die weiteren Bestimmungen des Dekrets entsprechen im allgemeinen dem bereits angeführten Gesetzentwurfe: Auf je 1000 Einwohner kommt eine Schule, aus je einer Knaben- und Mädchenklasse bestehend;³⁾ Aufnahmealter ist das vollendete sechste Lebensjahr;⁴⁾ die Lehrgegenstände, welche bereits mitgeteilt sind,⁵⁾ werden gegenüber denen des Dezemberdekrets bedeutend erweitert. Das Dekret führt den alten Namen *écoles primaires* wieder ein.

Die Ausführung des Dekrets sollte sogleich in die Hand genommen werden, aber nachdem man der Sache näher getreten war, wurde sofort die Unausführbarkeit klargestellt: die zer-

1) Gréard, a. a. O. Bd. I. S. 33 ff. — 2) Kap. I, Art. 1. — 3) Kap. I, Art. 2 und Art. 7. — 4) Kap. IV, Art. 1. — 5) Teil I, S. 6.

rütteten Finanzen des Landes gestatteten die immerhin bedeutenden Geldopfer nicht; das Dekret blieb wie so viele frühere nur auf dem Papier.

Der Konvent faßte deshalb am 25. Juni 1795 den Beschluß, daß ein weiterer Entwurf betreffs der so notwendigen Umgestaltung des Volksschulunterrichts vor der Annahme der bevorstehenden neuen Verfassung nicht beraten werden sollte.

Letztere war am 25. August 1795 angenommen worden; auf Grundlage derselben sollte ein neues Unterrichtsgesetz geschaffen werden. Nach Art. 296 dieser Verfassung giebt es in der Republik Volksschulen, in welchen als Lehrgegenstände Lesen, Schreiben, Rechnen und die Grundlehren der Moral bezeichnet werden; Art. 300 bestätigt den Grundsatz der Freiheit des Unterrichts, indem jeder Bürger, ebenso auch Gesellschaften das Recht zur Errichtung von Privatanstalten haben. Der auf Grund dieser Verfassung von dem Unterrichtsausschuß gearbeitete Entwurf kam in der Sitzung vom 20. Oktober zur Beratung. Er fordert die Freiheit der häuslichen Erziehung, die Freiheit der Privatunterrichtsanstalten, endlich die Freiheit der Lehrmethoden. In seiner Empfehlung des Entwurfs kommt Daunou auf die entsprechenden Arbeiten von Talleyrand und Condorcet zurück. Mit großem Lobe hebt er hervor, daß der Unterrichtsausschuß auf die Ausführungen jener beiden Männer besondere Rücksicht genommen habe, daß deren Ideen, der neuen Verfassung angepaßt, im vorliegenden Entwurf zur Geltung gekommen seien. Am 25. Oktober 1795 wurde derselbe vom Konvent genehmigt und trat von da ab als Gesetz in Kraft.¹⁾

Danach sollen in jedem Kanton der Republik eine oder mehrere Volksschulen errichtet werden, deren Bezirke durch die Verwaltung des Departements bestimmt werden.²⁾ Es war dies gegenüber den frühern Dekreten eine große Verminderung der Volksschulen, welche durch die Finanzlage des Staates und den Lehrermangel gerechtfertigt erscheint. Auch der Unterrichtsstoff wurde beschränkt: als Lehrfächer, welche in jeder Volksschule sein müssen, werden Lesen, Schreiben, Rechnen und die Grundzüge der republikanischen Sittenlehre bezeichnet.³⁾ Die nächste Aufsichtsbehörde über die Volksschulen soll der Gemeinderat sein, welcher über die Ausführung der Gesetze und Erlasse der höhern Behörden zu wachen hat.⁴⁾ Ein weiteres Dekret von demselben Tage bestimmt, daß jede Volksschule aus zwei Abteilungen bestehe, die eine für die Knaben, die andere für die Mädchen, je unter einem Lehrer und einer Lehrerin. Die

1) Gréard a. a. O., Bd. I. S. 38 ff. — 2) Tit. I, Art. 1. — 3) Tit. I, Art. 5. — 4) Tit. I, Art. 11.

Unterrichtspläne für beide Abteilungen sind dieselben; für die Mädchen tritt der Unterricht in weiblichen Handarbeiten hinzu.¹⁾

Mit den letzten Dekreten war man auf denselben Standpunkt gekommen, auf welchem 1789 das Volksschulwesen gestanden hatte, wenn wir an Stelle der republikanischen Sittenlehre den Religionsunterricht einsetzen.

Unter dem Direktorium fehlte es nicht an den wohlwollendsten Versuchen zur Hebung des Volksschulwesens. In den Wahlen von 1797 erlangten die Anhänger des Königtums die Oberhand, wenn auch nur für kurze Zeit. Sie waren Gegner der republikanischen Schulen und forderten vollständige Umgestaltung derselben. Dagegen behaupteten die Republikaner, die neuen Schulen müßten erst festen Boden fassen, um ihren wahren Wert zeigen zu können. Endlich gelangte der Vorschlag zur Annahme, daß ein Unterrichtsausschuß ernannt werden solle, „nicht um das Bestehende zu stürzen, sondern um zu untersuchen, wie die augenblickliche Lage der Dinge sei, und auf Grund der gemachten Erfahrungen Verbesserungsvorschläge zu machen“.

Die Herrschaft der Anhänger des Königtums dauerte nur einige Monate; noch in demselben Jahre mußten sie einer republikanischen Mehrheit weichen. Der Entwurf des Unterrichtsausschusses, welcher bereits im Oktober 1797 vorgelegt wurde und für je 3000 Einwohner eine Volksschule forderte, stieß auf lebhaften Widerstand. Der gegenwärtige Zustand der Volksschule genüge; der Vorwurf, daß ein eigentliches Volksschulwesen auf dem Gebiete der Republik nicht vorhanden sei, wurde als unbegründet zurückgewiesen; man solle nur die Wirkung des Gesetzes von 1795 abwarten. Die Zahl der öffentlichen Volksschulen war allerdings eine sehr geringe, etwa 5000 auf dem ganzen Gebiete der Republik, dazu kam noch der mangelhafte Besuch der einzelnen Schulen. Diese Thatsache veranlaßte den Deputierten Bonnaire, die Volksschulfrage wieder auf die Tagesordnung zu bringen. „Sehen wir nicht,“ rief er dem Rat der Fünfhundert zu, „daß die Schulen des Königtums sich nähren und mästen von der Abnahme und dem Rückgang der Nationalschulen, daß man dort fortfährt, Vorurteil und Haß gegen die Republik zu lehren!“ In der That stand die große Zahl der Privatschulen, deren Lehrer Anhänger des Königtums waren, der Verbreitung republikanischer Grundsätze hemmend entgegen. Obgleich das Direktorium es nicht an sogar teilweise gewaltsamen Versuchen fehlen ließ, das Volksschulwesen zu heben und den Besuch der republikanischen Schulen zu erzwingen, so blieb doch seine Macht und sein Erfolg weit hinter dem guten Willen zurück.²⁾

1) Art. I und II. — 2) Vgl. Babeau a. a. O. S. 44 ff.

Die stärkere Hand, welche mit dem Konsulat die Zügel der Verwaltung ergriff, schuf für das Volksschulwesen wenig. Chaptal war mit der Vorlage eines neuen Entwurfs beauftragt. Nach letztem sollte der Unterricht in drei Grade zerfallen: die Schulen des untersten Grades oder die Municipalschulen, welche die Kinder vom 6. bis 12. Jahre aufnehmen; die des 2. Grades, Kommunalschulen, entsprechend den ehemaligen Zentralschulen des Konvents, in welche die Kinder mit dem vollendeten 10. Lebensjahre aufgenommen werden und in denen sie etwa 4 bis 5 Jahre verbleiben, um eine allgemeine Vorbereitung zu höherer Bildung zu erhalten; endlich Specialschulen mit dem Zulassungsalter von 16 Jahren als Vorbereitungsanstalten zu besonderm Lebensberufe. Das Nationalinstitut sollte das Ganze krönen. Die Schulen des untersten Grades müssen in allen Gemeinden errichtet werden, welche sie verlangen und in welchen sie geeignet zu sein scheinen. Die Entscheidung über den letzten Punkt ist dem Unterpräfekten nach Anhörung des Arrondissementsrats überlassen. Die Zahl der im Bereiche der Republik etwa notwendigen Volksschulen wird auf 23 000 angegeben.

Der Entwurf Chaptals gefiel dem ersten Konsul nicht, weil er zu sehr an die Gesetzgebung des Konvents erinnerte; auch stand Napoleon der Frage der Volksschulbildung überhaupt gleichgültig gegenüber. Der Gesetzentwurf, welchen er am 20. April 1802 dem gesetzgebenden Körper vorlegen liefs, entsprach seinen Anschauungen besser. Das nach diesem Entwurf ohne Änderung angenommene Schulgesetz vom 1. Mai 1802 ¹⁾ bestimmt, dafs der Unterricht erteilt wird:

1. in Primärschulen, welche durch die Gemeinden errichtet werden;
2. in Sekundärschulen, die von den Gemeinden errichtet oder von Privaten unterhalten werden;
3. in Lyceen und Specialschulen, welche der Staat unterhält.²⁾

Eine oder mehrere Gemeinden zusammen können je nach dem Verhältnis der Bevölkerung und der Örtlichkeit eine Volksschule unterhalten;³⁾ mit der Einrichtung dieser Volksschulen, deren Kosten die Gemeinden tragen, wird der Unterpräfekt beauftragt, welcher über den Zustand derselben monatlich dem Präfekten Bericht erstattet.⁴⁾ Die Mädchenschulen erwähnt das Gesetz gar nicht; bei der Vorlage des Gesetzentwurfs hatte sich Fourcroy deutlich genug darüber ausgesprochen, dafs das Gesetz sich mit dem Unterricht der Mädchen nicht befasse, ganz im Sinne des Ersten Konsuls, welcher die Bildung der Frauen niemals begünstigt hat und einen geringen Grad von Bildung für dieselben als aus-

1) Gréard a. a. O., Bd. I. S. 42 ff. — 2) Tit. I, Art. 1. — 3) Tit. II, Art. 2. — 4) Tit. II, Art. 4.

reichend erachtete. Über die innern Einrichtungen der Volksschule enthält das Gesetz nichts; es schweigt auch über die Einführung des Religionsunterrichts.

Mit diesen Bestimmungen, welche das Volksschulwesen dem guten Willen der Gemeinden und Privaten überwiesen, während das höhere Schulwesen verhältnismässig reich ausgestattet und zweckmässig organisiert wurde, glaubte man alle Schwierigkeiten genügend beseitigt zu haben. Thatsache ist freilich, daß die Lyceen und Specialschulen schon gleich nach Entstehung des Gesetzes rasch aufblühten; ein Gedeihen und eine Fortentwicklung der Volksschulen ist jedoch nicht zu verzeichnen. Mit dem Jahre 1802 beginnt für die Volksschulgesetzgebung eine lange Zeit fast vollständigen Stillstandes.

Das Konkordat kann als das Ende der Anarchie und der heillosen Zustände angesehen werden, welche länger als ein Jahrzehnt in Frankreich geherrscht haben; die Ruhe zog wieder in Staat, in Familie und Schule ein. Letztere begann wieder den christlichen Religionsunterricht aufzunehmen, in einer grossen Anzahl von Dörfern wurden die Schulen wieder eröffnet, die Lehrer traten meist in das alte Verhältnis zum Pfarrer zurück. Wenn auch die Geistlichkeit nicht mehr die Aufsicht über die Schulen führte, so stand sie denselben doch auch nicht fremd gegenüber, wie bisher. Die Eltern konnten nunmehr ihre Kinder in die Schule schicken mit der Gewissheit, daß die Religion ihrer Väter in derselben nicht wie bisher geschändet und verhöhnt wurde.

§. 3.

Das Kaiserreich und die Restauration.

Das wichtigste Ereignis auf dem Gebiete des Schulwesens während des ersten Kaiserreichs ist die Gründung der Kaiserlichen Universität, wodurch die unumschränkte Regierung des Kaisers auch nach dieser Richtung hin gesetzlich bestätigt wurde. Bereits das Dekret vom 10. Mai 1806 hatte die Gründung derselben verfügt; ihre endgültige Organisation wurde ins Leben gerufen durch das Dekret vom 17. März 1808.¹⁾ Mit unbedeutenden Änderungen gingen die Grundzüge des Gesetzes von 1802 in die Verfassung der Kaiserlichen Universität über; die Freiheit des Unterrichts jedoch fiel jetzt auch für die Volksschule weg.

Nach dem Dekret ist der gesamte öffentliche Unterricht im ganzen Kaiserreich, ausschliesslich der Universität unterstellt,

1) Gréard a. a. O., Bd. I. S. 52 ff.

immerhin ein großer Fortschritt für die Volksschulen, weil sie dadurch, wenn auch vorläufig nur der Theorie nach, als zum gesamten großen Lehrkörper des Landes gehörig angesehen wurden. Das ganze Reich wurde in Akademien eingeteilt und diesen auch die Volksschulen zugewiesen, als deren Lehrgegenstände Lesen, Schreiben und die ersten Kenntnisse des Rechnens bezeichnet werden.

Titel V des Dekrets giebt die Grundlagen an, auf welchen der Unterricht an allen Schulen erteilt werden soll. Dieselben sind:

1. die Vorschriften der katholischen Religion;
2. die Treue zum Kaiser, zur kaiserlichen Monarchie als der Bewahrerin des Glückes der Völker und zur Napoleonischen Dynastie, der Erhalterin Frankreichs und aller freien Ideen, welche durch die Verfassung verkündigt sind;¹⁾

1) In dem 1806 herausgegebenen „Catéchisme à l'usage de toutes les Églises de l'Empire français (p. 58 ff.) heißt es:

„Fr.: Welches sind die Pflichten der Christen in Bezug auf die Fürsten, welche sie regieren, und welches sind speciell unsere Pflichten gegen Napoleon I., unsern Kaiser? — Antw.: Die Christen schulden den Fürsten, welche sie regieren, und wir schulden speciell Napoleon I., unserm Kaiser, Liebe, Ehrfurcht, Gehorsam, Treue, Militärpflicht und die Steuern, welche zur Erhaltung und Verteidigung des Reiches und seines Thrones auferlegt sind; wir schulden ihm ferner inbrünstiges Gebet für sein Heil und für das geistige und zeitliche Gedeihen des Staates.

Fr.: Warum sind uns alle diese Pflichten gegen den Kaiser geboten? — Antw.: 1. Weil Gott, welcher die Reiche schafft und nach seinem Willen verteilt, indem er unsern Kaiser mit seinen Gaben, sowohl im Frieden, wie im Kriege überhäufte, ihn als unsern Herrscher eingesetzt und ihn zum Diener seiner Macht und zu seinem Ebenbild auf Erden gemacht hat; 2. weil unser Heiland Jesus Christus sowohl durch seine Lehre als sein Beispiel gezeigt hat, was wir unserm Herrscher schuldig sind: er ist geboren worden, gehorchend dem Gebot des römischen Kaisers; er hat die vorgeschriebene Steuer bezahlt; er hat ebenso geboten, Gott zu geben, was Gottes ist, als dem Kaiser, was des Kaisers ist.

Fr.: Giebt es denn keine besondern Beweggründe, welche uns noch stärker an unsern Kaiser Napoleon I. fesseln? — Antw.: Ja, denn er ist es, den Gott in schweren Tagen erweckt hat, um die öffentliche Ausübung der h. Religion unserer Väter wieder einzuführen und ihr Beschützer zu sein. Er hat die öffentliche Ordnung wieder hergestellt und erhalten durch seine tiefe und wirksame Weisheit, er verteidigt den Staat durch seinen starken Arm; er ist der Gesalbte des Herrn geworden durch die Weihe, welche er vom Oberhaupte der Kirche empfangen hat.

Fr.: Was muß man von denjenigen halten, welche ihre Pflichten gegen unsern Kaiser nicht erfüllen? — Antw.: Nach dem h. Apostel Paulus widersetzen sie sich der von Gott gesetzten Ordnung und machen sich der ewigen Verdammnis schuldig.

Fr.: Binden uns die Pflichten, welche wir gegen unsern Kaiser haben, auch gegen seine durch die Verfassung des Reichs als rechtmäßig erklärten Nachfolger? — Antw.: Ja, ohne Zweifel, denn wir lesen in der h. Schrift, daß Gott, der Herr Himmels und der Erde, durch seinen höchsten Willen und seine Vorsehung die Reiche verleiht nicht nur einer Person im besondern, sondern auch ihrem Geschlecht.“

3. Gehorsam gegenüber den Satzungen des Lehrkörpers, welche die Einheit des Unterrichts bezwecken und darauf hinzielen, für den Staat Bürger zu erziehen, die ihrer Religion, ihrem Fürsten, ihrem Vaterland und ihrer Familie anhangen.

Eine Kommission sollte ernannt werden zur Entwerfung geordneter Lehrpläne und guter Lehrbücher; aber die Thätigkeit dieser Kommission für das Volksschulwesen ist nicht ersichtlich, wenngleich auch der Universität der Auftrag erteilt wurde, den Unterricht aller Stufen ohne Ausnahme zu ordnen. Etwas Wirkames geschah unter dem ersten Kaiserreich für die Volksschulen nicht; nur wurden die Brüder der christlichen Schulen begünstigt und breiteten sich schnell besonders über die Städte des Reiches aus. Schon ein Rundschreiben des Ministers Fourcroy an die Präfekten vom Jahre 1804 hatte die letztern auf die Wichtigkeit dieser Maßregel aufmerksam gemacht: „Der General-Direktor des öffentlichen Unterrichts erinnert die Präfekten daran, daß die Brüder der christlichen Schulen sich zu sehr um den ersten Unterricht verdient gemacht haben, als daß dieselben in einem Augenblick vergessen werden könnten, wo alles, was Nutzen gebracht hat, seiner Bestimmung zurückgegeben werden muß.“ Der Minister erklärt weiter, die Brüder davon in Kenntnis setzen zu wollen, daß es Absicht der Regierung sei, eine allgemeine Maßregel betreffs der Zulassung der ehemaligen Schulbrüder zur Erteilung des Volksschulunterrichts zu treffen. Bei der damaligen Lage der Dinge war dies die einzige Möglichkeit, schnell und auf möglichst geeignete Weise der Volksschule Lehrer zuzuführen; ein weiteres that die Regierung, indem sie 1812 Cuvier und Noël nach Holland schickte, um die dort im Aufschwung begriffene Methode des wechselseitigen Unterrichts kennen zu lernen und in Frankreich wenn möglich einzuführen, eine Methode, deren Verbreitung die Brüder der christlichen Schulen sich lebhaft widersetzten unter dem Vorwande, sie sei mit ihren Ordensregeln unvereinbar.

Nach der Rückkehr von Elba erließ der Kaiser am 27. April 1815 ein Dekret,¹⁾ welches die Gründung einer Musterschule zur Ausbildung von tüchtigen Lehrern anordnete und in seinen Motiven die politische und sociale Notwendigkeit eines guten Erziehungssystems auch für das Volksschulwesen anerkannte; aber die unter dem thätigen Minister Carnot begonnene Reform wurde durch die Ereignisse in ihren Anfängen erstickt.

Die Königliche Ordonnanz vom 29. Februar 1816²⁾ wird von den Verteidigern der Restauration als ein wesentliches Verdienst der letztern um das Volksschulwesen gepriesen. „Indem wir“, so beginnt die Ordonnanz, „den gegenwärtigen Zustand des

1) Gréard a. a. O., Bd. I. S. 83. — 2) Gréard a. a. O., Bd. I. S. 84 ff.

Volksschulunterrichts in den Städten und Dörfern in genaue Erwägung gezogen, haben wir erkannt, daß in den einen wie in den andern eine große Anzahl von Schulen fehlt und daß die bestehenden Schulen sehr verbesserungsbedürftig sind.“ Als Grundlagen des Unterrichts werden die wahren Grundsätze der Religion und der Sittenlehre bezeichnet: der Unterricht soll nicht nur eine der fruchtbarsten Quellen für die öffentliche Wohlfahrt werden, er soll auch beitragen zu guter Ordnung in der menschlichen Gesellschaft und den Grund legen zum Gehorsam gegenüber den Gesetzen und zur Erfüllung der Pflichten jeglicher Art.

In jedem Kanton soll ein Ausschufs zur Beaufsichtigung und Förderung des Volksschulwesens gebildet werden,¹⁾ dessen Mitglieder der Kantonalpfarrer, der Friedensrichter und der Direktor des Gymnasiums, wo ein solches vorhanden ist, sein müssen;²⁾ daneben sollen 3 oder 4 andere Mitglieder durch den Rektor der Akademie erwählt werden auf Grund der Berichte der Unterpräfekten und der akademischen Inspektoren. Die Ernennung derselben bestätigt der Präfekt.³⁾ Der Vorsitzende des Kantonalausschusses ist der Pfarrer;⁴⁾ der Unterpräfekt und der Königliche Staatsprokurator sind Mitglieder sämtlicher Kantonausschüsse des Arrondissements.⁵⁾ Aufgabe der Kantonausschüsse ist die Aufsicht über die Zucht, die Sitten, den religiösen Unterricht, die Beobachtung der gesetzlichen Bestimmungen, Abstellung von Mißbräuchen in sämtlichen Schulen des Kantons; ferner sollen sie die Anregung geben zu passenden Maßregeln betreffs Unterhaltung der Schulen, der Ordnung und der Schulzucht. Besonders sollen sie auf die Gründung von Volksschulen an solchen Orten hinzuwirken suchen, an welchen sich bisher keine vorfinden.⁶⁾ Ortsschulaufseher sind der Pfarrer bzw. dessen Stellvertreter und der Maire der Gemeinde; in Orten, wo evangelische Schulen sind, hat über letztere der evangelische Pfarrer die Aufsicht.⁷⁾ Die Ortsschulaufseher müssen wenigstens einmal monatlich dem Unterricht beiwohnen und dem Kantonausschufs darüber Bericht erstatten.⁸⁾

Die oberste Unterrichtsbehörde soll mit Sorgfalt darüber wachen, daß in allen Schulen der Unterricht als Grundlage habe die Religion, die Achtung vor dem Gesetz und die dem König schuldige Anhänglichkeit. Ihre Sache ist es, die allgemeinen Bestimmungen über das Volksschulwesen zu entwerfen, die richtigen Methoden und passenden Schulbücher zu bezeichnen, nach welchen sich auch die von Privaten geleiteten Schulen zu richten verpflichtet sind.⁹⁾ Die Schulordnungen und Methoden der geistlichen Orden, welche gesetzlich zugelassen sind, müssen gleichfalls von der Unter-

1) Art. 1. — 2) Art. 2. — 3) Art. 3. — 4) Art. 4. — 5) Art. 5. — 6) Art. 7. — 7) Art. 8. — 8) Art. 9. — 9) Art. 30.

richtskommission genehmigt sein.¹⁾ Knaben und Mädchen dürfen in keiner öffentlichen und privaten Schule gemeinsam unterrichtet werden.²⁾ Die Erzbischöfe und Bischöfe (bei evangelischen Schulen die Bevollmächtigten der Konsistorien) nehmen bei ihren Rundreisen Kenntniss von dem Zustande des Religionsunterrichts; wenn sie einer Sitzung des Kantonalausschusses beiwohnen, führen sie den Vorsitz.³⁾ Im übrigen verbleibt den Präfekten, den Unterpräfekten und Maires die Aufsicht über die Volksschulen, insoweit die bestehenden Gesetze und Verordnungen dies bestimmen.⁴⁾ Art. 35 der Ordonnanz warf die jährliche Summe von 50 000 Franken aus, um 1. den Druck und die Abfassung guter Schulbücher zu unterstützen, 2. Musterschulen in denjenigen Gegenden zu errichten, in welchen die Handhabung guter Methoden noch fehlt, 3. denjenigen Lehrern Belohnungen zu geben, welche sich durch die Anwendung guter Methoden auszeichnen.

Es war diese „Freigebigkeit“ der klarste Beweis, wie wenig die Restauration die Bedürfnisse des Volkes thatkräftig zu befriedigen suchte; man überliefs, wie unter dem ersten Kaiserreich, die Schulen dem Belieben der Gemeinden. Der Staat selbst that nichts; er suchte die Gemeinden, die Ortsverwaltungen durch Bestimmungen und Verordnungen für die Volksschulen zu begeistern; aber wie konnte dort von dem Segen und Nutzen allgemeiner Bildung mit Erfolg geredet werden, wo die Massen selbst noch durchaus unwissend waren und sich der Errichtung der Schulen widersetzten, wo die Behörden, welche kein gesetzliches Mittel in der Hand hatten, die Neugründung von Schulen anzuordnen, in Unthätigkeit verharrten und die Regierung selbst für die Ausbildung eines tüchtigen Lehrerstandes so gut wie gar nichts that?

Neben diesem Mangel an durchgreifenden Mafsregeln zur Hebung der Volksschule war der Verbreitung der Schulen ein wesentliches Hindernis dadurch bereitet, dafs das Verbot geschlechtlich gemischter Schulen wieder ausdrücklich eingeschärft wurde, ein Verbot, wodurch besonders die kleinen Gemeinden am härtesten getroffen waren. Freilich war es gestattet, dafs in den Landschulen die Knaben morgens, die Mädchen nachmittags unterrichtet wurden; auch weist die Instruktion vom 3. Juni 1819⁵⁾ an die Präfekten auf den Übelstand hin, dafs die Bestimmungen der Ordonnanz von 1816 nicht auch auf die Mädchenschulen ausgedehnt worden seien, welche sich zwar weniger zahlreich vorfänden als die Knabenschulen, denen aber doch dieselbe Wichtigkeit beigelegt werden müsse. Immerhin aber mufs die besagte Instruktion bzw. die Königl. Ordonnanz vom 3. April

1) Art. 31. — 2) Art. 32. — 3) Art. 40. — 4) Art. 41. — 5) Gréard a. a. O., Bd. I. S. 119 f.

1820¹⁾ als ein Fortschritt bezeichnet werden, indem durch dieselben die Bestimmungen der Ordonnanz von 1816 auch auf die Mädchenschulen ausgedehnt wurden.

Mangelhaft und jämmerlich, wie die Restauration den Zustand der Volksschulen vom Kaiserreich übernommen hatte, blieb derselbe auch unter der Restauration; die geistlichen Orden und Genossenschaften, welche besonders seit 1826 zur Erteilung des Volksschulunterrichts zugelassen wurden, vermochten einen wesentlichen Fortschritt nicht zu bewirken, sie ließen sich auch meist nur in den größern Städten nieder; dem thätigsten Orden, dem der christlichen Schulbrüder, stand ein großes Hindernis im Wege, das Schulwesen auf dem Lande zu fördern: nach ihren Statuten durften, wie bereits hervorgehoben, niemals weniger als drei Brüder an einer Schule unterrichten, so daß sie nur an größern Schulsystemen Verwendung fanden; auch war ihnen die Erteilung des Unterrichts an Mädchenschulen und geschlechtlich gemischten Schulen untersagt.

Das Zeugnis hat sich die Restauration selbst geben müssen, kurz vorher, ehe die Julirevolution ihr das Ende bereitete, daß ihre Thätigkeit auf dem Gebiete des Volksschulwesens eine erfolglose gewesen. Die Königliche Ordonnanz vom 14. Februar 1830²⁾ erkennt es an, daß noch eine ziemlich beträchtliche Anzahl von Gemeinden ohne Volksschulen war; es sei königlicher Wille, neue Maßregeln zu ergreifen, um in möglichst kurzer Zeit zu dem Ziele zu gelangen, den Unterricht allen Unterthanen zugänglich zu machen. Man faßte die Sache mit allem Ernst an, aber die Zeit zur Ausführung war nicht mehr vorhanden. Nach einer im Jahre 1829 aufgestellten Statistik besaßen von den 38135 Gemeinden Frankreichs 13 984, also mehr als ein Drittel, überhaupt keine Schulen; die 30 796 vorhandenen Schulen, sowohl öffentliche, als private, wurden von 1 372 206 Kindern beiderlei Geschlechts während der Wintermonate besucht; die Zahl der die Schule im Sommer besuchenden Kinder belief sich auf 681 005. Von den zur Aushebung gelangenden jungen Leuten konnte die Hälfte weder lesen noch schreiben, die Schulhäuser waren größtenteils in verfallenem Zustande, oft waren gar keine vorhanden, so daß der Lehrer vielfach in der Scheune, im Stall, im Keller, in einem Tanzsaal, in der Handwerksstube, in der Küche, im Schlafzimmer, ja sogar bisweilen auf freiem Felde Schule hielt. Die Zustände, wie sie Lorain in seinem Buche über den Stand des Volksschulunterrichts in Frankreich³⁾ schildert, sind entsetzliche; es ist begreiflich, daß das mit großem Freimut die Schäden des Volksschulwesens offenlegende

1) Gréard a. a. O., Bd. I. S. 132 f. — 2) Gréard a. a. O., S. 186 ff.
— 3) P. Lorain, Tableau de l'instruction primaire en France. Paris 1837.

Buch große Aufregung hervorrief. Dem Julikönigtum blieb es vorbehalten, mit thatkräftiger Hand erfolgreicher einzugreifen.

§. 4.

Das Unterrichtsgesetz vom 17. Juni 1833.

Unter dem Ministerium Guizot wurde am 28. Juni 1833 das berühmte Unterrichtsgesetz erlassen,¹⁾ ein Ehrenedenkmal für den großen Staatsmann, welcher es ausarbeitete und die Ausführung desselben übernahm; es hat thatsächlich den Grund zur Entwicklung des Volksschulwesens in Frankreich gelegt.

Das Gesetz unterscheidet zunächst zwei Grade des Primärunterrichts: den Elementarunterricht und den höhern Volksschulunterricht.

Der Elementarunterricht umfaßt notwendig Sitten- und Religionslehre, Lesen, Schreiben, die Elemente der französischen Sprache und des Rechnens, das gesetzliche System der Masse und Gewichte. Der höhere Volksschulunterricht muß folgende Unterrichtsgegenstände haben: die Elemente der Geometrie und ihre gewöhnliche Anwendung, besonders Linearzeichnen und Feldmessen, Kenntnis der Naturlehre und Naturgeschichte, insofern sie im täglichen Leben nutzbar sind, Gesang, die Grundzüge der Geschichte und Geographie, insbesondere von Frankreich.

Je nach dem Bedürfnisse kann der Volksschulunterricht passend erweitert werden.²⁾

Bezüglich der Teilnahme der Kinder am Religionsunterricht soll der Wille des Vaters befragt und beachtet werden.³⁾

Die Zahl der Elementarschulen schreibt das Gesetz nicht vor, jedoch ist jede Gemeinde verpflichtet, entweder allein oder im Verein mit einer oder mehreren Nachbargemeinden wenigstens eine Volksschule zu unterhalten;⁴⁾ ferner wird bestimmt, daß an den Hauptorten der Departements und an sämtlichen Orten mit über 6000 Einwohnern eine höhere Volksschule sein muß.⁵⁾

Bei jeder Gemeindeschule soll ein Ortsschulvorstand sein, welcher die Ortsschulaufsicht führt und aus dem Maire oder Beigeordneten als Vorsitzendem, dem Pfarrer und einem oder mehreren Einwohnern besteht, die Mitglieder des Kreisausschusses sind.⁶⁾ Letzterer, welchem die Aufsicht über die Schulen des Arrondissements übertragen ist, erhält folgende Zusammensetzung: der Maire des Hauptortes bzw. der älteste Maire des Bezirks, der

1) Gréard a. a. O., Bd. I, S. 236 ff. — 2) Art. 1. — 3) Art. 2. — 4) Art. 9. — 5) Art. 10. — 6) Art. 17.

Friedensrichter, der katholische Pfarrer, je ein Geistlicher der andern Bekenntnisse, ein Direktor bezw. ein Professor eines Gymnasiums oder einer andern höhern Unterrichtsanstalt, wenn solche in dem Arrondissement vorhanden sind, ein Volksschullehrer, drei Mitglieder des Kreisvorstandes und diejenigen Generalräte, welche in dem Arrondissement wohnen. Der Königliche Staatsprokurator ist geborenes Mitglied sämtlicher Kreisausschüsse des Bezirks, der Präfekt bezw. der Unterpräfekt ist Vorsitzender.¹⁾ Die Zusammensetzung des Kreisausschusses zeugt von großer Umsicht und bot hinlängliche Bürgschaft für gemessene und unparteiische Beurteilung.

Der Ortsschulvorstand hat die Aufsicht über die öffentlichen und privaten Schulen der Gemeinde; er hat über alles zu wachen, was die Gesundheit der Schüler und die Handhabung der Zucht betrifft, ferner darauf zu sehen, daß die armen Kinder unentgeltlich zum Unterrichte zugelassen werden, und darauf hinzuwirken, daß möglichst alle Kinder die Schule besuchen.²⁾

Der Kreisausschuß läßt sämtliche Schulen des Kreises durch einen oder mehrere Bevollmächtigte prüfen, welche nicht Mitglieder des Ausschusses sein müssen und von letzterm gewählt werden; er berichtet dem Präfekten und dem Minister jährlich einmal über den Stand der Volksschulen; er beantragt ferner die für das Schulwesen notwendigen Verbesserungen.³⁾ Die Aufsicht durch den Kreisausschuß fällt um so mehr ins Gewicht, als die Disziplinargewalt desselben über das Lehrpersonal eine weitgehende ist.

Fassen wir die großen, das Volksschulwesen fördernden Bestimmungen des Gesetzes von 1833 zusammen, so ergibt sich folgendes: Es verpflichtet die Gemeinden zur Unterhaltung von Volksschulen, es stellt den Grundsatz der Unentgeltlichkeit des Unterrichts für alle Kinder auf, deren Eltern dürftig sind;⁴⁾ es achtet das religiöse Bekenntnis und die Gewissensfreiheit der Familienväter; es sichert den Nachwuchs des Lehrpersonals und fördert die Ausbildung desselben durch Gründung von Lehrerseminaren,⁵⁾ es bewilligt den weltlichen und geistlichen Lehrern dieselben Rechte und legt ihnen dieselben Pflichten auf,⁶⁾ es bestimmt die Einnahmequellen zur Deckung der Schulausgaben mit großer Umsicht,⁷⁾ wenngleich auch das Gehalt der Lehrer noch ungenügend und verbesserungsbedürftig ist; es weist auf die Notwendigkeit einer Altersversorgungskasse für die Lehrer hin und macht auch hierin wenigstens den Anfang;⁸⁾ ferner trennt es den Elementarunterricht streng vom höhern Volksschulunterricht, um erstern an ein Minimum zu binden und um so

1) Art. 19. — 2) Art. 21. — 3) Art. 22. — 4) Art. 14. — 5) Art. 11. — 6) Art. 4. — 7) Art. 13. — 8) Art. 15.

allgemeiner zu gestalten, endlich setzt es in jedem Kreis einen Ausschufs ein als Wächter des Gesetzes, Beschützer der Lehrer und Quelle segensreicher Verbesserungen.¹⁾

Mit großer Thatkraft nahm Guizot die Umgestaltung des Volksschulwesens auf Grundlage des Gesetzes in die Hand; in welchem Sinne, sagt uns sein berühmter Ausspruch: „Il faut que l'atmosphère de l'école soit religieuse.“ Von seiner wichtigen Aufgabe hatte er eine hohe Auffassung; das Rundschreiben, welches er betreffs der Ausführung des Gesetzes an die sämtlichen Lehrer erließ, ist so bemerkenswert, daß dasselbe nicht stillschweigend übergangen werden kann. In demselben heist es:

„Überall, wo der Volksschulunterricht zur Blüte gelangt ist, findet sich bei den Lehrern eine religiöse Gesinnung, vereinigt mit der Hingebung an den Unterricht und die Ausbildung der Kinder. Mögen Sie doch in solchen Hoffnungen, in solchem Glauben, der eines gesunden Sinnes und eines reinen Herzens würdig ist, diejenige Genugthuung und Ausdauer finden, welche die Vernunft und die Vaterlandsliebe allein vielleicht nicht zu geben imstande sind. . . . Betreffs der sittlichen Erziehung muß ich mich auf Sie überhaupt verlassen. Nichts kann in Ihnen den Willen, Gutes zu wirken, ersetzen. Sie wissen wohl, daß die sittliche Erziehung zweifelsohne die wichtigste und schwierigste Seite Ihrer Aufgabe ist; Sie verkennen nicht, daß Familie und Land die Ihnen anvertrauten Kinder von Ihnen zurückfordern werden, jene als gesittete Menschen, dieses als gute Bürger. Es ist Ihnen bekannt, daß die Tugenden nicht immer im Gefolge der Wissensbildung sind; der Unterricht, welchen das Kind empfängt, kann für dasselbe verderblich werden, wenn er sich nur an den Verstand wendet. Mögen die Lehrer nur ja nicht fürchten, daß sie die Rechte der Familie antasten, wenn sie ihr Hauptaugenmerk richten auf die innere Seelenbildung ihrer Schüler. So sehr der Lehrer sich davor hüten muß, in seiner Schule dem Sekten- oder Parteigeist Einlaß zu gewähren und die Kinder religiöse und politische Grundsätze zu lehren, welche sie zur Auflehnung gegen die Autorität des elterlichen Hauses treiben, ebenso sehr muß er sich anderseits über die Tagesfragen hinwegsetzen, welche die Gesellschaft in Aufregung bringen, damit er ohne Unterlaß jene unvergänglichen Grundsätze der Sittenlehre und der Vernunft verbreite und festige, ohne welche die allgemeine Ordnung gefährdet ist; er muß tief in die jugendlichen Herzen jenen Samen der Tugend und der Ehrenhaftigkeit einpflanzen, welchen das spätere Alter und die Leidenschaften nicht zu ersticken vermögen. Der Glaube an die göttliche Vorsehung, die Heiligkeit der Pflicht, die Unterwerfung unter die väterliche Gewalt, die

1) Vgl. Teil I, S. 14 ff., S. 28 ff., S. 127 f., S. 138, S. 150.

Achtung, welche man dem Gesetze, der Obrigkeit und den Rechten aller schuldig ist, das sind die Gefühle, welche er zu pflegen und auszubilden sich zur Aufgabe stellen muß. Niemals darf er durch seine Rede oder sein Beispiel in den Kindern die pflichtschuldige Hochachtung vor dem Eigentum erschüttern; niemals darf er durch gehässige und rachsüchtige Worte jene blinden Vorurteile in ihnen wachrufen, welche gleichsam feindliche Nationen im Schoße der eigenen erzeugen. Der Friede und die Eintracht, welche er in seiner eigenen Schule pflegt, sollen soweit möglich Friede und Einigkeit der künftigen Geschlechter vorbereiten.

Die Beziehungen des Lehrers zu den Eltern der Kinder sind mannigfach. Das Wohlwollen muß hier obenan stehen. Wenn der Lehrer nicht das Vertrauen der Familien besitzt, wird sein Ansehen bei den Kindern gefährdet und die Frucht seiner Arbeit geht für letztere verloren. Er kann deshalb diese Beziehungen nie mit zu großer Sorgfalt und Umsicht pflegen. Leichtfertig gepflogene Vertraulichkeit kann die Unabhängigkeit des Lehrers aufs Spiel setzen und ihn in lokale Streitigkeiten hineinziehen, welche so oft den Frieden kleiner Gemeinden zerstören. Indem der Lehrer gern den vernünftigen Wünschen der Eltern nachkommt, muß er sich hüten, ihren launenhaften Forderungen seine Erziehungsgrundsätze und die Schulzucht zum Opfer zu bringen. Die Schule muß ein Hort der Gleichheit, d. i. der Gerechtigkeit sein.

Die Pflichten des Lehrers gegen die Obrigkeit sind noch klarer und nicht weniger wichtig. Er ist selbst eine Behörde in der Gemeinde: Wie sollte er also das Beispiel der Unbotmäßigkeit geben? Wie sollte er nicht die Gemeindebehörden hochachten, die geistliche Obrigkeit, die gesetzliche Gewalt, welche über die öffentliche Ruhe wacht? Welche Zukunft würde er in der Bevölkerung, in welcher er lebt, vorbereiten, wenn er durch sein Beispiel oder durch böswillige Reden bei den Kindern die Neigung erregte, alles zu verkennen, über alles zu spotten! In einem spätern Alter könnte dies leicht Veranlassung zur Unsittlichkeit und sogar zur Auflösung der bestehenden staatlichen Ordnung werden!

Der Maire ist die Spitze der Gemeinde; die eigene Stellung sowie die Pflicht des Lehrers erfordert es also, ihm bei jeder Gelegenheit die schuldige Hochachtung zu erweisen. Der Pfarrer hat ebenfalls Anrecht auf Hochachtung, denn das Amt desselben erstreckt sich auf das Erhabenste in der menschlichen Natur. Wenn es sich unglücklicherweise ereignen sollte, daß der Diener der Religion dem Lehrer ein gerechtes Wohlwollen versagte, so braucht letzterer sich nicht zu erniedrigen, um dasselbe zu erwerben; aber er soll sich Mühe geben, dasselbe mehr und mehr durch sein ganzes Verhalten zu verdienen, und er wird sein Ziel erreichen. Durch die in der Schule erzielten Erfolge kann er

ungerechte Vorurteile zerstreuen; durch seine Klugheit kann er jeden Vorwand der Unduldsamkeit beseitigen. Verstellung muß er ebenso meiden, als Gottlosigkeit. Nichts ist wünschenswerter, als Einigkeit zwischen Lehrer und Pfarrer; beide sind mit moralischem Ansehen bekleidet; beide bedürfen des Vertrauens der Familie; beide können sich verständigen, um auf die Kinder durch verschiedene Mittel einen gemeinsamen Einfluß auszuüben. Eine solche Einigkeit ist wohl wert, daß man zu ihrer Erhaltung einige Opfer bringt, und ich erwarte von Ihrer Einsicht und Weisheit, daß Ihnen nichts, was sich mit Ehren thun läßt, zu gering sein wird, um diese Einigkeit zu erreichen, ohne welche unsere Anstrengungen für den Volksunterricht unfruchtbar sein würden.“

Zwei Dinge sind es, welche wir bei dem großen gesetzgeberischen Werke von 1833 vermissen: den Schulzwang und den Unterricht der Mädchen. Der Berichterstatter des Gesetzentwurfs in der Kammer der Abgeordneten, Renouard, hatte die gesetzliche Gleichstellung der Knaben- und Mädchenschulen warm befürwortet: „Beide Geschlechter haben ein gleiches Anrecht auf die Wohlthaten des Unterrichts, und die Allgemeinheit der Erziehung wird in Wahrheit bei uns nur dann vorhanden sein, wenn der Gesetzgeber auf beide Geschlechter gleiche Fürsorge verwendet.“ Aber man machte gegen ihn geltend, daß besondere Mädchenschulen, ausschließlich weiblichen Lehrkräften anvertraut, fast in das Gebiet des Luxus gehörten, den sich allenfalls große Städte erlauben könnten; man sehe den Grund nicht ein, weshalb auf dem Lande und in den kleinen Städten die Mädchen die gewöhnlichen Volksschulen nicht besuchten; da würde es genügen, wenn sich der Lehrer zur Erteilung des weiblichen Handarbeitsunterrichts eine Hilfslehrerin nehme. Letzteres war im Sinne der Mehrheit gesprochen; dazu wurden noch die daraus entstehenden großen Ausgaben geltend gemacht, und die Vorschläge betreffs der Mädchenschulen abgelehnt.

So kam es, daß der Unterricht der Mädchen in dem Gesetze nicht einmal erwähnt war. Indem das Gesetz die geschlechtlich gemischten Schulen wenigstens grundsätzlich nicht verbot, waren die Mädchen besonders in den kleinen Orten thatsächlich auf diese Schulen angewiesen. Obgleich unter der Restauration die geschlechtlich gemischten Schulen verboten waren, hatte sich doch eine große Anzahl derselben besonders auf dem Lande erhalten; nach einem Gutachten des Oberunterrichtsrats vom 13. August 1833¹⁾ ist es wünschenswert, daß in allen Gemeinden, welche die Ausgaben bestreiten können, gesonderte Knaben- und Mädchenschulen errichtet werden; in den Gemeinden, welche nur

1) Gréard a. a. O., Bd. I. S. 262.

eine Schule haben, dürfen Knaben und Mädchen gemeinsam den Unterricht besuchen, jedoch müssen Vorsichtsmafsregeln dahin getroffen werden, dafs zwischen der Knaben- und Mädchenseite eine Scheidewand von wenigstens einem Meter Höhe errichtet wird. Nach einem fernern Gutachten des Oberunterrichtsrats vom 13. Dezember desselben Jahres¹⁾ hat der Lehrer an denjenigen Orten, in welchen nur eine Schule ist, nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, Kinder beider Geschlechter aufzunehmen. Wo sich jedoch eine besondere öffentliche Mädchenschule befindet, wird die Aufnahme beider Geschlechter in derselben Schule untersagt,²⁾ ein Verbot, welches gleichfalls auf die Privatschulen ausgedehnt wurde.³⁾

Bisher waren die Ziele des Volksschulunterrichts nicht genau bestimmt, auch beruhte die innere Einrichtung der Volksschule nicht auf allgemein festgesetzter Grundlage; der Verordnung vom 25. April 1834⁴⁾ war es vorbehalten, zuerst die nähern Bestimmungen über die Einrichtung und fernere Gestaltung der Volksschule festzusetzen.

In jeder Elementarschule mufs demnach der Unterricht folgende Gegenstände umfassen:

Sitten- und Religionslehre,
Lesen,
Schreiben,
die Grundregeln des Rechnens,
die Grundregeln der französischen Sprache,
das gesetzliche System der Mafse und Gewichte.

Unterricht in Geographie und Geschichte, besonders in der Geographie und Geschichte Frankreichs, kann ausserdem an weiter fortgeschrittene Schüler erteilt werden.

Im Linearzeichnen und im Gesang kann ebenfalls unterrichtet werden.⁵⁾

Zur Zulassung in eine Elementarschule ist ein Alter von mindestens 6 und nicht über 13 Jahren erforderlich. In den Gemeinden, in welchen keine Kinderschulen sind, ist die Aufnahme vor dem vollendeten 6. Jahre gestattet; wo sich keine Fortbildungsschulen befinden, können Kinder im Alter von mehr als 13 Jahren aufgenommen werden.⁶⁾

Jede Elementarschule zerfällt in drei Hauptabteilungen, je nach dem Alter der Kinder und den zu behandelnden Unterrichtsgegenständen.⁷⁾

In allen Abteilungen nimmt die Sitten- und Religionslehre den ersten Platz ein. Die Schule beginnt und schliesst mit Gebet.

1) Gréard S. 283 f. — 2) Erlafs vom 22. Dezember 1835. Gréard S. 367. — 3) Erlafs vom 21. August 1836. Gréard S. 407. — 4) Gréard S. 317. — 5) Art. 1. — 6) Art. 2. — 7) Art. 3.

Sprüche aus der hl. Schrift sollen täglich gelernt werden, an den Samstagen das Evangelium des kommenden Sonntags. An Sonn- und Feiertagen werden die Kinder in den Gottesdienst geführt. Die Lesebücher, die Schreibvorlagen, die Reden und Ermahnungen des Lehrers sollen stets darauf hinzielen, den Kindern diejenigen Gefühle und Grundsätze beizubringen, welche die Schutzwehr guter Sitten sind und Gottesfurcht und Liebe zu Gott einflößen. Wenn Kinder verschiedener Bekenntnisse die Schule besuchen, so ist dafür Sorge zu tragen, daß alle Schüler Gelegenheit haben, denjenigen Religionsunterricht zu erhalten, welchen die Väter derselben wünschen.¹⁾

Die Kinder im Alter von 6—8 Jahren bilden die erste Abteilung. Sie werden besonders geübt im Aufsagen der Gebete; sie werden im Lesen, Schreiben und den Anfängen des Kopfrechnens unterrichtet.²⁾

Die Kinder im Alter von 8—10 Jahren bilden die zweite Abteilung. Die Sitten- und Religionslehre besteht in der Erlernung und dem Verständnis der hl. Geschichte des alten und neuen Testaments; die Kinder setzen die Übungen im Lesen, Schreiben und Kopfrechnen fort. Es beginnen das Schriftrechnen und die Übungen in der französischen Sprachlehre.³⁾

Die dritte Abteilung bilden die Kinder von 10 und mehr Jahren bis zu ihrem Austritt aus der Schule. Sie beschäftigen sich besonders mit dem Katechismus. Die Übungen im Lesen, Schreiben, Rechnen und in der französischen Sprache werden fortgesetzt; ferner werden vorgenommen die Grundrisse der Geographie und allgemeinen Geschichte und besonders die Geschichte und Geographie Frankreichs; wo der Unterricht im Linearzeichnen und Gesang überhaupt erteilt wird, ist er hauptsächlich in diese Abteilung zu verlegen.⁴⁾

Der Unterricht in den in Art. 5, 6 und 7 aufgezählten Unterrichtsgegenständen wird in folgender stufenmäßigen Ordnung erteilt:

Sitten- und Religionslehre. 1. Abt.: Gebete und dem kindlichen Gemüt angepaßte Erzählungen; 2. Abt.: Biblische Geschichte; 3. Abt.: Katechismus.

Lesen: Buchstaben, Silben, Wörter, fließendes Lesen; Lesen von Handschriften; Lesen von in lateinischer Sprache abgefaßten Stücken.

Schreiben auf der Schiefertafel, auf der Wandtafel, auf Papier, fein und fett in Mittel-, Rund- und Schrägschrift.

Rechnen. 1. Abt.: Kopfrechnen; 2. Abt.: Schriftrechnen; die vier Grundregeln des Rechnens; 3. Abt.: die gewöhn-

1) Art. 4. — 2) Art. 5. — 3) Art. 6. — 4) Art. 7.

lichen und die Decimalbrüche; das gesetzliche System der Masse und Gewichte.

Französisch. 1. Abt.: Richtige Aussprache; Auswendiglernen; 2. Abt.: Sprachlehre; Diktate zur Befestigung des Rechtschreibens; Satzlehre; Grammatische und logische Zergliederung; Aufsätze.

Geographie und Geschichte. 3. Abt.: Allgemeine Geschichte und Geographie; Geographie und Geschichte Frankreichs.¹⁾

Von der Behörde nicht genehmigte Bücher dürfen in den Elementarschulen nicht gebraucht werden. Der Lehrer hat darauf zu achten, daß die Schüler derselben Abteilung stets dieselben Bücher haben.²⁾

Die zweite und dritte Abteilung fertigen wöchentlich eine Probe-Arbeit an; die Plätze werden im Verlauf der Woche verteilt und das Verzeichnis derselben stets vorgelegt, wenn ein Mitglied des Ausschusses oder der Volksschulinspektor die Schule besucht.³⁾

Mit Ausnahme des Sonntags und des Donnerstags dauert die Schule von 8—11 Uhr vormittags und 1—4 Uhr nachmittags.⁴⁾

In jeder Schule muß wenigstens eine große Wandtafel sein, auf welcher sich die Schüler im Schreiben, Rechnen und Zeichnen üben; ferner auf einem Teil der Wand des Schulzimmers oder auf beweglichen Tafeln die gebräuchlichen Masse, das Einmaleins, eine Karte von Frankreich und vom Kanton.⁵⁾

Kein Schüler kann von einem Teil des Unterrichts entbunden werden; an den Samstagen wird das in der Woche Durchgenommene wiederholt, wobei sich der Lehrer einer Anzahl von Schülern als Helfer bedienen kann, deren jeder fünf oder sechs Schüler überhört.⁶⁾

Zweimal jährlich findet eine Hauptprüfung der Schüler in Gegenwart der Mitglieder der Ortsschulaufsicht und unter Umständen eines Abgeordneten des Kreisausschusses statt. Am Schluß der Prüfung werden sämtliche Schüler auf ein Verzeichnis gesetzt nach dem Masse ihrer Kenntnisse. Das Verzeichnis wird im Schulzimmer aufgehängt und über das Ergebnis der Prüfung dem Kreisausschuß Bericht erstattet. Diese Prüfungen sind auch maßgebend für das Aufsteigen der Schüler.⁷⁾

In der Prüfung am Schlusse des Jahres werden die Abgangszeugnisse für diejenigen Schüler festgesetzt, welche die Schule verlassen.⁸⁾

Der Ortsausschuß hat darauf zu sehen, daß nicht mehr Schüler aufgenommen werden, als der Raum des Saales zuläßt;

1) Art. 8. — 2) Art. 9. — 3) Art. 10. — 4) Art. 11. — 5) Art. 12. — 6) Art. 16. — 7) Art. 18. — 8) Art. 19.

auf je ein Kind soll 0,8qm Bodenfläche kommen.¹⁾ Über den Schulbesuch, sowie über das Betragen und die Arbeiten der Schüler muß der Lehrer genau Buch führen; die Schulversäumnisse müssen sofort den Eltern angezeigt werden.²⁾

Die Belohnungen bestehen in einer oder mehreren guten Noten, in der Erteilung eines Fleißzettels, einem Sitz auf der Ehrenbank und in einem Preis am Ende des Jahres, wenn Mittel dazu vorhanden sind.³⁾

Die Schüler dürfen nicht geschlagen werden; als einzige Strafen sind zulässig: eine oder mehrere schlechte Noten, Tadel, Rückgabe eines oder mehrerer Fleißzettels, ganze oder teilweise Entziehung der Erholungspausen mit Strafarbeit; Niederknien während eines Teiles der Schulzeit oder der Pausen; Anhängen einer Tafel, auf welcher das betreffende Vergehen bezeichnet ist; ferner zeitweise Ausschliefung aus der Schule.⁴⁾

Wenn das Verbleiben eines Schülers als gefährlich anerkannt wird, so kann er aus der Schule ausgeschlossen werden, ja sogar aus allen dem Kreisausschuß unterstellten Schulen. Der Ausschuß aus der Schule kann nur durch den Ortsausschuß ausgesprochen werden und der so entfernte Schüler kann nur auf die Bescheinigung desselben Ausschusses hin wieder aufgenommen werden. Die weitere Ausschliefung von sämtlichen Schulen des Arrondissements verhängt der Kreisausschuß.⁵⁾

Die Schule fällt aus an den Sonntagen, den Donnerstagen, am Neujahrstag, den nationalen Festtagen, am Königsfest, den drei letzten Tagen der Karwoche und am Oster- und Pfingstmontag. Wenn ein Festtag auf einen Schultag fällt, wird am Donnerstag der betreffenden Woche Schule gehalten. Die Ferien, deren Anfang der Kreisausschuß bestimmt, dürfen die Dauer von sechs Wochen nicht überschreiten, können jedoch mit Rücksicht auf die Feldarbeiten verteilt werden.⁶⁾

Diese Bestimmungen gelten für die Knaben- und Mädchenschulen; für die Mädchen, auch für die in gemischten Schulen, ist noch Unterricht in weiblichen Handarbeiten vorgeschrieben.⁷⁾

Einen bemerkenswerten Fortschritt auf dem Gebiete des Volksschulwesens machte die Königliche Ordonnanz vom 21. Juli 1836,⁸⁾ welche sich mit den Mädchenschulen befaßt und die Einrichtung derselben mit den Bestimmungen des Gesetzes von 1833 in Einklang zu bringen sucht; allein man unterliefs es, zur Errichtung von Mädchenschulen die Gemeinden zu verpflichten. Wohl fehlte es nicht von seiten der Regierung an Anstrengungen, die Gemeinden zur Gründung von Mädchenschulen zu ermuntern und zu drängen; der Umstand, daß Art. 12 der Ordonnanz aus-

1) Art. 22. — 2) Art. 23. — 3) Art. 28. — 4) Art. 29. — 5) Art. 30. — 6) Art. 32. — 7) Art. 33. — 8) Gréard a. a. O., Bd. I. S. 392 ff.

drücklich die Aufnahme von Mädchen in Knabenschulen überall dort verbot, wo besondere Mädchenschulen waren, das unablässige Bestreben der Verwaltung, die gemischten Schulen möglichst zu unterdrücken, hatte allerdings die Gründung einer Anzahl von Mädchenschulen zur Folge; letztere, welche durch die oben angeführte Verordnung vom 25. April 1834 eine festere Grundlage erhalten hatten, schritten in ihrer innern Entwicklung wesentlich voran, zumal, da von jetzt an regelmäßige Beaufsichtigung derselben durch die Ortsaufsichtsbehörden und durch den Kreisausschuß eintrat. Aber so lange die Regierung keine gesetzlichen Mittel in der Hand hatte, die Gemeinden zur Errichtung von öffentlichen Mädchenschulen zu zwingen, steigerte sich die Zahl derselben nur langsam.

Ein weiteres Mittel zur Hebung und Förderung des Volksschulunterrichts schuf Guizot in der Einsetzung ständiger weltlicher Kreisschulinspektoren. Vor dem grundlegenden Unterrichtsgesetz von 1833 gab es eine unmittelbare Beaufsichtigung des Volksschulwesens von Staats wegen nicht. In dem Dekret von 1808, die Gründung der Universität betreffend, war zwar bestimmt, daß die Inspektoren der Akademie im Auftrage des Rektors auch die Volksschulen ihres Bezirks besuchen und beaufsichtigen sollten, aber die Ausführung blieb nur auf dem Papier, die Inspektoren zeigten wenig Lust und hatten auch die Zeit nicht, sich mit den „kleinen Schulen“ zu befassen.

Einen Monat nach der Bekanntmachung des Gesetzes von 1833 erließ der Unterrichtsminister ein Rundschreiben an die Rektoren mit der Aufforderung, eine Prüfung sämtlicher Volksschulen des Landes vorzunehmen, um auf Grund der dabei gewonnenen Ergebnisse weitere Anordnungen zu treffen. Da die Zahl der akademischen Inspektoren zur Vornahme dieser umfangreichen Arbeit bei weitem nicht ausreichte, so übertrugen die Rektoren die Vornahme der Prüfungen 490 Lehrern an höhern Schulen und sonstigen tauglichen Personen, welche in einem Zeitraum von vier Monaten 33 456 Schulklassen prüften und dem Minister darüber Bericht erstatteten. Die Erhebungen ergaben ein nach allen Seiten hin so umfangreiches Material, daß die Regierung beschloß, auf Grund der eben gemachten Erfahrungen ständige Kreisschulinspektoren anzustellen.

So schuf denn die Königliche Ordonnanz vom 26. Februar 1835 ¹⁾ für jedes Departement einen Volksschulinspektor (*inspecteur de l'instruction primaire*), dessen beaufsichtigende Thätigkeit sich auf alle zum Primärschulwesen gehörenden Anstalten erstrecken soll. Die Ernennung der Volksschulinspektoren erfolgt durch den Unterrichtsminister nach Anhörung des Staatsrats. Abgesehen

¹⁾ Gréard, Bd. I. S. 353 f.

von den ersten Ernennungen sollen nur solche Personen mit diesem Amte betraut werden können, welche entweder bereits an königlichen oder städtischen Gymnasien angestellt oder wenigstens fünf Jahre ohne Unterbrechung mit besonderer Auszeichnung im Volksschuldienste thätig gewesen sind, oder während einer gleichen Zahl von Jahren im Kreisschulvorstande gewirkt haben, wie dies Art. 18 des Gesetzes vom 28. Juni 1833 bestimmt.

Auf genauere Darstellung der amtlichen Thätigkeit der Inspektoren des Volksschulunterrichts muß hier verzichtet werden; es mag nur erwähnt sein, daß trotz mancher Anfeindungen die Zahl dieser Inspektoren sich stetig mehrte und heute gegen 500 im Amte sind.

Die Wirkung des Gesetzes von 1833 auf die Fortentwicklung des Volksschulwesens war eine großartige, der Segen, den dasselbe über das Land brachte, ein reicher. In den Jahren 1834—37 waren allein 7000 öffentliche Knabenschulen gegründet worden; von da ab bis 1848 war der Fortschritt ein langsamerer, aber ein stetiger. Die größere Befähigung der Lehrer, welche durch die zahlreich gegründeten Lehrerseminare bedeutend gefördert war, verfehlte gleichfalls ihre Einwirkung auf die Hebung des innern Schulwesens nicht.

Vor allem muß der große Fortschritt dem durchgreifenden Vorgehen der Regierung zugeschrieben werden. Trotz der großen Hindernisse, welche der Ausführung des Gesetzes im Wege standen, hat dasselbe sich im vollsten Maße bewährt. Die Geistlichkeit hat auf die Entwicklung der öffentlichen Volksschulen in Frankreich nur wenig Einfluß ausgeübt. Wohl hatte das Gesetz derselben in dem Schulvorstand eine Stelle von Rechts wegen eingeräumt; der Geistliche hatte als Schulvorstandsmitglied das Recht, die einzelnen Schulen zu prüfen; in allen Prüfungskommissionen war ein Geistlicher, welcher die Prüfung in der Religion abhielt und in allen Fragen Stimme hatte. In derselben Eigenschaft stand es der Geistlichkeit zu, dem Unterricht in den Lehrerseminaren beizuwohnen. Mit warmen Worten hatte Guizot den Lehrern ans Herz gelegt, in Einigkeit und gutem Einverständnis mit der Geistlichkeit zu leben, ohne welches ein gedeihliches Wirken in der Schule nicht möglich sei; das Gesetz hatte den Religionsunterricht an die Spitze der Unterrichtsfächer gestellt und als Grundlage des ganzen Gebäudes aufs entschiedenste betont; aber die Geistlichkeit blieb trotz alledem mehr oder minder teilnahmslos; man glaubte der Regierung nicht und traute ihr nicht. Man zog es vor, Jahrzehnte lang alle und jede Mitwirkung bei der Volksschulbildung dem Staate zu versagen, weil der Staat die Oberaufsicht über die Schulen sich vorbehalten und der Geistlichkeit nicht die volle Macht über die Schule übertragen hatte. Die einzigen Schulen, welchen der Klerus seine volle

Unterstützung zuwandte und welche er mit allen Mitteln förderte, waren die der christlichen Schulbrüder und ähnlicher Kongregationen. Obgleich hervorgehoben werden muß, daß die Schulbrüder in ihren Schulen dem Staate bedeutende Dienste leisteten sowohl durch ihre bescheidenen Ansprüche und die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten, als auch durch den Wetteifer, welcher besonders in den größern Städten zwischen den Schulen der Brüder und den von weltlichen Lehrern geleiteten Schulen entstand, so darf doch der Umstand nicht aus dem Auge gelassen werden, daß in Anbetracht der geringen Zahl der Schüler, welche die Schulbrüder unterrichteten, ihr Einfluß auf die Gesamtbildung des Volkes, zumal auf dem Lande, nicht allzuhoch geschätzt werden kann. Im Jahre 1833 unterrichtete der Orden in 369 Schulen und 1039 Schulklassen 93 000 Schüler, während im Lande überhaupt über 1 200 000 Knaben 31 420 öffentliche und freie Volksschulen besuchten. Die großen Verdienste der Schulbrüder, ihr stilles, anspruchsloses Wirken wurde in den Berichten der Volksschulinspektoren fast einstimmig hervorgehoben. Guizot selbst hat die Verdienste des Ordens um die Volksschulbildung dadurch öffentlich anzuerkennen gesucht, daß er dem General-Superior die höchste Auszeichnung für Verdienste um das öffentliche Wohl, das Kreuz der Ehrenlegion, anbot, welches jedoch dankend abgelehnt wurde, weil die Vorschriften des Ordens die Annahme derartiger Auszeichnungen nicht zuließen. Die übrigen männlichen Orden, welche an freien Anstalten unterrichteten, kamen weder an Zahl der Mitglieder, noch an Bedeutung den christlichen Schulbrüdern gleich; im Jahre 1845 betrug die Zahl der von Ordensmitgliedern unterrichteten Knaben etwa 10 Prozent der Gesamtzahl der die Knabenschulen besuchenden Kinder. Viel wichtiger sind die weiblichen Lehrorden, welche zu derselben Zeit 49 Prozent der die Mädchenschulen besuchenden Kinder unterrichteten; zur vollen Entwicklung kamen jedoch letztere Lehrorden erst nach dem Gesetz von 1850.

Allein trotz des beträchtlichen Fortschrittes, welcher unter der Herrschaft des Gesetzes von 1833 gemacht worden war, konnte man beim Ausbruch der Staatsumwälzung von 1848 den Zustand der Volksschulbildung keineswegs als genügend bezeichnen; von einem geregelten Unterricht der Mädchen war noch gar nicht zu sprechen; aber auch die Erziehung der Knaben muß noch sehr im argen gelegen haben, wenn wir in Betracht ziehen, daß 1848 noch 38 Prozent der zur Aushebung kommenden jungen Leute weder lesen noch schreiben konnten. Die Regierung sah ein, daß neue Hebel angesetzt werden mußten und unterbreitete 1847 der Kammer einen entsprechenden Gesetzentwurf, welcher jedoch durch den Ausbruch der Februarrevolution nicht mehr zur Beratung gelangte.

Die republikanische Regierung war der Weiterausbildung der Schulgesetzgebung günstig gestimmt. Der Gesetzentwurf des Unterrichtsministers Carnot,¹⁾ dessen Fürsorge für die äufsere Stellung der Lehrer bereits hervorgehoben wurde,²⁾ erhöhte die Anforderungen an die Leistungen der Volksschule bedeutend. Die Lehrgegenstände, welche dem Volksschulunterricht zugewiesen wurden, sind folgende:

1. Lesen, Schreiben, die Elemente der französischen Sprache, das metrische System, Feldmessen, die Grundbegriffe der Physik, die Hauptvorkommnisse im Ackerbau und im Gewerbe, Linearzeichnen, Gesang, Grundrifs der Geschichte und Geographie Frankreichs.

2. Die Kenntnisse der Rechte und Pflichten des Menschen und des Bürgers, Ausbildung der Gesinnung der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit.

3. Die Hauptvorschriften der Gesundheitslehre und die für die körperliche Entwicklung nützlichen Übungen.

Der Religionsunterricht soll durch die Diener der verschiedenen Bekenntnisse erteilt werden.

Die Freiheit des Unterrichts wird ausdrücklich gewahrt.

Die Forderung der Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der allgemeinen Schulpflicht machte eine grofse Vermehrung der bestehenden Schulen notwendig: deshalb sollte in allen Gemeinden, welche eine Bevölkerung von mehr als 300 Seelen haben, wenigstens eine öffentliche Volksschule sein; kleinere Gemeinden sollten sich zu einem Schulverbande vereinigen. Geschlechtlich gemischte Schulen sind statthaft, jedoch nur öffentliche; dann mufs aber für die weiblichen Handarbeiten eine besondere Lehrerin angestellt werden. Die Aufsicht über die Schulen wird ausgeübt:

1. durch einen Ortsausschuß;

2. durch einen Kreisausschuß am Hauptorte des Arrondissements;

3. durch ein Schulkollegium am Hauptorte des Departements (conseil de perfectionnement);

4. durch die Volksschulinspektoren.

Der Ortsausschuß besteht aus dem Maire als dem Vorsitzenden und wenigstens vier, höchstens zwölf Mitgliedern, deren Zahl der Präfekt bestimmt und welche zur Hälfte vom Gemeinderate, zur Hälfte vom Kreisausschusse gewählt werden. Er hat die Aufsicht über die äufsern Angelegenheiten der öffentlichen und freien Schulen und tritt zu monatlichen Sitzungen zusammen. Der Kreisausschuß hat als Vorsitzenden den Präfekten oder Unterpräfekten und besteht aus zehn Mitgliedern, welche zur Hälfte vom Generalrate des Departements, zur Hälfte vom Unterrichts-

1) Gréard, Bd. II. S. 17 ff. — 2) Vgl. Teil I, S. 151.

minister ernannt werden. Der Kreisausschuß ernennt für die einzelnen Kantone einen ständigen Vertreter, sowie einen Schularzt und berichtet dem Schulkollegium über den Zustand der Schulen des Arrondissements. Das Schulkollegium ist zusammengesetzt aus dem Präfekten, welcher den Vorsitz führt, zwei Mitgliedern des Generalrats, dem Ober-Volksschulinspektor als Vertreter des Rektors der Akademie, den Volksschulinspektoren, dem Direktor des Lehrerseminars und je einem Vertreter der einzelnen Kreisausschüsse. Dieses Schulkollegium, welches jährlich einmal zusammentritt, berät über die Mittel und Wege, das Schulwesen des Departements zu fördern.

Es wird als ein großer Fehler des Entwurfs angesehen, daß der höhere und niedere Volksschulunterricht keine Trennung erfuhr, welche Guizot so sorgfältig vorgesehen hatte; ferner war der religiöse Unterricht von dem eigentlichen Schulunterricht vollständig geschieden; kein Geistlicher war als solcher Mitglied einer Aufsichtsbehörde.

Der Entwurf Carnots kam nicht zur Beratung, indem letzterer bald nachher sein Amt niederlegte. Der Abgeordnete Barthélemy St. Hilaire legte am 15. Dezember 1848 einen neuen umfassenden Gesetzentwurf¹⁾ vor, welcher zum erstenmal die Kleinkinderschulen (*salles d'asile*) unter den Schutz des Gesetzes gestellt wissen will; jede Gemeinde von über 2000 Seelen soll zur Errichtung einer derartigen Anstalt verpflichtet sein. Die Teilung des Volksschulunterrichts in einen elementaren und höhern ist wieder aufgenommen; dem Elementarunterricht werden als Unterrichtsfächer Sitten- und Religionslehre, Lesen, Schreiben, die Elemente der französischen Sprache, Rechnen, das gesetzliche System der Masse und Gewichte, Linearzeichnen, Grundriß der Gesundheitslehre, Gesang und Turnen, sowie für die Mädchenschulen noch Unterricht in weiblichen Handarbeiten zugewiesen. Die Teilnahme der Kinder an dem Katechismusunterricht ist insofern freigegeben, als dieselbe vom Willen der Väter abhängig gemacht wird; die Geistlichen der betreffenden Bekenntnisse sollen diesen Unterricht erteilen, aber außerhalb der Schulstunden. Jede Gemeinde mit mehr als 800 Einwohnern muß mindestens eine Mädchenschule unterhalten; keine Volksschule darf mehr als 100 Kinder zählen; im letztern Falle muß ein Unterlehrer oder eine Unterlehrerin angestellt werden. Gemeinden mit weniger als 250 Einwohnern können sich zur gemeinsamen Unterhaltung einer Volksschule vereinigen. Auch der Schulzwang ist beibehalten. In dem Ortsschulvorstande wie in dem Kreisausschusse sollen die Pfarrer der verschiedenen Bekenntnisse geborene Mitglieder sein.

1) Gréard, Bd. II. S. 43 ff.

Auch dieser Entwurf kam nicht zur Beratung, denn fünf Tage nach der Vorlage desselben ernannte Louis Napoleon, welcher am 10. Dezember zum Präsidenten der Republik gewählt wurde, de Falloux, einen Hauptführer der klerikalen Partei, zum Minister des öffentlichen Unterrichts und beauftragte ihn mit der Vorlage eines neuen Gesetzentwurfs.

Der Geist, welcher bei einer grossen Anzahl von Lehrern und durch diese in das Volksschulwesen eingedrungen war, erregte bei der neuen Regierung grosse Bedenken: „Unter der Julimonarchie“, so berichtet eine amtliche Denkschrift,¹⁾ „waren die Lehrer der Mehrzahl nach bescheidene, ruhige, ihren Amtspflichten zugethane Leute, gewöhnt, mit wenigem zu leben; sie suchten, sei es aus christlicher Demut, sei es infolge ihres Charakters und aus alter Gewohnheit, sich nicht zu überheben. Aber nicht alle hatten dieselbe Zurückhaltung und dieselben Tugenden. Bei einigen beobachtete man neben einer gewissen Lockerung der Sitten tiefe Unzufriedenheit mit ihrem Lose und eine geheime Aufregung, welche der Mangel jeder religiösen Stimmung noch verbitterte und leicht die Veranlassung sein konnte, daß sie eines Tages blinde Werkzeuge strafbarer Pläne gegen die menschliche Gesellschaft werden würden. Diese verderblichen, lange heimlich im Herzen genährten Neigungen entwickelten sich nach der Februarbewegung weiter. Wenige Monate nachher konnte man allgemein die Ausdehnung und Gefahr dieses übeln Zustandes erkennen. Wenn man auch zugeben muß, daß die Furcht die Gefahr gröfser machte, so konnte man doch angesichts solcher traurigen und unwiderleglichen That-sachen nicht verkennen, daß an vielen Orten des Landes der Geist des Wahnwitzes und der Unordnung, der damals in allen Klassen der Bevölkerung so ausgebreitet war, seine Verheerungen auch in das Innere der Schule hineingetragen hatte. — Es war nötig, den Volksschulunterricht diesen verderblichen Einflüssen zu entziehen, welche ihn dem Lande verdächtig zu machen begannen und ihn zu Grunde zu richten drohten.“ Und hier glaubte die konservative Partei am besten dadurch entgegenwirken zu können, daß sie die Schule so vollständig wie möglich an die Kirche fesselte und dem Einfluß der letztern vollständig überlieferte. Wie die Mehrheit der Nationalversammlung darüber dachte, hatte Thiers, welcher Mitglied des zur Ausarbeitung des Gesetzes eingesetzten Ausschusses war, unumwunden ausgesprochen: „Der Elementarunterricht braucht nicht jedermann zugänglich zu sein, denn er ist ein Aufwand, welcher nicht allen zusteht. Ich würde mich der Ausdehnung der Volksbildung nicht widersetzen,

1) Jourdain: Rapport sur l'organisation et les progrès de l'instruction publique. Paris 1867 S. 23.

wenn der Unterricht, wie dies früher geschah, vom Pfarrer oder von seinem Gehülften erteilt würde. Ich verwerfe die weltlichen Volksschulen, von denen viele schlecht sind, und erkläre mich für die kirchlichen Lehrorden, so mißtrauisch ich auch früher gegen dieselben war. Das bloße Aufsichtsrecht der Geistlichkeit ist unzureichend, auch das umfassendste, denn es kann bei den Lehrern die Gesinnungen nicht ändern. Socialismus oder Katechismus, es giebt kein Mittleres.“

Unter solchen Erwägungen kam das Unterrichtsgesetz vom 15. März 1850 zustande, ein Ergebnis des Bündnisses des Präsidenten mit der konservativen, katholischen Partei, ein Gesetz, welches je nach der Parteistellung der einzelnen so verschiedenartig beurteilt worden ist.

§. 5.

Das Unterrichtsgesetz vom 15. März 1850.

Während die Gesetzgebung von 1833 sich darauf beschränkte, im wesentlichen die Organisation des Volksschulwesens durchzuführen, zog das umfassende, grundlegende Unterrichtsgesetz von 1850 nicht nur alles in seinen Bereich, was auf das Volksschulwesen Bezug hatte, sondern es faßte die ganze Schulgesetzgebung zusammen.

Die Stellung des Gesetzes zu den Seminaren, zu den Befähigungszeugnissen der Lehrer und der Begünstigung besonders der weiblichen, dem Unterricht sich widmenden Orden, zur Aufsicht über die Lehrer und dem Ernennungsrechte derselben, sowie zur Freiheit des Unterrichts ist bereits dargelegt; es erübrigt hier, die innern Verhältnisse der Volksschule zu erörtern.

Der Volksschulunterricht umfaßt:

1. Religions- und Sittenlehre.
2. Lesen.
3. Schreiben.
4. Die Elemente der französischen Sprache.
5. Rechnen und das gesetzliche System der Masse und Gewichte.

Er kann außerdem umfassen:

Rechnen in angewandten Aufgaben.

Grundriß der Geschichte und Geographie.

Kenntnisse der Naturlehre und Naturgeschichte in ihrer Anwendung im täglichen Leben.

Anfangsgründe des Ackerbaues, des Gewerbefleißes und der Gesundheitslehre.

Feldmessen, Nivellieren, Linearzeichnen.

Gesang und Turnübungen.¹⁾

Die Gemeinde kann vorbehaltlich der Genehmigung des Departementsschulrats verlangen, daß der Lehrer an öffentlichen Schulen in allen oder in einem Teil der im vorhergehenden Art. 23 aufgezählten fakultativen Fächer unterrichte.²⁾

Betreffs der Mädchenschulen macht das Gesetz einen großen Fortschritt. Der Unterricht in den Mädchenschulen umfaßt dieselben Gegenstände, wie in den Knabenschulen; jedoch tritt als obligatorisches Fach der Unterricht in weiblichen Handarbeiten hinzu.³⁾ Jede Gemeinde mit 800 und mehr Einwohnern muß eine öffentliche Mädchenschule unterhalten;⁴⁾ keine öffentliche oder freie Schule darf ohne Genehmigung geschlechtlich gemischt sein, wenn in der Gemeinde eine öffentliche oder freie Mädchenschule vorhanden ist.⁵⁾

Gleichfalls sollen in denjenigen Gemeinden, in welchen Angehörige verschiedener anerkannter Religionsgenossenschaften sind, konfessionell getrennte Volksschulen errichtet werden; konfessionell gemischte Schulen bedürfen der Genehmigung der Behörde.⁶⁾ Wo in einer Gemeinde konfessionell getrennte Volksschulen sind, kann ein Kind nur dann in die Schule eines andern Bekenntnisses aufgenommen werden, wenn der Vater oder Vormund seine Einwilligung dazu ausdrücklich und schriftlich erklärt.⁷⁾

Der höhere Volksschulunterricht verschwand, indem das Gesetz denselben stillschweigend überging.

Die Musterschulordnung für die Volksschulen ist in dem Rundschreiben vom 17. August 1851⁸⁾ enthalten. Auf Grund derselben wurden die Schulordnungen der einzelnen Departements unter Berücksichtigung der besondern Verhältnisse entworfen. Die Musterschulordnung von 1851 blieb in Kraft bis zum Jahre 1880.

Soweit dieselbe die Haltung der Lehrer berührt, ist sie bereits angeführt worden.⁹⁾ Betreffs der Volksschulen bestimmt sie folgendes:

Die Kinder können frühestens mit Beginn des 7. und spätestens bis zum Ende des 13. Lebensjahres in die Schule aufgenommen werden; eine Altersdispens wird ausnahmsweise durch die Ortsbehörden erteilt.¹⁰⁾

Der Lehrer ist verpflichtet, sein Schulzimmer in beständigem Zustande der Reinlichkeit und Frische zu erhalten; das Schulzimmer muß täglich besprengt und gekehrt, die Luft häufig erneuert werden. Selbst im Winter müssen die Fenster in den

1) Art. 23. — 2) Art. 36, Abschn. 6. — 3) Art. 48. — 4) Art. 51. — 5) Art. 52. — 6) Art. 15. — 7) Art. 44, Abschn. 5. — 8) Gréard, Bd. II. S. 257. — 9) Teil I, S. 139, Anm. 1. — 10) Art. 6.

Zwischenpausen geöffnet sein.¹⁾ Die Bänke sind so zu stellen, daß alle Schüler dem Lehrer ins Gesicht sehen; in jeder Schule muß wenigstens eine Wandtafel sein.²⁾ Auf einem Teil der Wand des Schulzimmers oder auf beweglichen Tafeln sollen Sprüche aus der Religions- oder Sittenlehre angebracht werden, ferner Tabellen mit den gebräuchlichen Mäßen des metrischen Systems und mit dem Einmaleins, auch müssen Karten von Frankreich und vom Departement vorhanden sein.³⁾ Alle Lehrmittel, welche während der Unterrichtszeit gebraucht werden, hat der Lehrer vor Beginn der Schule zurechtzulegen.⁴⁾

Der Unterricht dauert von 8—11 Uhr morgens und von 1—4 Uhr nachmittags; jedoch kann mit Genehmigung des Rektors an einzelnen Orten bei Nachweis besondern Bedürfnisses eine Ausnahme stattfinden. Die Schüler jeder Schule zerfallen in drei Abteilungen nach dem Grade ihrer Kenntnisse und wenn möglich nach dem Alter.⁵⁾

In der untersten Abteilung umfaßt der Unterricht Hersagen der Gebete und Auswendiglernen des Diöcesankatechismus, Lesen, Schreiben und die Anfänge des Rechnens; in der mittlern Abteilung Hersagen des Katechismus, Abriss der biblischen Geschichte des alten Testaments, geläufiges Lesen, Schreiben, Rechnen, die Elemente der französischen Sprache; in der Oberstufe werden dieselben Unterrichtsgegenstände vorgenommen, jedoch erweitert, ferner Abriss der hl. Geschichte des neuen Testaments, Lesen von Handschriften oder Heften mit Autographen und das metrische System.⁶⁾

Diejenigen Schüler, welche Unterricht in einigen oder in allen fakultativen Unterrichtsgegenständen erhalten, bilden eine besondere Abteilung.⁷⁾ Die Schulbücher müssen vom Oberunterrichtsrat genehmigt sein; verschiedene Bücher in derselben Abteilung sind unzulässig.⁸⁾

In jeder Schule muß vor den Kindern ein Kruzifix aufgehängt sein.⁹⁾ Der Unterricht beginnt und schließt mit Gebet: der Morgenunterricht beginnt mit dem Morgengebet, der Nachmittagsunterricht schließt mit dem Abendgebet, wie sie im Diöcesankatechismus enthalten sind; der Morgenunterricht endigt mit dem Gebet: „Unter deinen Schutz und Schirm“, der Nachmittagsunterricht beginnt mit dem Gebet: „Komm, heiliger Geist“.¹⁰⁾

Der Lehrer muß die Kinder an Sonn- und Feiertagen in den Gottesdienst begleiten an den ihnen vom Pfarrer bestimmten Platz; er ist verpflichtet, sie dort zu beaufsichtigen.¹¹⁾ Wenn die Anwesenheit der Kinder in der Kirche zum Katechismusunterricht

1) Art. 8. — 2) Art. 9 und 10. — 3) Art. 11. — 4) Art. 12. —
5) Art. 15 und 16. — 6) Art. 17. — 7) Art. 18. — 8) Art. 19. —
9) Art. 20. — 10) Art. 21. — 11) Art. 22.

erforderlich ist, besonders bei der Vorbereitung zur ersten Kommunion, muß der Lehrer sie gleichfalls dorthin führen; aber er kann auch andere damit beauftragen.¹⁾ Der Lehrer muß ferner die gute Haltung der Kinder beim Beten und bei den religiösen Übungen überwachen und ihre Andacht durch sein Beispiel fördern.²⁾

Die für den Religionsunterricht gebräuchlichen Bücher müssen durch die kirchliche Obrigkeit genehmigt sein.³⁾ Der Religionsunterricht umfaßt Lesen des Katechismus und der biblischen Geschichte; daran schließt sich täglich ein Teil des sonntäglichen Evangeliums, welches Samstags ganz hergesagt wird. Täglich soll eine Stunde Katechismusunterricht gehalten werden, auch für diejenigen Kinder, welche die erste Kommunion bereits empfangen haben. Der Religionsunterricht wird nach Anordnung des Pfarrers erteilt.⁴⁾

Im Lesen soll der Lehrer darauf sehen, daß die Aussprache der Schüler richtig ist; er soll ihnen den Sinn der Worte erklären und sie daran gewöhnen, das Gelesene wiederzuerzählen. Lesen des Lateinischen wird besonders empfohlen; dazu bedient man sich des Psalters oder anderer im Diöcesangottesdienst gebräuchlichen Bücher. Zum Lesen der Handschriften sind besonders autographierte Hefte zu gebrauchen, welche Quittungen, Mietverträge, Kaufverträge, Bau-Anschläge, Rechnungen oder einfache Belehrungen aus der Naturgeschichte, dem Ackerbau, Gewerbeleiß und der Gesundheitslehre enthalten.⁵⁾

Die Schüler schreiben nach Schreibvorlagen: der Lehrer hat dabei auf gute Körperhaltung, auf Haltung der Feder und die richtige Bildung und das Verhältnis der Buchstaben zu achten. Die Schreibvorlagen sollen den Kindern nützliche Vorschriften enthalten, z. B. religiöse Grundsätze und Sprüche, sowie hervorragende Züge aus der hl. Geschichte und der Geschichte Frankreichs.⁶⁾

Nur die französische Sprache darf in der Schule gebraucht werden. Durch Vorschriften, durch häufige Erklärungen und überhaupt durch sein Beispiel soll der Lehrer die Kinder zum gewohnheitsmäßigen Gebrauch dieser Sprache heranbilden. Er erklärt jedes Lesestück und giebt im Anschluß an dasselbe Diktate, welche nach und nach schwieriger werden. Der gebräuchlichen Rechtschreibung ist besondere Sorgfalt von Anfang an zuzuwenden. Die Kinder werden darin zugleich mit Beginn der Leseübungen unterrichtet.⁷⁾

Der Rechenunterricht darf nur praktisch erteilt werden. Der Lehrer soll sich auf die unumgänglich notwendigen Grundsätze

1) Art. 23. — 2) Art. 24. — 3) Art. 25. — 4) Art. 26. — 5) Art. 27.
— 6) Art. 28. — 7) Art. 29.

zur Ausführung der verschiedenen Rechnungsarten beschränken und möglichst viele Rechenbeispiele aus dem täglichen Leben und im Anschluß an das Decimalsystem der Masse und Gewichte geben.¹⁾

Der Lehrer führt eine Schülerliste, in welcher die Personalien des Schülers, seine Aufnahme in die Schule, sein Austritt aus derselben, die Gründe des Austritts und das Gesamtergebnis der Noten enthalten sind, welche er während der ganzen Dauer seines Schulbesuches bekommen hat, ferner eine weitere Liste, in welcher die auf des Schülers Betragen und Fleiß bezüglichen Noten, die empfangenen Belohnungen und Bestrafungen, sowie die Plätze angegeben sind, welche er in den wöchentlichen Probe-Arbeiten erhalten hat.²⁾

Nachdem der Lehrer die Kinder verlesen hat, sieht er die Haltung und Reinlichkeit der Kinder nach, sowie die Bücher und Hefte derselben.³⁾ Die Aufsicht des Lehrers beschränkt sich nicht auf das Innere der Schule; er übt sie auch während der Pausen und des Abtretens der Kinder aus. Mehrere Kinder zugleich dürfen nicht abtreten.⁴⁾

Der Lehrer muß sich Mühe geben, daß sich das äußere Auftreten der Kinder bescheiden und anständig gestaltet; er muß denselben die Formen der Höflichkeit beibringen, ihnen empfehlen, ältere und durch ihre gesellschaftliche Stellung ausgezeichnete Personen zu grüßen, und ihnen streng jeden Zank und jedes ungeziemende Wort untersagen.⁵⁾

In den geschlechtlich gemischten Schulen dürfen Knaben und Mädchen zu denselben Übungen niemals vereinigt werden. Sie müssen durch eine Scheidewand von wenigstens 1,50m Höhe getrennt sein und so sitzen, daß der Lehrer beide Seiten des Schulsaales übersehen kann. Eintritt und Ausgang finden für die Knaben und Mädchen zu verschiedenen Stunden statt; die Zwischenpause muß wenigstens eine Viertelstunde betragen.⁶⁾

Die hauptsächlichsten Belohnungen sind:

1. Gute Noten.
2. Fleißzettel.
3. Aufschreiben auf die Ehrentafel.
4. Platz auf der Ehrenbank.
5. Medaillen.
6. Preise.⁷⁾

Die einzigen Strafen, welche der Lehrer anwenden darf, sind folgende:

1. Schlechte Noten.
2. Tadel.

1) Art. 30. — 2) Art. 31. — 3) Art. 33. — 4) Art. 34. — 5) Art. 35.
— 6) Art. 36. — 7) Art. 37.

3. Ganze oder teilweise Entziehung der Erholungspausen.
4. Vorläufige Ausschliefung aus der Schule.
5. Gänzliche Ausweisung.

Die Verhängung dieser letzten Strafe wird durch den Rektor nach dem Gutachten der Orts-Schulaufsichtsbehörden ausgesprochen.¹⁾

Die Schulen sind an Sonn- und Feiertagen und den Donnerstag-Nachmittagen geschlossen.²⁾

Aufsergewöhnliche freie Tage sind:

der Neujahrstag, die drei letzten Tage der Karwoche und die Nationalfesttage.³⁾

Die Schulen müssen das ganze Jahr hindurch geöffnet sein, die Zeit der Ferien ausgenommen. Letztere bestimmt der Rektor der Akademie.⁴⁾ Der Lehrer muß sich Mühe geben, die Kinder auch während des Sommers in der Schule zu halten.⁵⁾

Die vorstehenden Bestimmungen gelten auch für die Mädchenschulen.⁶⁾ Die Bestimmungen, welche sich auf den Religionsunterricht und die religiösen Übungen beziehen, gelten nur für die katholischen Kinder.⁷⁾

Die liberalen Parteien des Landes waren mit dem Gesetze von 1850 durchaus unzufrieden; sie hatten bei den Kammerverhandlungen vor dem Zustandekommen des Gesetzes den Antrag gestellt, daß alle nicht vom Staate anerkannten Orden von der Schule ausgeschlossen sein sollten, aber die Mehrheit verwarf den Antrag. Das Gesetz betrachteten die Liberalen als eine vollständige Auslieferung der Schule an die Kirche. In der That hatte die Geistlichkeit durch das Gesetz einen Einfluß auf das Schulwesen erlangt, wie sie ihn im Laufe des Jahrhunderts nicht besessen hatte. Was dieselbe erreicht, zeigt eine Broschüre von 1850, wahrscheinlich von Bischof Dupanloup verfaßt, welche den Bischöfen des Landes und dem Papste unterbreitet wurde, aber nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war und erst am 11. September 1880 in *Journal général de l'instruction publique* zur Veröffentlichung gelangte.⁸⁾ Die Vorteile, welche die Geistlichkeit durch das Gesetz erlangte, werden sämtlich in derselben aufgezählt: Die religiösen Genossenschaften sind sehr begünstigt worden, denn den Gemeinden steht es frei, bei der Wahl der Lehrer sich für einen geistlichen oder weltlichen Lehrer zu entscheiden, die Ordensobern haben das Recht des Vorschlags und der Abberufung der ihren Orden angehörigen Lehrer, die Mitglieder und Novizen der Kongregationen sind vom Militärdienst befreit, die Obedienzbriege gelten als Befähigungzeugnisse, die dreijährige Dienstzeit

1) Art. 38. — 2) Art. 39. — 3) Art. 40. — 4) Art. 41. — 5) Art. 42.
6) Art. 44. — 7) Art. 45. — 8) Vgl. Buisson, *Dictionnaire de Pédagogie*, Bd. I. S. 1071 f.

an öffentlichen Schulen befreit von jeder Prüfung.¹⁾ Der Ortsausschuß ist aufgehoben und der Lehrer wieder unter die unmittelbare und besondere Aufsicht des Pfarrers gestellt; die verderbliche Unabhängigkeit des Lehrers vom Pfarrer ist zugleich mit der Unabsetzbarkeit desselben geschwunden. Die Macht der Rektoren und Inspektoren ist zersplittert, weder die Inspektoren, noch der Ober-Unterrichtsrat, noch der Akademierat haben über die Verwaltung und Leitung der freien Schulen etwas zu sagen, da ihre Aufsicht nur soweit geht, als sie darüber wachen, daß nichts Gesundheitswidriges, sowie nichts den Sitten und der Verfassung des Landes Zuwiderlaufendes vorkommt; endlich sind die Befugnisse der Geistlichkeit erweitert, welche die Hüterin der Unterrichtsfreiheit ist und alle freien Schulen beschützt, welche ferner, was die Religion und die Sitten angeht, an der Umgestaltung des Unterrichts der öffentlichen Schulen mitarbeitet Noch mehr: Die Geistlichkeit in Frankreich ist in den 4 Bischöfen im Ober-Unterrichtsrat, in den Departements-Schulräten durch 81 Bischöfe und durch 86 von ihnen gewählte Geistliche vertreten, ferner ist sie in allen Pfarreien vertreten durch 40 000 Pfarrer, welche den unmittelbarsten, beständigsten und heilsamsten Einfluß auf den Volksschulunterricht ausüben; sie ist unterstützt von allen Geistlichen und glaubenstreuen Laien, welche in freien Schulen wirken, so lange sie wollen, von allen staatlich anerkannten und nicht anerkannten Kongregationen; es ist die Geistlichkeit von Frankreich, mit allen ihren bedeutendsten und mächtigsten Kräften, welche durch den Staat selbst eingeladen ist, durch die große Vertretung der Nation, um der bedrohten Gesellschaft zu Hülfe zu kommen. — Die Regierung ihrerseits betonte, daß der Grundgedanke des Gesetzes der der Versöhnung der Parteien und einer weisen Freiheit sei.

Für die Beurteilung der Erfolge der Gesetzgebung von 1850, sowie gleichfalls für die Kenntnis der Lage des Volksschulwesens zur Zeit der höchsten Machtentfaltung des zweiten Kaiserreichs ist die bereits erwähnte Denkschrift des Unterrichtsministers Duruy von größtem Belang.

Danach besuchten die französischen Elementarschulen:
im Jahre 1832: 1 935 624 Kinder auf 32 560 934 Einwohner;
„ „ 1847: 3 530 135 „ „ 35 400 486 „
„ „ 1863: 4 336 368 „ „ 37 382 225 „
mithin auf je 1000 Einwohner 1832: 59 Kinder, 1847: 99,8
und 1863: 116 Kinder.

Am 1. Januar 1864 gab es:
34 666 Gemeinden, welche eine oder mehrere Schulen unterhielten;
1 880 Gemeinden, welche mit benachbarten vereinigt waren;

1) Vgl. Teil I, S. 29 f.

- 146 Gemeinden, welche unbemittelten Kindern in einer freien Schule Unterricht erteilen ließen;
- 818 Gemeinden mit einer Durchschnittsbevölkerung von 321 Einwohnern ohne Schule.

A. Öffentliche Knaben- und gemischte Schulen.

In den 36 692 Gemeinden gab es 20 703 öffentliche Knaben- und 17 683 geschlechtlich gemischte Schulen, zusammen 38 386 öffentliche Knaben- oder gemischte Schulen; von diesen werden 3038 von den Kongregationen, 35 348 von weltlichen Lehrern geleitet. In betreff der guten Haltung, der Schulzucht, der Leitung und pädagogischen Organisation erhielten die Schulen das Zeugnis

	weltlich	kongreganistisch	zusammen
gut	12 513	1066	13 579
ziemlich gut	11 165	957	12 122
erträglich	7 844	670	8 514
mittelmäßig	3 048	277	3 325
schlecht	778	68	846
Zusammen . . .	35 348	3038	38 386

Die Zahl der guten Schulen beträgt mithin 35 Prozent, das Verhältnis der weltlichen zu den kongreganistischen Schulen ist ungefähr das gleiche.

Diese 38 386 Schulen waren von 2 399 293 Kindern besucht, von diesen entfielen

- auf die weltlichen Schulen 1 986 441 Kinder;
- auf die kongreganistischen Schulen 412 852 „

Dieselben wurden unterrichtet:

- von 33 767 weltlichen Lehrern und 2690 weltlichen Unterlehrern;
- „ 1 581 „ Lehrerinnen und . 33 weltl. Unterlehrerinnen;
- „ 1 966 Ordensbrüdern als Lehrer u. 4355 als Unterlehrer;
- „ 1 072 Ordensschwestern als Lehrerinnen und 566 als Unterlehrerinnen.

Zusammen 38 386 ordentliche Lehrer und . . . 7644 Unterlehrer.

B. Öffentliche Mädchenschulen.

Von sämtlichen Gemeinden des Kaiserreichs besitzen 19 312 eine oder mehrere besondere Mädchenschulen; 18 198 entbehren dieselben; die Zahl der öffentlichen Mädchenschulen beträgt 14 059, von welchen 5998 unter weltlichen Lehrerinnen, 8061 unter Ordensschwestern stehen.

Von den Mädchenschulen erhielten nach den oben angegebenen Gesichtspunkten das Zeugnis

	weltliche	kongreganistische	zusammen
gut	1953	2893	4806
ziemlich gut	2037	2630	4667
erträglich	1404	1728	3132
mittelmäßig	492	655	1147
schlecht	112	155	267
Zusammen	5998	8061	14059

Die Durchschnittszahl der guten Schulen ist 34,4 Prozent, und zwar der weltlichen 32,5, der kongreganistischen 35,8 Prozent.

Diese Schulen wurden von 1 014 537 Mädchen besucht, von welchen 31 Prozent auf die weltlichen, 69 Prozent auf die kongreganistischen Schulen entfallen. Die Zahl der Lehrerinnen betrug 24 411, 6845 in den weltlichen, 17 566 in den kongreganistischen Schulen.

Nach den Angaben der Lehrer und Lehrerinnen scheidet jährlich etwa $\frac{1}{5}$ der Zöglinge der Knaben- und Mädchenschulen aus. Im Jahre 1862 betrug die Zahl der ausscheidenden Kinder 519 285. Von diesen

	weltlich	kongreganistisch	zusammen
konnten weder lesen noch schreiben	44 345	26 041	70 386 od. 13,5%
konnten nur lesen und schreiben	86 497	47 353	133 850 od. 25,6 „
konnten lesen, schreiben und rechnen	159 967	74 288	234 255 od. 45,2 „
besaßen einige weitere Kenntnisse	55 286	25 508	80 794 od. 15,7 „

so daß 204 236 Kinder oder 39 Prozent die Schule ohne oder mit ungenügenden Kenntnissen verließen. Von letztern kommen auf die weltlichen Schulen 37,8 Prozent, auf die kongreganistischen Schulen 42,3 Prozent, während von den übrigen 315 049 Kindern, welche lesen, schreiben und rechnen konnten oder dazu noch einige weitere Kenntnisse erworben hatten, auf die weltlichen Schulen 62,2 Prozent, auf die kongreganistischen 57,7 Prozent entfallen.

C. Freie Privatschulen.

Freie Knabenschulen gab es in 1965 Gemeinden 3108, welche von 208 582 Kindern besucht waren. 2572 dieser Schulen stehen unter weltlicher, 536 unter kongreganistischer Leitung, 2216 sind in ungenügendem Zustande, von welchen 1928 oder 74,9 Prozent weltliche, 288 oder 53,7 Prozent der entsprechenden Gesamtzahl kongreganistische sind. Den Unterricht an diesen Anstalten erteilten 2572 weltliche Vorsteher und 1269 weltliche Hilfslehrer bzw. 536 Vorsteher und 1778 Hilfslehrer aus den Kongregationen.

Freie Mädchenschulen waren in 7348 Gemeinden 13 208, deren Gesamtkinderzahl 713 956 betrug. Von diesen Schulen stehen 7637 unter weltlicher und 5571 unter kongreganistischer Leitung. Davon erhielten 4455 das Zeugnis gut, nämlich 2262 (32,1 Prozent) der weltlichen und 2193 (39,3 Prozent) der kongreganistischen Schulen. An den 13 208 Schulen wirkten 7637 weltliche Vorsteherinnen nebst 4913 weltlichen Unterlehrerinnen, sowie 5571 Vorsteherinnen nebst 13 430 Unterlehrerinnen, welche Orden angehörten.

Nach den Angaben der Vorsteher und Vorsteherinnen verlassen die freien Knaben- und Mädchenschulen jährlich etwa ein Sechstel sämtlicher Zöglinge. Im Jahre 1863 verließen diese Schulen 138 116 Kinder; von diesen

	weltlich	kongreganistisch	zusammen
konnten nicht gleichzeitig lesen und schreiben	8 432	12 352	20 784 od. 15,0%
konnten nur lesen und schreiben	15 689	21 299	36 988 od. 26,8 „
konnten lesen, schreiben und rechnen	23 128	28 819	51 947 od. 37,6 „
besaßen einige weitere Kenntnisse	15 105	13 292	28 397 od. 20,6 „

Es waren mithin von den 138 116 Kindern 57 772 oder 41,8 Prozent ohne oder mit ganz geringem Nutzen in die Schule gegangen; von den übrigen 58,2 Prozent, welche lesen, schreiben und rechnen konnten und noch einige weitere Kenntnisse besaßen, hatten 38 233 oder 61,3 Prozent die weltliche, 42 111 oder 55,5 Prozent der entsprechenden Gesamtzahl die kongreganistischen Schulen besucht; von den 57 772 Kindern der beiden andern Klassen, die nicht genügten, entfielen auf die weltlichen Schulen 24 121 oder 38,7 Prozent, auf die kongreganistischen 33 561 oder 44,5 Prozent.

Faßt man das Ergebnis der Leistungen an den öffentlichen und freien Schulen zusammen, so ergibt sich, daß von den 657 401 Kindern, welche 1863 die Schule verließen, um nicht zurückzukehren, 262 008 mit so ungenügender Bildung ins Leben traten, daß die meisten wohl alles nach Verlauf weniger Jahre werden vergessen haben. Es sind daher nur 395 393 oder 60 Prozent der Kinder, welche einen wirklichen Nutzen aus dem Schulbesuch gezogen haben. Der ungenügende Stand der Jugendbildung würde noch mehr in die Augen springen, wenn noch die 884 887 Kinder im Alter von 7—13 Jahren, welche im Jahre 1863 überhaupt keine Schule besuchten, mit in Betracht gezogen würden.

Die Fortschritte, welche das Volksschulwesen vom 1. Januar

1848 bis zum 1. Januar 1864 gemacht hat, ergeben sich aus folgender Übersicht.

Es gab Elementarschulen:	1. Jan. 1848	1. Jan. 1864
1. öffentliche Knaben- und gemischte Schulen	35 953	38 386
2. öffentliche Mädchenschulen	7 926	14 059
3. freie Knabenschulen	7 661	3 108
4. freie Mädchenschulen	11 488	13 208
Zusammen	63 028	68 761

also eine Zunahme der Schulen um 5733 insgesamt im Verlauf von 15 Jahren; oder aber, wenn wir die Schulen in Knaben- bzw. gemischte Schulen und Mädchenschulen trennen, so ergibt sich, daß die Zahl der Mädchenschulen um 7853 zugenommen, die der Knaben- bzw. gemischten Schulen dagegen um 2120 abgenommen hat. Wenn die Zahl der die Schule besuchenden Kinder von 1847 bis Ende 1863 auch um mehr als 800 000 gestiegen war, so entfällt diese Steigerung des Schulbesuchs doch fast ganz auf die Mädchenschulen; es besuchten die Schulen

am 1. Jan. 1848: 2 176 079 Knaben u. 1 354 056 Mädchen;

am 1. „ 1864: 2 265 746 „ „ 2 070 612 „

so daß der Zuwachs an Knaben in den Schulen überhaupt kaum mit dem der Bevölkerung im allgemeinen Schritt gehalten hat.

Die beiden bereits angeführten Schriften Charles Roberts „über die Unwissenheit der Arbeiter- und ländlichen Bevölkerung Frankreichs“ sowie „über den schlechten Zustand der Schulhäuser“ entwerfen ein finsternes, trauriges Bild von dem Zustande der Schulen und der Bildung der Bevölkerung anfangs der sechziger Jahre. Man glaubt das Lorainsche Buch aus der Mitte der dreißiger Jahre wieder zu lesen. Am 12. Dezember 1860 hatte der Minister eine Preisaufgabe ausgeschrieben, an deren Lösung sich alle Lehrer beteiligen sollten: Über den Zustand des Volksschulunterrichts und die einzuführenden Reformen. Es liefen etwa 6000 Arbeiten ein, von welchen 1207 zurückbehalten wurden. Aus diesen Arbeiten, deren richtige Darstellung durch die Inspektoren der Akademie bescheinigt worden war, schöpfte Robert seine Angaben. Die Mehrzahl der Lehrer beklagt die Gleichgültigkeit der Eltern als die Hauptursache des geringen Fortschritts der Bildung; „man wufste früher von diesen Dingen nichts und lebte doch glücklich“; „mein Sohn weiß genug, um zu schaffen wie ich“; „ich habe niemals etwas gelernt und mein Sohn braucht nicht mehr zu wissen“; „man braucht zum Ackerbau Lesen und Schreiben nicht“; „mein Sohn geht nicht in die Schule, denn ich habe dieselbe auch nicht besucht; ich will nicht, daß er klüger wird als ich“; „ich will keinen Rechtsanwalt aus ihm machen“; solche und ähnliche Redensarten wurden den

Lehrern vorgehalten, wenn sie die Eltern überreden wollten, die Kinder in die Schule zu schicken. Oft sind es die Gemeinderäte, welche von der Schule als etwas Unnützem nichts wissen wollen; oft können die Maires selbst nicht lesen. Freilich war es in den Städten nicht so, wo der allgemeine Fortschritt der Zeit und die höhere Einsicht der Verwaltung die Bildung auch in den untern Volksschichten als Hebel der Volkswohlfahrt betrachteten. Aber je ungebildeter man war, zumal auf dem Lande, um so weniger Verlangen hatte man nach Bildung, um so weniger geschah für die Schulen. Unter obigen 1207 Lehrern beklagten sich 64 Prozent über die Schulräume: über zu kleine, unzureichende, ungesunde Schulräume; sie werden häufig als „Loch“ bezeichnet, als Ruinen, als unerträglicher Aufenthalt; die schönen Vorschriften und Gesetze werden unbeobachtet gelassen, viele Schulen sind schrecklich, den Gräbern gleich, deren Feuchtigkeit Krankheiten verursacht; die Kinder werden nicht selten ohnmächtig und ersticken fast. In einer Gemeinde, welche 300 Kinder zählt, ist nur Platz für 70, in den meisten Schulen ist nur für die Hälfte der Kinder Raum; ein Lehrer, welcher in Mietsräumen seine Schule hatte, mußte in vier Jahren siebenmal ausziehen; die Schule mußte er vier Monate in einem Stalle halten und schlief dort beim Rindvieh. Oft ist das Schulzimmer zugleich Küche für den Lehrer; oft sogar auch noch Schlafzimmer. Auf das Kind kommt häufig nur ein Viertel des vorgeschriebenen Raumes, in vielen Schulen herrscht im Winter eisige Kälte, im Sommer entsetzliche Hitze. Die Gemeinderäte haben kein Ohr für die Klagen und Bitten der Lehrer, keinen Sinn für den Unterricht, kein Herz für die Erziehung der Jugend. Ein Schulinspektor äußerte zu einem Lehrer: „Ich habe Ihre Schule gefunden, ohne daß man mir dieselbe gezeigt hat; in diesem Departement (Aveyron) ist die Schule in der Regel das erbärmlichste Haus der Gemeinde.“ Die Schule ward nicht selten im Keller gehalten, als Tische dienen Bretter, welche über Fässer und Steinhäufen gelegt sind. Der Lehrer, welcher in solchen Räumen sein Leben zubringt, ist kränklich, niedergedrückt, gealtert vor der Zeit.

In diesem Kreise bewegen sich die Klagen der Lehrer über den Zustand ihrer Schulen; nicht besser ist die Ausstattung der Schulen, welche oft ganz fehlt. Kennzeichnend ist es, daß fast alle Lehrer ein Christusbild und ein Bild des Kaisers für ihre Schulen verlangen. Der Staatshaushaltsetat wies für das Kultusbudget im Jahre 1865 die Summe von nicht ganz 7 Millionen Franken auf, zu derselben Zeit, als man für das Opernhaus in Paris die Summe von 26 Millionen Franken im voraus bewilligte.¹⁾

1) Vgl. J. Simon, l'école S. 112.

§. 6.

Das Unterrichtsgesetz vom 10. April 1867.

Vom Jahre 1854 bis 1867 ist auf dem Gebiete der Gesetzgebung für den Volksschulunterricht fast nichts geschehen. Das Schulgesetz vom 10. April 1867 war durch die Bemühungen Duruys zustande gekommen; es hatte, wie der Minister selbst in seinem erläuternden Rundschreiben vom 12. Mai 1867¹⁾ an die Präfekten bemerkt, einen doppelten Zweck: es sollte dem Volksschulwesen einen neuen, lebhaften Antrieb geben, sowie die Lücken ausfüllen, welche der Unterricht der Mädchen noch hatte. Die Thätigkeit des Ministers betreffs der Lehrerseminare, die Fürsorge für das Einkommen der Lehrer, sowie die geeignetere Heranbildung derselben haben wir gesehen;²⁾ einen wesentlichen Fortschritt schuf Art. 1 des besagten Gesetzes, welcher bestimmte, daß jede Gemeinde von 500 Einwohnern und darüber verpflichtet sei, wenigstens eine öffentliche Mädchenschule zu unterhalten; auch muß in jeder geschlechtlich gemischten Schule den Mädchen durch eine vom Präfekten auf den Vorschlag des Maire hin zu ernennende Handarbeitslehrerin Unterricht in weiblichen Handarbeiten erteilt werden. Art. 16 des Gesetzes erweiterte ferner die obligatorischen Lehrfächer dahin, daß die Grundzüge der Geographie und Geschichte Frankreichs nunmehr notwendig zum Volksschulunterricht gehörten und in den Lehrplan aller Volksschulen aufgenommen werden mußten, während Art. 9 des Gesetzes vom 21. Juni 1865 das Ornamentzeichnen, das Zeichnen nach Vorlagen, lebende Sprachen, sowie Buchführung und die Grundzüge der Geometrie als in der Volksschule zulässige Lehrfächer erklärt hatte. Der Unterschied zwischen obligatorischen und fakultativen Fächern blieb bis zu der neuen Schulgesetzgebung von 1882 bestehen; wir erwähnen hier noch, daß durch Art. 10 des Gesetzes vom 6. Juni 1879 der Unterricht im Ackerbau und durch Art. 1 des Gesetzes vom 27. Januar 1880 der Turnunterricht unter die obligatorischen Lehrfächer aufgenommen wurden.

Paragraph 4 des Art. 2 des Gesetzes vom 10. April 1867 giebt ferner dem Departementsschulrat das Recht, nach dem Gutachten des Gemeinderats und vorbehaltlich der Genehmigung des Ministers des öffentlichen Unterrichts diejenigen Weiler zu bestimmen, in welchen eine oder mehrere von Unterlehrern oder Unterlehrerinnen zu verwaltende Schulen eingerichtet werden müssen. Diese Weilerschulen haben keine feste Gestaltung.

1) Pichard, Nouveau Code, 8. Auflage, S. 303 ff. — 2) Vgl. Teil I. S. 22 ff., 153 f.

Da sie den Verhältnissen entsprechend gewöhnlich nur eine geringe Kinderzahl haben, so können sie in Ermangelung von Unterlehrern oder Unterlehrerinnen auch von einer andern irgendwie fähigen Person verwaltet werden. Der Unterricht in diesen Schulen ist auf das Notwendigste zu beschränken; die Unterrichtszeit wird bestimmt nach dem besondern Bedürfnisse unter Berücksichtigung der Lage der Eltern. In denjenigen Gegenden, in welchen die Bevölkerung im Sommer fast ganz mit ihren Herden in die Berge zieht, geht der Lehrer mit und sammelt die Kinder, wann und wo sich Gelegenheit findet, damit dieselben nicht ganz des Unterrichts entbehren. Wenn solche Kinder das Lesen, Schreiben und die vier Grundrechnungsarten erlernen, so ist damit schon vieles erreicht.¹⁾

Die einzige gesetzliche Bestimmung, welche sich auf die Einteilung der Schulen in Klassen erstreckt, ist im Art. 16 des Reglements von 1851 enthalten und auch bis zur Neugestaltung des Schulwesens im Jahre 1882 geblieben. In der Schule mit einem Lehrer decken sich die drei Stufen mit den drei Klassen; in den Schulen mit zwei Lehrern bildet gewöhnlich die Elementarstufe die untere Klasse, während die Mittel- und Oberstufe der 1. Klasse zugewiesen sind. In der dreiklassigen Schule entspricht jeder Stufe selbstverständlich eine Klasse. Bei der vierklassigen Schule bildet gewöhnlich die Unterstufe zwei Klassen, jedoch kann auch hier statt dessen die Mittelstufe getrennt werden; erweitert sich die Schule, so daß fünf Lehrer notwendig sind, so wird sowohl die Mittel- wie die Unterstufe getrennt. Dieses Schulsystem wird thatsächlich als das vorteilhafteste betrachtet: für die Bevölkerung der Oberklasse ist hinlänglich gesorgt; eine Überfüllung wird in derselben auch nicht leicht eintreten, weil in Ermangelung des Schulzwanges viele Kinder nach Zurücklegung der Mittelstufe die Schule verlassen; manche kommen sogar nicht über die Unterstufe hinaus. Bei sechs- und mehrklassigen Schulsystemen ist der Grundsatz der Dreiteilung stets im Auge zu behalten; eine Zergliederung in mehr als drei Stufen wird stets als ein Fehler angesehen. Freilich gab es eine Anzahl von Schulen, in welchen die Oberstufe sehr mangelhaft besetzt war, ja oft gar nicht bestand; erst gegen Ende des Kaiserreichs wurde es in dieser Beziehung besser.

Die strenge Beobachtung der Dreiteilung wurde in einer Anzahl von Schulen, besonders in den einklassigen, nicht immer befolgt. In manchen Schulen teilte der Lehrer ein, wie es ihm gefiel; da finden wir die einzelnen Stufen in Unterabteilungen oder Sektionen getrennt, einklassige Schulen mit 8, sogar 9 Unterabteilungen, ein Zustand, welcher wohl nur der Unfähig-

1) Pichard a. a. O. S. 310.

keit oder Bequemlichkeit der Lehrer zuzuschreiben war, bisweilen auch der Eitelkeit derselben, weil sie bei mehr Abteilungen auch mehr Preise zu verteilen hatten. In einzelnen Departements blieben diese ungünstigen Verhältnisse bis in die neueste Zeit bestehen.

Der Unterrichtsgang war je nach den Verhältnissen ein verschiedener. In einer grossen Zahl von Schulen, besonders in den ländlichen, begann man gewöhnlich mit dem Leseunterricht; wenn der Schüler einen gewissen Grad von Fertigkeit erlangt hatte, begann der Unterricht im Schreiben und darauf im Rechnen; war noch Zeit übrig, so fügte man den Unterricht in der französischen Sprache, im metrischen System, in der Geschichte und Geographie Frankreichs hinzu. Allerdings hatte besonders der Lehrer an Dorfschulen mit der Innehaltung eines bestimmten Lehrplans die grössten Schwierigkeiten. Während in den Städten die meisten Kinder die Schule etwa 11 Monate besuchten, schrumpfte in den Dorfschulen das Schuljahr auf fünf bis sechs Monate zusammen, indem die Mehrzahl zumal der ältern Kinder erst nach Beendigung der Feldarbeit, im November, in die Schule eintrat, um dieselbe mit Ostern wieder zu verlassen. Zudem besuchte der grösste Teil höchstens vier bis fünf Jahre die Schule. Kein Wunder, daß die Mehrzahl dieser Winterschüler nach beendigter Schulzeit nur ganz notdürftig lesen und schreiben konnte. „Nichts ist peinlicher, als arme Kinder unsere Schulen verlassen zu sehen, welche vom Rechnen nur das Zusammenzählen kennen, vom gesetzlichen System der Masse und Gewichte nur den Meter, von der heiligen Geschichte nur die Schöpfung der Welt und die Sündflut, von der Geschichte Frankreichs nichts als die alten Reiche Chlodwigs, Childerichs III. oder Karls des Grossen.“¹⁾

Die städtischen Volksschulen waren günstiger gestellt. Hier war ein regelmässigerer Schulbesuch und die Schulzeit hatte eine längere Ausdehnung, so daß mehr die gleichzeitige Ausbildung aller Fähigkeiten der Kinder ins Auge gefaßt werden konnte. In der Unterstufe wurden die Hauptfächer des Volksschulunterrichts vorgenommen, auf dieser breitesten Grundlage in der mittlern und obern Stufe in konzentrischen Kreisen aufgebaut, um das Einzelne zu erweitern und zu vertiefen. Aber auch hier war der Prozentsatz derjenigen Kinder, welche sich die vollen Kenntnisse auch der fakultativen Fächer genügend angeeignet hatten, ein geringer.

Die Zahl der Lehrer, welche in den sämtlichen fakultativen Fächern unterrichten durften, war eine beschränkte; die Mehrzahl derselben hatte die Befähigung, in einem oder einigen fakulta-

1) Vgl. Brouard et Defodon, *Inspection des écoles primaires*, 4. Aufl. Paris 1881, S. 168 f.

tiven Fächern unterrichten zu dürfen; in Fächern zu unterrichten, welche nicht auf dem Zeugnisse standen, war überhaupt untersagt. So kam es, daß sich das bunteste Durcheinander in den Zielen der einzelnen Schulen vorfand; in einer Anzahl von Schulen wurde nur in den obligatorischen Fächern unterrichtet; andere nahmen einen oder mehrere fakultative Unterrichtsgegenstände hinzu, hier diese, dort jene, je nach dem Befähigungszeugnis des Lehrers; bald versuchte man in dem einen Jahre einzelne fakultative Fächer aufzunehmen, welche man im folgenden Jahre wieder fallen liefs. Mit dem Wechsel der Lehrperson gestalteten sich die Unterrichtsziele gleichfalls häufig anders. So entwickelte sich ein buntes Bild von Schulen, die Einheit fehlte, der Willkür war zuviel Spielraum gelassen und damit eine Bürgschaft gesunden Aufblühens des Volksschulunterrichts nicht vorhanden.

Mit der Zeit machte sich das Bedürfnis nach einheitlicher Regelung des Lehr- und Stundenplans immer mehr geltend. Der Erlaß des Ministers Duruy vom 17. Januar 1867 schrieb zuerst den Lehrern die Führung eines Schultagebuches vor und legte denselben die Verpflichtung auf, nach einem bestimmten Stundenplan zu arbeiten; das Rundschreiben Jules Simons vom 18. November 1871 ordnete dazu noch die Anfertigung eines Lehrplans an, aber es wurde zugleich jedem Lehrer freigestellt, den Lehrplan und den Stundenplan den besondern Bedürfnissen seiner Schule anzupassen. So lange aber eine bestimmte Zeit des Schulbesuchs nicht innegehalten wurde, so lange nicht besonders auf dem Lande ein gleichmäßiges Beginnen und Schließen des Schuljahrs für alle Schüler stattfand, und nicht in sämtlichen Schulen die Unterrichtsgegenstände und die Ziele festgesetzt waren, war eine Beseitigung der Übelstände unmöglich.

Als Maßstab der Bildung in den Knabenschulen gegen Ende des zweiten Kaiserreichs kann uns die Übersicht derjenigen in den Jahren 1871/75 bzw. 1877 zum Heere Ausgehobenen dienen, welche weder lesen noch schreiben konnten. Es waren nämlich

1871/75				1877			
in 60 Departements über 10 0/0				in 56 Departements über 10 0/0			
„ 30	„	20	„	„ 23	„	20	„
„ 11	„	30	„	„ 7	„	30	„
„ 3	„	40	„	„ 1	„	40	„
welche nicht lesen und schreiben konnten; am tiefsten stand das Departement Morbihan mit 49 bzw. 47 Prozent. ¹⁾							

1) Von den Rekruten der 18 Armeekorps des deutschen Reichs waren 1875 des Lesens und Schreibens unkundig: in 5 Armeekorps unter 1 Prozent, in 9 unter 2, in 1 unter 6, in 2 unter 7, in 1 unter 10 Prozent.

Bei den Heiraten auf dem Standesamte konnten 1875 von je 100 Brautleuten in 70 Departements über 10, in 56 über 20, in 53 über 30, in 16 über 40, in 8 über 50, in einem über 60 ihren Namen nicht schreiben.

Das war noch weit entfernt von dem, was Duruy in seinem Rundschreiben vom 12. Mai 1867 an die Präfekten sagte: „Wenn das Gesetz im richtigen Sinne ausgeführt wird, dann wird Frankreich bald keiner andern Nation die Ehre lassen, sich betreffs der Volksschulbildung an die erste Stelle zu stellen.“

Bei Gelegenheit der Wiener Weltausstellung von 1873 ordnete der französische Statistiker Levasseur alle Länder der Welt nach dem Grade der Entwicklung der Volksschulbildung: Frankreich mußte er an die zwanzigste Stelle setzen. Immerhin ist jedoch zu betonen, daß unter dem zweiten Kaiserreich die Volksschulbildung Fortschritte gemacht hat, besonders aber in den letzten Jahren. Während von sämtlichen zum Heere Eingezogenen im Jahre 1847 noch 38 Prozent weder lesen noch schreiben konnten, war das Verhältnis im Jahre 1866 auf 23 Prozent, im Jahre 1874 auf 16,5 Prozent, im Jahre 1875 auf 15 Prozent gesunken.

Die innern Schäden des französischen Schulwesens hat M. Bréal in seinem früher angezogenen Werke mit Freimut, Gediegenheit und Schärfe erörtert. Er hatte, wie er selbst berichtet, schon lange Stoff gesammelt zur Vergleichung des französischen und deutschen Unterrichtswesens. Wäre das unglückliche Verhängnis von 1870 nicht über das Land hereingebrochen, so würde er sich wahrscheinlich der Veröffentlichung seiner gemachten Erfahrungen enthalten haben; bei der jetzigen Lage des Landes sieht er sich genötigt, die Schäden des Unterrichtswesens klarzulegen und die geeigneten Verbesserungsmaßregeln vorzuschlagen, um seinem Lande damit einen Dienst zu erweisen. Die Ereignisse haben in allzu grausamer Weise gezeigt, daß die besten Freunde des Landes nicht diejenigen sind, welche ihm das Fremdevorenthalten und Frankreich in ein unbegrenztes Vertrauen auf sich selbst einwiegen. Das Buch hat großes Aufsehen erregt, sowohl wegen der wissenschaftlichen Bedeutung des Verfassers, als auch wegen der klaren, ungeschminkten, mit der Ruhe der zuständigen Beurteilung gezeichneten Darstellung der französischen Schulverhältnisse. Der erste Teil des Werkes behandelt das Volksschulwesen. Man darf das Volksschulwesen nicht nach dem Stande einzelner Schulen größerer Städte beurteilen, auch nicht nach den Leistungen einzelner hervorragender Schulen, sondern nach der Masse der Schulen, nach dem Standpunkte, auf welchem die Landschulen stehen; aber die Bildung, welche die Kinder dort erhalten, ist gering und wenig nachhaltig; sie unterscheidet sich kaum von der Dunkelheit, welche die Jugend vorher umnachtete. Lesen und Schreiben

sind gewiß ausgezeichnete Dinge, aber es hiefse doch den Sinn der Worte verdrehen, wenn man glauben wollte, daß ein Mensch, welcher einen Wahlzettel beschreiben oder einen Anschlag an einer Straßenecke lesen könne, deshalb unter diejenigen zu rechnen sei, welche wirklichen Volksschulunterricht erhalten haben. Ein Unterricht, welcher die Denkkraft und das Urtheil nicht entwickelt, der nicht das Verlangen zu lernen zurückläßt, ist nichts. Wenn wir unsere Forderungen etwas höher stellten, so würden wir mit Schrecken sehen, daß nicht etwa $\frac{2}{5}$, sondern $\frac{3}{4}$ der Kinder als völlig unwissend zu betrachten seien. Wir müssen die Unterrichtsmethoden verbessern, den abgestumpften Geist der Landjugend aufwecken, den guten Sinn der Stadtjugend zu bilden suchen, sie alle daran gewöhnen, zu beobachten und zu denken. Für die weltlichen und kongreganistischen Schulen müssen dieselben Methoden vorgeschrieben werden. Wie wird dagegen jetzt der Unterricht in unsern Schulen betrieben?

Die Sprache ist der Ausgangspunkt des gesamten Unterrichts; die Sprachgesetze sind das Ergebnis natürlichen, folgerichtigen Denkens, die Satzlehre ist eine Übung des Geistes, welche dem Standpunkte des Schülers angepaßt werden muß. Aber das Erlernen der französischen Sprachregeln ist für viele Kinder eine Quelle der Langweile und des Ekels. Zwei große Fehler schädigen diesen Unterricht: 1. man setzt voraus, daß das Französische wie eine tote Sprache an der Hand von Regeln gelernt werden müsse; 2. man bevorzugt die Schriftsprache auf Kosten der Umgangssprache. Der Gedanke, das Französische nach einem Sprachlehrbuche zu lernen, kommt daher, daß früher das Lateinische die Grundlage des Unterrichts war. Die ersten französischen Sprachlehrbücher hielten die frühere Lehrart bei: die Kinder lernen die einzelnen Teile der verschiedenen Abschnitte und sagen dieselben ihrem Lehrer oder einem Helfer her, eine Übung, welche man merkwürdigerweise als nützlich zur Entwicklung der Verstandesthätigkeit erachtet.

Besieht man die Bücher, welche die Kinder haben, so enthalten sie außer Beispielen und der Wortlehre drei oft bunt durcheinander geworfene Teile: 1. Begriffsfeststellungen; 2. Regeln über Schrift und Rechtschreibung; 3. Regeln über den Satzbau und die Grundregeln der Zergliederung; aber man erlernt dadurch ebensowenig die Sprache, als man Dichter wird, wenn man die Gesetze des Reimes, der Strophen, des Versbaues u. s. w. erlernt. Man muß, wie Herder sagt, die Sprachgesetze durch die Sprache lernen, und nicht umgekehrt. Um die Kinder im Französischen zu unterrichten, laßt sie sprechen und immer wieder sprechen.

Auch unsere Lesebücher sind schlecht; der gesunde Menschenverstand, gewürzt mit Geist, Frohsinn, scherzender Gutmütigkeit,

Vertraulichkeit ohne Anstößigkeit, welcher sich in den deutschen Lesebüchern findet, mangelt bei den unsrigen; letztere sind weise, verständig, erbaulich, manchmal auch belehrend, aber niemals wird sich der Schüler, wenn er der Schule entlassen ist, mit Freuden derselben erinnern. Auch die Gedichte sind zu spärlich vertreten. Lesen lernen die Schüler zwar, aber Freude und Lust am Lesen bringen sie aus der Schule nicht mit, so daß die Fortbildung im spätern Leben durch Lesen guter Schriften unterbleibt.

Der Unterricht in der Rechtschreibung ist eine Qual für die Schüler und den Lehrer. Er raubt den Kindern nicht nur die kostbare Zeit, sondern ist geeignet, ihnen das Denken abzugewöhnen. Durch den Gebrauch, durch vieles Lesen und Schreiben prägt sich die Schreibweise ein. Die Abstammung der Wörter ist mehr zu betonen, damit der Unterricht nicht durch spitzfindige Regeln, welche für den Kinderverstand zu schwer sind und als Willkürlichkeiten erscheinen, den Kindern verleidet wird.

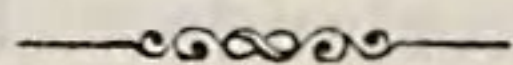
Der Franzose ist in ganz Europa wegen seiner Unkenntnis in der Geographie bekannt. Die Ausländer erzählen sich darüber gar viele schnurrige Dinge, welche der letzte Krieg noch vermehrt hat. Und wenn die Offiziere und Berichterstatter in diesem Punkte so schlagende Beweise geliefert haben, welche große Unkenntnis müssen dann erst die gewöhnlichen Volksklassen besitzen! Die Volksschule trägt den größten Teil der Verantwortlichkeit: die Kinder haben einen kleinen Leitfaden und sagen daraus ihre Aufgabe, z. B. über Belgien. Sie sagen die 15 Zeilen, welche diesem Lande gewidmet sind, auswendig her, und wenn sie die Namen der Städte mit der Einwohnerzahl und der kurzen Bemerkung, welche hinter jeder Stadt steht, wissen, erhalten sie eine gute Note. Die folgende Woche kommt die Schweiz an die Reihe, dann Österreich, dann Rußland u. s. w., alles ohne Zusammenhang. Wollte man die Kinder fragen, wie man nach Belgien oder Österreich kommt, so wissen sie es nicht. In dem einen Abschnitt stehen alle Berge, in dem andern alle Flüsse Europas der Reihe nach; die Kinder lernen nur Namen, ohne geistige Beschäftigung. Von dem Einfluß des Landes auf die Bewohner lernen sie nichts. Kaum lernen die Kinder die Beschreibung ihres heimatlichen Departements kennen, die landwirtschaftlichen und gewerblichen Verhältnisse kennen sie nicht; die übrigen Gegenden des Vaterlandes bleiben ihnen unbekannt, ebenso wie die Geographie fremder Länder.

Mit dem geschichtlichen Unterricht verhält es sich ähnlich. Wir haben keine volkstümlichen Darstellungen von der Geschichte unserer einzelnen Provinzen, die Kinder leben auf ihrem heimatlichen Boden als Fremde. Von der heimatlichen Provinz hören sie erst etwas von der Zeit an, wo jene Frankreich

einverleibt wurde; was überhaupt nicht in die allgemeine Geschichte Frankreichs gehört, lernen sie auch nicht. Unter allen Völkern der Welt ist Frankreich das einzige Volk, welches seiner eigenen Vergangenheit mit Widerwillen gegenübersteht.

Das Jahr 1870 hat die schwache Seite einer Ansicht gezeigt, welche viele Franzosen hegten, die einen bewußt, der größte Teil unbewußt. Man gestand zu, daß die Masse des Volkes sich in tiefer Unwissenheit befand, aber man nahm an, daß dies wenig ausmache, da an der Spitze des Landes sich eine genügende Zahl gebildeter und aufgeklärter Männer befand. Viele glaubten, daß es so besser sei und daß es bei einer Nation von 40 Million Seelen ausreiche, wenn sich darunter eine Million befände, welche zu denken und zu überlegen wüßte. Aber diese selbstsüchtige Denkweise hat sich in allen Punkten als falsch erwiesen; wir sind nicht allein unterlegen im Kampfe mit der Nation, welche sich der Bildung gegenüber weniger mißtrauisch zeigte, sondern wir waren nahe daran, neben der Herrschaft von Rachsucht aller Art auch noch die der Unwissenheit ertragen zu müssen. Man muß, so lange es noch Zeit ist, ein Verfahren aufgeben, welches derartige verhängnisvolle Ereignisse ermöglicht hat; erfüllen wir diese Pflicht nicht, so werden wir nicht imstande sein, das zu ertragen, was die Zukunft über uns zu verhängen nicht verfehlen wird.

Dieser und ähnliche Mahnrufe waren nicht vergebens. Sobald die Republik sich nach mehrjährigen innern Kämpfen gefestigt und gekräftigt hatte, erachtete man neben der Umgestaltung des Heerwesens die Schulfrage als die für die Zukunft des Landes bedeutendste, deren gründliche Lösung eine Pflicht gegen das Vaterland sei. Das aber erkannten die leitenden Staatsmänner, daß zur ganzen und vollen Erfüllung dieser Pflicht neues Leben und frischer Geist dem Volksschulwesen eingeflößt werden mußten, daß die alten Einrichtungen nicht mehr genügten und allgemeine neue Bestimmungen über die Einrichtung, Aufgabe und Ziel der Volksschule zu erlassen dringendes Bedürfnis war. Wir gelangen damit zur Darstellung der durch die neueste Gesetzgebung hervorgerufenen gänzlichen Umgestaltung der Volksschule der dritten Republik.



II. Abschnitt.

Die jetzt geltenden Bestimmungen über Einrichtung, Aufgabe und Ziel der Volks- schule.

§. 7.

Die allgemeinen Bestimmungen vom 27. Juli 1882.

Der Erlaß des Ministers des öffentlichen Unterrichts vom 27. Juli 1882¹⁾ regelt die Einrichtung der Volksschule und die Lehrpläne derselben. Die Bestimmungen desselben lauten:

Art. 1. Der Volksschulunterricht in den öffentlichen Schulen zerfällt in drei Stufen:

1. Unterstufe (*cours élémentaire*).
2. Mittelstufe (*cours moyen*).
3. Oberstufe (*cours supérieur*).

Die Einrichtung dieser drei Stufen ist vorschriftsmäßig in allen Schulen, gleichviel wie groß die Zahl der Klassen und der Schüler ist.

Art. 2. In jeder Gemeinde, in welcher in Ermangelung von Bewahranstalten die Kinder in Gemäßheit des Art. 2 der Muster-schulordnung unter dem schulpflichtigen Alter in die Volksschule aufgenommen werden, kann eine Kinderklasse eingerichtet werden in Gemäßheit der im Art. 7 des Gesetzes vom 16. Juni 1881 vorgeschriebenen Bestimmungen.²⁾

Wenn in einer Schule sich mehr als 10 Kinder befinden, welche nach Erlangung des Volksschulprüfungszeugnisses³⁾ und beendetem Besuch der Oberstufe noch weitere Ausbildung zu

1) Bulletin 504, pag. 214 ff. — 2) Das Gesetz ist in §. 21 angeführt.
— 3) Vgl. §. 17.

erhalten wünschen, so kann für diese Schüler ein Fortbildungskursus (cours complémentaire) von der Dauer eines Jahres errichtet werden in Gemäßheit der Vorschrift des Dekrets und Erlasses vom 15. Januar 1881.¹⁾

Art. 3. Die Dauer der Lernzeit verteilt sich auf:

1. Die Kinderklasse: ein oder zwei Jahre, je nachdem die Kinder im Alter von 5 oder 6 Jahren aufgenommen werden.
2. Die Unterstufe: zwei Jahre; 8. und 9. Lebensjahr.
3. Die Mittelstufe: zwei Jahre; 10. und 11. Lebensjahr.
4. Die Oberstufe: zwei Jahre; 12. und 13. Lebensjahr.
5. Den Fortbildungskursus im höhern Volksschulunterricht: ein Jahr.

Art. 4. In denjenigen Schulen, welche nur einen Lehrer und einen Schulsaal haben, darf keine Untereinteilung stattfinden, weder in der Mittelstufe noch in der Oberstufe; die Kinder im Alter von unter neun Jahren dürfen höchstens in zwei Abteilungen getrennt werden.

Art. 5. In denjenigen Schulen, welche nur zwei Lehrer haben, muß dem einen die Leitung der Mittel- und Oberstufe übertragen werden; der andere erhält die Unterstufe, sowie die Kinderklasse, insofern eine solche vorhanden ist.

Art. 6. In den Schulen mit drei Lehrern bildet jede Stufe eine besondere Klasse.

Art. 7. In den Schulen mit vier Klassen bildet die Unterstufe zwei Klassen, die beiden andern Stufen je eine Klasse.

Art. 8. In den Schulen mit fünf Klassen zerfällt die Unterstufe in zwei Klassen, ebenfalls die Mittelstufe; die Oberstufe bildet eine Klasse.

Art. 9. In den Schulen mit sechs Klassen entfallen auf jede der drei Stufen zwei Klassen, wofern nicht die Schülerzahl der Oberstufe die Vereinigung zu einer Klasse gestattet.

Art. 10. In allen Fällen, in welchen dieselbe Stufe in zwei Klassen geteilt ist, umfaßt die eine Klasse den ersten Jahrgang, die andere den zweiten Jahrgang dieser Stufe.

Diese beiden Klassen folgen demselben Lehrplan, aber die Aufgaben und Übungen steigern sich derart, daß die Schüler im zweiten Jahre das im ersten Jahre Gelernte wiederholen, vertiefen und vervollständigen können.

Art. 11. In den Schulen mit mehr als sechs Klassen darf, wie groß auch die Zahl der Lehrer sein mag, keine Stufe mehr als zwei Jahrgänge umfassen. Die Klassen über sechs hinaus, die Kinderklasse jedoch nicht mit einbegriffen, müssen neben-

1) Das Nähere über diese Fortbildungskurse wird bei der Besprechung des höhern Volksschulunterrichts behandelt werden.

einander laufende Klassen sein, welche dazu dienen, die Schüler des ersten oder des zweiten Jahrganges zu teilen.

Art. 12. Beim Beginn eines jeden Schuljahres werden die Schüler nach dem Grade ihrer Kenntnisse durch den Hauptlehrer in die verschiedenen Klassen der drei Stufen verteilt, unter der Aufsicht des Volksschulinspektors.

Das Volksschulprüfungszeugnis giebt die Berechtigung zum Aufsteigen in die Oberstufe.

Art. 13. Jeder Schüler erhält bei seinem Eintritt in die Schule ein besonderes Heft, welches er während der ganzen Dauer der Schulzeit instandhalten muß. Die erste schriftliche Arbeit eines jeden Monats in jedem Fache wird durch den Schüler in dieses Heft eingetragen, in der Schule und ohne fremde Beihülfe, derart, daß die Gesamtheit dieser Arbeiten es ermöglicht, die Reihenfolge der Übungen zu ersehen und die Fortschritte des Schülers von Jahr zu Jahr bemessen zu können. Dieses Heft bleibt in der Schule aufbewahrt.

Art. 14. Jede Preisbewerbung unter den öffentlichen Schulen ist ausdrücklich untersagt, wenn an derselben nicht die Gesamtheit der Schüler wenigstens einer der drei Stufen teilnimmt.

Art. 15. Der Unterricht, welcher in den öffentlichen Volksschulen erteilt wird, erstreckt sich auf ein dreifaches Gebiet: die physische, die intellektuelle und die moralische Erziehung. Die Aufgaben und die stufenweisen Übungen, welche er umfaßt, sind auf den Lehrgang in Gemäßheit der diesem Erlasse beigefügten Lehrpläne verteilt.

Art. 16. Zu Anfang eines jeden Schuljahres wird ein genauer Stundenplan von dem Hauptlehrer aufgestellt und nach Genehmigung desselben durch den Volksschulinspektor in den Klassenzimmern angeheftet.

Die Verteilung der Übungen muß folgenden Hauptgesichtspunkten entsprechen:

I. Die vor- und nachmittägige Unterrichtszeit muß auf mehrere verschiedene Übungsstunden verteilt werden, welche entweder durch die vorschriftsmäßige Erholungspause, oder durch körperliche Bewegung und Gesang unterbrochen werden.

II. Diejenigen Unterrichtsfächer, welche die meiste Aufmerksamkeit erfordern, wie Rechnen, Sprachlehre, Aufsatz, sollen vornehmlich auf den Vormittag verlegt werden.

III. Jede Unterrichtsstunde, jede Leseübung, jede schriftliche Arbeit soll mit mündlicher Erklärung und mit Fragen verbunden werden.

IV. Die Verbesserung der schriftlichen Arbeiten und das Aufsagen der Aufgaben findet in denjenigen Schulstunden statt, auf welche diese Arbeiten und Aufgaben Bezug haben. In der Regel sollen die schriftlichen Arbeiten auf der Wandtafel zu

derselben Zeit verbessert werden, in welcher das Nachsehen der Hefte geschieht. Die Aufsätze müssen vom Lehrer ausserhalb der Schulzeit verbessert werden.

V. Die dreissig wöchentlichen Unterrichtsstunden (in diesen ist die Zeit nicht mit einbegriffen, welche die Schüler entweder zu Hause oder unter Aufsicht des Lehrers zur Anfertigung schriftlicher Arbeiten oder zur Vorbereitung auf den Unterricht verwenden) werden nach folgenden Gesichtspunkten verteilt:

1. In den beiden untern Stufen muß entweder in Form von ungezwungener Besprechung oder durch geeignetes Lesen wenigstens eine Stunde (leçon) täglich auf die Sittenlehre verwendet werden; in der Oberstufe tritt soweit als möglich die planmässige Entwicklung des Lehrstoffes aus der Sittenlehre an die Stelle.

2. Der Unterricht im Französischen (Leseübungen, Erklärung von Lesestücken, Sprach- und Rechtschreibübungen, Nachschreiben, Wort- und Satzzergliederung, Vorträge, Aufsatzübungen u. s. w.) soll täglich wenigstens zwei Stunden in Anspruch nehmen.

3. Der Unterricht in den Realien soll durchschnittlich je nach den einzelnen Unterrichtsstufen eine bis eine und eine halbe Stunde täglich umfassen: drei Viertelstunden oder eine Stunde für das Rechnen und die sich daran anschliessenden Übungen; der Rest bleibt für die Naturlehre und Naturgeschichte (nebst ihren Anwendungen), welche zunächst in der Form von Anschauungsunterricht, später im Zusammenhang behandelt werden.

4. Der Unterricht in der Geschichte und Erdbeschreibung, an welchen sich der Unterricht über das bürgerliche Leben anschliesst, nimmt ungefähr eine Stunde täglich in Anspruch.

5. Die Zeit, welche auf den eigentlichen Schönschreibunterricht zu verwenden ist, soll wenigstens eine Stunde täglich in der Unterstufe dauern und in dem Masse stufenweise verkürzt werden, als die Nachschreib- und Aufsatzübungen denselben ersetzen können.

6. Der Zeichenunterricht, welcher mit sehr kurzen Übungen in der Unterstufe beginnt, soll die beiden andern Stufen wenigstens zwei bis drei Stunden wöchentlich beschäftigen.

7. Gesangunterricht findet ein- bis zweimal die Woche statt, unabhängig von den Gesangübungen, welche täglich vorgenommen werden, entweder zwischen den einzelnen Unterrichtsstunden, oder beim Anfang und Schluß des Unterrichts.

8. Abgesehen von den körperlichen Bewegungen und Übungen, welche bei Gelegenheit des Stundenwechsels im Schulzimmer stattfinden, ist auf das Turnen täglich oder wenigstens alle zwei Tage eine Stunde, und zwar im Laufe des Nachmittags zu verwenden.

In den Gemeinden, in welchen Schulbataillone errichtet sind, können die Bataillonsübungen nur Donnerstags und Sonntags

stattfinden. Die darauf zu verwendende Zeit wird durch den mit der soldatischen Ausbildung betrauten Lehrer¹⁾ im Einverständnis mit dem Hauptlehrer festgesetzt.

9. Für die Knaben sowohl wie für die Mädchen sind zwei oder drei Stunden wöchentlich dem Unterricht in Handarbeit gewidmet.

Art. 17. Die Anforderungen, welche an die Schulräumlichkeiten zu stellen sind, werden durch besondere Vorschriften festgesetzt, die von dem Ausschusse für Schulbauten im Ministerium des öffentlichen Unterrichts entworfen werden. Diese Vorschriften treten an die Stelle der Verordnung vom 17. Juni 1880, welche aufgehoben wird.

Die im Art. 15 des vorstehenden Erlasses benannten Lehrpläne lauten, wie folgt:

I.

Physische Erziehung und Vorbereitung zur Berufserziehung.

1. Ziel der physischen Erziehung.

Die physische Erziehung hat ein doppeltes Ziel:

a. Den Körper des Kindes zu stärken, die körperlichen Anlagen des Kindes zu fördern und ihm einen Gesundheitszustand zu verschaffen, welcher möglichst günstig für die allgemeine körperliche Entwicklung desselben ist.

b. Ihm frühzeitig die Eigenschaften der Gewandtheit und Geschicklichkeit, die Fertigkeit der Hand, Behendigkeit und Sicherheit der Bewegungen beizubringen, welche wertvoll für alle, besonders aber notwendig sind für die Schüler der Volksschule, deren Mehrzahl bestimmt ist für handwerksmäßige Berufsarbeiten.

Ohne die wesentliche Eigentümlichkeit einer Erziehungsanstalt zu verlieren und ohne sich in eine Werkstatt zu verwandeln, kann und muß die Volksschule hinlängliche Sorgfalt auf die körperlichen Übungen verwenden, um die Knaben für die zukünftigen Arbeiten des Handwerkers und des Soldaten, die Mädchen für die Haushaltung und die weiblichen Arbeiten bis zu einem gewissen Grade vorzubereiten und empfänglich zu machen.

2. Das Verfahren.

Da die körperlichen Übungen eine Abwechslung in die Schularbeiten und eigentlichen Lehrstunden bringen, so wird im allgemeinen leicht zu erreichen sein, daß die Schüler guten

1) Vgl. §. 11.

Willen und Lust und Liebe zur Sache haben, daß sie diesen Unterricht als eine wirkliche Erholung betrachten. Der Unterrichtsgang wird bis in die kleinsten Einzelheiten für das Turnen und die soldatischen Übungen durch die im Gebrauch befindlichen Handbücher, sowie durch die Anleitung der betreffenden besondern Lehrer geregelt.

Die Übungen im Handfertigungsunterricht der Knaben zerfallen in zwei Gruppen: die eine umfaßt die verschiedenen Übungen, welche im allgemeinen dazu bestimmt sind, Fingerfertigkeit zu erzeugen und Geschicklichkeit, Geschmeidigkeit, Schnelligkeit und Genauigkeit der Bewegungen hervorzubringen; zu der andern Gruppe gehören die stufenweisen Übungen im Modellieren, welche zur Vervollständigung des entsprechenden Zeichenunterrichts und besonders des gewerblichen Zeichnens dienen.

Die Handarbeit der Mädchen umfaßt außer Nähen und Zuschneiden eine bestimmte Anzahl von Unterweisungen, Anleitungen und Übungen, in welchen die Lehrerin es sich zur Aufgabe macht, nicht etwa einen regelrechten Haushaltungskursus zu erteilen, sondern den jungen Mädchen durch eine Anzahl vorgeführter Beispiele Ordnungsliebe einzuflößen, ihnen die wichtigen Eigenschaften der Hausfrau beizubringen und sie vor schädlichen und schlechten Beschäftigungen zu bewahren.

3. Lehrplan.

1. Sorge für Gesundheit und Reinlichkeit. Unterstufe: Besichtigung der Kinder bei ihrer Ankunft und ihrem Wiedereintritt in die Schule. Die größte Sauberkeit muß verlangt werden. Überwachung der Spiele. Zweckmäßige Ratschläge, sowohl im allgemeinen wie im besondern über Nahrung, Körperhaltung und Kleidung. Mittel- und Oberstufe: Fortsetzung derselben Mittel der Belehrung und Erziehung.

2. Turnen (nach den für Knaben und für Mädchen vom Ministerium herausgegebenen Leitfäden). Unterstufe: Vorübungen. Bewegungen und Beugungen der Arme und Beine. Übung mit Hanteln und Stab. Laufschrift. Wendungen. Mittelstufe: Fortsetzung der Beugungs- und Streckbewegungen der Arme und Beine. Hantelübungen; Übung mit Stäben, Ringen, an der Leiter, am Schwungseil, am Schwebebalken, am Barren, am Reck, an der Stange und am Schwebereck. Oberstufe: Fortsetzung derselben Übungen. Gleichgewichtsübungen auf einem Fuß. Armbewegungen, verbunden mit Marschübungen. Dauerlauf. Springen. Stabübungen (für Knaben).

3. Soldatische Übungen (für die Knaben). Unterstufe: Marschübungen, Ausrichten, Rottenbildung, soldatische Vorübungen. Mittelstufe: Freiübungen, die verschiedenen Schrittarten. Ausrichten, Marsch, Kontremarsch, Halt, Aufmarschieren. Ober-

stufe: Wiederholung der Freiübungen, Fertigkeit der Bewegung in aufgelösten Reihen, Marschübungen, Vorübungen zum Schiessen: Kenntniss der Schußlinien, Unterricht über die Zusammensetzung der Flinte.

4. Handarbeit (für die Knaben). Unterstufe: Handübungen zum Zweck der Entwicklung der Handfertigkeit, Zuschneiden von dünnem Pappdeckel zu geometrischen Körpern. Korbflechtere: Verbindung von Halmen verschiedener Farben. Modellieren: Herstellung geometrischer Körper und ganz einfacher Gegenstände. Mittelstufe: Anfertigung von Papparbeit, überklebt mit bemalten Mustern und farbigem Papier. Kleine Drahtarbeiten; Gitter. Verflechtung von Draht und Holz. Käfige. Modellieren: Einfache Bauverzierungen. Kenntniss der gebräuchlichsten Werkzeuge. Oberstufe: Vereinigte Zeichen- und Modellierungsübungen. Entwürfe zur Ausführung von Gegenständen und Ausführung derselben nach den Entwürfen oder umgekehrt. Kenntniss der hauptsächlichsten Werkzeuge, welche bei der Bearbeitung des Holzes gebraucht werden. Stufenweise Übungen. Hobeln, Sägen des Holzes. Einfache Zusammenfügung. Schachteln, zusammenge-nagelt oder ohne Stifte zusammengefügt. Holzdreheln. Dreheln ganz einfacher Gegenstände. Kenntniss der hauptsächlichsten Werkzeuge zur Bearbeitung des Eisens; Feilübungen. Glätten und Abfeilen von Roh- und Gufseisen.

5. Handarbeit (für die Mädchen). Unterstufe: Stricken und Kenntniss des Stiches, der Maschen, rechts und links; Rippen, Zulegen und Mindern; Zeichenstiche auf Gitterleinwand. Die Grundregeln des Nähens: Säume und überwendliche Naht. Handübungen zur Entwicklung der Geschicklichkeit der Hand. Abschneiden und Zusammenfügen von buntem Papier; kleine Modellversuche. Mittelstufe: Stricken und Stopfen. Zeichnen auf Gitterleinwand. Die Grundzüge des Nähens: Vorderstich, Seitenstich, Hinterstich, überwendlicher Stich. Einfache Naht, Saum, Doppelnah, überwendliche Naht bei Kanten und Falten. Anfertigung einfacher und leichter Näharbeiten (Handtücher, Teller-tücher, Taschentücher, Schürzen, Hemden). Flicker. Oberstufe: Stricken von Unterröcken, Unterjacken und Handschuhen. Leinwandzeichnen, Steppen, Einreihen, Knopflöcher, Ausbessern der Kleider. Kenntniss des Zuschneidens und Anfertigung leichter Kleidungsstücke. Die einfachsten Regeln der Haushaltung und Anwendung derselben in der Küche, bei der Behandlung und dem Waschen der Leinwand, bei der Kleidung, der Verpflegung, im Garten und in dem Geflügelhof. Übungen in der Schule und zu Hause.

II.

Die intellektuelle Erziehung.

1. Ziel der intellektuellen Erziehung.

Die intellektuelle Erziehung, soweit sie die öffentliche Volksschule gewähren kann, läßt sich leicht kennzeichnen.

Sie vermittelt nur eine begrenzte Anzahl von Kenntnissen. Aber diese Kenntnisse sind derart ausgewählt, daß sie nicht allein dem Kinde alles verwertbare Wissen, welches dasselbe im Leben nötig hat, sichern, sondern auch einen seine Fähigkeiten fördernden Einfluß haben, seinen Geist ausbilden und schärfen, seinen Gesichtskreis erweitern und so in Wahrheit eine Erziehung begründen.

Höchstes Streben der Volksschule ist es nicht, viel, sondern gut zu unterrichten. Das Kind, welches die Volksschule verläßt, weiß nicht viel, aber es weiß gut. Der Unterricht, welchen es zu empfangen hat, ist begrenzt, aber nicht oberflächlich. Es ist keine Halbbildung und derjenige, welcher ihn genossen, ist kein Halbgelehrter; denn das, was einen Unterricht in seiner Art vollständig oder unvollständig macht, ist nicht die mehr oder minder weite Ausdehnung des Gebietes, welches er behandelt, sondern die Art und Weise, wie er es behandelt hat.

Der Volksschulunterricht hat in Anbetracht des Alters und der zukünftigen Lebensstellung der Schüler weder die Zeit, noch die Mittel, dieselben in einen Wissenskreis einzuführen, wie dies der Gymnasialunterricht thut; was er für die Schüler thun kann, ist das, daß ihre Kenntnisse ihnen ebenso sehr nützen und ihnen in einem niedrigeren Kreise dieselben Dienste thun, wie die höhern Studien den Schülern der Gymnasien; daß die einen wie die andern von dem öffentlichen Unterricht zunächst diejenigen Kenntnisse mitnehmen, welche ihren zukünftigen Bedürfnissen angepaßt sind, dann aber auch überhaupt gute geistige Eigenschaften, einen offenen und aufgeweckten Verstand, klare Gedanken, Urteil, Überlegung, Ordnung und Folgerichtigkeit im Denken und Reden. „Ziel des Volksschulunterrichts“, wie dies richtig behauptet wurde,¹⁾ „ist es nicht, auf den verschiedenen Gebieten, welche er berührt, alles zu erlernen, was zu wissen möglich ist, sondern auf jedem das gut zu lernen, was nicht zu wissen unstatthaft ist.“

2. Verfahren.

Nachdem so das Ziel klar gestellt ist, ergibt sich das zu befolgende Verfahren von selbst. Es kann weder in dem hand-

1) Gréard, Rapport sur la situation de l'enseignement primaire de la Seine en 1875.

werksmäßigen Voranschreiten bei der Behandlung der einzelnen Lehrgegenstände bestehen, noch in der alleinigen Anleitung zu den ersten Hilfsmitteln des Verkehrs, zum Lesen, Schreiben und Rechnen, noch in einer nackten Aufeinanderfolge der Unterrichtsstunden, indem den Schülern die verschiedenen Gegenstände einer Unterrichtsstufe auseinandergesetzt werden.

Das einzige Verfahren, welches für den Volksschulunterricht paßt, ist dasjenige, welches nach und nach den Lehrer und die Schüler in Wechselbeziehung treten läßt, welches gleichsam zwischen denselben einen beständigen Gedankenaustausch unter verschiedenen schmiegsamen und in geistreicher Ordnung gesteigerten Formen unterhält. Der Lehrer geht immer von dem aus, was die Kinder wissen, und fortschreitend vom Bekannten zum Unbekannten, vom Leichten zum Schweren, führt er sie durch das Aneinanderreihen von mündlichen Fragen oder schriftlichen Arbeiten zur Entdeckung der Folgerungen aus einem Grundsatz, der Anwendung einer Regel, oder umgekehrt zu der Auffindung der Grundsätze und Regeln, welche bereits unbewußt angewandt worden sind.

In jedem Unterrichtsfache bedient sich der Lehrer anfänglich sinnlich wahrnehmbarer Gegenstände, läßt die Kinder die Dinge sehen und berühren, veranschaulicht dieselben, dann übt er die Schüler nach und nach ein, den richtigen Begriff davon zu gewinnen, zu vergleichen, zu verallgemeinern und ohne Beihülfe der Anschauungsgegenstände zu urteilen.

Der Volksschulunterricht stützt sich also auf die unablässige Anforderung an die Aufmerksamkeit, das Urteil und die geistige Selbstthätigkeit des Schülers. Er ist wesentlich anschaulich und zweckentsprechend: anschaulich, d. h. er rechnet vor allem auf den gesunden, natürlichen Sinn, auf die Macht der Anschaulichkeit, auf jene Macht, welche dem menschlichen Geiste angeboren ist, mit dem ersten Blick und ohne Beweise nicht alle Wahrheiten, wohl aber die einfachsten und die Grundwahrheiten zu erfassen; zweckentsprechend, d. h. er verliert niemals aus dem Auge, daß die Schüler der Volksschule keine Zeit zu verlieren haben mit unnützen Auseinandersetzungen, wissenschaftlichen Betrachtungen und spitzfindiger Schulweisheit, daß ferner fünf oder sechsjähriger Aufenthalt in der Schule nicht zu viel ist, um die Kinder mit dem kleinen Schatz von Kenntnissen auszurüsten, deren sie dringend bedürfen, und um sie in den Stand zu setzen, dieselben zu erhalten und später zu vermehren.

Unter diesen beiden Gesichtspunkten kann der Volksschulunterricht die Erziehung und die Pflege des Geistes unternehmen; es ist gleichsam die Natur allein die Führerin: er entwickelt gleichmäßig die verschiedenen Fähigkeiten der Verstandeskraft durch das einzige Mittel, über welches er verfügt, indem er die-

selben auf einfache, sich von selbst ergebende Weise ausbildet; er bildet das Urtheil, indem er das Kind zum Urtheilen anleitet; den Beobachtungsgeist, indem er viel beobachten läßt; das folgerichtige Denken, indem er dem Kinde hilft, selbst richtig zu denken ohne die Regeln der Logik.

Das Vertrauen auf die natürlichen Kräfte des Geistes, welche nichts fordern, als sich zu entwickeln, sowie der Mangel jeglichen Anspruchs auf eigentliche Wissenschaftlichkeit entsprechen jeder Art von Anfangsunterricht, aber sie drängen sich der öffentlichen Volksschule ganz besonders auf, welche nicht auf einzelne Kinder besonders einwirken soll, sondern auf die Gesamtmasse der Kinder. Der Unterricht ist dort notwendigerweise Massenunterricht. Der Lehrer kann sich nicht einigen Kindern widmen; er ist für alle da. Die Leistungen, welche bei der Gesamtheit der Klasse erzielt werden, nicht die, welche sich bei einzelnen auserlesenen Schülern zeigen, sind der Maßstab, welchen man an das Wirken des Lehrers anlegen muß. Wie groß auch immer die Ungleichheit in den Anlagen seiner Schüler sein mag, ein bestimmtes geringstes Maß von Kenntnissen und Fähigkeiten muß, abgesehen von ganz vereinzeltten Fällen, der Unterricht allen Kindern beibringen. Dieses Maß wird sehr leicht von einzelnen überschritten; aber wenn dasselbe nicht von der ganzen übrigen Klasse erreicht wird, so hat der Lehrer seine Aufgabe nicht richtig verstanden oder er hat sie nicht vollständig gelöst.

3. Der Lehrplan.

1. Lesen. Unterstufe: Geläufiges Lesen nebst Worterklärung. — Mittelstufe: Geläufiges Lesen und Erklärung des Gelesenen. — Oberstufe: Lesen mit Betonung.

2. Schreiben. Unterstufe: große, mittelgroße und kleine Schrift. — Mittelstufe: gewöhnliche Schrägschrift. — Oberstufe: Kursivschrift, Rundschrift; Mittelschrift.

3. Französische Sprache. Unterstufe: Die Grundbegriffe vom Hauptwort (Zahl, Geschlecht), vom Eigenschaftswort, Zeitwort (Anfangsgründe der Abwandlung). Begriff der Mehrzahlbildung und der Bildung des weiblichen Geschlechts, Übereinstimmung des Eigenschaftswortes mit dem Hauptworte, des Zeitwortes mit dem Satzgegenstande. Begriff des einfachen Satzes. — 1. Sprachübungen: Fragen und Erklärungen besonders bei Gelegenheit der Leseübungen oder der Verbesserung der häuslichen Arbeiten. Fragen über den Sinn, den Gebrauch und die Schreibart der Wörter in dem Lesestücke. Buchstabieren der schwierigeren Wörter. — Mündliche Wiedergabe kleiner gelesener und erklärter Sätze, sodann von seitens des Lehrers vorgetragenen Erzählungen oder Theilen derselben. — 2. Gedächtnisübungen: Vortragen leichter Gedichte. — 3. Schriftliche Übungen:

Stufenweise Übungen aus der gewöhnlichen und der aus der Sprachlehre sich ergebenden Rechtschreibung. Leichte Sprachübungen verschiedener Art. Schriftliche Wiedergabe einiger vorher erklärten Sätze (auf der Wandtafel, der Schiefertafel oder im Heft). Niederschreiben kleiner Sätze, deren wesentliche Bestandteile angegeben sind. — 4. Zergliederungsübungen (meist mündlich, zuweilen schriftlich). Zerlegung des Satzes in seine wesentlichen Bestandteile. — 5. Vorlesen: Zweimal wöchentlich Vorlesung eines Lesestückes durch den Lehrer, welches geeignet ist, die Kinder zu fesseln.

Mittelstufe: Anfangsgründe der Sprachlehre. Die 10 Wortarten. Abwandlung des Zeitwortes. Kenntnisse aus der Satzlehre. Hauptregeln über das Mittelwort der Leideform. Wortfamilien, abgeleitete und zusammengesetzte Wörter. Grundregeln der Zeichensetzung. — 1. Mündliche Übungen: Aussprache und Betonung. Fragen aus der Sprachlehre. Wiedergabe von vorgetragenen Erzählungen; Inhaltsangabe der in der Schule gelesenen Stücke. — 2. Gedächtnisübungen: Vortrag von Fabeln, kleinern Gedichten und einigen Stücken in ungebundener Rede. — 3. Schriftliche Übungen: Diktate, wo möglich aus mustergültigen Schriftstellern entnommen, unter Vermeidung von sprachlich schwierigen Stellen. Übungen in der Satzbildung; gleichlautende Wörter. Sinnverwandte Wörter. Gegenseitige Verbesserung der Diktate und sonstigen schriftlichen Arbeiten durch die Schüler. Freie schriftliche Wiedergabe von zu Hause oder in der Klasse gelesenen Stücken oder von Erzählungen nach dem Vortrag des Lehrers. Erste Aufsatzübungen über sehr einfache und den Kindern wohlbekannte Gegenstände. — 4. Zergliederungsübungen: Wort- und Satzzergliederung, nur mündlich; logische Zergliederung, welche sich auf die wesentlichen Unterschiede beschränkt. — 5. Zweimal wöchentlich Vorlesung eines Lesestückes durch den Lehrer, welches aus den mustergültigen Schriftstellern entnommen ist.

Oberstufe. Wiederholung der Wort- und Satzlehre. Kenntnis des Satzes und der hauptsächlichsten Satzarten. Bedeutung der Wörter im Satze. Hauptregeln über die Anwendung der Wörter und die Folge der Zeiten. Schwierigere Fälle aus der Rechtschreibung bestimmter Hauptwörter, Fürwörter, Eigenschaftswörter und unregelmäßiger Zeitwörter. Ableitung und Abstammung der Wörter. — 1. Mündliche Übungen: Fortsetzung und Erweiterung der Sprachübungen. Mündliche Übersicht über das Gelesene, über das im Unterricht Vorgenommene, über Spaziergänge, Erlebnisse u. s. w. Vortrag eines Abschnittes aus der Geschichte oder der schönen Litteratur, welchen der Schüler vorher gelesen und zergliedert hat. — 2. Gedächtnisübungen: Vortrag ausgewählter Lesestücke mit Betonung, in gebundener und ungebun-

dener Rede, ferner Wechselreden und aus den Musterschriftstellern entnommene Auftritte. — 3. Schriftliche Übungen: Diktate, aus den Musterschriftstellern entnommen, unter Vermeidung von sprachlich schwierigen Stellen. Übungen in der Ableitung und Zusammensetzung der Wörter, in der Anwendung der wichtigsten Regeln der Satzlehre. Aufsätze über einfache Stoffe. Übersicht über die Unterrichtsstunden und das Gelesene. — 4. Zergliederungsübungen: Fragen über die sprachliche Zergliederung der schwierigern Fälle aus dem Gelesenen. Mündliche Übungen in der logischen Zergliederung. — 5. Vorlesung durch den Lehrer, zum Teil auch durch Schüler von litterarischen, dramatischen und geschichtlichen Stoffen.

4. Geschichte. Unterstufe: Erzählungen und einfache Besprechungen über die berühmtesten Persönlichkeiten und wichtigsten Begebenheiten der vaterländischen Geschichte bis zum Beginn des hundertjährigen Krieges. — Mittelstufe: Grundriss der Geschichte Frankreichs, welcher sich ausschließlich auf die wichtigsten Begebenheiten seit dem hundertjährigen Kriege beschränkt (1. Vierteljahr: von 1328—1610; 2. Vierteljahr: von 1610 bis 1789; 3. Vierteljahr: von 1789 bis jetzt; Schluss: Wiederholung). — Oberstufe: Hauptübersicht über die allgemeine Geschichte; aus dem Altertum Ägypten, die Juden, Griechenland, Rom; aus dem Mittelalter und der Neuzeit die wichtigsten Begebenheiten in ihren Beziehungen zur französischen Geschichte; Wiederholung der Geschichte Frankreichs. Eingehendere Beschäftigung mit der neuesten Geschichte.

5. Erdbeschreibung. Unterstufe: Fortsetzung und Erweiterung des in der Kinderklasse Gelernten. Die 4 Himmelsrichtungen, aber nicht auswendig gelernt, sondern nach der Anschauung bestimmt, auf dem Hof, dem Spaziergang, nach dem Stand der Sonne. Beobachtungsübungen. Die Jahreszeiten, die hauptsächlichsten Lufterscheinungen, der Gesichtskreis, die Eigenschaften des Bodens u. s. w. Erklärung der Begriffe Gebirge, Flüsse, Meere, Meerbusen, Landengen, Meerengen u. s. w. unter stetigem Ausgang von den Kindern bekannten Erscheinungen und Vergleichung derselben. — Vorbereitung zur Erlernung der Erdkunde durch die Anschauung und Beschreibung: 1. Heimatkunde (Haus, Ort, Weiler, Gemeinde, Kanton u. s. w.); 2. die allgemeine Erdbeschreibung (die Erde, ihre Gestalt, ihre Größe, Einteilung derselben). Begriff der Kartendarstellung. Die Grundzüge des Plan- und Kartenlesens. Die Erdkugel. Festland und Weltmeere. Besprechung des Heimatsortes. — Mittelstufe: Beschreibung Frankreichs und seiner Niederlassungen: Natürliche Beschaffenheit des Landes. Politische Einteilung desselben unter eingehenderer Betrachtung des Kantons, des Departements und der Provinz. Übungen im Kartenzeichnen auf der Schultafel, sowie

im Heft, jedoch ohne Durchzeichnung. — Oberstufe: Wiederholung und Erweiterung der Beschreibung Frankreichs. Natürliche Beschaffenheit und politische Einteilung Europas. Übersicht über die andern Erdteile. Die französischen Niederlassungen. Kartenzeichnen aus dem Gedächtnis.

6. Unterricht über das bürgerliche Leben, das gemeine Recht, Kenntnis der Volkswirtschaft. Unterstufe: Bei Gelegenheit des Lesens einfache Erklärungen von Wörtern, welche eine auf den Staat bezügliche Vorstellung zu erwecken geeignet sind, wie Soldat, Bürger, Heer, Vaterland; Gemeinde, Kanton, Departement, Volk; Gesetz, Gerechtigkeit, öffentliche Gewalt. — Mittelstufe: Allgemeine Übersicht über die staatliche Einrichtung Frankreichs. Der Bürger, seine Pflichten und seine Rechte; die Schulpflicht, der Heeresdienst, die Steuern, das allgemeine Stimmrecht. Die Gemeinde, der Maire, der Gemeinderat. Das Departement, der Präfekt, der Generalrat. Der Staat, die gesetzgebende und vollstreckende Gewalt. Die Gerechtigkeitspflege. — Oberstufe: Erweiterte Kenntnisse über die politische, administrative und gerichtliche Einrichtung Frankreichs: Die Verfassung, der Präsident der Republik, der Senat, die Abgeordnetenkammer, das Gesetz; — die oberste, die Departemental- und die Gemeindeverwaltung, die verschiedenen Behörden; — die Pflege des bürgerlichen und des Strafrechts; — der Unterricht; seine verschiedenen Grade; die öffentliche Gewalt, das Heer. Ganz einfache Begriffe des praktischen Rechtes: Das Standesamt, der Schutz der Minderjährigen; das Eigentum, die Erbfolge; die gewöhnlichsten Verträge: Kaufvertrag, Mietvertrag u. s. w. — Vorbereitende Belehrungen über die gewöhnlichen Begriffe der Volkswirtschaft: Der Mensch und seine Bedürfnisse; die Gesellschaft und ihre Vorteile, die Rohstoffe, das Kapital, die Arbeit und die Vereinigung zu Gesellschaften; die Produktion und der Umschlag; die Ersparnis: Sparkassen und Lebensversicherungsgesellschaften; Vereine zu gegenseitiger Hülfe, Altersversorgungskassen.

7. Rechnen. Unterstufe: Übungen im Zählen und Zahlenschreiben. Kopfrechnen: Die vier Grundrechnungsarten, zunächst anschaulich, angewandt im Zahlenkreise von 1—10; dann von 1—20, dann von 1—100. Übung des Einmaleins. Schriftrechnen: Zusammenzählen, abziehen, vervielfältigen; die Hauptregeln dieser drei Grundrechnungsarten mit ganzen Zahlen. Das Teilen beschränkt sich auf einen zweistelligen Teiler. Kleine mündliche oder schriftliche Rechenaufgaben, welche sich auf die gebräuchlichsten Gegenstände erstrecken; mündliche Erklärung der Aufgaben und des Verfahrens bei der Ausrechnung. Kenntnis vom Meter, Liter, Frank, Gramm, sowie von der Einteilung und Vervielfältigung derselben. — Mittelstufe: Wiederholung des in der vorhergehenden Abteilung Durchgenommenen. Das Teilen ganzer

Zahlen. Allgemeine Kenntniss der Brüche. Die Decimalbrüche. Anwendung der 4 Grundrechnungsarten auf die Decimalbrüche. Der Dreisatz. Einfache Zinsrechnung. Das gesetzliche System der Masse und Gewichte. Übungen und Anwendung in Aufgaben. — Erklärung und Begründung der Auflösung. — Fortsetzung und Erweiterung des Kopfrechnens, angewandt in allen vorigen Verfahren. — Oberstufe: Wiederholung nebst Erweiterung sowohl der Regeln und der Begründung der angewandten Verfahren, als auch des Aufsuchens der Rechenvorteile, sowohl beim schriftlichen wie mündlichen Rechnen. Primzahlen. Die wichtigsten Merkmale der Teilbarkeit der Zahlen. Zerlegen der Zahlen in ihre einzelnen Faktoren. — Der grösste gemeinschaftliche Teiler. Reduktion, angewandt auf die Zins-, Rabatt-, Teilungs- und Mischungsrechnung. Das metrische System, Anwendung auf das Maass des Rauminhalts und seiner Beziehung zum Gewichte. Erste Begriffe der Buchführung.

8. Raumlehre. Unterstufe: Einfache Übungen zur Kenntniss und Bezeichnung der gewöhnlichsten regelmässigen Figuren: Quadrat, Rechteck, Dreieck, Kreis. Die verschiedenen Arten von Winkeln. Begriff der drei Ausdehnungen. Merkmale der Körper, gezeigt an Mustern in erhabener Arbeit. Häufige Messübungen und Vergleichung der Grössen durch das Augenmaass. Annähernde Schätzung der Entfernungen und ihre Angaben in Metern. — Mittelstufe: Darstellung planimetrischer Figuren auf der Wandtafel und ihrer einfachsten Zusammensetzungen. Leicht faßliche Belehrungen über den Würfel, das Prisma, den Cylinder, die Kugel; ihre Grundeigenschaften. Anwendung auf das metrische System. — Oberstufe: Allgemeine Kenntniss der ebenen Raumlehre sowie des Rauminhalts. Für die Knaben: Anwendung auf das einfachste Verfahren beim Feldmessen. Begriff vom Nivellieren.

9. Ornamentzeichnen.¹⁾ Unterstufe: Ziehen gerader Linien und Zerlegung derselben in zwei gleiche Teile. Beziehungen der Linien zu einander. Bildung und Schätzung der Winkel. Anfänge des Ornamentzeichnens. Kreislinien, regelmässige Vielecke, sternförmige Rosetten. — Mittelstufe: Freihandzeichnen. Die gebräuchlichsten geometrischen Kurven: Ellipsen, Spiralen u. s. w. Kurven, entnommen aus dem Pflanzenreich: Stengel, Blätter, Blumen. Abzeichnung von Flachverzierungen in Gips mit leichter Relieferung. Die Anfänge des geometrischen Zeichnens und die Grundbegriffe der Perspektive; geometrische Darstellung im Umriss und perspektivische Darstellung im Umriss, dann mit Schatten, von geometrischen Körpern und einfachen Gebrauchsgegenständen. Geometrisches Zeichnen:

1) Der Lehrplan in diesem Fache ist bereits durch Erlass vom 14. Januar 1881 angeordnet. Bulletin 462, S. 101.

Gebrauch der Instrumente zum Ziehen von geraden und von Kreislinien: Lineal, Zirkel, Winkelmaß und Winkelmesser. Man muß sich damit begnügen, den Kindern den Gebrauch dieser Instrumente begreiflich zu machen; die richtige Handhabung derselben wird in der Oberstufe vermittelt. — Oberstufe: Freihandzeichnen. Zeichnen nach Abdruck und Relief von rein geometrischen Verzierungen: Gesimse, Rundverzierung, Herzformen, Perlen, Zacken u. s. w. Zeichnen nach Abdruck und Relief von Verzierungen aus dem Pflanzenreich: Blätter, Blumen und Früchte, Palmzweige, Laubwerk u. s. w. Kenntnis der Grundzüge der verschiedenen Bauarten, welche vom Lehrer auf die Tafel gezeichnet werden. Zeichnen des menschlichen Kopfes: seine Teile und Verhältnisse. Geometrisches Zeichnen: Ausführung auf Papier mit Hülfe der Instrumente von geometrischen Linien, welche in der Mittelstufe auf die Tafel gezeichnet wurden. Grundregeln des Zeichnens mit Tusche ohne Schattierung. Zeichnen von Verzierungsentwürfen, entweder flachen oder schwach erhabenen, von Steinplatten, Täfelung, Glasfenstern, Thürbekleidungen und Zimmerdecken. Tuschieren einiger von diesen Zeichnungen mit chinesischer Tinte und mit Farben. Aufnahme mit Maßangabe und geometrisch-graphische Darstellung geometrischer und sonstiger einfacher Körper: Holzverbindungen, Quadersteine, grobe Schlosserarbeit, gewöhnliche Möbel u. s. w. Gebrauch der Tusche, um die Art der Stoffe auszudrücken. Tuschen von Plänen und Karten.

10. Naturlehre und Naturwissenschaften. Unterstufe: Anschauungsunterricht, in der Stufenfolge, wie der Lehrer sie wählt, die aber, einmal gewählt, nicht mehr geändert werden darf (der Mensch, die Tiere, das Pflanzenreich, das Mineralreich): Betrachtung der Gegenstände und gewöhnlichen Naturerscheinungen, sowie einfache Erklärung derselben. Allgemeine Belehrungen über die Umbildung der Rohstoffe und der Stoffe, welche zu gewöhnlichen Gebrauchsgegenständen verarbeitet werden (Nahrungsmittel, Gewebe, Papier, Holz, Stein, Metalle). Kleine Sammlungen, welche von den Schülern besonders bei den gemeinsamen Spaziergängen angelegt werden. — Mittelstufe: Allgemeine Darstellungen aus der Naturwissenschaft. Der Mensch. Übersichtliche Beschreibung des menschlichen Körpers und Übersicht über die Hauptlebensfunktionen. Das Tierreich. Kenntnis der Hauptverzweigungen und der Einteilung der Wirbeltiere in Klassen. Je ein Tier als Musterbild jeder Gruppe wird genauer besprochen. Das Pflanzenreich. Die Hauptnahrungswerkzeuge der Pflanzen, an einzelnen ausgewählten Beispielen nachgewiesen. Kenntnis der Haupteinteilung des Pflanzenreichs, sowie der nützlichen und schädlichen Pflanzen (besonders bei den gemeinsamen Spaziergängen). Die drei Zustände der Körper. Belehrung über Luft, Wasser und

Verbrennung. Kleine Versuche. — Oberstufe: Wiederholung und Erweiterung des naturgeschichtlichen Lehrstoffes aus der Mittelstufe. Der Mensch: Belehrung über Verdauung, Blutumlauf, Atmungswerkzeuge, die Nerven, die Sinneswerkzeuge. Die einfachsten Gesundheitsregeln. Die Schädlichkeit des Alkohols, des Tabaks u. s. w. Das Tierreich: Einteilung in Hauptklassen. Nützliche und schädliche Tiere. Das Pflanzenreich: Die wesentlichen Teile der Pflanzen. Haupteinteilung derselben. Sammeln von Pflanzen. Das Mineralreich: Allgemeine Belehrung über Ackerboden, Gesteine, Versteinerungen und die Gebirgsarten, alles unter besonderer Berücksichtigung der Heimat. Ausflüge und kleine Sammlungen. Die Grundbegriffe aus der Naturlehre: Schwerkraft, Hebel; die einfachsten Gesetze über das Gleichgewicht der Flüssigkeiten. Luftdruck: Barometer. Grundbegriffe sowie einfache Belehrungen und Versuche über die Wärme, das Licht, die Elektrizität, den Magnetismus (Thermometer, Dampfmaschine, Blitzableiter, Telegraph, Kompaß). Einfache Kenntnisse aus der Chemie. Begriff der einfachen und zusammengesetzten Körper. Metalle und gebräuchliche Salze.

11. Acker- und Gartenbau. Unterstufe: Erste Unterweisungen im Schulgarten. — Mittelstufe: Bei Gelegenheit des Anschauungsunterrichts, des Lesens und der Spaziergänge Belehrung über die Hauptarten des Bodens, die Düngung, die hauptsächlichsten Arbeiten und Geräte des Acker- und Gartenbaues (Spaten, Karst, Pflug u. s. w.). — Oberstufe: Zusammenhängende Belehrungen über die Landarbeit, die Ackergeräte, die Entwässerung des Bodens, die natürliche und künstliche Düngung, die Saat, die Ernte, die Haustiere, die landwirtschaftliche Buchführung. Gartenbau: Die hauptsächlichsten Verfahrensweisen betreffs Vermehrung der in der Gegend meistens vorkommenden Pflanzen. Obstbau: Die wichtigsten Pfropfarten.

12. Gesang: Der Lehrplan für den Gesangunterricht wurde durch Erlaß des Ministers des öffentlichen Unterrichts vom 28. Juli 1883¹⁾ festgestellt. Derselbe lautet:

Allgemeine Bemerkungen. Es muß sehr betont werden, daß der Lehrer vor allem den Kindern Sinn für Musik beizubringen sucht, indem er sie soviel als möglich mit den theoretischen Schwierigkeiten verschont. Demgemäß soll er sie anleiten, lautrein und richtig zu singen, ihre Stimme richtig zu verteilen, und ihnen dadurch das Verlangen einflößen, möglichst bald imstande zu sein, fest und sicher im Chor singen zu können. Das zu erreichen, soll sein ganzes Streben sein, denn es ist das Ziel dieses Unterrichts.

Dem Gesanglehrer steht es frei, sich beim Unterricht der

1) Bulletin 555, S. 123 ff.

Ziffern oder der Noten zu bedienen; er schlägt denjenigen Weg ein, welcher die Schüler möglichst schnell dahin führt, zu singen und Chorgesänge auszuführen. Jedoch versteht es sich von selbst, daß die gebräuchliche Notenschrift gelernt werden muß.

In den beiden Jahren der Unterstufe muß der Lehrer sich jeder lehrmäßigen Auseinandersetzung enthalten und sich darauf beschränken, jede neue Sache faßlich an einem Beispiel zu erklären.

Bei der Ausführung der Gesänge, sowie bei den Übungen muß großes Gewicht auf die Beschaffenheit des Tones und auf das Atemholen gelegt werden. Der Lehrer muß darauf achten, daß die feinen Unterschiede im Ton beobachtet werden, sowie die Schüler daran gewöhnen, zu singen, ohne die Stimme gewaltsam anzustrengen. Ferner ist darauf zu sehen, daß die Aussprache rein und richtig ist.

Es wird gut sein, soweit es sich thun läßt, auch Gesänge einzuüben, deren Inhalt auf die Verrichtungen des täglichen Lebens angepaßt ist (Abgang zur Erholung, zur Mahlzeit, zu den Bewegungsspielen, zur Ruhe u. s. w.).

Mit den eigentlichen Leibesübungen darf Gesang nicht verbunden werden.

Unterstufe (5 Übungen wöchentlich). Treffübungen. Übung leichter einstimmiger Gesänge nach dem Gehör, in welcher die Dur- und Moll-Tonleiter vorkommt. Die Tonangabe geschieht durch die Stimmgabel. Wenn die Dur- und Moll-Tonleiter von den Kindern gesungen werden kann, unterrichtet der Lehrer die Kinder in den Namen der Tonzeichen und ihrer Darstellung auf der Wandtafel. Treffübungen und Notenschreiben. (Da dieser Teil des Unterrichts von sehr großer Wichtigkeit ist, so muß der Lehrer sich dabei ganz besondere Mühe geben.)

Taktmaß. Bei den nach dem Gehör gelernten Liedern, insbesondere den sehr gleichmäßig gegliederten Reigen- und Marschliedern soll der Lehrer die Schüler auf die regelmäßige Wiederkehr der stärker hervorgehobenen Töne aufmerksam machen, welche die betonten Takteile bilden und die schwachbetonten umschließen. — Einfache Takteinteilung in Zweiviertel-, Vierviertel- und Dreivierteltakt. (Der Lehrer läßt die Takteile durch Handbewegungen angeben; er darf es nicht dulden, daß dieselben durch die Füße angezeigt werden.) — Nachsingen und Nachschreiben einfacher, einstimmiger Gesänge, entweder in Ziffern, oder in Noten, und zwar im G-Schlüssel; in C-dur und A-moll, in Zwei-, Vier- und Dreivierteltakt. — Gedächtnisübungen.

Mittelstufe (4 Übungen wöchentlich). Wiederholung des in der Unterstufe Durchgenommenen. Tonübungen. Unterweisung und Übung in den Tonleitern G-, F-, D-, A- und E-dur; H-, G-, C-, Fis-, Cis- und F-moll.

Erklärung des Kreuzes und des Be. — Dur- und Moll-Tonart; Einteilung in ganze und halbe Töne, allgemeine Erklärung der Tonstufen und Tonentfernungen. Chromatische Tonreihe. Übergang aus einer Tonart in die andere. Bedeutung des Schlüssels. Bei jeder der schon geübten Dur- und Moll-Tonarten Wiederholung derselben Tonansatzübungen unter dem G-Schlüssel, in C-dur und A-moll. Treffübungen.

Zwei- und Dreiteilung des Taktes. Form der Noten: Ganze, halbe, viertel, achte, sechzehntel Noten und die entsprechenden Pausen; Punkt und Bindestrich. — $\frac{4}{4}$ -, $\frac{2}{4}$ -, $\frac{3}{4}$ -, $\frac{6}{8}$ -, $\frac{12}{8}$ - und $\frac{9}{8}$ -Takt. — Rhythmische Übungen, beginnend mit den einfachsten Taktarten. Treffübungen mit dem F-Schlüssel vorgezeichnet. Nachsingen und Nachschreiben von Gesängen mit und ohne Worte, ein-, zwei- und dreistimmig. Einübung von Liedern. Gedächtnisübungen.

Oberstufe (3 Übungen wöchentlich). Wiederholung. Erklärung des C-, des G- und des F-Schlüssels. Kenntnis der verschiedenen Tongeschlechter. Erklärung der verschiedenen Formen der Moll-Tonleiter. Beispiele der Tongeschlechter, entnommen aus den bekanntesten Chorgesängen oder den alten volkstümlichen Landliedern. Taktschlagen. Gebrauch des Metronoms. Tonabstufungen. Allgemeiner Begriff eines Tonsatzes. Anfangsgründe der Harmonie; wohlklingende und mißklingende Tonverbindungen. Vollkommene Akkorde. Umsetzung derselben. Septimenakkord (Erklärung nebst Beispielen). Nachsingen und Nachschreiben. Lesen vom Blatt von zwei- und dreistimmigen Gesängen. Chorgesang, zwei-, drei- und vierstimmig.

Anm. Der Lehrer soll während des letzten Jahres seine Schüler mit einer möglichst großen Zahl von Gesangstücken, welche der Kirchenmusik entnommen sind, bekannt machen und sie einüben.

III.

Die moralische Erziehung.

1. Ziel der moralischen Erziehung.

Die moralische Erziehung unterscheidet sich durch ihr Ziel und ihre wesentlichen Merkmale bedeutend von den beiden andern Teilen des Lehrplans.

Ziel und wesentliche Merkmale dieses Unterrichts. Der Unterricht in der Sittenlehre ist dazu bestimmt, die gesamten übrigen Unterrichtsfächer zu vervollständigen und zu verbinden, zu heben und zu veredeln. Während bei den andern jedes eine bestimmte Art der Befähigung und nützlicher Kenntnisse entwickelt, strebt der Unterricht in der Sittenlehre dahin, in dem

Menschen den Menschen selbst zu entwickeln, d. h. die Gesinnung, die Einsicht und das sittliche Bewußtsein. Gerade dadurch bewegt sich der Unterricht in der Sittenlehre auf einem ganz andern Gebiete, als der übrige Unterricht. Die Kraft der sittlichen Erziehung hängt viel weniger von der logischen Genauigkeit und Verbindung der vorgetragenen Wahrheiten ab, als von der GröÙe der Empfindung, der Lebhaftigkeit der Eindrücke und der vermittelnden Wärme der Überzeugung. Diese Erziehung hat nicht den Zweck, das Wissen, sondern den Willen auszubilden; sie bewegt mehr, als daß sie beweist; indem sie auf ein empfindendes Wesen einwirken muß, geht sie mehr vom Herzen als vom Verstand aus; sie unternimmt es nicht, alle Gründe einer sittlichen Handlung einzeln vorzuführen, sie sucht vor allem die letztere selbst zu erzeugen, sie zu wiederholen und daraus eine Gewohnheit zu machen, welche das Leben beherrscht. Zumal in der Volksschule ist dieser Unterricht keine Wissenschaft, er ist eine Kunst, die Kunst nämlich, den freien Willen zum Guten hinzulenken.

Die Aufgabe des Lehrers bei diesem Unterricht. Der Lehrer ist mit diesem Teil des Unterrichts gleichzeitig wie mit den andern Fächern als Vertreter der Gesellschaft betraut. Diese letztere, weltlich und demokratisch, ist in der That am unmittelbarsten daran beteiligt, daß alle ihre Mitglieder schon früh und durch unverilgbare Lehren eingeführt werden in das Bewußtsein ihrer Würde und in ein nicht minder tiefes Bewußtsein ihrer Pflichten und ihrer persönlichen Verantwortlichkeit.

Um dieses Ziel zu erreichen, darf der Lehrer vor allen Stücken die Sittenlehre nicht wissenschaftlich vortragen und dann das Praktische daran anschließen, als ob er sich an Kinder wende, welche jede Vorkenntnis des Guten und Bösen entbehrten; im Gegenteil, die bei weitem größte Mehrzahl der Kinder hat bei der Aufnahme in die Schule schon Religionsunterricht empfangen oder empfängt denselben, welcher sie mit dem Begriff Gottes, des Urhebers des Weltalls und des Vaters der Menschen, vertraut macht, ferner mit den Überlieferungen, den Glaubenssätzen und den Verrichtungen einer christlichen oder der jüdischen Gottesverehrung; durch diese Verehrung und unter den Formen, welche derselben eigen sind, haben sie schon die Grundkenntnisse der ewigen, allgemeinen Sittenlehre in sich aufgenommen, aber diese Begriffe sind bei den Kindern noch im Zustande des wachsenden und gebrechlichen Keimes; sie sind noch nicht tief in dieselben eingedrungen, sie sind noch flüchtig und verworren, gleichsam mehr vorübergehend besehen als fest aufgefaßt, mehr dem Gedächtnis, als dem Gewissen anvertraut, kaum noch thatsächlich geübt. Sie harren darauf, durch entsprechende Pflege entwickelt und zur Reife gebracht zu werden. Diese Pflege ist es, welche

der Volksschullehrer denselben angedeihen lassen soll. — Seine Aufgabe ist also streng begrenzt. Sie besteht darin, in die Seelen der Schüler für ihr ganzes Leben diese wesentlichen Begriffe der menschlichen Sittlichkeit, die allen Lehren gemeinsam und allen gebildeten Menschen notwendig sind, zu befestigen, sie Wurzel fassen und für das tägliche Leben in Fleisch und Blut übergehen zu lassen. Der Lehrer kann diese seine Aufgabe erfüllen, ohne persönlich weder Zuneigung, noch Abneigung zu den verschiedenen auf das religiöse Bekenntnis bezüglichen Glaubenssätzen kundzugeben, mit welchen seine Schüler die Hauptgrundsätze der Sittenlehre vereinigen und verbinden. — Er nimmt die Kinder so auf, wie sie zu ihm kommen, mit ihren Begriffen und ihrer Sprache, mit den Glaubenslehren, welche sie aus dem elterlichen Hause mitbringen, und er hat keine andern Pflichten und Sorgen, als sie darauf hinzuweisen, den kostbarsten Inhalt aus denselben zu ziehen, nämlich die Lehren erhabener Sittlichkeit.

Der eigentliche Gegenstand und die Grenzen dieses Unterrichts. Der durch den weltlichen Lehrer erteilte Unterricht in der Sittenlehre unterscheidet sich also von dem Religionsunterricht, ohne demselben zu widersprechen. Der Lehrer setzt sich weder an die Stelle des Geistlichen, noch an die des Familienvaters, er verbindet seine Bemühungen mit denen jener, um aus jedem Kinde einen rechtschaffenen Menschen zu machen. Er muß unablässig die Pflichten betonen, welche die Menschen einander näher bringen, nicht die Glaubenssätze, welche sie trennen. Jede theologische und philosophische Erörterung ist ihm ausdrücklich untersagt durch die Eigentümlichkeit seiner amtlichen Verrichtungen, durch das Alter seiner Schüler und durch das Vertrauen, welches Familie und Staat in ihn setzen. Er vereinigt alle seine Anstrengungen in der Lösung einer Aufgabe anderer, aber nicht weniger schwieriger Art, gerade weil sie ausschließlich praktisch ist: alle seine Schulkinder thatsächlich eine Vorschule des sittlichen Lebens durchmachen zu lassen.

Später, wenn sie Bürger geworden, werden sie vielleicht durch verschiedene Auffassungen von Glaubenslehren getrennt, aber wenigstens werden sie in ihrer Handlungsweise darin übereinstimmen, daß sie das Lebensziel möglichst hoch stellen, daß sie alle denselben Abscheu vor dem haben, was niedrig und gemein ist, dieselbe Bewunderung für das, was edel und groß ist, dasselbe Feingefühl in der Hochschätzung der Pflicht, um sittliche Vervollkommnung zu erstreben, welche Anstrengungen es auch kosten möge, um sich enig zu fühlen im gemeinsamen Dienste des Guten, Schönen und Wahren, welches auch eine Form, und nicht die am wenigsten reine, religiösen Gefühles ist.

2. Verfahren.

Beschaffenheit desselben in Bezug auf den Schüler. Damit die sittliche Bildung auf die eben angedeutete Weise ermöglicht werde und im Volksschulunterricht nachhaltig wirke, ist eine Bedingung unerläßlich: der Unterricht muß das Innerste der Seele treffen, er darf weder im Ton, noch im Gesamteindruck, noch in der Form einer gewöhnlichen Lehrstunde gleichen. Es genügt nicht, dem Schüler genaue Begriffe beizubringen und ihn weise Grundsätze zu lehren; es muß erreicht werden, daß im Schüler wahrhaft echte Gefühle aufgehen, die hinlänglich stark sind, um ihm, wenn es not thut, in dem Kampfe des Lebens zu helfen, über seine Leidenschaften und Fehler zu siegen. Von dem Lehrer wird nicht verlangt, daß er das Gedächtnis des Kindes ausrüste; er muß das Herz treffen, er muß es fertig bringen, daß das Herz des Kindes durch unmittelbare Einwirkung die Erhabenheit des sittlichen Gesetzes mit empfindet; kurz die in Anwendung kommenden Mittel können denjenigen nicht gleich sein, deren man sich in einer Stunde etwa für Sprachlehre oder Realien bedient. Sie müssen nicht nur schmiegsamer und mannigfaltiger, sondern innerlicher, rührender, ergreifender sein, überhaupt ein weniger belehrendes, als würdevolles und ernstes Gepräge haben.

Der Lehrer kann sich nicht genug vergegenwärtigen, daß es sich für ihn darum handelt, beim Kinde den Sinn für das Sittliche auszubilden, ihn zu schärfen, ihn bisweilen zu berichtigen, ihn stets zu kräftigen. Um das zu erreichen, bietet sich für den Lehrer, welcher nur wenig Zeit für eine so große Aufgabe hat, als sicherstes Mittel das dar, daß er nachhaltig und mit der höchsten Sorgfalt das zarte Werkzeug des Gewissens ausbildet. Er muß sich auf die wesentlichen Punkte beschränken und in dem geistigen Bereiche seiner Schüler bleiben, klar, einfach, befehlend und überzeugend zugleich. Er muß Ausführungen beiseite lassen, welche ihren Platz in einem Unterricht für höher gebildete Schüler haben; für ihn beschränkt sich die Aufgabe darauf, dem Geist und Herzen des Kindes, welches er für das sittliche Leben heranbilden will, eine genügende Anzahl guter Vorbilder, guter Eindrücke, gesunder Gedanken, heilsamer Gewohnheiten und edler Entschlüsse einzuprägen, damit das Kind nebst seinem kleinen Besitztum von Anfangskenntnissen einen noch viel kostbareren Schatz aus der Schule mit sich nimmt: ein richtiges Gewissen.

Beschaffenheit des Verfahrens in Bezug auf den Lehrer. Zwei Dinge werden ausdrücklich den Lehrern zur Nachachtung empfohlen: 1. damit der Schüler von jener Hochachtung vor dem Sittengesetz, welche ihm allein eine vollständige

Erziehung ist, ganz und gar durchdrungen werde, muß vor allem der Lehrer selbst durch sein ganzes Wesen, sein Betragen und seine Sprache das überzeugendste Beispiel sein. Was nicht vom Herzen kommt, geht auch nicht zum Herzen bei diesem Unterricht. Ein Lehrer, welcher Vorschriften nur hersagt, welcher von der Pflicht ohne Überzeugung spricht, ohne Wärme, erreicht weniger als nichts; er ist auf dem Irrwege: ein Unterricht in der Sittenlehre, welcher kalt, nichtssagend und trocken ist, lehrt keine Sittlichkeit, weil er den Schülern keine Liebe zu derselben einflößt. Eine einfache Erzählung, bei welcher das Kind durch den Ausdruck würdevollen Ernstes hingerissen wird, ein einziges ergreifendes Wort richtet oft mehr aus, als eine lange Reihe handwerksmäßig abgehaltener Lehrstunden; 2. — es ist kaum nötig, dieses zu sagen — der Lehrer muß gleichwie eine schlechte Handlung alles das vermeiden, was in seiner Sprache und in seiner Haltung die religiöse Überzeugung der ihm anvertrauten Kinder verletzen, was Verwirrung in ihren Geist bringen und von seiner Seite Mangel an Achtung gegenüber irgend einer Meinung verraten könnte.

Die einzige Verpflichtung, welche ihm obliegt — und sie ist vereinbar mit der Achtung vor allen religiösen Anschauungen —, ist diejenige, zweckentsprechend und in väterlicher Weise die sittliche Entwicklung seiner Schüler mit derselben Sorgfalt zu überwachen, welche er anwendet, um ihren Fortschritt in den andern Fächern zu fördern; er darf nicht glauben, seiner Verpflichtung gegen irgend einen seiner Schüler nachgekommen zu sein, wenn er nicht ebenso sehr Sorge für die Bildung der Gesinnung wie für die des Verstandes getragen hat. Um diesen Preis allein verdient er den Ehrentitel „Erzieher“ und der Volksschulunterricht den Namen der eines freien Menschen würdigen Erziehung.

3. Lehrplan.

Sittenlehre. Unterstufe: Kleine Besprechungen. Lesen von Erzählungen, Beispielen, Sprüchen, Gleichnissen und Fabeln nebst Erklärung. Praktische Übungen, welche darauf hinzielen, die Sittenlehre in der Schule selbst zu bethätigen: 1. durch Beobachtung der sittlichen Anlagen der einzelnen Schüler (Berücksichtigung der Empfänglichkeit der Kinder, um die Fehler derselben mit Milde zu verbessern und die guten Eigenschaften zu entwickeln); 2. durch einsichtsvolle Anwendung der Schulzucht als Mittel der Erziehung (sorgfältige Unterscheidung zwischen dem Verstöße gegen die Pflichten und dem einfachen Übertreten der Schulzucht; die Beziehung der Strafe zum Fehler erkennbar machen; bei der Leitung der Schule das Beispiel gewissenhafter Gleichstellung aller Schüler geben, Abscheu vor Anzeigen, Heuchelei und Verstellung einflößen, vor allem Freimütigkeit und Offenheit hoch-

halten und deshalb die freie Sprache der Kinder und ihre Einreden und Fragen nicht verpönen u. s. w.); 3. durch unablässige Berufung auf das sittliche Gefühl und Urtheil der Kinder selbst (oft die Kinder zu Beurteilern ihres eigenen Betragens machen, ihnen Achtung einflößen vor eigenem und fremdem sittlichen und geistigen Streben; sie sprechen und handeln lassen, um sie nachher zur selbständigen Entdeckung ihrer Irrtümer und Fehler zu führen); 4. durch die Berichtigung oberflächlicher Vorstellungen (Vorurtheile, Volksaberglauben, Hexenglauben, Glauben an Geistererscheinungen, an den Einfluß gewisser Zahlen, an unsinnige Schreckensgespenster u. s. w.); 5. durch die Anleitung, selbst Beobachtungen anzustellen (bei Gelegenheit ihnen die traurigen Folgen des Lasters zeigen, wovon sie häufig Beispiele vor Augen haben: Trunksucht, Faulheit, Unordnung, Grausamkeit, rohe Gelüste u. s. w., ihnen aber auch gleichzeitig Mitleid mit den Opfern des Lasters und Abscheu vor dem Laster selbst einflößen; durch geeignete Beispiele und Hinweis auf die unmittelbare Erfahrung im Herzen der Kinder sittliche Gefühle erregen, sie erheben zur Bewunderung des Weltalls, religiöse Stimmung in ihnen hervorrufen durch Betrachtung großartiger Naturereignisse; das Gefühl der Mildthätigkeit rege machen, indem man ihnen eine Not bezeichnet, welche sie lindern sollen, ihnen Gelegenheit giebt, ein Werk der Barmherzigkeit im stillen thatsächlich auszuführen; ihre Dankbarkeit und ihr Mitgefühl hervorrufen durch Erzählung einer mutigen That, durch den Besuch einer Wohlthätigkeitsanstalt u. s. w.).

Mittelstufe: Mündliche Unterweisungen, Lesen mit Erklärung, zweckmäßige Übung. — Dieselbe Art und dieselben Hilfsmittel wie in der Unterstufe, jedoch ein wenig planmäßiger und eingehender. Die Stunden und die Lesestücke sind ganz genau nach folgendem Plan einzurichten:

I. Das Kind in der Familie. Pflichten gegen die Eltern und Großeltern: Gehorsam, Achtung, Liebe, Dankbarkeit; den Eltern bei ihrer Arbeit helfen, sie in der Krankheit unterstützen, ihnen beistehen in ihren alten Tagen. Pflichten der Geschwister: sich einander lieben, Fürsorge der ältern für die jüngern Geschwister. Geeignete Beispiele. Pflichten gegen die Dienstboten: Behandlung derselben mit Höflichkeit und Wohlwollen. — Das Kind in der Schule: Fleiß, Lernbegierde, Arbeitsamkeit, Anstand. Pflichten gegen den Lehrer und die Mitschüler. — Das Vaterland: Frankreich, seine Größe und sein Unglück. Pflichten gegen das Vaterland und die Gesellschaft.

II. Pflichten gegen sich selbst. Der Körper: Reinlichkeit, Nüchternheit und Mäßigkeit. Gefahren der Trunksucht. Körperübungen. — Die äußern Güter: Haushalt (die Lehren Franklins; Vermeidung von Schulden; verderbliche Folgen der

Leidenschaft des Spiels; Geld und Gewinn darf man nicht zu hoch anschlagen; Habsucht); die Arbeit (keine Zeit verschwenden, Pflicht der Arbeit für alle Menschen, Adel der Handarbeit). Die Seele: Wahrhaftigkeit und Aufrichtigkeit; Abscheu vor der Lüge. Persönliche Würde. Selbstachtung. Bescheidenheit. Gegen die eigenen Fehler nicht blind sein. Vermeidung des Zornes, der Eitelkeit, der Gefallsucht und des Übermuts. Abscheu vor Unwissenheit und Faulheit. Mut in Gefahr und Unglück; Geduld, Unternehmungsgeist. Gefahren des Zornes. Behandlung der Tiere mit Milde; sie nicht unnütz quälen. Gesetz Grammont. Tierschutzvereine. Pflichten gegen den Nächsten. Gerechtigkeit und Liebe (Was du nicht willst, das man dir thu, das füg' auch keinem andern zu). Achtung vor dem Leben, Eigentum und guten Namen des Nächsten. Güte. Brüderlichkeit. Duldung. Achtung vor fremdem Glauben. (Auf dieser ganzen Stufe geht der Lehrer aus von dem Dasein des Gewissens, vom Sittengesetz und der sittlichen Pflicht. Er ruft das Gefühl und den Begriff der Pflicht und der Verantwortlichkeit an, aber ohne schulmäßige Beweise.) Pflichten gegen Gott. Der Lehrer hat nicht die Aufgabe, über die Wesenheit und die Eigenschaften Gottes besonders zu sprechen; der Unterricht, welchen er allen ohne Unterschied erteilen muß, beschränkt sich auf zwei Punkte: 1. Er lehrt die Kinder, nicht leichtsinnig den Namen Gottes auszusprechen; er strebt dahin, im Geist der Kinder mit dem Gedanken an den Urgrund aller Dinge und das vollkommene Wesen das Gefühl der Ehrfurcht und Verehrung zu verbinden; er gewöhnt jeden Schüler, mit derselben Verehrung diesen Begriff von Gott zu hegen, auch dann, wenn er selbst eine andere Vorstellung von der Gottheit haben sollte. 2. Ohne sich mit den besondern Vorschriften der verschiedenen Bekenntnisse zu befassen, macht der Lehrer es sich zur Aufgabe, die Kinder begreifen und fühlen zu lassen, daß die erste heilige Verpflichtung, welche sie der Gottheit schulden, der Gehorsam gegen die göttlichen Gesetze ist, wie Gewissen und Vernunft sie offenbaren.

Oberstufe: Besprechungen, Lesen, geeignete Übungen, wie in der Unter- und Mittelstufe. Diese Stufe umfaßt mehr in regelmäßiger Folge der Unterweisungen, deren Zahl und Ordnung verschieden sein kann, den Unterricht in der Sittenlehre im allgemeinen und in der bürgerlichen Sittenlehre im besondern nach folgendem Plan:

1. Die Familie: Pflichten der Eltern und Kinder, gegenseitige Pflichten der Herren und Diener.

2. Die Gesellschaft: Notwendigkeit und Wohlthaten der Gesellschaft. Die Gerechtigkeit als Vorbedingung jeder Gesellschaft. Die gegenseitige Verantwortlichkeit. Anwendung und Erklärung des Begriffes der Gerechtigkeit: Achtung vor dem

Leben und der Freiheit, vor dem Eigentum, vor dem gegebenen Wort, der Ehre und dem guten Namen anderer. Die Rechtsschaffenheit, die Billigkeit, das Zartgefühl. Achtung vor der Ansicht und dem Glauben anderer. Anwendung und Erklärung des Begriffs der Nächstenliebe oder Brüderlichkeit. Ihre verschiedenen Grade, Pflicht des Wohlwollens, der Dankbarkeit, der Duldung, der Milde u. s. w. Die Aufopferung, die höchste Form der Nächstenliebe. Nachweis, daß sie im Leben täglich Platz greifen kann.

3. Das Vaterland. Was der Mensch ihm schuldet: Gehorsam gegenüber den Gesetzen, Heeresdienst, Zucht, Aufopferung, Fahrentreue. Die Steuern (Verwerflichkeit jedes Betrugs dem Staat gegenüber); das Stimmrecht (es auszuüben ist sittliche Verpflichtung, die Wahl muß frei, gewissenhaft, uneigennützig und wohlerwogen sein). — Rechte, welche diesen Pflichten entsprechen: die Freiheit des Einzelnen, des Gewissens, der Arbeit, der Vereinigung. Gewähr der Sicherheit des Lebens und des Eigentums aller. Die Souveränität des Volkes. Erklärung des republikanischen Wahlspruchs: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Ohne sich in wissenschaftliche Erörterungen einzulassen, soll man bei jedem dieser Abschnitte den Schüler hinweisen: 1. auf den Unterschied zwischen Pflicht und Eigennutz, selbst wenn sie zusammenzufallen scheinen, zumal auf das gebietende und uneigennützige Wesen der Pflicht; 2. auf den Unterschied zwischen dem geschriebenen und dem Sittengesetz: das eine setzt das geringste Maß der Vorschriften fest, welche die Gesellschaft allen ihren Mitgliedern unter bestimmten Strafen auferlegt; das andere legt jedem im Innern des Gewissens eine Pflicht auf, zu deren Erfüllung niemand zwingt, der sich jedoch niemand entziehen kann, ohne sich schuldig zu fühlen vor sich selbst und vor Gott.

§. 8.

Die Dienstanweisung vom 17. November 1883.

Das Erscheinen von zahlreichen Schulbüchern über Sittenlehre und bürgerliches Leben, welche teilweise über das beabsichtigte Ziel weit hinausgingen und stürmische Verhandlungen in der Kammer der Abgeordneten hervorriefen, sowie endlich die Erfahrungen, welche man nach nunmehriger Einführung dieses Unterrichtszweiges gemacht, veranlaßten den Minister, am 17. Nov. 1883¹⁾ an sämtliche Lehrer eine Dienstanweisung zu erlassen, um die wesentlichen Merkmale und das Ziel dieses neuen Unterrichtsgegenstandes nochmals klar auseinanderzusetzen.

1) Bulletin 572, S. 365. Die Dienstanweisung ist auszugsweise wiedergegeben.

Das Gesetz vom 28. März 1882 wird durch zwei Bestimmungen gekennzeichnet, welche sich einander ergänzen, ohne sich zu widersprechen: es schließt den Unterricht jeder besondern Glaubenslehre von dem vorgeschriebenen Lehrplan aus und stellt an die Spitze desselben den Unterricht in der Sittenlehre und dem bürgerlichen Leben. Der Religionsunterricht ist Sache der Familie und der Kirche; die Sittenlehre gehört in die Schule. Der Gesetzgeber hat als nächstes Ziel die Trennung der Schule von der Kirche im Auge gehabt, die Sicherung der Gewissensfreiheit sowohl der Lehrer als der Schüler, die Trennung zweier nur allzu lange vermengter Gebiete: des Glaubens, welcher persönlich, frei und verschieden ist, und des Wissens, dessen Gegenstände allen gemeinsam und unentbehrlich, von allen anerkannt sind. Dazu kommt noch die Begründung einer nationalen Erziehung, welche fußt auf den Kenntnissen der Pflicht und des Rechts, die der Gesetzgeber unter die Grundwahrheiten zählt und die jeder kennen muß. Während die Lehrer vom Religionsunterricht entbunden wurden, hat man nicht daran gedacht, sie vom Unterricht in der Sittenlehre zu entbinden; letzteres würde nichts anderes heißen, als die Lehrer der Würde ihres Standes entkleiden. Im Gegenteil, es erscheint ganz natürlich, daß der Lehrer zur selben Zeit, in welcher er die Kinder lesen und schreiben lehrt, sie auch in den Grundregeln des sittlichen Lebens unterrichtet, welche nicht weniger allgemein anerkannt werden, als die der Sprache und des Rechnens. Ich habe Ihnen gesagt, fährt der Minister fort, daß Ihre Aufgabe bei diesem Unterrichtsgegenstande sehr begrenzt ist. Sie haben nichts Neues zu unterrichten, nichts, was Ihnen und allen ehrenwerten Leuten unbekannt ist. Und wenn man Ihnen von der Sendung und dem Apostelamt spricht, so lassen Sie sich nicht irre machen: Sie sind nicht Verkündiger einer neuen göttlichen Botschaft; der Gesetzgeber hat aus Ihnen weder Philosophen noch plötzlich Theologen machen wollen; er fordert von Ihnen das, was er von jedem vernünftigen Ehrenmann fordern kann. Es ist unmöglich, daß Sie täglich die um Sie sich scharenden Kinder sehen, welche Ihre Lehren hören, Ihr Benehmen beobachten, sich an Ihrem Vorbild begeistern, in einem Alter, wo der Geist erwacht, das Herz empfänglich wird, das Gedächtnis sich erweitert, ohne daß Ihnen der Gedanke kommen sollte, sich nun auch diese Gelehrigkeit, dieses Zutrauen der Kinder zu nutze zu machen und denselben neben den eigentlichen Schulkenntnissen die Grundzüge der Sittlichkeit beizubringen, jener guten und alten Sittlichkeit, welche wir von unsern Vätern erhalten haben und welche wir in den verschiedenen Beziehungen des Lebens befolgen, ohne nach den wissenschaftlichen Grundlagen zu fragen.

Sie sind der Gehülfe, in gewissem Sinne der Stellvertreter

des Familienvaters; reden Sie also zu seinem Kinde, wie Sie zu dem Ihrigen geredet wünschen, mit Nachdruck stets, wenn es sich um eine unumstößliche Wahrheit, um eine Lehre der allgemeinen Sittlichkeit handelt; mit der größten Zurückhaltung, wo Sie ein religiöses Gefühl verletzen könnten. Sollten Sie gegebenenfalls nicht darüber klar sein, wie weit in dem Unterricht zu gehen erlaubt sei, so können Sie sich an folgende Regel halten: Wenn Sie Ihren Schülern eine Vorschrift, einen Grundsatz aus der Sittenlehre vortragen wollen, so fragen Sie sich, ob sich, soviel Sie wissen, ein einziger Ehrenmann fände, welcher sich dadurch verletzt fühlen könnte; fragen Sie sich, ob ein einziger Familienvater, der Ihnen in der Schule zuhörte, mit gutem Gewissen seine Zustimmung Ihren Worten nicht geben könnte: wenn ja, dann sagen Sie es nicht; wenn nein, dann reden Sie fest; denn was Sie dem Kinde mitzuteilen im Begriffe stehen, ist nicht Ihre Weisheit, es ist die Weisheit des Menschengeschlechts, es ist ein Gedanke der allgemeinen Ordnung, welchen eine Anzahl von Jahrhunderten der Bildung zum Gemeingut der Menschheit gemacht hat. — Innerhalb dieser engen und bestimmten Grenzen der gewöhnlichen Sittenlehre sind keine großartigen Reden, ist kein gelehrter Unterricht erforderlich; die Familie und der Staat fordert vielmehr vom Lehrer, daß er ihnen hilft, die Kinder gut zu erziehen und aus ihnen rechtschaffene Menschen zu machen. Sie erwarten von dem Lehrer nicht Worte, sondern Handlungen, nicht ein weiteres Unterrichtsfach, welches in den Lehrplan aufgenommen, sondern einen ganz wirksamen Dienst, den Sie dem Lande mehr als Mensch, denn als Lehrer erweisen können. Es handelt sich nicht um den Nachweis einer Reihe von Wahrheiten, sondern um eine lange Folge sittlicher Einflüsse, welche auf die Kinder mit Geduld, Festigkeit, Milde und überzeugender Macht ausgeübt werden müssen. Man zählt auf die Lehrer, daß sie die Schüler recht zu leben lehren durch die Art und Weise, wie sie selbst mit ihnen und vor ihren Augen leben. Die Lehrer und Lehrerinnen sollen die natürlichen Mitarbeiter an dem sittlichen und gesellschaftlichen Fortschritte sein, deren Einfluß nicht verfehlt, den sittlichen Zustand in ihrer Umgebung zu heben. Andere werden später das Werk vollenden, welches die Lehrer angelegt haben, und die Sittenlehre der Volksschule durch philosophische oder religiöse Ausbildung ergänzen. Die Lehrer sollen sich darauf beschränken, in die Herzen der Kinder die ersten und festen Grundlagen der einfachen Sittlichkeit zu legen, eine Aufgabe, welche auch edel ist.

Der Schwerpunkt liegt nicht in der Erkenntnis, sondern in dem Handeln; es genügt nicht, daß die Schüler die Lehren verstehen und behalten: ihr ganzes Wesen muß die Aufnahme der Lehren zeigen. Nicht in der Schule, sondern auch außer derselben

kann man voll beurteilen, welche Wirkung der Unterricht gehabt hat. Es ist nicht das Werk eines Tages, eine freie Seele zu bilden oder umzubilden, dazu gehören viele Unterweisungen; vor allem aber gehören dazu geeignete Übungen, Anstrengungen und Thaten. Das Kind, welches die Buchstaben kennt und zusammenzieht, kann noch nicht lesen; wer einen Buchstaben nach dem andern malt, kann noch nicht schreiben, beiden fehlt die Geschicklichkeit, die Behendigkeit und die Sicherheit der Ausführung. Das Kind, welches die ersten Vorschriften der Sittenlehre hört, weiß sich noch nicht recht zu betragen; man muß es anleiten, sie schnell, stets und fast unbewußt anzuwenden; nur so geht die Sittenlehre vom Verstand in das Herz und Leben über; nur so verlernt sie sich nicht mehr.

Um dies zu erzielen, ist das einzige Verfahren das, welches der Ober-Unterrichtsrat empfiehlt: Wenige Vorschriften, wenige Begriffsscheidungen, viele Beispiele und überhaupt nur Beispiele aus der lebendigen Wirklichkeit. Diese Stunden erfordern einen andern Ton, eine andere Haltung als die andern, hier spricht nicht das Buch, nicht der Beamte, sondern gleichsam der Familienvater in der vollen Reinheit der Überzeugung und des Gefühls.

Auch von außen ist Anregung genug erfolgt: Philosophen und Schriftsteller, darunter einige, welche zu den ersten Fachmännern des Landes zählen, haben es sich zur Ehre gerechnet, Mitarbeiter der Lehrer zu sein; in den letzten Wochen sehen wir die Handbücher über Sittenlehre sich noch vermehren. Indessen muß man auch hier zwischen dem Wesentlichen und Nebensächlichen unterscheiden: zwischen dem Unterricht selbst, welcher vorge-schrieben ist, und den Unterrichtsmitteln, welche es nicht sind. Wenn einzelne Personen, die nicht auf dem Laufenden der heutigen Erziehung stehen, haben glauben können, daß unsere Schulbücher über Sittenlehre und bürgerliches Leben eine Art neuen Katechismus sein sollen, so ist das ein Irrtum, den die Lehrer nicht begehen konnten. Wie alle Schulbücher, so ist in höchstem Grade das Buch über Sittenlehre in den Händen der Lehrer ein Hülfsbuch und nichts mehr, ein Werkzeug, dessen sie sich bedienen, ohne sich daran zu binden. Die Familien würden sich täuschen, wenn sie glaubten, das Wesen des Unterrichts in der Sittenlehre läge in dem ausschließlichen Gebrauch eines wenn auch noch so ausgezeichneten Schulbuchs. Der Lehrer selbst macht die sittlichen Wahrheiten allen Kindern klar, auch denen, welche ein Handbuch noch nicht gebrauchen können. In der Unterstufe ist ein besonderes Handbuch offenbar unnütz; in der Mittelstufe dient es nur als Lesebuch, da es dem Lehrer freisteht, den Unterrichtsgang festzustellen; in der Oberstufe wird es ein nützliches Hülfsmittel zur Wiederholung, zu genauer Bestimmung und Ordnung des Unterrichtsstoffes. Aber auf keiner der

drei Stufen darf das Buch sich zwischen Lehrer und Schüler stellen, es darf nicht das Wort des Lehrers beeinträchtigen, dessen Eindruck auf die Seele des Kindes abschwächen, nicht den Lehrer zum einfachen Nachsprecher machen. Das Buch ist der Ratgeber und Führer des Lehrers, aber der Lehrer muß der Ratgeber und Führer der Schüler in hervorragender Weise bleiben. Der Minister wird allen Lehrern ein Verzeichnis der Bücher übersenden, welche durch die Lehrer der verschiedenen Akademien angenommen worden sind; die pädagogische Büchersammlung des Kantons wird diese Bücher, wenn sie dieselben noch nicht besitzt, vom Minister erhalten zur freien Verfügung der Lehrer; dem Lehrer steht die Wahl frei; es ist billig, daß die Lehrer in dieser Hinsicht ebenso große Freiheit als Verantwortlichkeit haben. Dann fährt der Minister fort:

„Es hängt von Ihnen ab, ich bin dessen gewiß, durch Ihre Handlungsweise den Zeitpunkt zu beschleunigen, wo dieser Unterricht nicht nur überall aufgenommen, sondern geschätzt, geehrt und geliebt sein wird, wie er es verdient. Auch die Bevölkerung, welche man zu beunruhigen versucht hat, wird nicht lange der Erfahrung widerstehen, welche sie mit eigenen Augen macht. Wenn dieselbe Sie in Ihrem Wirken sieht, wenn sie erkennt, daß Sie keinen andern Hintergedanken haben, als ihre Kinder unterrichteter und besser zu machen, wenn sie bemerkt, daß Ihr Unterricht in der Sittenlehre Erfolg zu haben beginnt und ihre Kinder aus der Schule bessere Sitten, freundliches und ehrerbietiges Benehmen, mehr Redlichkeit, mehr Gehorsam, mehr Liebe zur Arbeit, mehr Unterwerfung unter die Pflicht, überhaupt alle Anzeichen einer stetigen sittlichen Besserung mitbringen, dann wird die Sache der Laienschule gewonnen sein, dann werden der klare, gesunde Verstand des Vaters und das Herz der Mutter sich nicht mehr täuschen; es wird nicht mehr nötig sein, daß man denselben beizubringen sucht, wieviel Hochachtung, Zutrauen und Dankbarkeit sie Ihnen schuldig sind.“

§. 9.

Schulsysteme. Die Kinderklassen.

Die Einrichtung der Schulen mit mehrern Klassen hat der Unterrichtsminister dargelegt in einem Rundschreiben vom 28. April 1882.¹⁾ Bei Unterstützungsanträgen zum Neubau oder zur Ausbesserung von Schulhäusern kommt es häufig vor, daß man städtische Schulen, deren Klassenzahl bereits eine beträcht-

1) Bulletin 491, S. 229.

liche ist, noch vergrößern will, selbst da, wo sich acht bis zehn Schulklassen beisammen finden. Das Gesetz vom 28. März 1882, welches die Schulpflicht regelt, legt dem Staate die Pflicht auf, grössere Sorge als bisher für das Schulwesen zu tragen, auch in der Beziehung, daß den Kindern der Besuch der Schulen möglichst erleichtert werde. Es widerspricht aber dem Sinne dieses Gesetzes, alle Kinder einer ausgedehnten und volkreichen Gemeinde zu verpflichten, sich von den äußersten Punkten her in eine etwa in der Mitte des Ortes gelegene gemeinsame Schule zu begeben. Es ist hier zweckentsprechender, in den verschiedenen Teilen der Stadt oder in den einzelnen Sektionen der Gemeinde Schulen zu errichten; die Unzuträglichkeiten des weiten Schulwegs werden dadurch vermieden und den Gesundheitsrücksichten wird mehr Rechnung getragen.

Vom erziehlichen Standpunkt aus ist es unbestritten, daß die Errichtung mehrklassiger Schulen insofern gut ist, als die Kinder nach den verschiedenen Unterrichtsstufen zweckmässig verteilt werden können; aber es führt zu Unzuträglichkeiten mancher Art, mehr als fünf bis sechs Klassen unter einen Hauptlehrer zu stellen. Das Kind, welches regelmässig fortschreitet von der Kinderklasse bis zu seiner Entlassung, findet in der sechsklassigen Schule alle Unterrichtsstufen, welche dem sechsjährigen Schulbesuche entsprechen; eine grössere Zahl von aufsteigenden Klassen entspricht weder der Dauer des Verbleibens in der Volksschule, noch der Einteilung der Lehrpläne; es entsteht dadurch für den Vorsteher und die Vorsteherin der Schule ein so grosser Zuwachs von Arbeit, so grosse Schwierigkeit in der Beaufsichtigung und innern Schuleinrichtung, daß die Verantwortlichkeit und die erziehliche Wirksamkeit fast zunichte gemacht wird. Ferner hat sich in einzelnen grossen Städten, deren Schuleinrichtungen zu zahlreiche Schulklassen hatten, der Übelstand gezeigt, daß bei dem grossen Andrang der aufzunehmenden Schulkinder die Schulräume um jeden Preis angefüllt werden mußten, infolge dessen die Schüler im Laufe des Jahres von einer Klasse in die andere versetzt wurden, jedoch nicht nach dem Grade ihres Wissens, und daß die obern Klassen teilweise leer standen, während die mittlern und untern Klassen überfüllt waren. Es ist für die grossen Gemeinden sehr wichtig und vorteilhaft, zahlreichere Schulgruppen zu schaffen und nicht die bestehenden masslos zu vergrößern. Viele Schulklassen in den Städten haben noch einen Bestand von 60, sogar von 80 Kindern; einerseits ist es nötig, denselben auf ungefähr 50 zu bringen, anderseits müssen an andern geeigneten Stellen der Gemeinden Schulanstalten gegründet werden, in deren näherer Umgebung die für den Besuch der Anstalt erforderliche Kinderzahl sich vorfindet. In dem Masse werden die alten Schulen verbessert, in welchem neue gegründet werden; auch

erleichtert diese Verteilung der Schulanstalten nicht selten die in großen Orten so oft ins unbestimmte verschobene Gründung der mit der Volksschule nach oben wie nach unten verbundenen beiden so nützlichen Einrichtungen: der Bewahranstalt und der gehobenen Volksschule.

Die Präfecten sollen darauf sehen, daß die größern Gemeinden, welche bisher nur eine große gemeinsame Schulanstalt haben — ein Zustand, welcher fortan als ungenügend angesehen werden muß —, eine oder mehrere Schulen abzweigen, entweder Knaben- oder Mädchenschulen, in Verbindung mit Bewahranstalten, Kinderklassen, gehobenen Volks- oder Handwerker-Fortbildungsschulen.

Für die Organisation der Schulen ist der Erlaß vom 26. Mai 1882¹⁾ wichtig, welcher lautet: „In keiner Gemeinde, welche noch nicht mit einer Bewahranstalt versehen ist, darf ein zweiter Unterlehrer oder eine zweite Unterlehrerin in der öffentlichen Volksschule angestellt werden, bevor eine Kinderklasse daselbst eingerichtet ist nach den Vorschriften des Art. 7 des Gesetzes vom 16. Juni 1881.“

Die Gründe dieses Erlasses erläutert das Rundschreiben vom 29. Mai 1882.²⁾ In vielen Gemeinden, in welchen eine Kinderbewahranstalt fehlt und in welchen man nicht ohne Grund vor einer so großen Ausgabe für eine verhältnismäßig kleine Anzahl von Kindern zurückschreckt, ist die unterste Stufe sowohl der Knaben- wie der Mädchenschule überfüllt von Kindern im Alter von 5—7 Jahren, welche in die Schule kommen, ohne etwas zu wissen, und in derselben ein oder zwei Jahre verweilen, ohne etwas zu lernen. Um sich mit ihnen zu beschäftigen und sie zu unterrichten, findet weder der Lehrer noch die Lehrerin die nötige Zeit, es sei denn auf Kosten der eigentlichen Volksschüler. Unter diesen Umständen fordert oft die Gemeinde unter Zustimmung des Departementsschulrats die Gründung einer dritten Knaben- und einer dritten Mädchenklasse. Wenn die Zahl der Kinder hinlänglich groß ist, um die Gründung zweier Schulklassen zu rechtfertigen, so ist freilich nichts dagegen einzuwenden; aber in den meisten Fällen genügt eine Schule; 15—20 Knaben und ebensoviel Mädchen im Alter von 5—7 Jahren können mit Erfolg in einer Kinderklasse zusammen unterrichtet werden. Schulzimmer, Wohnung und Gehalt für eine Lehrkraft werden auf diese Art gespart. Die Familien sowohl wie die Kinder selbst können durch die Einrichtung nur gewinnen. Der Gedanke, diese besondere Erziehung der kleinen Kinder Frauen anzuvertrauen, oft der Frau oder der Tochter des Lehrers,³⁾ hat nach und nach die Zustimmung der gesamten Lehrerschaft gefunden;

1) Bulletin 495, S. 397. — 2) Bulletin 495, S. 398. — 3) Vgl. Teil I, S. 190.

wo Erfahrungen mit den Kinderklassen gemacht worden sind, haben die erzielten Erfolge genügt, bisweilen alle Erwartungen übertroffen.

Das bereits erwähnte ministerielle Rundschreiben vom 25. Januar 1882¹⁾ setzt die Einrichtung und Gründung der Kinderklassen näher auseinander.

Es giebt zwei Arten von Kinderschulen; die einen, in geringerer Anzahl, sind in grossen Städten eingerichtet und bilden den Übergang von der Bewahrschule zur eigentlichen Volksschule; die andern, weit zahlreicher, finden sich in den Landgemeinden, vertreten die Stelle der Bewahranstalten und bereiten die Kinder zum Besuch der gesonderten Knaben- und Mädchenschulen vor.

Die Kinderschulen in den Städten sind wirkliche Übergangsschulen: es sind gewöhnlich besondere Anstalten, unabhängig von andern Schulen, und nehmen entweder Knaben und Mädchen zusammen oder getrennt auf, gleichviel ob sie aus dem elterlichen Hause oder aus der Bewahranstalt kommen. Diese Schulen müssen von weiblichen Lehrkräften geleitet werden, welche wenigstens im Besitze eines Befähigungszeugnisses für Bewahranstalten sind, womöglich aber ein Befähigungszeugnis 2. Grades besitzen. Der Unterricht soll die Fortsetzung desjenigen der Bewahranstalt sein sowie der Anfang desjenigen der Volksschule. Das Lehrverfahren ist das in der Bewahranstalt angewandte für die jüngern Kinder, vereinigt mit dem Lehrverfahren in der Volksschule für die ältern Kinder. Was die Ausstattung dieser Schulen anbetrifft, so ist ein doppeltes im Auge zu behalten: 1. die Schulräume müssen durchaus gesund sein; 2. sie müssen hell, freundlich und behaglich eingerichtet sein, damit die Kinder dort leicht in das Schulleben eingeführt werden können. Die eben besprochene Art der Kinderschule, welche ihren bestimmten Platz in einer gut gegliederten Schuleinrichtung hat, soll überall gefördert werden. Leider kann sie nur in grossen und reichen Städten aufblühen, in welchen sich eine oder mehrere Bewahranstalten befinden; anderswo soll man sie nicht empfehlen. Aber es giebt eine andere Art von Kinderklassen, welche mit wenigen Kosten und mit grossem Nutzen in der Mehrzahl der irgendwie bedeutendern Landgemeinden eingerichtet werden kann, und deren Begünstigung noch notwendiger ist.

Diese Kinderklasse ist bestimmt, teilweise wenigstens die Bewahranstalt zu ersetzen an denjenigen Orten, an welchen eine derartige Anstalt wegen der Bevölkerungszahl oder wegen Mangels an Geldmitteln nicht bestehen kann. Gewöhnlich mit der Volksschule, vornehmlich mit der Mädchenschule verbunden, vereinigt

1) Bulletin 477, S. 220 ff.

man in derselben die Kinder beider Geschlechter, deren Gegenwart in der Volksschule Störung für den Lehrer und nutzlose Langeweile für die Kinder selbst mit sich führen würde. Die Schule wird von einer Lehrerin verwaltet; wenn jene der Ortsverhältnisse wegen mit einer Knabenschule verbunden sein muß, so kann die Verwalterin die Frau oder die Tochter des Lehrers sein; steht sie jedoch, was den Vorzug verdient, in Verbindung mit einer Mädchenschule, so kann die Verwalterin eine Unterlehrerin der letztern Schule sein. Zur Herstellung einer Kinderklasse ist ein geräumiger Schulsaal erforderlich, ein abgesonderter und gesunder Spielplatz, sowie die zu dem Alter dieser Kinder passenden Lehrmittel und Schulgeräte. Der Vorzug dieser Schulen ist der, daß ihre Einrichtung billig ist, daß sie die eigentliche Volksschule entlasten und oft die Anstellung von zwei Lehrkräften, eines Klassenlehrers und einer Klassenlehrerin, überflüssig machen. Das Aufnahme-Alter der Kinder zu bestimmen ist Sache des Departementsschulrats; als Grenze möchte hier das zurückgelegte vierte Lebensjahr anzusehen sein; der Übertritt in die Volksschule soll im Alter von sieben, ausnahmsweise im Alter von acht Jahren stattfinden. Indem der Minister betont, daß ein großer Teil der gedeihlichen Entwicklung der Volksschule von der Einrichtung dieser Kinderklassen abhängt, werden die Präfekten ersucht, die Gründung derselben mit allen Kräften zu fördern und zu unterstützen. Das ministerielle Rundschreiben vom 21. Mai 1884¹⁾ empfiehlt nochmals, gestützt auf die bisher mit diesen Kinderklassen gemachten guten Erfahrungen, die eifrige Förderung derselben durch die Behörden, erklärt jedoch, daß die Errichtung einer Kinderklasse mit einer geringern Kinderzahl als 40 nicht ratsam erscheint und nur unter ganz besondern Umständen vom Staate unterstützt werden kann.

Der ministerielle Erlaß vom 28. Juli 1882²⁾ nebst den demselben beigefügten Lehrplänen enthält die nähern Bestimmungen betreffs der Einrichtung dieser Kinderschulen. Danach darf keine derartige Anstalt mehr als 150 Kinder ohne Genehmigung der akademischen Behörde aufnehmen.³⁾ In allen diesen Anstalten müssen die Kinder, wie groß die Zahl derselben auch sein mag, in zwei Abteilungen geteilt sein in Gemäßheit der Vorschriften des Art. 12 des Dekrets vom 2. August 1881. Wenn die Zahl der Kinder es erfordert, kann jede Abteilung in Unterabteilungen zerfallen, deren jede von einer der an der Schule angestellten Lehrerinnen verwaltet wird.⁴⁾ Die Verteilung der Kinder in die verschiedenen Klassen geschieht jährlich durch die Vorsteherin bei dem Beginn des Schuljahrs.⁵⁾

1) Bulletin 598, S. 250 ff. — 2) Bulletin 504, S. 246 ff. — 3) Art. 1. — 4) Art. 2. — 5) Art. 3.

1. Ziel des Unterrichts.

Ziel der Kinderschule ist, den noch nicht im schulpflichtigen Alter stehenden Kindern die Fürsorge zuteil werden zu lassen, welche ihre körperliche, geistige und sittliche Entwicklung erfordert, und dieselben auf solche Weise zur erfolgreichen Teilnahme am Volksschulunterricht vorzubereiten.

Die Kinderschule ist also keine Schule im gewöhnlichen Sinne des Worts; sie bildet den Übergang von der Familie zur Schule; sie beobachtet die zärtliche und nachsichtige Milde der Familie und führt das Kind zugleich ein in die Arbeit und das regelmäßige Leben der Schule.

Der Erfolg, den die Lehrerin erzielt, läßt sich demnach nicht wesentlich nach der Gesamtheit der übermittelten Kenntnisse, nach dem Umfange des Unterrichts und nach der Zahl und Dauer der Stunden bemessen, sondern vielmehr nach den guten Einflüssen, unter denen das Kind steht, nach der Lust zur Schule, welche man demselben beibringt, nach der Angewöhnung an Ordnung, Reinlichkeit, Artigkeit, Aufmerksamkeit, Gehorsam und geistige Thätigkeit, welche es sich dort gleichsam spielend aneignen muß.

Deshalb müssen die Vorsteherinnen weniger danach streben, der Volksschule bereits sehr im Wissen vorangeschrittene Kinder zu liefern, als vielmehr solche, welche zum Lernen gut vorbereitet sind. Alle Übungen müssen nach dem Hauptgrundsatz geregelt sein, die Entwicklung der verschiedenen Fähigkeiten des Kindes zu unterstützen, aber ohne Anstrengung, ohne Zwang, ohne Übermaß von Fleiß. Die Kinder sollen die Schule lieben lernen, frühzeitig Geschmack an der Arbeit gewinnen, ohne daß ihnen etwas auferlegt wird, was mit der Schwäche und der Beweglichkeit des ersten Alters nicht vereinbar ist. Indem den Verschiedenheiten der Anlage, der Frühreife der einen wie der Langsamkeit der andern, Rechnung getragen wird, besteht das zu erreichende Ziel nicht darin, daß sämtliche Kinder eine mehr oder minder große Befähigung im Lesen, Schreiben und Rechnen erlangen, sondern sie müssen das wenige, was sie wissen, gut wissen, sie müssen ihre Aufgaben, ihre Spiele, ihren gesamten Unterricht lieben, sie dürfen keinen Widerwillen gegen diese ersten Übungen in der Schule bekommen, welche so leicht abschreckend wirken, wenn die Geduld, die Heiterkeit und das erfinderische Wohlwollen der Lehrerin nicht die Mittel findet, Abwechslung und frohen Sinn in den Unterricht hinein zu bringen und daraus Vergnügen und Anregung für die Kinder zu erzielen. Die Erfolge und Ziele dieser in der Kinderschule verbrachten Jahre müssen sein: eine gute Gesundheit; Übung von Gesicht, Gehör und Gefühl durch eine gesteigerte Folge kindlicher Spiele

und kleiner Versuche, welche die Sinne auszubilden vermögen; kindliche Gedanken, jedoch hell und klar in Bezug auf die Grundbegriffe desjenigen, was später Volksschulunterricht ist, ein Anfang von Gewohnheiten und Veranlagungen, auf welchen die Schule später aufbauen kann, um regelmäßigen Unterricht zu erteilen; Freude an körperlichen Übungen, am Gesang, am Zeichnen, an Abbildungen und Erzählungen; Eifer zum Hören, Sehen, Beobachten, Nachahmen, Fragen und Antworten; eine bestimmte Befähigung, aufmerksam zu sein, unterstützt durch Gelehrigkeit, Selbstvertrauen und gute Lust; geweckter Verstand und Empfänglichkeit der Seele für alle guten sittlichen Eindrücke. Wenn das Kind mit einer solchen Vorbereitung in die Volksschule tritt, dann verschlägt es nichts, ob dasselbe aus der Fibel einige Seiten mehr oder weniger kann.

2. Das Verfahren.

Unter Voraussetzung dieser Grundsätze kann das Verfahren nur ein solches sein, wie es sich aus dem Namen der Anstalt selbst herleitet: es besteht darin, so viel als möglich das Verfahren einer einsichtsvollen und sorgsam Mutter zu befolgen. Wie man in diesen Schulen nicht den Versuch macht, eine bestimmte Art von Fähigkeiten auf Kosten der andern zu entwickeln, sondern alle im richtigen Verhältnis zu einander auszubilden, so darf man sich auch nicht streng an besondere Lehrweisen halten. Indem man aus allen Lehrweisen die einfachsten Übungen herausnimmt, wird man sich bemühen, mit Hülfe dieser verschiedenen Mittel einen Weg des Unterrichts und der Erziehung zu betreten, welcher den einzelnen Bedürfnissen des kleinen Kindes entspricht und alle Fähigkeiten desselben heranzieht. Die Übungen müssen verschiedenartig sein: Anschauungsübungen, Gespräche, Gesang, die ersten Versuche des Zeichnens, des Lesens, des Rechnens, des Vortrags wechseln ab mit körperlichen Übungen, mit Spielen jeder Art und mit Freiübungen. Es ist ein wesentlich natürliches, ungezwungenes Verfahren, stets für neue Fortschritte offen, stets fähig sich zu vervollkommen und zu verbessern.

3. Die Lehrpläne.

1. Untere Abteilung¹⁾ (Kinder bis zum Alter von 5 Jahren).
a. Anfangsgründe der sittlichen Erziehung: Sorge dafür, daß die Kinder sich gute Gewohnheiten aneignen, daß die Lehrerin sich ihre Zuneigung erwirbt und die Kinder sich vertragen. Erster Begriff von Gut und Böse. b. Sprachübung: Sprechübungen. Übungen zum Zweck der Vermehrung des Wort-

1) Die untere Abteilung entspricht der eigentlichen Bewahrschule.

schatzes der Kinder. Kleinere Gedächtnisübungen (Gesänge, Fabeln, Erzählungen); Fragen. c. Anschauungsunterricht: Benennung der Hauptteile des menschlichen Körpers. Die bedeutendsten Tiere der Gegend. Pflanzen, welche zur Nahrung dienen oder dem Kinde am auffallendsten sind (Bäume auf dem Hofe, an der StraÙe, bekannte Blumen u. s. w.). Namen und Gebrauch der Gegenstände, welche dem Kinde am nächsten liegen (Gegenstände, welche zur Kleidung, Wohnung, Nahrung oder Arbeit dienen). Unterscheidung von Farben und Formen durch Spiele. Begriff von Tag und Nacht. Die Zeitdauer: Stunde, Tag, Woche. Die Begriffe „heute, gestern, morgen“. Alter des Kindes. Die Aufmerksamkeit des Kindes wird gelenkt auf die Unterschiede zwischen kalt, warm, Regen, gutes Wetter. Die Jahreszeiten, die Beschäftigungen und Erzeugnisse derselben. Erste Ausbildung der Sinne durch kleine Übungen: Anleiten des Kindes zum Vergleichen und Unterscheiden von Farben, Farben-Abstufungen, Formen, Entfernung, Gewicht, Kälte und Wärme, Tönen, Geruch und Geschmack. d. Zeichnen, Schreiben, Lesen: Spiel mit Würfeln, Bällen, Lättchen u. s. w. Erklärung ganz einfacher Abbildungen (Tiere, Gebrauchsgegenstände). Einfache Zusammenlegung von Stäbchen. Darstellung dieser Zusammenlegung auf der Schiefertafel. Mündliche Beschreibung gebräuchlicher Gegenstände. Leseübungen dürfen nicht vorgenommen werden. e. Rechnen: Das Kind ist mit den Begriffen eins, zwei, drei, vier, fünf bekannt zu machen; ferner: die Hälfte, ein Halbes; Übung im Zählen von 1—10. Kopfrechnen im Zahlenkreise von 1—10. f. Erdbeschreibung: Wohnort und Wohnung der Eltern. Kleine Übungen betreffs der Entfernung. Die Lage der verschiedenen Teile des Schulhauses. Erde und Wasser. Die Sonne (Aufgang und Untergang). g. Handfertigkeit: Spiele; kleine Übungen im Falten, Weben und Flechten. h. Gesang: Die Lehrerin soll sich darauf beschränken, den Kindern ganz einfache, einstimmige Gesänge nach dem Gehör beizubringen, und diese, soweit möglich, mit körperlichen Bewegungen verbinden, so daß gleichzeitig in den Kindern das Gefühl des richtigen Tonansatzes und des Tonfalles entwickelt wird. Im Anfang wählt die Lehrerin diejenigen Kinder aus, deren Stimme recht sanft, richtig und angenehm ist; sie läßt dieselben singen, bald allein, bald in Gruppen, derart, daß sie die weniger beanlagten Kinder durch Nachahmung mitzieht.¹⁾ i. Turnen. Freie Spiele, Märsche, Wendungen, Bewegungen, Sorge für Gesundheit und Reinlichkeit.

2. Obere Abteilung (Kinder von 5—7 Jahren). Kinderklasse. a. Anfangsgründe der sittlichen Erziehung:

1) Erlaß vom 23. Juli 1883. Bulletin 555, S. 123, den Gesangunterricht betreffend.

Ganz einfache Belehrung bei allen Übungen in der Schule und während der Pausen. Kleine Gedichte werden erklärt und auswendig gelernt. Kleine Erzählungen sittlichen Inhalts werden vor- erzählt und geeignete Fragen gestellt zum Verständnis des Sinnes und zur Vergewisserung, daß die Kinder das Erzählte verstanden haben. Besondere Obhut der Lehrerin über diejenigen Kinder, bei welchen sie irgend eine Unart entdeckt hat. Kleine Lieder.

b. Sprachübungen. Vereinigte Sprech-, Lese- und Schreib- übungen als Vorbereitung zur Rechtschreibung. 1. Mündliche Übungen. Einfache Fragen, welche den Zweck haben, den Kindern richtiges Antworten beizubringen; 2. Auswendiglernen; Aufsagen kleiner Gedichte; 3. schriftliche Übungen. Nachschreiben eines Wortes, dann zweier oder dreier Wörter, dann ganz kleiner Sätze. 4. Vorlesen kleiner Lesestücke durch die Lehrerin, welche die Kinder nach dem Gehör wiedererzählen. c. Anschauungs- unterricht. Allgemeine Begriffe über den menschlichen Körper. Einfache Gesundheitsregeln. Einfache vergleichende Betrachtung der dem Kinde bekannten Tiere, der Pflanzen, Steine und Metalle. Einige Nähr- und Handelspflanzen. Die im gewöhn- lichen Gebrauch vorkommenden Steine und Metalle. Die Luft, das Wasser (Dampf, Wolken, Regen, Schnee, Eis). Kleine Anschauungsübungen, stets an den den Kindern vor Augen ge- führten Gegenständen. Übungen und einfache Besprechungen zu dem Zweck, den Kindern die Grundzüge der gewöhnlichsten Begriffe beizubringen (rechts und links, Namen der Tage und Monate; Unterscheidung von Tieren, Pflanzen und Steinarten, die Jahreszeiten), und sie zum Denken, Beobachten, Ver- gleichen, Fragen und Behalten anzuleiten. Betreffs des zu beobachtenden Unterrichtsganges soll man so oft als möglich an einen und denselben Gegenstand den Anschauungsunterricht, das Zeichnen, Sittenlehre, Spiel und Gesang anknüpfen, so daß die Einheit des Eindrucks dieser verschiedenen Unterrichtsformen einen um so dauerhaftern Zug im Geist und Herzen des Kindes zurückläßt. Die zu behandelnden Gegenstände sollen sich möglichst nach der Jahreszeit richten, damit die Natur selbst die erstern liefert und das Kind sich ans Beobachten, Vergleichen und Be- urteilen gewöhnt. d. Zeichnen, Schreiben, Lesen. Zusammen- legung von Linien. Darstellung derselben auf der Schiefertafel und auf Papier mit gewöhnlichem oder farbigem Bleistift; kleine Zeichnungen auf mit Netzen versehenem Papier, ganz einfache Vor- zeichnungen durch die Lehrerin. Darstellung einfacher Gebrauchs- gegenstände. Erste Leseübungen. Erste Schreibübungen. Buch- staben, Silben, Wörter. e. Rechnen. Anfangsgründe des schrift- lichen und mündlichen Zählens. Leichte Übungen im Kopfrechnen. Zusammenzählen und Abziehen benannter Zahlen im Kreise von 1—10. Übungen mit den 10 ersten Zahlen und mit den Begriffen

halb, Hälfte, Drittel, Viertel. Die vier Grundrechnungsarten mit zweistelligen Zahlen. Meter, Franken, Liter. f. Geographie. Einfache Besprechungen und vorbereitende Übungen, um den Verstand der Kinder zu wecken und sie zur Beobachtung der gewöhnlichen Naturerscheinungen und Haupteigenschaften des Bodens anzuleiten. g. Erzählungen. Vaterländische Geschichte. Sagen, Erzählungen und Lebensbeschreibungen aus der vaterländischen Geschichte; Märchen, Reisen. Erklärung von Abbildungen. h. Handfertigkeit. Falten, Weben, Flechten, Verbindung von farbigen Wollfäden auf Gitterleinwand oder Papier. Leichte Strickarbeit. i. Gesang. Wie in der untern Abteilung. k. Turnen: Spiele, Märsche, Wendungen, Bewegungen. Stufenweise Übungen.

§. 10.

Schulordnung und Schulzucht.

Die Schulordnungen werden von dem Departementsschulrate für sämtliche Volksschulen des Departements erlassen auf Grund einer Musterschulordnung, welche der Minister des öffentlichen Unterrichts nach Beratung derselben im Oberunterrichtsrath veröffentlicht. Dem Departementsschulrath steht es frei, alle Mafsregeln anzuordnen, welche den besondern Verhältnissen der einzelnen Departements angepaßt sind, ohne dafs jedoch die allgemeinen, durch die Musterschulordnung aufgestellten Grundsätze verletzt werden dürfen. Die Musterschulordnung vom 17. August 1851, welche oben besprochen worden ist, war bis zum 7. Juni 1880 in Kraft, an welchem Tage eine neue erschien,¹⁾ die infolge der durch neue Schulgesetze eingetretenen Änderungen am 6. Januar 1881 schon umgestaltet wurde.²⁾ Auch letztere Schulordnung blieb nicht lange bestehen, denn die tiefeinschneidenden Schulgesetze der Jahre 1881 und 1882 machten eine abermalige Änderung notwendig.

Die Musterschulordnung vom 18. Juli 1882³⁾ ist heute in Geltung. Die Bestimmungen derselben lauten:

Art. 1. Zur Aufnahme in eine Volksschule dürfen die Kinder nicht unter 6 und nicht über 14 Jahre alt sein. Ausserhalb dieser Altersgrenzen kann die Aufnahme nur mit besonderer Genehmigung des Inspektors der Akademie erfolgen.

In denjenigen Gemeinden, welche keine Kinderbewahranstalt haben, wird das Aufnahme-Alter auf 5 Jahre herabgesetzt.

1) Bulletin 454, S. 637 ff. — 2) Bulletin 462, S. 37 ff. — 3) Bulletin 504, S. 208 ff.

Art. 2. Jedes Kind, welches Aufnahme in eine Schule verlangt, muß einen Geburtsschein vorlegen.

Der Lehrer muß sich vergewissern, daß dasselbe geimpft ist oder die Blattern gehabt hat, und daß es nicht mit Krankheiten und Schwächen behaftet ist, welche der Gesundheit der übrigen Kinder nachteilig werden können.

Art. 3. Die Obhut über die Schule ist dem Lehrer anvertraut: er darf nicht zugeben, daß das Schulzimmer zu irgend einem seiner Bestimmung fremden Gebrauch benutzt werde ohne die besondere Genehmigung des Präfekten.¹⁾

Art. 4. Während der Dauer der Schulzeit darf der Lehrer sich weder unter irgend einem Vorwand von seinen amtlichen Obliegenheiten abhalten lassen, noch sich mit einer Arbeit beschäftigen, welche mit seinen Pflichten in der Schule nicht im Einklang steht.

Art. 5. Die Kinder dürfen während der Schulzeit unter keinem Vorwande von ihren Arbeiten abgehalten werden.

Sie dürfen nur außerhalb der Schulzeit zur Kirche geschickt werden, um dem Religionsunterricht oder sonstigen gottesdienstlichen Übungen beizuwohnen. Der Lehrer ist nicht verpflichtet, sie dabei zu beaufsichtigen. Auch kann er nicht angehalten werden, sie dorthin zu führen, mit Ausnahme des in §. 3 Art. 7 dieses Gesetzes bezeichneten Falles.

Jedoch in der Woche, welche der ersten Kommunion vorangeht, soll der Lehrer den Kindern gestatten, die Schule für diejenigen Stunden zu verlassen, in welchen ihre religiösen Pflichten die Anwesenheit in der Kirche erfordern.

Art. 6. Der Zutritt zur Schule ist ausdrücklich jedem untersagt, welcher nicht durch das Gesetz zur Beaufsichtigung des Unterrichts berufen ist.

Art. 7. Die Unterrichtszeit dauert drei Stunden vormittags und drei Stunden nachmittags. Der vormittägige Unterricht beginnt um acht Uhr, der nachmittägige um ein Uhr; die Unterrichtszeit ist jedesmal durch eine Erholungspause von einer Viertelstunde unterbrochen.

Je nach den Ortsverhältnissen kann Anfang und Schluß des Unterrichts durch den Inspektor der Akademie verlegt werden, und zwar auf den Antrag der Ortsbehörden und nach dem Gutachten des Volksschulinspektors.

1) Nach einem ministeriellen Rundschreiben an die Präfekten vom 30. August 1882 (Bulletin 509, S. 501) können die Schullokale in den ländlichen Gemeinden den Notaren auf deren Antrag zur Benutzung bei Versteigerungen zur Verfügung gestellt werden, jedoch ganz nur an Donnerstagen und Sonntagen; an den andern Tagen nur von 4 Uhr ab. Für diese Benutzung sind an die Schulkasse zu entrichten: bei Versteigerungen von 1000 fr und mehr 5 fr, bei einer geringern Summe 2,50 fr.

Die Kinder, welche in der Mittagspause nicht nach Hause gehen, bleiben so lange unter der Aufsicht des Lehrers, bis sie endgültig das Schulhaus verlassen.

Art. 8. Die Kinder müssen in der Schule im Zustande hinlänglicher Sauberkeit erscheinen.

Die Besichtigung der Reinlichkeit nimmt der Lehrer zu Anfang des Unterrichts jeden Morgen und jeden Nachmittag vor.

Art. 9. Wenn der Lehrer die Verwaltung einer Schule übernimmt, muß er in Gemeinschaft mit dem Maire oder dessen Stellvertreter Verzeichnis aufnehmen über die in der Schule vorhandenen Gegenstände, die Bücher der Bibliothek, das Schularchiv und, wo solches vorhanden, das persönliche Hausgerät des Lehrers und der Unterlehrer.

Das Protokoll über diese Verhandlung, welches von beiden Teilen unterzeichnet werden muß, macht den Lehrer für die in das Verzeichnis aufgenommenen Gegenstände verantwortlich.

Im Falle der Versetzung muß der Lehrer vor seiner Abreise eine neue Aufnahme veranlassen.

Art. 10. In dem Schulzimmer muß ein Preisverzeichnis aller Gegenstände, welche der Lehrer den Schülern liefern darf, angeschlagen werden, nachdem dasselbe vom Volksschulinspektor beglaubigt worden ist.

Art. 11. Das Schulzimmer muß jedes Jahr gescheuert und geputzt und stets in reinlichem, der Gesundheit zuträglichem Zustande erhalten werden. Zu diesem Zweck muß dasselbe täglich gesprengt und gekehrt werden; die Luft ist häufig zu erneuern; selbst im Winter sind die Fenster während der Pausen zu öffnen.

Art. 12. Die französische Sprache ist die alleinige Unterrichtssprache.

Art. 13. Jede schauspielmäßige Aufführung ist in den öffentlichen Schulen untersagt.

Art. 14. Kein Buch, keine Flugschrift, keine Drucksache und nichts Geschriebenes, welches nicht zum Unterricht gehört, darf in die Schule eingeführt werden ohne die schriftliche Genehmigung des Inspektors der Akademie.

Art. 15. Jede Bittschrift, Geldsammlung, Subskription sowie jedes Glücksspiel ist gleichfalls untersagt.¹⁾

Art. 16. Die einzigen Strafmittel, welche der Lehrer anwenden darf, sind folgende:

die schlechten Striche;
der Verweis;

1) Das ministerielle Rundschreiben vom 18. November 1883 untersagt den Lehrern und Lehrerinnen an öffentlichen Schulen aufs strengste, die Schulkinder zu irgend einer Versammlung politischer Art zu führen. Bulletin 572, S. 382.

die teilweise Entziehung der Erholungspausen;
das Nachsitzen nach der Unterrichtszeit unter Aufsicht des
Lehrers;

die Ausschließung auf bestimmte Zeit.

Die letztere Strafe darf drei Tage nicht überschreiten. Der Lehrer muß die Eltern des betreffenden Kindes, die Ortsbehörde und den Volksschulinspektor sofort davon in Kenntnis setzen.

Eine Ausschließung auf längere Zeit kann nur durch den Inspektor der Akademie ausgesprochen werden.

Art. 17. Es ist ausdrücklich untersagt, irgend welche körperliche Züchtigung vorzunehmen.

Art. 18. Außer den Ferien sind folgende Tage schulfrei:

eine Woche um Ostern;

der Neujahrstag, oder der Tag nachher, wenn der Neujahrstag auf einen Sonntag oder einen Donnerstag fällt;

der Pfingstmontag;

der Allerseelentag vormittags;

die Tage der Patronatsfeste;

die nationalen Festtage.

Art. 19. Beginn und Dauer der Ferien werden alljährlich durch den Präfekten nach vorheriger Beratung im Departementsschulrat festgesetzt.

Art. 20. Der Lehrer darf die Schultage weder verlegen noch sich vom Schulort entfernen, ohne dazu durch den Volksschulinspektor ermächtigt zu sein und ohne den Ortsbehörden von dieser Ermächtigung Anzeige gemacht zu haben.

Wenn die Abwesenheit des Lehrers länger als drei Tage dauert, so ist dazu die Genehmigung des Inspektors der Akademie erforderlich.

Ein Urlaub von mehr als acht Tagen kann nur durch den Präfekten erteilt werden. In dringenden und unvorhergesehenen Fällen kann der Lehrer sich entfernen, jedoch unter der Bedingung, daß er sofort den Ortsbehörden und dem Volksschulinspektor davon Anzeige erstattet.

Art. 21. Die Vorschriften dieser Schulordnung gelten auch für die Mädchenschulen.

Art. 22. Die Musterschulordnung vom 17. August 1851 ist und bleibt aufgehoben.

Art. 23. Die durch das Gesetz mit der Aufsicht über das Volksschulwesen betrauten Behörden werden mit der Ausführung gegenwärtiger Schulordnung beauftragt.

Betreffs der Überwachung der Schulkinder außerhalb der Schulzeit giebt das ministerielle Rundschreiben vom 29. April 1884 ¹⁾ wichtige Gesichtspunkte an. Viele Familien besonders in

1) Bulletin 490, S. 191 ff.

den Städten und bedeutendern Orten sind nicht in der Lage, ihre Kinder nach der Schulzeit genügend beaufsichtigen zu können; letztere sind den größten sittlichen Gefahren ausgesetzt; daß sie sich ohne Aufsicht leicht an das Herumbummeln und dessen gefährliche Folgen gewöhnen, liegt auf der Hand. Die Gemeinderäte in den meisten größern Städten haben das eingesehen; sie haben aus Gemeindemitteln den Lehrern Zulagen bewilligt, damit den Kindern auch außerhalb der Schulzeit genügende Aufsicht zuteil werde und eine Überwachung der häuslichen Arbeiten stattfinde. Es ist wünschenswert, daß eine solche Einrichtung allgemein eingeführt werde. Die Präfekten werden ersucht, sich durch die Inspektoren der Akademie mit den Gemeinderäten in Verbindung zu setzen, um diese nützliche Einrichtung zu fördern. Zwei Dinge sind jedoch besonders zu beobachten: 1. soviel als möglich müssen die verschiedenen Lehrer der einzelnen Schulklassen bei der Aufsicht abwechseln, oder die Fachlehrer mit der Obhut über die Kinder betraut werden, um die Überbürdung der einzelnen Klassenlehrer zu vermeiden; 2. diese Stunden sind kein eigentlicher Unterricht, es soll vielmehr den Kindern ein freier Spielraum gewährt sein, Arbeit und Erholung abwechseln und nur die elterliche Aufsicht ersetzt werden. Den Ortsbehörden bleibt es vorbehalten, die den einzelnen Verhältnissen entsprechenden Maßregeln anzuordnen. Nur eins ist streng untersagt: die Erhebung irgend einer Abgabe von seiten der Eltern. Es muß allen Kindern freistehen, die Vorteile dieser Einrichtung zu genießen und zwar unentgeltlich.

§. 11.

Der Turnunterricht und die Schulbataillone.

Die gesetzlich vorgeschriebene Einführung des Turnunterrichts in der französische Volksschule stammt aus neuester Zeit. Freilich hatten bereits verschiedene Bestimmungen in der ersten französischen Staatsumwälzung die Notwendigkeit der körperlichen Ausbildung betont und Körperübungen im weitesten Umfange vorgeschrieben, allein diese Bestimmungen sind nicht ausgeführt worden. Unter dem Konsulat und Kaiserreich wird dieser Unterrichtszweig nicht erwähnt, ebensowenig unter der Restauration; Art. 1 der Verordnung vom 14. Dezember 1832,¹⁾ betreffend die Einrichtung der Lehrerseminare, zählt zwar unter den Unterrichtsgegenständen das Turnen mit auf, aber das Gesetz von 1833 erwähnt dasselbe für die Volksschule nicht, ebenfalls nicht das Statut vom 25. April 1834. Während die Gesetzesvorschläge der Februarrevolution

1) S. Teil I. S. 15.

die Notwendigkeit des Turnunterrichts sowohl in den Knaben- wie in den Mädchenschulen abermals betonten, stellte Art. 23 des Unterrichtsgesetzes vom 15. März 1850 das Turnen unter die fakultativen Fächer; die Lehrerseminare behielten dasselbe nach der Schulordnung vom 24. März 1851 ebenfalls als Lehrgegenstand bei. Eine erfolgreiche Anregung geschah erst unter dem Unterrichtsminister Duruy.

Das Dekret vom 3. Februar 1869¹⁾ erklärte den Turnunterricht in den höhern Schulen, den Lehrerseminaren und den mit denselben verbundenen Übungsschulen für gesetzlich vorgeschrieben.²⁾ Ferner sollten die Gemeinden in Beratung treten zur Beschaffung der nötigen Mittel behufs des in den Volksschulen einzuführenden Turnunterrichts.³⁾ Durch eine Anzahl ministerieller Rundschreiben nach dem deutsch-französischen Kriege wurde der Betrieb des Turnens in den Volksschulen nachdrücklichst betont, die Bestimmungen des Dekrets vom 3. Februar 1869 öfter eingeschärft und auf die zweckmäßige Einführung soldatischer Übungen hingewiesen, bis endlich durch das Gesetz vom 27. Januar 1880⁴⁾ das Turnen auch für die Volksschulen zum unerläßlichen Lehrgegenstande erhoben wurde. Die Bestimmungen des Gesetzes lauten:

Art. 1. Der Turnunterricht ist gesetzlich vorgeschrieben in allen öffentlichen Knaben-Unterrichtsanstalten, welche vom Staate, von den Departements oder den Gemeinden abhängig sind.

Art. 2. Dieser Unterricht wird in der Art und nach den Plänen erteilt, wie sie durch den Minister des öffentlichen Unterrichts festgesetzt werden, je nach der Wichtigkeit der Anstalten.

Art. 3. Ein Bericht über die Ergebnisse der Erhebungen, welche wenigstens einmal im Jahr auf Anordnung des Ministers des öffentlichen Unterrichts in allen Anstalten gemacht werden, auf welche dieses Gesetz Anwendung findet, wird dem Staatshaushaltsentwurf beigelegt.

Art. 4. Die Bestimmung des Art. 23 des Gesetzes vom 15. März 1850, betreffend den Turnunterricht in den öffentlichen Lehranstalten, wird aufgehoben.

Art. 5. Gegenwärtiges Gesetz tritt in Kraft zwei Jahre nach Veröffentlichung desselben.

Die Ausführungsbestimmungen sind in dem ministeriellen Rundschreiben vom 20. Mai 1880 an die Rektoren enthalten.⁵⁾ In den Städten und größern Orten ist der Turnunterricht meistens eingeführt; es wird leicht sein, dort, wo er noch nicht eingeführt ist, besondere Lehrer für die soldatische Ausbildung der Jugend

1) Gréard, a. a. O. II. S. 627 ff. — 2) Tit. I. Art. 1 und Tit. III. Art. 8. — 3) Tit. II. Art. 4. — 4) Bulletin 449, S. 117. — 5) Bulletin 456, S. 526 ff.

zu finden. In den Landschulen ist das schwieriger; hier werden sich die Volksschullehrer dieser Aufgabe unterziehen müssen. Ein Teil der Lehrer hat bereits in dem Seminar Turnunterricht genossen; von den übrigen Lehrern, welche den Turnunterricht nicht zu erteilen vermögen, erwartet der Minister, daß sie sich mit Lust und Liebe möglichst schnell die nötigen Fähigkeiten erwerben. Zu diesem Zwecke sollen zukünftig während der großen Ferien an den Hauptorten der Departements Zusammenkünfte der Lehrer stattfinden, welche zur Ausbildung im Turnen dienen und von einem geprüften Turnlehrer geleitet werden. Die Zentral-Turnkommission hat ein Handbuch des Turnens herausgegeben, nach welchem sich alle Lehrer zu richten haben; es zerfällt in zwei Teile: 1. das Turnen ohne Gerüste; 2. die soldatischen Übungen. Daneben wird noch ein besonderes Handbuch des Turnens an Gerüsten veröffentlicht werden. „Es ist eine irrtümliche Ansicht,“ fährt der Minister fort, „wenn man glauben wollte, daß zu den Turnübungen Gerüste unbedingt notwendig seien; die Erfahrung lehrt uns, daß besonders bei Kindern die Grundübungen, Bewegungen der Arme und Beine, Marsch und Sprung in vollständig hinreichender Weise die Muskelkraft ausbilden und hinlänglich genügen zur Erlangung der Gewandtheit und Geschicklichkeit des Körpers. Das Turnen an Geräten ist eine nützliche Ergänzung, aber unumgänglich notwendig ist es nicht.“ Die Turnübungen sollen im Hof der Schule oder unter bedeckten Hallen abgehalten werden; wo solche nicht mit der Schule verbunden sind, muß der Maire für die Beschaffung eines andern genügenden Platzes Sorge tragen. Es ist wünschenswert, daß die Zahl der Turnstunden in der Volksschule sich auf vier belaufe. Zur Teilnahme am Turnunterricht sind alle Knaben verpflichtet; nur schwächliche und kranke Kinder können auf Grund ärztlicher Bescheinigung davon entbunden werden.

Die Turnstunden dürfen nicht unmittelbar nach der Mahlzeit verlegt werden; es muß wenigstens eine einstündige Unterbrechung dazwischen liegen. Beim Beginn einer jeden Turnstunde soll der Lehrer darauf sehen, daß die Schüler nicht durch ihre Kleidung behindert sind und die erforderliche Bequemlichkeit haben. Wo mit den Anstalten Turnhallen verbunden sind, muß wenigstens einmal monatlich der Zustand der Turngerätschaften mit der größten Sorgfalt untersucht werden. Besonders ist auf Abwechslung bei den Freiübungen zu sehen; dieselben Übungen sollen nicht zu lange hingezogen werden, um Erschlaffung und Einförmigkeit zu vermeiden. Einmal wöchentlich müssen die Grundübungen zum Schwimmen durchgemacht werden, damit durch die fortwährende Übung diese Bewegungen den Kindern so zu eigen werden, daß sie fast allein schwimmen können, wenn sie dieselben zur Badezeit anwenden. Im Sommer sind die

Übungen nur im Schatten auszuführen; die Märsche und Spaziergänge müssen auf die Zeit vor zehn Uhr morgens und nach drei Uhr nachmittags verlegt werden. Im Winter muß Dauerlauf bei einer Kälte von 5 Grad unterbleiben; bei Frost sind Springübungen streng untersagt. Im allgemeinen ist das Turnen in der freien Luft am nützlichsten; aber während des Winters, bei Regenzeit oder großer Sonnenhitze müssen die Übungen in gedeckten Räumen gemacht werden. Der Boden, auf welchem die Schüler üben, soll ordentlich geebnet sein, um jeden Unfall zu verhindern; hinter dem Sprunggestell bzw. auf der Stelle des Aufspringens muß der Boden mit Sand oder Sägespänen beworfen sein, in Ermangelung derselben aber wenigstens 40 cm tief locker gemacht und letzteres häufig wiederholt werden.

Die soldatischen Übungen, welche im 2. Teile des Handbuchs vorgeschrieben sind, sollen mit um so größerer Sorgfalt ausgeführt werden, als sie die jungen Leute geradezu zum Heeresdienst vorbereiten. Ebenso verhält es sich mit den Spaziergängen, deren Zweck es ist, die Knaben an den Marsch zu gewöhnen; bei dieser Gelegenheit können denselben mit Nutzen die bei der Ortsbeschreibung vorkommenden Begriffe erklärt werden. Eine nicht minder große Aufmerksamkeit verdienen die Schiefsübungen.

Das ministerielle Rundschreiben an die Präfekten vom 3. November 1882 ¹⁾ schreibt die notwendigsten Turngeräte vor:

Eine kleine Kletterstange, eine große Kletterstange, eine Leiter von Holz, Barren, 12 Hanteln von je 1 kg Schwere, 12 Hanteln von je 2 kg Schwere; ferner: Kletterseil, Schwungseil, ein glattes Seil, eine Strickleiter, ein Paar Ringe mit Seilen und ein Schwebereck.

Die Teilnahme der Lehrer an den in den Herbstferien stattfindenden Zusammenkünften behufs Ausbildung im Turnunterrichte regelt das ministerielle Rundschreiben vom 3. Juli 1882. ²⁾ Die Präfekten werden angewiesen, diejenigen Lehrer, deren Befähigung im Erteilen des Turnunterrichts noch ausgebildet werden muß und kann, in Gruppen einzuteilen und sie von dem Zeitpunkt der Zusammenkunft und der Dauer des Aufenthalts im Seminar rechtzeitig in Kenntnis zu setzen. Die Lehrer haben im Seminar Wohnung und Verpflegung; für die Reisekosten erhalten sie eine angemessene Entschädigung; die Entschädigung für den Turnlehrer setzt der Präfekt fest. Da die Lehrer die ganze Zeit des Aufenthalts in dem Seminar nicht mit Turn- und soldatischen Übungen ausfüllen können, so sollen für dieselben noch Vorträge über körperliche Ausbildung gehalten werden.

Die Turnübungen in Verbindung mit den soldatischen und den Schiefsübungen, welchen letztern gleichfalls große Sorgfalt zugewandt werden muß, ergeben den Zweck und das Ziel des

1) Bulletin 518, S. 351. — 2) Bulletin 500, S. 13.

Turnunterrichts. „Es handelt sich“, wie der Minister in seinem Rundschreiben vom 29. März 1881¹⁾ sagt, „hier nicht allein um Gesundheit und Körperkraft, um die körperliche Ausbildung der französischen Jugend, es handelt sich um die gute Wirksamkeit unserer militärischen Gesetze und die Zusammensetzung und Stärke unseres Heeres. Alle Knaben, welche unsere Schulen besuchen, sind dazu berufen, einst als Soldaten ihrem Vaterlande zu dienen; es ist ein Werk zum Nutzen des Vaterlandes, welches wir verfolgen, und wir leisten unsern Schülern selbst einen wahrhaften Dienst, wenn wir ihnen männliche Festigkeit zu geben und sie von Jugend an mit dem vertraut zu machen suchen, was sie später zu thun haben; wenn wir sie bekannt machen mit den Pflichten, welche sie im Heere erwarten. Wenn dies in allen Schulen gepflegt wird, wie wir es verlangen und dringend fordern, dann werden die jungen Leute, wenn sie zu den Fahnen kommen, nur noch ihre besondere soldatische Erziehung dazu erhalten müssen, und so wird die Lösung der Frage der Herabsetzung des Heeresdienstes unter den Fahnen gefunden sein.“ In den Städten werden sich leicht Leute zur Ausbildung finden, zumal in den Garnisonstädten, in welchen die Militärbehörde bereitwilligst Entgegenkommen zeigen wird; auf dem Lande muß der Lehrer diese Übungen der Knaben leiten.

Die für die Volksschulen vorgeschriebenen Übungen erfordern den Gebrauch der Flinten nur zum Schiessen. Es liegt nicht in der Absicht der Schulverwaltung, den sämtlichen Knaben auf Staatskosten Flinten zu beschaffen oder aber die Gemeinden dazu anzuhalten; die vorgeschriebenen Übungen sind ganz einfacher Art, und bei der Vorliebe der Knaben zu derartigen Dingen wird es dem Lehrer leicht sein, die Übungen mit sicherem Erfolg ausführen zu lassen.

Wo aber der Lehrer den Unterricht nicht erteilen kann, muß der Volksschulinspektor sich mit den Ortsbehörden in Verbindung setzen, um eine taugliche Person zu beschaffen. Auf dem kleinsten Dörfchen findet sich entweder ein ehemaliger Unteroffizier oder ein ausgedienter Soldat, welcher gegen Entschädigung gern bereit ist, den Knaben in zwei wöchentlichen Stunden Unterricht im Turnen und in soldatischer Ausbildung zu erteilen. Auch finden sich an vielen Orten Turnvereine, welche ähnliche Ziele verfolgen und nicht abgeneigt sein werden, die Verwaltung in ihren Bestrebungen zu unterstützen. Auch die Kantonalzusammenkünfte können dazu benutzt werden, den versammelten Lehrern Musterübungen vorzuführen.

Das Gesetz vom 29. Juli 1881 gewährte dem Kriegsminister einen Betrag von einer Million Franken zur Beschaffung von

1) Bulletin 465, S. 553.

Flinten, welche für die Schiefsübungen in den öffentlichen Volksschulen bestimmt sein sollen. Das ministerielle Rundschreiben vom 30. August 1881¹⁾ erklärt, daß jeder Schule drei Flinten überwiesen werden, zwei für das wirkliche Schiessen und eine zur Erlernung der Zusammensetzung der Flinte. Gewehre zur anderweiten Ausbildung können vom Minister vorläufig nicht in Aussicht gestellt werden, trotzdem viele Gemeinden um freie Überlassung solcher eingekommen sind; jedoch sagt der Minister auch in dieser Beziehung den Gemeinden die möglichste Unterstützung zu.

Diejenigen Schüler, welche mit den Waffen ausgebildet werden, sollen mindestens das 11. Lebensjahr zurückgelegt haben. Die Übungsgewehre müssen derart eingerichtet sein, daß sie nicht geladen werden können; jedoch sollen sie sich den in dem Heere gebräuchlichen möglichst anschließen und in Gewicht und Gröfse den Kindern anpassen.²⁾

Der ministerielle Erlaß vom 21. Januar 1882³⁾ setzt einen Ausschufs ein für die soldatische Erziehung der Schuljugend. Die Hauptfragen, mit welchen sich dieser Ausschufs zu beschäftigen hat, sind folgende: Unterricht in den soldatischen Übungen und Handhabung der Waffen; Verteilung der Gewehre und des Schiefsbedarfs; Wahl der Bücher, Bilder und Lieder; Vorschriften für die mit Internaten verbundenen Anstalten; Turnen, Fechtkunst; Feste, Zusammenkünfte, Schiefsübungen, Ausflüge und im allgemeinen Fortsetzung der soldatischen Erziehung nach der Schulzeit; Besichtigung. Der Vorsitzende dieses Ausschusses ist der Minister des öffentlichen Unterrichts.

Die Zusammenkünfte der Lehrer behufs Ausbildung im Turnunterricht fanden zum erstenmal, und zwar an sämtlichen Lehrerseminaren des Landes, in den Herbstferien 1882 statt. Durch ministerielles Rundschreiben vom 21. März 1882⁴⁾ wurde den Präfekten ein bestimmter Geldbetrag in Aussicht gestellt, welcher in Form von Belohnungen an diejenigen Landlehrer verteilt werden soll, die am meisten Erfolge im Turnen und in den soldatischen Übungen bei ihren Schülern erzielen; um ferner die Schüler selbst und ihre Angehörigen für diesen Unterricht anzuziehen, stellt der Minister jedem Kanton, in welchem regelmäßiger Turnunterricht und soldatische Übungen abgehalten werden, bei Gelegenheit des Nationalfestes am 14. Juli eine Fahne als Belohnung in Aussicht.

Infolge der Beratungen von Bevollmächtigten der Ministerien des Krieges, des Innern und des öffentlichen Unterrichts erschien

1) Bulletin 470, S. 1358 ff. — 2) Rundschreiben vom 20. Oktober 1881, Bulletin 472, S. 1691. — 3) Bulletin 477, S. 174. — 4) Bulletin 485, S. 726 ff.

am 6. Juli 1882 ¹⁾ das Dekret über die Bildung der Schulbataillone. Dasselbe lautet:

Art. 1. Jede öffentliche Anstalt des Primär- oder Sekundärunterrichts oder jede Vereinigung von öffentlichen Schulen, welche von 200 bis 600 Knaben im Alter von 12 Jahren und mehr zählt, kann unter dem Namen „Schulbataillon“ ihre Schüler zu Turn- und soldatischen Übungen während der ganzen Dauer des Aufenthalts in den Schulanstalten zusammenziehen.

Art. 2. Kein Schulbataillon kann ohne Genehmigungserlaufs des Präfekten errichtet werden. Diese Genehmigung kann nur dann ausgesprochen werden, wenn die Gruppe der Kinder, welche das Bataillon zu bilden bestimmt sind, als hinreichend befähigt anerkannt worden ist, die Kompagnie-Übungen auszuführen.

Um dieses festzustellen, ist ein Ausschuss von drei Mitgliedern eingesetzt, bestehend aus zwei Offizieren, welche die Militärbehörde ernennt, und dem Inspektor der Akademie oder seinem Stellvertreter.

Art. 3. Jedes Schulbataillon muß nach seiner Errichtung mindestens einmal jährlich durch den im Art. 2 bezeichneten Ausschufs besichtigt werden.

Art. 4. Jedes Schulbataillon erhält vom Minister des öffentlichen Unterrichts eine besondere Fahne, welche ein Jahr lang in derjenigen Schule aufbewahrt wird, deren Schüler im Laufe des Jahres bei der Besichtigung durch den Ausschufs das beste Zeugnis erhalten haben.²⁾

Art. 5. Jedes Schulbataillon besteht aus 4 Kompagnien, deren jede wenigstens 50 Knaben zählt.

Art. 6. In das Schulbataillon dürfen diejenigen Schüler nicht eintreten, welche der Arzt als zur Teilnahme an den Turn- und soldatischen Übungen des Bataillons unfähig erklärt hat.

Art. 7. Jedes Schulbataillon steht unter dem Befehle eines Bataillonsführers (*instructeur en chef*) und den Hilfsinstruktoren, welche durch die Militärbehörde ernannt werden.

Die Verteilung der Schüler auf die einzelnen Kompagnien geschieht auf den Vorschlag der Anstaltsvorsteher durch den Bataillonsführer.

Art. 8. Wenigstens ein Lehrer einer jeden Schule, aus deren Schülern das Bataillon besteht, muß beim Zusammentreten des Bataillons zugegen sein. Diese Zusammenziehung des Bataillons findet vorbehaltlich der besondern Genehmigung des Inspektors der Akademie stets außerhalb der regelmässigen Schulzeit statt.

Art. 9. Das Schulbataillon darf nur mit Gewehren bewaffnet

1) Bulletin 500, S. 15 ff. — 2) Im Jahre 1882 haben 39, im Jahre 1883 30, im Jahre 1884 36, im Jahre 1885 12 Schulbataillone Fahnen erhalten.

sein, welche durch die Militärbehörde gestempelt und nach einem durch den Minister des Krieges für zulässig erklärten Muster gearbeitet sind. Diese Gewehre, deren Anfertigung dem freien Betriebe überlassen ist, müssen folgende Bedingungen erfüllen: sie dürfen nicht zu schwer für das Alter der Kinder sein, sie müssen den vollständigen Bau und die Einrichtung des bei dem Heere im Gebrauche befindlichen Gewehres besitzen, ferner muß das Schiessen mit denselben selbst auf kurze Entfernung unmöglich sein.

Diese Gewehre werden in der Schule aufbewahrt.

Art. 10. Für die Übungen beim Scheibenschiessen werden die Schüler der Schulbataillone, welche wenigstens 14 Jahre alt sind und welche der Bataillonsführer als befähigt dazu bezeichnet, auf den Scheibenstand geführt und dort mit dem besondern Schulgewehr nach den Bestimmungen eingeübt, wie sie durch einen Erlaß des Ministers des Krieges und des öffentlichen Unterrichts festgesetzt werden.

Art. 11. Eine vorschriftsmässige einheitliche Bekleidung giebt es nicht. Die Trachten, welche bei den Schulbataillonen eingeführt werden können, bedürfen der Genehmigung des Ministers des öffentlichen Unterrichts.

Die Schulkassen können durch den Präfekten ermächtigt werden, den Schülern unter den durch besondere Vorschriften festzusetzenden Bedingungen ganz oder zum Teil die notwendigen Bekleidungsstücke zu liefern.

Art. 12. Die Privatanstalten des Primär- und Sekundärunterrichts, welche sich allen Vorschriften des gegenwärtigen Dekrets zu unterwerfen bereit erklären, werden ermächtigt, entweder ihre Schüler in das Bataillon des Kantons einzuverleiben, oder, wenn die Anzahl derselben genügt, besondere Schulbataillone zu bilden, welche jedoch in jeder Beziehung denjenigen der öffentlichen Schulen gleich sein müssen.

Durch Erlaß von demselben Tage ¹⁾ wurde die Verordnung für die Schiefsübungen veröffentlicht. Die Schulgewehre, welche für die Schiefsübungen bestimmt sind, also drei für jede Schule, sollen ebenso wie der Schiefsbedarf in den Kasernen der Gendarmerie oder in den Kammern der Truppenkörper nach Anordnung der Militärbehörde aufbewahrt werden. ²⁾ Die Waffen werden nur für diejenigen Tage ausgeliefert, an welchen wirkliche Schiefsübungen stattfinden, und ausnahmsweise an den Tagen, welche zu den Vorübungen dienen, um die Handhabung des Gewehrs, das Zielen und die Stellung des Schützen zu lernen. ³⁾ Die Gewehre und der für die betreffenden Tage notwendige Schiefsbedarf werden dem Bataillonsführer auf dessen schriftliches und begründetes Gesuch geschickt; ⁴⁾ derselbe trifft in Verbindung

1) Bulletin 500, S. 18. — 2) Art. 1. — 3) Art. 2. — 4) Art. 3.

mit den Vorständen der Schulanstalten die nötigen Anordnungen zur Sicherung der Beförderung der Waffen nach dem Schießplatz und nach der Kaserne.¹⁾ Die Kosten der Lieferung des Schießbedarfs und der Beförderung sowie der Reinigung der Gewehre fallen den Schulen zur Last.²⁾ Jeder Knabe, welcher zu den Schießübungen zugelassen wird, kann höchstens 30 Schüsse jährlich in 5 Abschnitten abgeben; bei derselben Übung dürfen nicht mehr als 6 Kugeln verschossen werden.³⁾ Das Scharfschießen kann ausnahmsweise im freien Felde vorgenommen werden auf künstliche oder natürliche Ziele, jedoch sind stets die nötigen Vorsichtsmaßregeln zu beobachten.⁴⁾

Das Rundschreiben des Kriegsministers an die kommandierenden Generale vom 8. Juli 1872⁵⁾ betrifft die Ordnung der bereits bestehenden Schulbataillone und die Gründung von neuen in Gemäßheit des oben angeführten Dekrets vom 6. Juli 1882. Demnach soll der Ausschufs, welchen Art. 2 des Dekrets einsetzt, sofort ins Leben treten. Von den beiden Offizieren, welche Mitglieder desselben sind, wird der eine der Platzkommandant der Garnison sein oder an dessen Stelle ein höherer Offizier nach der Wahl des kommandierenden Generals; der andere ist ein gleichfalls von letztem zu bezeichnender Hauptmann oder Lieutenant. Der Ausschufs wird sich sofort in die Schulen begeben, in welchen bereits soldatische Übungen stattfinden; nach der Besichtigung wird von seiner Entscheidung der Präfekt des betreffenden Departements, der Rektor der Akademie und der Brigadegeneral in Kenntnis gesetzt, welcher letztere dem kommandierenden General Mitteilung macht. Wenn alle Bedingungen erfüllt sind, und ein Erlaß des Präfekten, von welchem der kommandierende General Kenntnis erhält, die Ermächtigung zur Gründung des Schulbataillons gegeben hat, soll der kommandierende General den Bataillonsführer und die Instruktoren ernennen, welche vorläufig aus dem stehenden Heere genommen werden. Wenn das Bataillon auf diese Art regelrecht eingerichtet ist, wird dem kommandierenden General zur Pflicht gemacht, die Bataillone beaufsichtigen zu lassen, im Verein mit den Verwaltungs- und Schulbehörden die Feld- und Schießübungen zu ordnen, und, wenn nötig, die Stempelung der dem Bataillon gelieferten Waffen durch Artillerie-Offiziere nachsehen zu lassen. Wenn unter den bereits gebildeten und mit Waffen versehenen Schulbataillonen sich solche vorfinden, welche die in dem Dekret vorgeschriebenen Bedingungen nicht erfüllen und die Genehmigung des Präfekten nicht haben, so sollen dieselben ohne weiteres aufgelöst werden; die Militairbehörde darf deren Zusammentreten weder genehmigen noch zulassen.

1) Art. 4. — 2) Art. 7. — 3) Art. 13. — 4) Art. 16. — 5) Bulletin 501, S. 61 ff.

Ein weiteres Rundschreiben des Kriegsministers an die kommandierenden Generale vom 11. November 1882¹⁾ bestimmt, daß die Führer der Schulbataillone und die Instruktoren zukünftig auch aus den Offizieren der Reserve und des Territorialheeres genommen werden können, und zwar unter Mitwirkung der Präfekten, welchen es zusteht, solche Männer von der Liste zu streichen, durch deren Wahl leicht Unzuträglichkeiten entstehen könnten. Den für die Ausbildung der Schulbataillone berufenen Offizieren können für ihre Bemühungen Anerkennungen gezollt werden, wenn sie sich in der guten Leitung der Bataillone ausgezeichnet haben; ebenso den Unteroffizieren und Gemeinen, welche nicht mehr der Reserve oder dem Territorialheere angehören. Diejenigen, welche sich noch zu den Kontrollversammlungen stellen müssen, werden von der einen der beiden jährlichen Einberufungen befreit, wenn sie als Angehörige der Reserve 30 oder als Angehörige des Territorialheeres 20 Übungen in den Schulanstalten abgehalten haben. Für die einheitliche Leitung der militärischen Übungen wird vom Kriegsministerium den Führern und Instruktoren der Schulbataillone ein Handbuch geliefert werden.

Da die Zulassung zu den Schulbataillonen eifrige und viele Vorübung erfordert, so gestattet der Ministerialerlaß vom 20. Dezember 1882²⁾ auch denjenigen Schülern, welche wegen mangelhafter Vorbildung oder wegen ungenügender Zahl und zu weiter Entfernung voneinander ein Schulbataillon nicht bilden können, die soldatischen Übungen mit Waffen nach Vorschrift des Dekrets vom 6. Juli 1882 sowohl innerhalb wie außerhalb der Schulanstalt.

Diejenigen Schulbataillone, welche den vorgeschriebenen Bestand an Instruktoren besitzen, haben ihre Besichtigungen und Paraden, und in dieser Hinsicht gelten für sie dieselben Bestimmungen, wie für die Truppen. Infolge dessen und nach der Vorschrift des Dekrets vom 13. Oktober 1863 haben nur die Generale, die höhern Offiziere, welchen ein Territorialkommando anvertraut ist, und die Führer der Schulbataillone das Recht, über letztere Besichtigung abzuhalten und die Parade abzunehmen. Die Präfekten und Unterpräfekten können die Militärbehörde ersuchen, daß die Schulbataillone ihres Verwaltungsbezirks in ihrer Gegenwart Parade haben; ähnliche Gesuche können auch die Gemeindebehörden durch die Präfekten an die Militärbehörde richten. In keinem Falle dürfen die Schulbataillone zugleich mit den Truppen Übungen oder Parade abhalten.³⁾ Die Parade der Schulbataillone vor ihrem Kommandeur wird nicht als eine militärische Ehrenbezeugung betrachtet.

1) Bulletin 518, S. 383 ff. — 2) Bulletin 525, Suppl. S. 988 ff. —

3) Erlaß vom 25. Mai 1883, Bulletin 548, S. 272 ff.

§. 12.

Die Schulbücher und die Schulbibliotheken.

I.

Art. 8 des Dekrets vom 21. Oktober 1793 hatte die Bestimmung getroffen, daß der Ausschufs des öffentlichen Unterrichts damit beauftragt werden sollte, die geeigneten Maßregeln zu treffen, um die Abfassung von Volksschulbüchern zu bewerkstelligen; dasselbe bestimmte das Dekret vom 19. Dezember 1793 (Sect. III, Art. 1); jedoch fügte Art. 2 noch hinzu, daß die Bürger und Bürgerinnen, welche den Kindern den ersten Unterricht erteilen, verpflichtet sind, die von der Volksvertretung genehmigten und veröffentlichten Bücher dem Unterricht zu Grunde zu legen. Kap. III, Art. 7 des Dekrets vom 17. Dezember 1794 wiederholt die letztere Bestimmung. Unter dem Konsulat und Kaiserreich geschah für die Volksschulen auch nach dieser Richtung hin nichts. Das einzige Buch, welches Napoleon I. in die Volksschule einführte, war der bekannte kaiserliche Katechismus. Grundsätzlich hielt man an dem Standpunkt fest, daß dem Staat und seinen Vertretern die Aufsicht über die Einführung der Schulbücher verbleibe, denn Art. 80 des Dekrets vom 17. März 1808 gab dem Rat der Kaiserlichen Universität das Recht, die Bücher, welche zum Gebrauch in die Hände der Schüler oder in die Bibliotheken kommen sollten, zu genehmigen oder zu untersagen. Die Verordnung vom 27. Februar 1835,¹⁾ betreffend die Aufsicht über die Volksschule, besagt in Art. 3, §. 2: „Der Volksschulinspektor muß sich davon Überzeugung verschaffen, daß in den öffentlichen Volksschulen keine Bücher gebraucht werden, welche nicht durch den Königlichen Unterrichtsrat genehmigt sind, sowie daß die in Privatschulen gebrauchten Bücher nichts enthalten, was den Sitten zuwider ist.“ Ein weiterer Erlass vom 30. Dezember 1836²⁾ bestimmte, daß ein Verzeichnis der für die Volksschulen genehmigten Bücher alle 5 Jahre veröffentlicht werden sollte. Die Auswahl der einzelnen Bücher war den Lehrern überlassen unter der Leitung des Aufsichtsausschusses und der Volksschulinspektoren. Der Minister Guizot veranlaßte die Veröffentlichung eines Verzeichnisses der von 1808 bis zum 31. Dezember 1836 zugelassenen Volksschulbücher; die spätern Minister setzten die Veröffentlichung jedoch nicht fort.

Am 12. August 1831 war durch den Königlichen Unterrichts-

1) Gréard a. a. O. I. S. 335 ff. — 2) Dictionnaire de pédagogie p. Buisson, I. S. 1620.

rat ein Ausschufs zur Prüfung der Schulbücher eingesetzt worden; durch den Erlafs vom 5. September 1840¹⁾ wurde derselbe umgestaltet; er sollte aus 12 Mitgliedern bestehen, in 5 Abteilungen verteilt, welchen die verschiedenen Unterrichtsfächer zugewiesen waren. Der Ausschufs, welcher jeden Donnerstag zusammentritt, übersendet das Verzeichnis der als zulässig anerkannten Bücher dem Königlichen Unterrichtsrat, damit dieser die endgültige Entscheidung treffe. Nach einem Erlafs des Ministers de Salvandy sollte dieses Verzeichnis jährlich im Journal de l'instruction publique veröffentlicht werden, gleichfalls die nachträgliche Veröffentlichung der seit 1837 genehmigten Bücher erfolgen.

Das Gesetz vom 15. März 1850 änderte an der bestehenden Gesetzgebung nur wenig; während bisher das Recht der Genehmigung oder Zurückweisung der Bücher dem Rat der Universität eingeräumt war, erhielt durch Art. 5 §. 6 des Gesetzes vom 15. März 1850 der Oberunterrichtsrat nur das Recht der Begutachtung; die endgültige Entscheidung darüber, ob Bücher in den öffentlichen Volksschulen eingeführt werden können bzw. ob sie für die Privatschulen verboten werden, weil sie den Sitten, der Verfassung und den Gesetzen zuwider sind, bleibt dem Minister des öffentlichen Unterrichts vorbehalten, jedoch mufs der Oberunterrichtsrat stets vorher gehört werden.

Nach einem Gutachten des Oberunterrichtsrats vom 16. Dezember 1850²⁾ soll ein Ausschufs, bestehend aus den Oberinspektoren des Volksschulunterrichts und dem Volksschulinspektor des Seine-departements, eine Vorprüfung der betreffenden Bücher vornehmen, bevor dieselben zur Beratung vor den Oberunterrichtsrat gelangen; letzterer wird ferner über Bücher religiösen Inhalts nicht in Beratung treten, wenn dieselben nicht vorher die Genehmigung der geistlichen Behörde erlangt haben.

Die Bestimmungen des Gesetzes von 1850 wurden zunächst nicht ausgeführt, weil man auf zu grofse Schwierigkeiten stiefs. Der Minister Fourtoul glaubte in dem Verfahren des „vorläufigen Versuchs“ das richtige Mittel gefunden zu haben, die Bücher zu prüfen. Nach dem Erlafs vom 24. Dezember 1855 sollten gemäß dem Vorschlage der Rektoren der Akademie die in Frage stehenden Bücher an einer oder mehreren Anstalten probeweise eingeführt werden, und die Vorsteher dieser Anstalten Bericht über die Brauchbarkeit derselben erstatten; mit dem Gutachten des Rektors der Akademie versehen, werden sodann die Berichte dem Minister übersandt, welcher sie dem Oberunterrichtsrat vorlegt.

Aber auch dieses Verfahren war undurchführbar, so dafs der

1) Gréard a. a. O. I. S. 577 ff. — 2) Gréard a. a. O. II. S. 199 ff.

Minister Rouland in einem Erlaß vom 26. Dezember 1858¹⁾ auf andere Weise die schwierige Frage zu lösen suchte. Demnach sollte jeder Schriftsteller, welcher die Einführung eines Buches in die öffentlichen Schulen wünscht, drei Abdrücke dem Unterrichtsminister übersenden, damit dieselben von einem Ausschufs geprüft werden, welcher aus sämtlichen Generalinspektoren der drei Unterrichtsstufen und aus sieben weiteren, vom Minister ernannten Mitgliedern bestand.²⁾ Über jedes einzelne Werk muß schriftlicher Bericht erstattet werden. Nach dieser Vorprüfung werden diejenigen Bücher, welche sich zur Einführung geeignet erweisen, dem Oberunterrichtsrat zur Begutachtung vorgelegt, während der Minister nach Anhörung des Gutachtens endgültig entscheidet.³⁾ Zu jeder neuen veränderten Auflage ist die Genehmigung des Ministers erforderlich, deren Wortlaut an die Spitze eines jeden Werkes gesetzt werden muß.⁴⁾

Der Ausschufs, dessen Wirksamkeit durch den Erlaß vom 28. Dezember 1858⁵⁾ näher bestimmt wurde, trat auch wirklich zusammen, aber etwas Fruchtbares zutage zu fördern gelang auch ihm nicht: an dem Tage, an welchem er sich zum erstenmal versammelte, lagen nicht weniger als 800 Werke zur Prüfung vor; die Zahl der jährlich einlaufenden Bücher betrug 250—300, so daß an eine auch nur annähernde Erledigung der Geschäfte nicht zu denken war. Die Unzulänglichkeit der jetzigen Einrichtung erforderte abermals eine neue Anordnung.

Diese trat ins Leben durch den Ministerialerlaß vom 11. Jan. 1865.⁶⁾ Derselbe bestimmte, daß die Inspektoren der Akademie unter eigener Verantwortlichkeit dem Departementsschulrat diejenigen Bücher unterbreiteten, welche in ihrem Verwaltungsbezirke erschienen oder im Gebrauche waren und welche sie mit den Sitten, der Verfassung und den Gesetzen nicht in Einklang stehend erachteten.⁷⁾ Hat der Departementsschulrat die Ansicht, daß jene Bücher verboten werden müssen, so spricht er dieses unter Angabe der Gründe aus;⁸⁾ die Verhandlungen werden sodann dem Oberunterrichtsrat vom Minister zur Begutachtung vorgelegt,⁹⁾ wonach der Minister endgültig entscheidet.

Der durch den Erlaß vom 26. Dezember 1858 eingesetzte Ausschufs war dadurch aufgehoben. Die Bestimmungen von 1865 blieben in Kraft bis zum Jahre 1873, wo der Erlaß vom 22. Juli¹⁰⁾ im allgemeinen die Bestimmungen des Erlasses vom 26. Dezember 1858 wieder in Geltung brachte, jedoch auch nicht für lange Zeit, da der Erlaß vom 3. Juli 1875¹¹⁾ die Bestimmungen

1) Gréard a. a. O. II. S. 469 ff. — 2) Art. 1 und 2. — 3) Art. 5.
4) Art. 7. — 5) Gréard a. a. O. II. S. 471. — 6) cf. Dict. I. S. 1624.
— 7) Art. 1. — 8) Art. 2. — 9) Art. 4. — 10) Gréard a. a. O. II.
S. 752 ff. — 11) Pizard, Vade mecum, S. 412.

des vom Minister Duruy im Jahre 1865 veröffentlichten Erlasses im wesentlichen wieder aufnahm und erweiterte.

Demgemäß sollen die Lehrer an den öffentlichen Volksschulen den Volksschulinspektoren jährlich ein Verzeichnis der in ihren Schulen im Gebrauch befindlichen Bücher übersenden; ¹⁾ der Volksschulinspektor übermittelt das Verzeichnis dem Rektor der Akademie; dieser stellt sämtliche im Bereich der Akademie gebräuchlichen Bücher zusammen und übersendet diese Liste mit dem Gutachten der Departementsschulräte versehen dem Unterrichtsminister. ²⁾ Das Verzeichnis sämtlicher Bücher wird vom Minister einem dazu eingesetzten Ausschufs, bestehend aus den Generalinspektoren und einer weitem Anzahl von Mitgliedern, zur Vorberatung übergeben. Dieser Ausschufs stellt ein Verzeichnis derjenigen Bücher auf, welche er zur Einführung in die öffentlichen Schulen nicht für geeignet hält, daneben ein anderes Verzeichnis solcher Bücher, deren Gebrauch auch in den Privatschulen untersagt werden soll. ³⁾ Sodann wurden dem Oberunterrichtsrat das Gesamtverzeichnis der in den öffentlichen Volksschulen im Gebrauch befindlichen Bücher und die Vorschläge des Prüfungsausschusses zur Begutachtung vorgelegt. ⁴⁾ Wenn im Laufe des Jahres ein Buch zur Einführung in eine Schule gelangt, welches nicht auf dem ersten Verzeichnis gestanden hat, so muß dem Minister durch den Rektor Anzeige davon erstattet werden. ⁵⁾

Es handelte sich also nunmehr eigentlich nur noch um die Feststellung zweier Klassen von Büchern: 1. derjenigen, welche mit den Sitten, der Verfassung und den Gesetzen in Widerspruch standen, also zum Gebrauch in den freien und öffentlichen Schulen nicht gestattet wurden; 2. derjenigen, welche wegen des Lehrgangs oder in wissenschaftlicher Beziehung nicht genügten, demnach Einführung in die öffentlichen Volksschulen nicht finden konnten. Es soll zukünftig keine ausdrückliche Genehmigung von Schulbüchern mehr erteilt werden; nur diejenigen werden bezeichnet, welche auszuschliessen sind, sowie Verzeichnisse der verbotenen Bücher veröffentlicht. Jedes Buch, welches nicht ausdrücklich verboten ist, ist stillschweigend erlaubt und zulässig, vorausgesetzt, daß es auf einem durch den Rektor der Akademie mit dem Gutachten des Departementsschulrats versehenen, dem Minister vorgelegten Gesamtverzeichnis steht. ⁶⁾

Auch bei diesen Bestimmungen blieb es nicht. In einem Rundschreiben vom 10. Juni 1879 an die Rektoren hatte der Unterrichtsminister Ferry darauf hingewiesen, daß in vielen Departements die Lehrer selbst unter der Leitung der Volksschul-

1) Art. 2. — 2) Art. 3. — 3) Art. 4. — 4) Art. 5. — 5) Art. 6. —

6) Vgl. Rundschreiben des Ministers an die Rektoren vom 16. Juli 1875 bei Pizard, a. a. O. S. 413.

inspektoren über neu erschienene und einzuführende Schulbücher Beratungen gepflogen hatten; er glaubte, daß diese Beratungen wohl geeignet erscheinen möchten, in Verbindung mit den amtlichen Zusammenkünften der Lehrer eine feste Grundlage zu bilden betreffs der Beurteilung der Volksschulbücher. Ihm, dem Minister, scheine es wesentlich zu sein, wenn in dieser so wichtigen Frage in das Urteil der Lehrpersonen selbst der Schwerpunkt der Entscheidung gelegt werde. Die Rektoren werden ersucht, sich über die zu treffenden Maßregeln zu äußern, welche geeignet erscheinen, die Freiheit in der Wahl der Volksschulbücher ohne Störung in Einklang zu bringen mit der einheitlichen Leitung der Schule und mit allen Verbesserungen des Schulwesens, die von jetzt an ermöglicht werden könnten. Die Antwort der Rektoren war eine fast einstimmige: sie sprachen sich gegen das bisherige Verfahren aus und befürworteten eine selbständigere Teilnahme der Lehrer an der Wahl der Volksschulbücher unter der Leitung der Volksschulinspektoren und der Inspektoren der Akademie.

In Übereinstimmung mit dieser Befürwortung erschien der Ministerialerlaß vom 16. Juni 1880,¹⁾ welcher betreffs der Wahl der Volksschulbücher die heute geltenden Grundsätze aufstellt. Derselbe lautet:

Art. 1. Jedes Jahr und in jedem Departement wird ein Verzeichnis derjenigen Bücher aufgestellt, welche für geeignet erachtet werden, zum Gebrauch in den niedern und gehobenen Volksschulen Verwendung zu finden.

Art. 2. Zu diesem Zweck stellen die ordentlichen Lehrer und Lehrerinnen eines jeden Kantons, welche das Befähigungszeugnis besitzen, in der allgemeinen Lehrerversammlung spätestens in der ersten Hälfte des Monats Juli ein Verzeichnis derjenigen Bücher auf, welche sie für die Einführung in den öffentlichen Volksschulen geeignet halten.

Art. 3. Alle so aufgestellten Verzeichnisse werden dem Inspektor der Akademie übersandt. Ein Ausschuss, welcher am Hauptort des Departements seinen Sitz hat und zusammengesetzt ist aus den Volksschulinspektoren, dem Vorsteher und der Vorsteherin des Lehrer- und Lehrerinnenseminars und den Lehrern dieser Anstalten, vereinigt unter dem Vorsitz des Inspektors der Akademie, prüft die nach Kantonen aufgestellten Verzeichnisse und setzt den Entwurf eines Gesamtverzeichnisses fest. Dieses Verzeichnis wird endgültig abgeschlossen durch die Genehmigung des Rektors der Akademie.

Art. 4. Die Erlasse vom 22. Juli 1873 und 3. Juli 1875 sind aufgehoben, sofern sie sich mit diesem Erlaß nicht in Einklang befinden.

1) Bulletin 454, S. 668.

Die Erläuterungen zu vorstehendem Erlaß enthält das ministerielle Rundschreiben an die Rektoren vom 7. Oktober 1880.¹⁾ Es giebt, sagt der Minister, zwei Wege betreffs der Feststellung der in der Schule zu gebrauchenden Bücher, den der Amtsgewalt und den der Freiheit. Ein einziges amtlich vorgeschriebenes Handbuch für jeden Unterrichtsstoff oder eine kleine Anzahl auserwählter Werkchen, genehmigt durch den Minister und unter Ausschluss aller andern Bücher in den öffentlichen Schulen amtlich verteilt, dies ist das eine Verfahren, welches sehr einfach und schnell durchführbar zu sein scheint. Das andere Verfahren entspricht mehr der Freiheit: der Lehrerschaft selbst wird die Prüfung und Wahl der Bücher anvertraut, welche der freie Wett-eifer der Verfasser ununterbrochen zutage fördert; ferner ist die Abänderung, Vermehrung und Verbesserung des Verzeichnisses entsprechend den Fortschritten des Schulbüchermarkts. Mehrere Gründe haben zu letzterm Verfahren geführt; der wichtigste ist der, daß die gemeinsame Prüfung der Bücher, des Lehrverfahrens und der Unterrichtsmittel eine der wirksamsten Anregungen ist, die fachmännische Einsicht und die Entwicklung des Urteils unserer Lehrer zu fördern, sie überhaupt daran zu gewöhnen, selbst anregend zu wirken, die Verantwortlichkeit und thatsächliche Leitung derjenigen Änderungen zu übernehmen, welche ihrem Unterrichte förderlich sind.

Absichtlich ist dem Rektor der Akademie eine unmittelbare Einwirkung nicht zugestanden worden; der Oberunterrichtsrat hat geglaubt, den Kantonal-Lehrerversammlungen die Verantwortlichkeit der Wahl, dem Departementsausschuß die Verantwortlichkeit der Prüfung zuweisen zu müssen, dem Rektor endlich die Oberleitung des Verfahrens im Bereich der ganzen Akademie. Wenn dem unter dem Vorsitz des Inspektors der Akademie versammelten Ausschufs die Wahl einzelner Bücher eine unglückliche zu sein scheint, oder sich ernstliche Lücken ergeben, dann wird der Ausschufs die Sache zu erneuter Prüfung der Kantonalversammlung zurückschicken. Die Rektoren sollen die Verzeichnisse ihrerseits genau prüfen, sie sollen den weitesten Gebrauch von den Befugnissen machen, welche ihnen Artikel 21 des Dekrets vom 22. August 1854 zuerkennt.²⁾

1) Bulletin 459, S. 1337. — 2) Art. 21. Der Rektor wacht unter Vermittlung des Inspektors der Akademie und der Volksschulinspektoren über die Ausführung der Lehrpläne in allen öffentlichen Volksschulen seines Bezirks.

Er schlägt dem Minister die geeigneten Mafsregeln vor zur Verbesserung des Unterrichtsverfahrens in den Lehrerseminaren und den öffentlichen Volksschulen.

Er erstattet demselben jährlich Bericht über den Stand des öffentlichen und freien Volksschulwesens in der Akademie.

Die Aufstellung der jährlichen Verzeichnisse der Schulbücher giebt dem Rektor die beste Handhabe zur Kenntniss des Zustandes und der Fortschritte des Unterrichtswesens; er ersieht aus denselben die Weiterbildung oder den Stillstand der Lehrerschaft in Fragen der Erziehung und des Unterrichts, so daß er daraus die geeignetste Veranlassung nehmen kann zum Erlass von Verfügungen an die Lehrerschaft über die verschiedensten Fragen, Verfügungen, welche mehr als ministerielle Rundschreiben gerade die schwebenden Schul- und Lehrfragen betreffen, die besonders Eigentümlichkeiten des Bezirks berühren, die Arten des Lehrverfahrens und die Erfolge in den benachbarten Departements vergleichen, letztere durch Anregung der Nacheiferung einander näher bringen und so eine einheitlichere Leitung der ganzen Akademie erzielen, die um so wirksamer ist, als sie aus unmittelbarer Nähe kommt.

Dadurch werden besonders zwei Arten von Büchern ausgerottet werden: 1. die veralteten Bücher, welche mit Kunstausdrücken und Begriffsbestimmungen angefüllt sind, welche aus der Sprachlehre ein unentwirrbares Formenbuch, aus der Erdbeschreibung ein Namensverzeichnis, aus der Geschichte einen Auszug ohne Leben und Vaterlandsliebe, aus dem Lese-Unterricht, der doch die Seele der Schule sein sollte, eine geschmacklose und gedankenarme Übung machen; 2. diejenigen Bücher, welche allzu bequem sind, in welchen der Lehrer seinen Vortrag fertig vorfindet, Fragen und Antworten, Arbeiten und Übungen, welche dem Lehrer die Auseinandersetzung, dem Schüler das Denken unnötig machen. Das Gesetz giebt nicht dem Rektor, nicht einmal dem Minister das Recht, ein Buch zu verbieten; aber es verbietet dem Rektor nicht, den Untergebenen eine solche Kenntniss und eine solche Liebe zu gutem Lehrverfahren einzuflößen, sie so streng gewissenhaft in dessen Wahl, so eifrig für die Fortschritte in ihrer Schule zu machen, daß sie für ihre Schule nur die besten und vollkommensten Lehrbücher gebrauchen.

Die Lehrerversammlungen, in welchen die Bücher bestimmt werden, sind nicht mit den eigentlichen Fachverhandlungen zu verwechseln,¹⁾ weil ja auch die Teilnehmer teilweise andere sind, aber die beiden Zusammenkünfte sollen, um das häufigere Reisen zu vermeiden, möglichst vereinigt werden. Der Volksschulinspektor ist der regelmäßige Vorsitzende in diesen Versammlungen; die Bücher, welche dort zur Beratung kommen, sollen zunächst die im Gebrauch befindlichen sein, ohne daß dadurch der Versammlung in der Wahl anderer Bücher eine Schranke gesetzt ist. Bücher von minder gutem Wert können füglich wegbleiben; der Beratung soll nicht etwa nur ein Buch von jeder Art unterbreitet

1) Vgl. Teil I. S. 119 ff.

werden, aber man soll sich auch vor der Beratung zu vieler Bücher über einen und denselben Unterrichtsstoff hüten. Wenn sich auch in der ersten Zeit noch in der Auswahl der einzelnen Bücher Ungleichheiten zeigen, so werden doch die Erfahrung, der Einfluß des Rektors und die Nacheiferung mit der Zeit das Gleichgewicht herstellen. Besonders muß die freie Besprechung der Lehrer selbst gewahrt bleiben; der Vorsitzende darf durch Abgabe seines Urteils keinen Druck auf die Lehrer ausüben; über jedes Werk, welches besprochen werden soll, muß schriftliches Gutachten vorliegen. Wenn man nicht klar über eine Sache ist, muß dieselbe zu eingehenderer Prüfung für die nächste Sitzung verschoben werden.

II.

Das ministerielle Rundschreiben vom 31. Mai 1860¹⁾ bestimmte, daß bei allen Schulbauten, für welche Staatsbeihilfen gefordert werden, unter der Schulausstattung in erster Reihe die Schulbibliothek erwähnt sein müsse. Die genauere Einrichtung der Schulbibliotheken bestimmt der Ministerialerlaß vom 1. Juni 1862,²⁾ welcher noch in Kraft ist. Er lautet:

Art. 1. Bei jeder öffentlichen Volksschule muß eine Bibliothek eingerichtet sein.

Art. 2. Die Bibliothek steht unter der Aufsicht des Hauptlehrers in einem der Säle derjenigen Schulanstalt, deren Eigentum sie ist.

Die Bücher müssen in einem besondern Schrank nach der Vorschrift des ministeriellen Rundschreibens vom 31. Mai 1860 aufgestellt sein.

Art. 3. Die Schulbibliothek umfaßt:

1. die Bücher, welche in der Schule im Gebrauch sind;
2. die Bücher, welche der Schule durch den Minister des öffentlichen Unterrichts überwiesen werden;
3. die Bücher, welche durch die Präfekten überwiesen werden aus den von den Generalräten bewilligten Beträgen;
4. die von einzelnen geschenkten Werke;
5. die aus den Mitteln der Bibliothek selbst beschafften Werke. (Vgl. Art. 7.)

Art. 4. Bücher können von dem Minister des öffentlichen Unterrichts nicht überwiesen werden, wenn die Gemeinde nicht den Nachweis liefert:

1. daß sie einen Bücherschrank besitzt;

1) Pizard, Vade mecum, S. 222. — 2) Gréard, a. a. O. II. S. 506 ff.

2. daß Schulbücher für die Bedürfnisse der schulgeldfreien Kinder hinreichend vorhanden sind.

Art. 5. Die Schulbücher sollen, wenn nötig, im Unterrichte allen Kindern geliehen werden, welche nach Art. 45 des Gesetzes vom 15. März 1850 schulgeldfrei sind. Ebenfalls sollen sie den Schulgeld zahlenden Kindern gegeben werden, welche den im Art. 7 dieses Erlasses bezeichneten freiwilligen Beitrag zahlen.

Die unter §. 2, 3, 4 und 5 des Art. 3 erwähnten Bücher können an die Familien verliehen werden, welche die Verpflichtung übernehmen, dieselben in gutem Zustande zurückzugeben oder den Wert derselben zu ersetzen.

Art. 6. Keines der im §. 2, 3, 4 und 5 des Art. 3 erwähnten Werke kann ohne die Genehmigung des Inspektors der Akademie in die Bibliothek aufgenommen werden, mag es durch Ankauf erworben oder von einzelnen geschenkt sein.

Der Ankauf der Schulbücher geschieht durch die Hauptlehrer auf Grund eines jährlich vom Akademierat für alle Schulen des Verwaltungsbezirks aufgestellten und vom Minister festgesetzten Verzeichnisses.

Art. 7. Die Einnahmen der Bibliothek bestehen aus:

1. den besondern Mitteln, welche durch die Gemeinderäte bewilligt werden;
2. den Beträgen, welche im Gemeindehaushalt aufgenommen sind zur Anschaffung von Büchern für arme Kinder, und welche die Gemeinderäte der neuen Stiftung zuwenden;
3. den Beträgen der Zeichnungen, Geschenke oder Vermächtnisse zu Gunsten der Bibliothek;
4. den Ersatzgeldern, welche die Familien für verlorene oder verdorbene Bücher zahlen;
5. freiwilligen Beiträgen, welche die Familien der Schulgeld zahlenden Kinder leisten, deren Höhe jährlich nach dem Gutachten des Gemeinderats durch den Departementschulrat festgesetzt wird.

Art. 8. Der Hauptlehrer hat drei Bücher nach vorgeschriebenem Muster zu führen: 1. das Bücherverzeichnis, 2. Einnahme- und Ausgabenachweisung, 3. Verzeichnis der entliehenen und zurückerstatteten Bücher. Bei jeder Besichtigung durch die Aufsichtsbehörde müssen diese Bücher auf Verlangen vorgelegt werden.

Art. 9. Der Hauptlehrer muß in übersichtlicher Ordnung die Quittungen, Briefe und alle auf die Schulbibliothek bezüglichen Schriftstücke aufbewahren.

Art. 10. Jedes Jahr am 31. Dezember nimmt der Lehrer in Gegenwart des Maire den Bestand der Bibliothek und der Kasse auf. Die schriftlichen Verhandlungen werden durch

den Volksschulinspektor dem Inspektor der Akademie übersandt.

Art. 11. Bei jedem Lehrerwechsel wird die schriftliche Verhandlung über den Bestand der Bibliothek und der Kasse von dem abgehenden Lehrer und seinem Nachfolger unterzeichnet. Der abgehende Lehrer wird von seiner Verantwortlichkeit nicht eher entbunden, bis er vom Volksschulinspektor eine Bescheinigung hat, in welcher die Erfüllung obiger Vorschriften sowie die Übernahme durch seinen Nachfolger bestätigt ist.

Art. 12. Bei den Schulbesichtigungen sehen die Volksschulinspektoren die verschiedenen in Art. 8 erwähnten Bücher durch. Sie vergewissern sich, daß die Anschaffung der Bücher nach den Vorschriften des Art. 6 gemacht ist und daß die Bibliothek kein geschenktes Buch enthält, dessen Annahme nicht durch den Inspektor der Akademie genehmigt worden ist. Sie prüfen die Einnahme und Ausgabe und stellen etwaige Ungehörigkeiten fest.

Art. 13. Am Ende des Jahres erstattet der Inspektor der Akademie durch den Rektor dem Minister des öffentlichen Unterrichts Bericht über die Lage der Schulbibliotheken.

Art. 14. Die Rektoren, Präfekten, Inspektoren der Akademie und Volksschulinspektoren, jeder, soweit es ihn betrifft, sind mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt, welche in allen öffentlichen Schulen angeheftet sein muß.

Während also dem Rektor die sittliche Überwachung der Bibliothek anvertraut ist und unter seinem Vorsitz im Akademierat die zulässigen Bücher bestimmt werden, ist es Aufgabe des Präfekten, die Gemeinderäte für die Sache günstig zu stimmen und für den Geldpunkt zu sorgen. Das ministerielle Rundschreiben vom 24. Juni 1862 an die Rektoren und das von demselben Tage an die Präfekten¹⁾ betont, daß die Auferlegung eines Beitrages für die wohlhabenden Eltern es ermöglicht, nunmehr allen Kindern, auch den armen, die Schulbücher zu geben, daß somit der Gang des Unterrichts ein mehr regelmäßiger und fruchtbringender sein könne, zumal auf dem Lande, wo jetzt noch viele arme Kinder ohne Schulbücher seien. Zudem sei das Ausleihen guter Bücher an die Eltern der Kinder geeignet, die öffentlichen Sitten zu bessern. Die Präfekten und Rektoren schenkten dem Gedeihen der Bibliotheken ihre volle Aufmerksamkeit, so daß das ministerielle Rundschreiben vom 8. Oktober 1867²⁾ die sehr schnelle Vermehrung derselben betonen konnte. Es waren damals schon fast 11 500 Schulbibliotheken gegründet mit über 700 000 Bänden, welche nach Ausweis der Listen fleißig benutzt wurden; 1880 betrug die Zahl derselben gegen 20 000 mit zwei Millionen Bänden.

1) Pizard, a. a. O., S. 223 ff. — 2) Pizard, a. a. O., S. 229.

Nach den Bestimmungen des ministeriellen Erlasses vom 10. Januar 1880¹⁾ zerfällt der Ausschufs, welcher unter dem Vorsitz des Ministers des öffentlichen Unterrichts über die in die Schul- und Volksbibliotheken aufzunehmenden Bücher zu beraten hat, in drei Abteilungen:

1. den Ausschufs zur Förderung volkstümlicher Schriften;
2. den Ausschufs für Gemeinde-Volksbibliotheken;
3. den Ausschufs für die eigentlichen Schulbibliotheken, welche zukünftig den Namen „Volksbibliotheken der öffentlichen Schulen“ tragen. Dieser Ausschufs ist auch mit der Bezeichnung der Preisbücher beauftragt.²⁾

Dem Ausschufs zur Förderung volkstümlicher Schriften liegt es ob, die geeigneten Mittel und Wege ausfindig zu machen, um die Abfassung guter Bücher zu fördern und für ihre Verbreitung zu sorgen; er bezeichnet namentlich dem Minister die Werke, für welche eine Belohnung erteilt werden kann, sowie die Stoffe, welche sich zu Preisausschreiben eignen; er verfaßt die Entwürfe der Preisausschreiben und begutachtet die eingesandten Schriften.

Der Ausschufs für die Gemeinde-Volksbibliotheken setzt die Veröffentlichung des Verzeichnisses derjenigen Werke fort, welche in den Volksbibliotheken angeschafft werden; er kann dem Minister Vorschläge zum Ankauf der besten Werke machen.

Der Ausschufs für die Volksbibliotheken der öffentlichen Schulen und die Preisbücher bezeichnet dem Minister:

1. die Werke, welche am geeignetsten für diese Bibliotheken sind, um entweder als Grundlage derselben zu dienen oder vom Minister an die einzelnen Schulen verschenkt zu werden;
2. die Werke, welche wegen ihres besondern Verdienstes angekauft werden sollen, um sie in den verschiedenen Anstalten des Volksschulunterrichts als Preise zu verteilen.³⁾ Die Titel dieser Werke werden in dem Ministerialblatte veröffentlicht, auch alljährlich den Lehrern Verzeichnisse derselben vom Ministerium übersandt.

In dem Maße jedoch, in welchem die Regierung zu den Schulbibliotheken beisteuerte, beteiligten sich die Gemeinden nicht; eine große Anzahl von Schulen, welche seit 1860 unter Beihülfe von Staatsunterstützungen gebaut wurden, mit deren Gewährung die Verpflichtung zur Gründung einer Bibliothek verbunden war, hatten 1880 noch keine Schulbibliothek, auch war die Bestandaufnahme der Bibliotheken bei Versetzungen der Lehrer vielfach vernachlässigt worden. Das ministerielle Rundschreiben vom 15. März 1880⁴⁾ trägt den Rektoren auf, die Gemeinden, welche

1) Bulletin 449, S. 30. — 2) Art. 1. — 3) Art. 2. — 4) Bulletin 451, S. 326.

ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen, zur Anzeige zu bringen, die Lehrer durch die Volksschulinspektoren auf ihre Pflichten hinzuweisen und sie, wenn nötig, zum Schadenersatz anzuhalten. Die Unterrichtsverwaltung wird nicht aufhören, die Gründung von Volksbibliotheken an öffentlichen Schulen zu fördern; wenn sie auch die beklagenswerte Gleichgültigkeit der Bevölkerung in gewissen Teilen des Landes, wo die Bildung nicht genug verbreitet ist, nicht beseitigen kann, so will sie doch wenigstens die Gelegenheit zur Ausbildung bieten. Die durch den Staat gebrachten großen Opfer müssen doch ihre Früchte tragen, und der Eifer, mit welchem die Bibliotheken in einzelnen Departements benutzt werden, giebt der Hoffnung Raum, daß es im ganzen Lande bald ebenso sein wird. Das ministerielle Rundschreiben vom 7. Januar 1881¹⁾ weist nochmals auf die geringe Teilnahme hin, welche die Gemeinderäte der Förderung der Bibliotheken erweisen; die Summe der vom Staate zu diesem Zwecke gewährten Zuschüsse betrug das Vierfache dessen, was die Gemeinden beisteuerten.

§. 13.

Schulhausbauten und Schulausstattung.

Die neueste Verordnung über Schulhausbauten ist die vom 28. Juli 1882,²⁾ welche an die Stelle der Verordnung vom 17. Juni 1880 getreten ist. Letztere hatte zu weitgehende Anforderungen gestellt, besonders zu wenig Rücksicht auf die Landgemeinden und die Weiler genommen, in welchen die einfachen Verhältnisse und die geringen Hilfsmittel bescheidenere Ansprüche verlangten. Die Verordnung vom 28. Juli ist als das geringste Maß dessen anzusehen, was nach der Ansicht des Ministers in Übereinstimmung mit dem Ausschuss für Schulhausbauten gefordert werden muß.³⁾ Die Verordnung lautet:

Die Volksschule umfaßt:

1. einen besondern Kleiderraum oder einen Vorraum, welcher als Kleiderraum dienen kann;
2. ein oder mehrere Klassenzimmer;
3. eine bedeckte Halle mit Turnraum und, wenn nötig, eine kleine Werkstatt für die Handfertigungsarbeiten der Schüler;
4. einen Spielplatz und einen Garten überall da, wo die Beschaffung derselben möglich ist;

1) Bulletin 462, S. 47 ff. — 2) Bulletin 507, S. 430 ff. — 3) Vgl. Rundschreiben vom 28. Juli 1882, Bulletin 507, S. 422 ff.

5. Aborte und Pissoirs;
6. eine Wohnung für den Hauptlehrer oder die Hauptlehrerin und, wo nötig, Wohnung für die Klassenlehrer und Klassenlehrerinnen.

Außerdem für vier- und mehrklassige Schulen:

1. eine Wohnung für den Scholdiener;
2. ein Wartezimmer für die Eltern;
3. ein besonderes Zimmer für den Hauptlehrer oder die Hauptlehrerin;
4. ein Zimmer für die Klassenlehrer und -Lehrerinnen;
5. einen Zeichensaal mit einem Nebenzimmer zur Aufbewahrung der Vorlagen;
6. eine Werkstatt für die Handfertigungsarbeiten in den Knabenschulen und einen Saal für das Nähen und Zuschneiden in den Mädchenschulen;
7. eine Turnanstalt.

(Bei doppelten Schulsystemen können die Wohnung des Scholdieners, der Zeichensaal und der Turnplatz gemeinschaftlich sein.)

I.

Allgemeine Anforderungen.

Art. 1. Der Bauplatz, welcher für eine Schule bestimmt ist, muß im Mittelpunkt des Schulbezirks liegen, luftig, leicht und gefahrlos zugänglich sein, fern von jeder geräuschvollen, ungesunden oder gefährlichen Anlage, wenigstens 100 Meter vom Kirchhofe entfernt.

Der Boden muß durch Entwässerungsanlage der Gesundheit zuträglich gemacht werden.

Art. 2. Die Grundfläche des Bauplatzes wird berechnet auf ungefähr 10 qm für den Schüler; weniger als 500 qm darf sie niemals betragen.

Die Schule und der dazu gehörige Raum müssen mit einer Einfriedigung umgeben sein.

Art. 3. Die Einrichtung der Gebäude wird bestimmt nach den Witterungsverhältnissen der Gegend: es muß auf die Anforderungen in gesundheitlicher Beziehung, auf die Himmelsrichtung, auf die Gestaltung und Ausdehnung der Baustelle, auf freie Öffnungen nach oben hin und auf die Entfernung der benachbarten Gebäude die gehörige Rücksicht genommen werden.

Art. 4. In den Gemeinden, in welchen Schule und Mairie sich in demselben Gebäude befinden, müssen die Diensträumlichkeiten vollständig getrennt werden.

Kein dem Schuldienst fremdes Amt darf in den Schulgebäuden eingerichtet werden.

Art. 5. Die Dicke der Mauern darf in keinem Falle geringer als 0,45 m sein, wenn dieselben in Bruchsteinen, und als 0,35 m, wenn dieselben in Ziegelsteinen gebaut werden sollen.

Art. 6. Sehr durchlässiges Material ist beim Bau ausgeschlossen. Bei der Bedachung sollen Dachziegel und Schiefer dem Metall vorgezogen werden.

Art. 7. Der Boden des Erdgeschosses soll nur 0,60 m höher liegen, als die das Schulhaus umgebende Erdoberfläche. Die Neigungsfläche des den Bau umgebenden Bodens soll derart eingerichtet werden, daß das Wasser Abfluß findet.

Art. 8. Wenn der Fußboden nicht unterkellert ist, soll er auf eine Fläche oder Schicht von undurchlässigem Stoff gelegt werden.

Art. 9. Bei jeder Schulgruppe sollen die Gebäude, welche für die verschiedenen Schulen bestimmt sind, voneinander getrennt sein und selbständige Eingänge haben.

Man soll es vermeiden, die Bewahrschule zwischen Knaben- und Mädchenschule zu legen.

Art. 10. Die Gesamtzahl einer Schulgruppe darf 750 Kinder nicht übersteigen, nämlich 300 Knaben, 300 Mädchen, 150 Kinder für die Bewahrschule.

II.

Die Wohnung des Schuldieners.

Art. 11. Wenn die Schule einen Schuldieners hat, soll dessen Wohnung im Erdgeschosse angelegt werden; sie umfaßt ein Zimmer, eine Küche, eine oder zwei Kammern, Abort und einen Keller.

Das Wartezimmer für die Eltern soll in der Nähe des Zimmers des Schuldieners sein.

III.

Kleiderräume. Fluren. Treppen.

Art. 12. Jede Schulklasse soll womöglich einen Kleideraum haben; jedoch kann derselbe Kleideraum für zwei oder mehrere angrenzende Klassen dienen. Es sollen dort Mantelhaken für die Kleider und Querleisten für die Körbe oder Vorratstaschen angebracht sein.

Bei den Landschulen kann der Hausflur zugleich als Kleideraum benutzt werden.

Art. 13. Jedes Schulzimmer hat seinen eignen Eingang. Die Thüren dürfen sich nicht unmittelbar auf die Straße oder den Hof hin öffnen.

Art. 14. Wenn die Schulen mit Gängen oder Fluren versehen sind, müssen letztere mindestens eine Breite von 1,50 m haben und Luft und Licht unmittelbar erhalten.

Art. 15. Die Schulzimmer, welche in den Stockwerken angebracht sind, müssen durch gerade Treppen ohne Wendung zugänglich sein.

Die Stiegen von 13—16 Stufen müssen durch einen Treppenabsatz unterbrochen sein.

Die Stufen sollen wenigstens 1,35 m Breite, 0,28—0,30 m Tiefe und höchstens 0,16 m Höhe haben.

Die Stangen des Treppengeländers sollen einen Zwischenraum von 0,13 m von Mitte zu Mitte haben; der Holm des Geländers muß mit hervorspringenden Knöpfen in der Entfernung von höchstens 1 m versehen sein; ein zweiter Handläufer soll an der Wand entlang angebracht werden.

Art. 16. Jede Schule, in welcher 300 Schüler in den Stockwerken untergebracht sind, muß zwei Treppenaufgänge haben.

IV.

Das Schulzimmer.

Art. 17. Die höchste Zahl der Plätze in einem Schulzimmer beträgt 50.

Art. 18. Das Schulzimmer soll die Gestalt eines Rechtecks haben. Die Bodenfläche wird berechnet mit 1,25 m auf den Schüler.

Die Höhe bis zur Decke darf niemals unter 4 m betragen.

Art. 19. Die Größe der Fensteröffnungen wird derart berechnet, daß das Licht alle Schultische erhellt. Die Breite der Fensterpfeiler soll so gering als möglich sein.

Die Fenster sollen rechtwinklig sein oder eine leichte Bogenrundung haben.

Der Zwischenraum zwischen dem obersten Teil des Fensters und der Decke beträgt ungefähr 0,20 m.

Die Fensterbrüstungen sollen an beiden Seiten abschüssig gemacht werden und sich um 1,20 m über dem Fußboden befinden.

Wenn die Beleuchtung von einer Seite stattfindet, muß das Licht notwendig von der linken Seite in die Schule einfallen; ferner ist noch folgendes zu beobachten:

1. die Höhe des Schulzimmers muß ungefähr gleich zwei Drittel der Breite desselben sein;
2. die Öffnungen der Lüftungsanlagen müssen an der der Lichtseite gegenüberliegenden Wand angebracht sein.

In allen Fällen darf die Entfernung der Seite oder Seiten, von welchen das Licht einfällt, von den benachbarten Gebäuden nicht geringer als 8 m sein.

Art. 20. Man darf niemals Fenster in der Wand anbringen, welche dem Platze des Lehrers oder den Schülern gegenüber ist. Beleuchtung von oben ist untersagt.

Art. 21. Die Fensterrahmen müssen in der Höhenrichtung in zwei Teile geteilt sein, welche sich einzeln für die Lüftung öffnen lassen.

Art. 22. Die Decken müssen eben und einfarbig sein. Auf denselben muß eine Linie in der Richtung von Süden nach Norden gezogen werden.

Um die Wände darf kein Kreuzgesimse gezogen werden.

Die Winkel, welche bei der Verbindung der Wände untereinander und mit der Decke gebildet werden, müssen auf einen Radius von 0,1 m abgerundet sein.

Alle innern Vorderflächen müssen mit einem glatten Bewurf bedeckt sein, welcher häufige Abwaschungen zuläßt.

In Ermangelung von Holzbekleidung muß die Wand bis zur Höhe von 1,20 m mit Cement bekleidet sein.

Art. 23. Der Boden der Schulzimmer soll mit festem Holz getäfelt sein und möglichst mit Asphalt verkittet werden.

Tannen- und Fichtenholz darf in den Gegenden, in welchen es allein im Gebrauch ist, stets nur unter der Bedingung angewandt werden, daß es in schmalen Brettern gelegt und in siedendem Leinöl getränkt wird.

Art. 24. Die Thüren des Schulzimmers sollen womöglich nur einen Flügel haben und 0,90 m breit sein.

Art. 25. Das Klassenzimmer einer geschlechtlich gemischten Schule darf nicht durch eine Scheidewand geteilt sein.

Die Knaben und Mädchen müssen getrennt sitzen.

Art. 26. In jedem Schulzimmer soll ein Ofen stehen, versehen mit einem Wasserbehälter zur Verdunstung.

Dieser Ofen muß eine doppelte Metallbekleidung oder eine Umhüllung von gebranntem Thon haben.

Er muß mit einem Eisengitter umgeben sein und darf weder Backofen noch Schüsselwärmer haben.

Das Ofenrohr darf in keinem Falle über den Köpfen der Kinder angebracht sein.

Die Schüler müssen mindestens in einer Entfernung von 1,25 m vom Ofen sitzen.

Gusseiserne Öfen mit unmittelbarer Wärme-Ausstrahlung sind untersagt.

Art. 27. Es müssen Vorkehrungen getroffen werden, um gleichzeitig mit der Heizung eine genügende Lüftung aller Teile des Schulzimmers zu bewerkstelligen. Die Öffnungen für die Zuströmung der reinen Luft, welche unmittelbar aus dem Freien genommen werden muß, sowie die Öffnung, durch welche

die schlechte Luft entweicht, müssen genügende Ausschnitte haben, um Verstopfungen zu verhüten.

V.

Zeichensaal. Werkstatt für Handarbeit.

Art. 28. In den vier- und mehrklassigen Schulen soll ein besonderer Saal für den Zeichenunterricht hergestellt werden. Die Grundfläche dieses Saales wird berechnet mit 1,50 m auf den Schüler. Ein Raum zum Aufbewahren der Vorlagen muß damit verbunden sein.

Art. 29. Bei allen Knabenschulen muß eine Werkstatt für die Handfertigungsarbeiten sein. In den Schulen mit weniger als drei Klassen kann dieselbe auch in der bedeckten Halle eingerichtet werden.

In allen Mädchenschulen mit mehr als drei Klassen muß ein Saal zum Nähen und Zuschneiden sein.

VI.

Die bedeckte Halle. Zubehör derselben. Turnanstalt.

Art. 30. Jede Schule muß mit einer bedeckten Halle versehen sein. Der Flächenraum beträgt ungefähr 1,25 m auf den Schüler; die Höhe derselben ist 4 m.

Daselbst müssen Waschbehälter aufgestellt sein sowie bewegliche Tische für die Mahlzeit der Kinder.

Art. 31. Ein Küchenofen muß in der Nähe der Halle aufgestellt sein, um die Speisen der Kinder zu bereiten oder zu wärmen.

Art. 32. In Ermangelung eines besondern Saales für den Turnunterricht kann ein Teil der Halle zur Aufbewahrung der Turngeräte verwandt werden.

VII.

Spielhof. Garten.

Art. 33. Die Bodenfläche des Spielhofs wird auf mindestens 5 qm für das Kind berechnet; weniger als 200 qm darf sie niemals betragen.

Art. 34. Der Boden muß mit Sand bestreut sein. Asphalt, Pflaster und Cement können nur für die Durchgänge und Seitengänge benutzt werden.

Die Durch- und Seitengänge dürfen den andern Boden nicht überragen.

Die Ebnung des Bodens wird derart bewerkstelligt, daß der Wasserabfluß gesichert ist.

Das Küchenwasser darf durch den Hof in unbedeckter Rinne nicht abfließen.

Art. 35. Mit dem Spielhof kann ein kleiner Garten zum Gebrauch der Kinder verbunden sein. Er soll mit Bäumen bepflanzt sein, deren Entfernung voneinander sich nach den umliegenden Gebäulichkeiten richtet.

Um den Spielhof herum sollen feststehende Bänke angebracht werden; auch ist ein Laufbrunnen oder eine Pumpe daselbst zu errichten.

In den geschlechtlich gemischten Schulen soll der Hof durch ein offenes Gitter geteilt sein.

VIII.

Aborte und Pissoirs. Gruben.

Art. 36. Jede Schule muß mit Aborten versehen sein, derart, daß zwei auf jede Klasse in den Knabenschulen, drei auf jede Klasse in den Mädchenschulen kommen.

Für die Lehrer ist ein Abort einzurichten.

Art. 37. Die Aborte sind im Hofe so aufzustellen, daß sie leicht überwacht werden können.

Sie sind so zu legen, daß die vorherrschenden Winde die Ausdünstungen nicht auf die Gebäude und auf den Schulhof treiben.

Die einzelnen Häuschen haben ungefähr 0,70 m Breite und 1,10 m Tiefe. Die Thüren sollen sich nach aussen öffnen und mit Kautschukbeschlag versehen sein; sie stehen 0,20 m über dem Boden und haben eine Höhe von 1,10 m.

Der Sitz, von Stein, Cement oder Gufseisen, hat 0,20 m Höhe; er neigt sich von allen Seiten gegen die Öffnung hin.

Die Öffnung, von länglicher Form, hat etwa 0,20 auf 0,14 m, vorn beträgt sie 0,10 m.

Das Becken ist mit einem Verschlussdeckel versehen.

In den gemischten Schulen müssen die Aborte für Knaben und Mädchen getrennt sein.

Art. 38. Die Knabenschulen sollen mit Pissoirs versehen sein, und zwar in gleicher Anzahl wie mit Aborten. Die einzelnen Abteilungen haben etwa 0,35 m Tiefe, 1,30 m Höhe. Die Breite beträgt etwa 0,40 m.

Ein Wasserbehälter muß zur Reinigung aufgestellt sein.

Art. 39. Die Wände und der Fußboden sollen von undurchlässigem Stoff sein; alle Winkel werden abgerundet.

Der Boden wird so eingerichtet, daß er sich zum Abfließen gegen den Sitz hin neigt; die Abflußöffnung wird über dem Verschlussdeckel angebracht.

Art. 40. Die Grubenbehälter sind entweder fest oder beweglich.

Welche Art des Wegschaffens man auch anwendet, die beweglichen Behälter sind stets vorzuziehen, wenn man sie anbringen kann. Sie müssen mit einer Lüftungsvorrichtung versehen sein.

Die festen Behälter sollen von geringem Rauminhalt sein, jedoch niemals kleiner als 2 Raummeter. Sie müssen gewölbt, von undurchlässigem Stoff gebaut und mit Cement bekleidet sein.

Sie müssen luftdicht sein, der Boden muß Kesselform haben; die Außenwinkel sind auf einen Radius von 0,25 m abzurunden.

In der Nähe von Brunnen dürfen feste Behälter nicht angelegt werden.

Es müssen Luftröhren an denselben angebracht sein, über das Dach der Aborte hinausragend, und zwar so hoch, als es die Lage der benachbarten Gebäude erfordert.

IX.

Wohnung des Hauptlehrers. Wohnung der Klassenlehrer.

Art. 41. Die Wohnung des Hauptlehrers besteht aus einem Speisezimmer, aus zwei oder drei Kammern, einer Küche, Abort und Keller. Die Grundfläche der Wohnung beträgt 70—90 qm.

Das Arbeitszimmer des Hauptlehrers soll im Erdgeschoß liegen, soviel als möglich in der Nähe der Klassen- und des Sprechzimmers.

Art. 42. Das Klassenzimmer und die Wohnung des Lehrers dürfen nicht in unmittelbarer Verbindung stehen.

Art. 43. Die Wohnung der Klassenlehrer besteht aus einem Wohnzimmer und einer Kammer.

Art. 44. Derselbe Treppenaufgang kann für mehrere Wohnungen dienen.

Art. 45. In den vier- und mehrklassigen Schulen soll ein Zimmer im Erdgeschoß als Kleiderraum und Speisezimmer für die Klassenlehrer dienen.

Die Bestimmungen der Verordnung vom 17. Juni 1880¹⁾ sind insofern noch in Kraft geblieben, als sie die Schulgeräte betreffen.

Die Schulbänke sind demgemäß ein- oder zweisitzig, jedoch verdienen die einsitzigen den Vorzug. Vier Grundformen sind für diejenigen öffentlichen Volksschulen vorgeschrieben, mit welchen eine Bewahranstalt nicht verbunden ist:

1) Erlaß bei Brouard et Defodon, Inspection des écoles primaires, S. 429 ff.

Form I für die Kinder, deren Gröfse 1,00 m — 1,10 m beträgt;
 „ II „ „ „ „ 1,11 m — 1,20 m „
 „ III „ „ „ „ 1,21 m — 1,35 m „
 „ IV „ „ „ „ 1,36 m — 1,50 m „

Nur 3 Formen, II, III und IV, werden in den Schulen gebraucht, welche die Kinder im Alter von 6 Jahren an aufnehmen, also in den mehrklassigen Schulen.

Eine Form V kann für diejenigen Kinder angefertigt werden, deren Gröfse 1,50 m übersteigt.

Auf jede Bank wird die Nummer der Form eingeschrieben, zu welcher sie gehört, mit Angabe der entsprechenden Gröfse, z. B. III, 1,21 — 1,35 m.

Die Lehrer müssen ihre Schüler einmal jährlich beim Beginn des Schuljahrs messen.

Die Schreibplatte hat über dem Fußboden, das Maß vom Rande des Tisches an genommen, folgende Ausdehnungen:

Die Neigung wechselt zwischen 15 bis 18 Grad, jedoch darf sie niemals weniger als 15 Grad betragen.

Form:

	I	II	III	IV	V
	m	m	m	m	m
Höhe über dem Boden	0,44	0,49	0,55	0,62	0,70
Breite von hinten nach vorn..	0,35	0,37	0,39	0,42	0,45
Länge für die Platte bei einem Sitz	0,55	0,55	0,60	0,60	0,60
Länge des Platzes für ein Kind bei einer zweisitzigen Bank.	0,50	0,50	0,55	0,55	0,55
Macht also für zwei Plätze..	1,00	1,00	1,10	1,10	1,10

Der Sitz soll fest sein, leicht nach hinten geneigt; er hat folgende Maßverhältnisse:

Form:

	I	II	III	IV	V
	m	m	m	m	m
Höhe über dem Boden	0,27	0,30	0,34	0,39	0,45
Breite von vorn nach hinten..	0,21	0,23	0,25	0,27	0,30
Länge der einsitzigen Bank ..	0,50	0,50	0,55	0,55	0,55
Länge der zweisitzigen Bank .	0,90	0,90	1,00	1,00	1,00

Die Rücklehne der Bänke, sowohl der einsitzigen wie zweisitzigen, besteht in einer geraden Querleiste von 0,10 m Breite mit abgehobelten Kanten; die Höhe der obern Kante über dem Sitz beträgt je nach den einzelnen Formen 0,19, 0,21, 0,24, 0,26 und 0,28 m. Die Länge derselben ist gleich der des Sitzplatzes.

Die Schreibplatte kann beweglich oder fest sein. Je nachdem man Gebrauch von der einen oder andern macht, müssen folgende Vorschriften beobachtet werden:

Die Bank mit beweglicher Schreibplatte:

1. Stellung, in welcher letztere nahe beim Kinde ist:

Die Senkrechte, welche von der Kante der Schreibplatte gefällt wird, muß die Sitzbank treffen in einer Entfernung von 0,03, 0,04, 0,05, 0,06 oder 0,07 m, von der vordern Kante gemessen, je nach der einzelnen Form; der Zwischenraum zwischen der Kante der Schreibplatte und der Rücklehne beträgt je nach der Form 0,18, 0,18, 0,19, 0,22 oder 0,26 m.

2. Die Stellung, in welcher die Tischplatte vom Kind entfernt ist, muß so sein, daß die Entfernung zwischen der eben bezeichneten Senkrechten und dem vordern Rand des Sitzes je nach der Form 0,09, 0,10, 0,11, 0,12 oder 0,13 m beträgt.

Die Bank mit fester Schreibplatte: der Abstand zwischen dem Sitz und der Schreibplatte soll gleich null sein; d. h. die Senkrechte, welche von der Kante der Platte gefällt wird, muß genau die vordere Kante des Sitzes berühren.

Unter der Schreibplatte muß ein Behälter zum Weglegen der Bücher angebracht sein.

Ein bewegliches Tintenfaß von Glas oder Porzellan mit enger Öffnung muß an der Bank zur rechten Seite des Schülers eingefügt sein.

Fußbänke und Querhölzer auf dem Boden zum Auflegen und Stützen der Füße sind untersagt.

Neben diesen Gegenständen müssen die Schulen noch weiter mit folgenden Lehrmitteln versehen sein:

1. Lesetafeln;
2. einer großen Schultafel für jede Abteilung; die Schultafel muß aus einer Schieferplatte hergestellt sein;
3. einer Rechenmaschine;
4. Tafeln mit den Maßen und Gewichten;
5. einem Meterlineal, einem Winkelmaß, einem Kompaß und einem Winkelmesser;
6. einem Erdglobus und Wandkarten mit den Halbkugeln sowie den Karten von Europa und Frankreich;
7. einer Sammlung von Abbildungen für den geschichtlichen Unterricht;
8. einfachen Apparaten für chemische und physische Versuche;
9. naturwissenschaftlichen Sammlungen und Mustern für den Anschauungsunterricht;
10. einer Stimmgabel oder einem kleinen Harmonium;
11. den hauptsächlichsten Turngeräten;
12. dem unentbehrlichsten Handwerkszeug für den Hand-

fertigkeitsunterricht, sowie mit Zuschneidetisch, Gestellen und Arbeitskästchen für den Unterricht in weiblichen Handarbeiten;

13. einem Bibliothekschränk;

14. einem Wandschränk zur Aufbewahrung der Hefte und der Schulgeräte;

15. Kreide, Schwamm, Kehr- und Staubbesen und den sonst zur Reinhaltung des Schulzimmers erforderlichen Gegenständen.

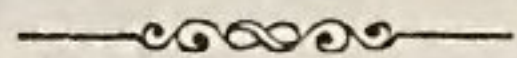
Die weitere Ausschmückung der Schulen bestand in einem Kruzifix, wozu in den Mädchenschulen noch ein Marienbild kam; ferner befanden sich in dem Schulzimmer fromme Sprüche, welche auf Papptafeln geklebt an den Wänden hingen.

Die Frage über die Beibehaltung oder Abschaffung der religiösen Bilder in der Schule ist besonders nach dem Gesetz vom 28. März 1882 vielfach erörtert worden. An einer Anzahl von Orten, besonders in den größern Städten, wurden nach Erlass des eben genannten Gesetzes, welches die gänzliche Trennung der Schule von der Kirche ausspricht, die religiösen Bilder sämtlich aus den Schulen entfernt. Das Rundschreiben des Unterrichtsministers vom 2. November 1882¹⁾ an die Präfekten behandelt diesen Gegenstand. Es ist unzweifelhaft, sagt der Minister, daß das Gesetz vom 28. März 1882 streng genommen die Unterdrückung alles dessen in sich schließt, was der öffentlichen Schule ein konfessionelles Gepräge geben oder erhalten würde. Aber bei der Ausführung dieses Gesetzes ist es natürlich, daß man einen Unterschied besonders nach der äußern Seite hin macht zwischen den neu zu gründenden Schulen und den umzugestaltenden alten Einrichtungen. In denjenigen Schulen, welche unter der Herrschaft der Verweltlichung der Schule gegründet werden, kann an die Einführung von religiösen Bildern irgend welcher Art nicht gedacht werden; was die religiösen Bilder in den bisherigen Schulen angeht, so hat der Gesetzgeber darüber ausdrücklich und bestimmt nichts gesagt. Würde nun die Regierung, welcher das Stillschweigen des Gesetzes nach dieser Richtung hin die Wahl der Mittel und Wege der Ausführung läßt, klug handeln, wenn sie sofort und allgemein die Entfernung derselben anordnete? Wenn dies als notwendig oder selbst als nützlich erachtet worden wäre, würden sofort die nötigen Anordnungen getroffen worden sein; aber der Minister stehe auf dem entgegengesetzten Standpunkte.

Der Hauptpunkt dieses Gesetzes ist nicht die Umänderung der Schulräume, sondern die der Schulpläne, des Unterrichts, der Übungen, überhaupt von allem, was den Geist des Unterrichts und die wirkende Kraft der Erziehung betrifft. Indem das Gesetz

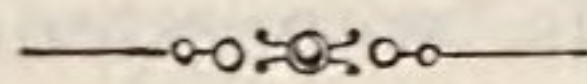
1) Bulletin 518, S. 347 ff.

die Schulen verweltlichte, hat es nichts gethan, als das gemeine Recht und gewissermaßen die Grundsätze unserer Verfassung selbst auf die Einrichtung der nationalen Erziehung ausgedehnt, den einzigen öffentlichen Dienstzweig, welcher bisher in seltsamem Widerspruch konfessionelle Beziehungen bewahrt hatte. Daher könnte alles, was dieses Gesetz als eine Art von Polizeiverordnung betreffs der Schulräume erscheinen liesse, die Herleitung eines bilderstürmerischen Kreuzzugs aus demselben, nur den Zwecken der Gegner des Gesetzes dienen, die wahre Bedeutung und die hohe Wichtigkeit desselben dagegen bei der Bevölkerung in Mißsachtung bringen. Das Gesetz ist kein Kampfgesetz, es ist eines der großen grundlegenden Gesetze, welche dazu bestimmt sind, in Übereinstimmung mit dem Lande fortzubestehen und sich dessen Sitten anzupassen. Die Präfekten werden angewiesen, schonend in der Entfernung der religiösen Bilder vorzugehen und keine unnütze Veranlassung zur Beunruhigung der Gemüther zu geben; den Lehrern und Lehrerinnen sollen sie strengstens verbieten, eigenmächtig Bilder zu entfernen oder einzuführen bzw. sich an Erklärungen für oder gegen diese Angelegenheit zu beteiligen. Die Lehrerschaft hat sich durchaus parteilos zu verhalten und die Anordnung der Behörden abzuwarten. Außerhalb der Schulzeit und der Schule steht derselben freie Verfügung über ihre Zeit zu, es ist dann den Lehrern nicht verboten, mit Schülern den Katechismus zu wiederholen; aber es bleibt streng untersagt, sowohl durch das Gesetz wie durch die Schulordnung, daß sie sich während des Schuldienstes als die Verteidiger oder Gegner irgend welcher religiösen Grundsätze aufwerfen.



III. Abschnitt.

Die Schulpflicht.



§. 14.

Die Zeit der ersten französischen Republik.

Vor der ersten großen Staatsumwälzung in Frankreich waren nur vereinzelte Stimmen über die Notwendigkeit des Schulzwangs laut geworden: die Versammlung der Stände in Orleans, deren Mitglieder fast zur Hälfte dem reformierten Bekenntnisse angehörten, hatte im Jahre 1560 verlangt, daß eine Steuer auf die geistlichen Benefizien gelegt werden sollte zur angemessenen Unterstützung von Erziehern und Gelehrten, die der armen Jugend auf dem platten Lande Unterricht erteilen könnten. Alle Väter und Mütter sollten bei Strafe verpflichtet sein, ihre Kinder in die Schulen zu schicken, die Grundherren und die Richter aber sollten sie dazu anhalten. Auch Ludwig XIV. hatte in Ordonnanzen von 1685 und 1698, ebenso Ludwig XV. in einer Ordonnanz von 1724 den pünktlichen Schulbesuch vorgeschrieben. Durch das Edikt von 1685 wurden die Privatschulen der Reformierten geschlossen; das Edikt von 1698 bestimmte, daß alle Kinder und namentlich die des reformierten Bekenntnisses im Katechismus und in den notwendigen Gebeten unterrichtet werden, daß sie an allen Werktagen die Messe besuchen und während der ganzen Zeit des Schulbesuchs an Sonn- und Festtagen dem Hochamte beiwohnen; außerdem sollen diejenigen lesen und schreiben lernen, welche Bedürfnis dazu haben. Diese Bestimmungen bezweckten jedoch weniger die Einführung der allgemeinen Schulpflicht; sie sind nur als eine Maßregel zur vollständigen Unterdrückung der Reformierten anzusehen, um sie durch den Schulzwang zur katholischen Kirche zurückzuführen und der Aufhebung des Edikts von Nantes kräftigern Nachdruck zu geben.

Als Erweiterung dieser Bestimmungen muß die Ordonnanz von 1724 angesehen werden. Dieselbe ordnet an, daß überall Lehrer und Lehrerinnen anzustellen sind, welche im Lesen und Schreiben unterrichten, und zwar unter der Oberaufsicht der Bischöfe; die Kinder sind verpflichtet, bis zum Alter von 16 Jahren die Schulen zu besuchen; die Pfarrer sollen mit besonderer Aufmerksamkeit den Unterricht überwachen, die Richter, Staatsanwälte und alle diejenigen Herren, welche Gerichtsbarkeit ausüben, mit allen Mitteln darauf dringen, daß der Wille des Königs erfüllt werde. Die Staatsanwälte und die Obergerichtsherren müssen allmonatlich von den Pfarrern, Vikaren, Lehrern und Lehrerinnen das Verzeichnis der Kinder einfordern, welche die Schule nicht besuchen, damit gegen die Zuwiderhandelnden bzw. gegen die Eltern die entsprechende Strafverfolgung durchgesetzt werde; ferner muß wenigstens einmal halbjährlich den Generalprokuratoren darüber Bericht erstattet werden, was nach dieser Richtung hin geschehen ist. Daß dieses Edikt streng gehandhabt worden, beweisen die zahlreichen Bestrafungen, welche über die säumigen Eltern verhängt wurden; besonders hart traf dies die Reformierten in den Cevennen, welche sich dorthin zurückgezogen hatten, um Schutz vor den Verfolgungen zu suchen.¹⁾

Im untern Elsaß finden sich Spuren der Schulpflicht in einer Verordnung vom 22. Februar 1753, in deutscher Sprache, von Paris aus datiert, veröffentlicht durch den Pfalzgrafen Christian IV., welcher unter der Oberhoheit des französischen Königs einen Landstrich im untern Elsaß besaß. Nach dieser Verordnung sollen die Kinder im Lesen, Schreiben, in der Christenlehre und im Gesang täglich von 8—11 und 1—4 Uhr unterrichtet werden; dort, wo im Sommer die Schule ausfällt, müssen die Kinder im Alter von 6—13 Jahren sechs aufeinanderfolgende Jahre die Schule besuchen, und zwar von St. Gallus (16. Oktober) an bis zum Markustage (25. April). Diejenigen Eltern, welche ihre Kinder aus Trotz oder Nachlässigkeit nicht in die Schule schicken, müssen doppeltes Schulgeld entrichten, wovon die Hälfte je dem Lehrer und der Armenkasse zufließt; im Sommer war zur Wiederholung des im Winter Gelernten an den Mittwochen Unterricht, dessen Versäumnis jedesmal mit 15 Centimen bestraft wurde. In Straßburg mußten sämtliche Kinder bis zum Alter von 10 Jahren nach Beschluß des Magistrats vom Jahre 1768 die Schule besuchen, und um die Eltern dazu anzuhalten, war das Schulgeld für das ganze Jahr im voraus zahlbar. Auch der Stifter des Ordens der Schulbrüder hatte sich für die Notwendigkeit der Schulpflicht ausgesprochen; in seinem Werke „Conduite des

1) Cf. Babeau, a. a. O., S. 11.

écoles chrétiennes“ ¹⁾ giebt er ein Mittel an, um die Eltern anzuhalten, ihre Kinder in die Schule zu schicken: „Wenn unter den Armen einzelne ihre Kinder nicht den Vorteil des Unterrichts genießen lassen wollen, so soll man dieselben den Pfarrern anzeigen; diese können die Säumigen von ihrer Gleichgültigkeit bekehren, indem sie denselben damit drohen, sie nicht mehr zu unterstützen, bis sie ihre Kinder in die Schule schicken.“

Der erste, welcher beim Ausbruch der grossen Staatsumwälzung die allgemeine Schulpflicht dringend forderte, war der Oratorianer Paris; in seinem im Jahre 1790 veröffentlichten Entwurf einer nationalen Erziehung hatte er die Verpflichtung der Eltern betont, ihre Kinder in die Schule zu schicken, in welcher alle armen Kinder unentgeltlich unterrichtet werden müßten. Im folgenden Jahre veröffentlichte Mirabeau in einer kleinen Schrift seine Ansichten über denselben Gegenstand. Auch er will die Volkserziehung in ausgedehntestem Umfange, denn „diejenigen, welche nicht wollen, daß der Bauer lesen und schreiben lerne, beabsichtigen zweifelsohne dessen Unwissenheit für sich auszubeuten, und ihre Beweggründe sind unschwer zu durchschauen. Aber sie wissen nicht, daß, wenn man aus dem Menschen ein zahmes Stück Vieh macht, man sich der Gefahr aussetzt, ihn in jedem Augenblick sich in ein blutdürstiges Raubtier verwandeln zu sehen. Ohne Kenntnisse giebt es keine Sittlichkeit. Wem kann aber mehr daran liegen, Sittlichkeit zu verbreiten, als dem Reichen? Die Bürgerschaft seiner Genüsse ist begründet in der Sittlichkeit des Armen.“ Die allgemeine Schulpflicht verteidigt jedoch Mirabeau nicht, denn er hält sie mit der Freiheit nicht vereinbar und deshalb für verwerflich. Auf einem ähnlichen Standpunkte steht Talleyrand. Der Unterricht soll nach seinen Ausführungen für alle ohne Ausnahme sein, da er ein Gemeingut ist, auf welches alle Bürger der Gesellschaft Anspruch haben; auch ist die unterste Stufe des Unterrichts allen Bürgern notwendig; aber indem der Staat allen Bürgern Gelegenheit bietet, sich auszubilden, hat er das seinige gethan; ein Zwang, an den dargebotenen Wohlthaten teilzunehmen, darf nicht ausgeübt werden. Der Schulzwang widerstreitet seines Erachtens dem väterlichen Recht. Die Nation weiß, daß jede Familie auch eine Art Volksschule ist, an deren Spitze der Vater steht; sie achtet jene ewige, zweckmäßige Einrichtung der Natur, welche die Kinder unter die zarte Obhut des Vaters stellt und es diesem überläßt, darüber zu entscheiden, was dem Kinde frommt, so lange, bis letzteres das Recht hat, über sich selbst zu bestimmen. Condorcet geht von ähnlichen Gesichtspunkten aus und kommt zu denselben Schlüssen.

1) S. 187. Vgl. Compayré, a. a. O., Bd. II. S. 294.

Auch die Verfassung vom 23. Juni 1793 erwähnt den Schulzwang nicht, sie beschränkt sich nur darauf, in Art. 22 zu sagen, daß der Staat mit aller Macht den Fortschritt der Vernunft pflegen und die Bildung allen Bürgern zugänglich machen müsse; der Entwurf Lakanals, welcher drei Tage nachher dem Konvent vorgelegt wurde, schweigt gleichfalls über den Schulzwang.

In dem System Lepelletiers, welches mit despotischer Gewalt aus dem Volke das zu machen suchte, was es aus freien Stücken nicht wollte, konnte der Schulzwang nicht fehlen; er wurde sogar bis auf die gemeinsame Zwangserziehung in öffentlichen Erziehungshäusern ausgedehnt; das väterliche Recht betreffs der ersten Erziehung der Kinder sollte ganz vernichtet werden. Diejenigen Väter, welche sich weigern, ihre Kinder dieser Zwangserziehung zu unterwerfen, sollen für die Zeit dieser Verpflichtung das Bürgerrecht verlieren und die doppelten Steuern bezahlen. Die Namen der das Gesetz Übertretenden werden auf Tafeln geschrieben, welche in den Gemeinden, an den Erziehungshäusern und den Wahllokalen anzubringen sind; daneben sollen auf andere Tafeln in ehrenvoller Erwähnung die Namen derjenigen gesetzt werden, welche ihre Pflicht erfüllen. Die elternlosen Kinder werden von der Nation adoptiert und in den besagten Anstalten erzogen.¹⁾

Am 30. Juli kam der Entwurf zur Beratung; die Ansichten über diese spartanische Art der Erziehung waren sehr geteilte. Der Abgeordnete Bourdon stellte namens des Unterrichtsausschusses den Antrag, daß das Internat fakultativ sein und nur für die Knaben Geltung haben solle, hauptsächlich aus dem Grunde, weil die Ausführung des Lepelletierschen Vorschlags wegen Mangels an Geldmitteln unmöglich erschien. Danach sollten also nur diejenigen Knaben von 7—14 Jahren, welche von ihren Eltern der Obhut der Republik anvertraut werden, in den gemeinsamen Erziehungshäusern auf Staatskosten Erziehung und Pflege erhalten. Jedoch können diese Kinder ihren Eltern zur Zeit der Feldarbeit zur Aushilfe gegeben werden, wenn das Bedürfnis dazu durch die Bescheinigung dreier Familienväter nachgewiesen ist.

Unter den Rednern, welche sich für den letztern Antrag zum Wort meldeten, war Thibaudeau der bedeutendste. „Ich habe stets die Ansicht gehabt,“ sagte er, „daß die Kinder Eigentum des Staates und den Eltern nur in Pflege gegeben sind; das Kind muß vom ersten Öffnen der Augen an nur das Vaterland sehen und bis zu seinem Tode nur dieses im Auge behalten.“ Trotzdem tadelt er den Vorschlag Lepelletiers, weil er die Familienbande schwäche; er erklärt sich auch nur für den fakultativen Besuch der gemeinsamen Erziehungshäuser, zumal die

1) Vgl. Gréard, a. a. O. Bd. I. S. 753.

private Erziehung denselben Zweck ebensogut zu erreichen vermöge. Andere Redner von geringerer Bedeutung äußerten ganz verschiedene Ansichten; ein Redner sprach sich sogar über die Gefährlichkeit allgemeiner Bildung aus, indem er behauptete, daß die Kinder, welche gut lesen und schreiben könnten und die Grundzüge der Sprachlehre wüßten, nicht mehr arbeiten wollten und so der Gesellschaft zum Nachteil gereichten.

Die Verhandlungen wurden auf den 13. August vertagt, wo Robespierre mit der ganzen Gewalt seiner Rede und seines Ansehens für den Antrag Lepelletier eintrat. Allein eine gemäßigtere Richtung behielt die Oberhand; Danton erklärte sich auch für die gemeinsame Erziehung, aber nicht dafür, daß die Kinder die gemeinsamen Anstalten besuchen müßten; sein Antrag, welcher dem Bourdons entsprach, gelangte schließlic in folgender Fassung zur Annahme:

„Der Konvent beschließt, daß es nationale Anstalten geben soll, in welchen die Kinder der Bürger gemeinsam erzogen und unterrichtet werden, und daß diejenigen Familien, welche ihre Kinder im väterlichen Hause behalten wollen, letztere in die zu diesem Zwecke eingerichteten Schulanstalten schicken dürfen.“

Am 26. August kam derjenige Teil des bürgerlichen Gesetzbuches zur Verhandlung, welcher die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern regelt, eine Frage, welche mit derjenigen über den öffentlichen Unterricht eng verbunden ist. Die beiden ersten Artikel, welche angenommen wurden, lauten:

Art. 1. Das minderjährige Kind steht nach Natur und Gesetz unter der Aufsicht und dem Schutze seines Vaters und seiner Mutter. Diesen fällt die Sorge der Erziehung der Kinder zu. Sie können derselben nur in den vom Gesetz bestimmten Fällen und aus gesetzlichen Gründen enthoben werden.

Art. 2. Die Hauptpflicht der Väter und Mütter ist neben der Erziehung der Kinder die, sie ein Handwerk oder den Ackerbau erlernen zu lassen; diejenigen, welche diese Pflicht versäumen, sind gehalten, ihre Kinder lebenslänglich zu ernähren.

Ein neuer Gesetzentwurf Rommes betreffs der nationalen Schulen, welcher im Oktober eingebracht wurde, sollte das Dekret vom 13. August ersetzen; aber das Dekret vom 21. Oktober 1793,¹⁾ welches infolge des Rommeschen Antrags erlassen wurde, erwähnt weder die gemeinsamen Erziehungshäuser noch spricht es von der Schulpflicht, ebenfalls nicht der Gesetzentwurf Bouquiers, welcher am 12. Dezember dem Konvent vorgelegt wurde als Verbesserung des Dekrets vom 21. Oktober. Bei der Beratung über den letztern Entwurf hatte der Abgeordnete Charliers den Antrag auf gesetzliche Einführung der Schulpflicht gestellt.

1) Gréard, a. a. O. I. S. 19.

Danton, ganz im Gegensatz zu seinem Verhalten am 13. August, unterstützte den Antrag: „Niemand achtet mehr die Natur als ich, aber das öffentliche Wohl erfordert es, daß sich dorthin alle Zuneigung vereinigen muß. Wer wird behaupten wollen, daß die Kinder, welche durch die Selbstsucht der Väter bearbeitet sind, der Republik nicht gefährlich werden? Wir entziehen den Eltern die Kinder nicht, aber die Eltern können sie auch nicht dem nationalen Einflusse entziehen.“ Das Dekret,¹⁾ welches mit dem Zusatzantrage Charliers am 19. Dezember angenommen wurde, hat betreffs der Schulpflicht folgende nähern Bestimmungen:

In jeder Gemeinde oder Sektion soll ein Verzeichnis offenliegen zur Einschreibung des Namens der Lehrer und Lehrerinnen der untersten Unterrichtsstufe sowie der Namen der Kinder oder Mündel, welche den erstern von den Vätern, Müttern, Vormündern oder Pflege-Eltern anvertraut sind.²⁾

Die Väter, Mütter, Vormünder und Pflege-Eltern sind verpflichtet, die Kinder oder Mündel in die Schulen der untersten Unterrichtsstufe zu schicken unter Beobachtung folgender Punkte:³⁾

Sie bezeichnen dem Gemeinderat oder dem Sektionsvorstand:

1. Namen und Vornamen der Kinder, welche sie in die genannten Schulen zu schicken verpflichtet sind;
2. Namen und Vornamen der Lehrer bzw. Lehrerinnen, welche sie gewählt haben.⁴⁾

Die Kinder können in die genannten Schulen vor dem vollendeten 6. Lebensjahre nicht aufgenommen, müssen aber vor dem Alter von 8 Jahren hingeschickt werden. Die Väter, Mütter, Vormünder oder Pflege-Eltern können ein Kind aus den genannten Schulen nicht herausnehmen, wenn es dieselben nicht wenigstens drei aufeinanderfolgende Jahre besucht hat.⁵⁾

Die Väter, Mütter, Vormünder oder Pflege-Eltern, welche nicht den Vorschriften der Art. 6, 7 und 8 nachkommen, werden vor das Zuchtpolizeigericht gestellt, und wenn die Gründe, welche sie verhindert haben, diesen Bestimmungen nachzukommen, nicht als triftig anerkannt werden, verfallen sie bei der ersten Übertretung in eine Geldstrafe von der Höhe eines Viertels ihrer Steuern.

Im Wiederholungsfalle wird die Strafe verdoppelt; die Zuwiderhandelnden werden als Feinde der Gleichheit betrachtet und verlieren auf zehn Jahre die bürgerlichen Ehrenrechte. Im letztern Falle wird das Urteil öffentlich angeschlagen.⁶⁾

Die jungen Leute, welche bei ihrem Abgange aus der Schule der untersten Unterrichtsstufe sich nicht mit Landarbeit beschäftigen, sind verpflichtet, eine Wissenschaft, ein Gewerbe

1) Gréard, a. a. O., Bd. I. S. 26 ff. — 2) Sect. III, Art. 5. — 3) Art. 6. — 4) Art. 7. — 5) Art. 8. — 6) Art. 9.

oder ein Handwerk zu erlernen, welches der menschlichen Gesellschaft nützlich ist.¹⁾

Die jungen Leute, welche nach vollendetem 20. Lebensjahre nicht in Gemäßheit vorstehenden Artikels verfahren haben, werden auf 10 Jahre der Ausübung der bürgerlichen Rechte verlustig erklärt.

Die Väter, Vormünder oder Pflege-Eltern, welche an der Übertretung dieses Gesetzes mitschuldig sind, trifft dieselbe Strafe.²⁾

Das Dekret ist thatsächlich nicht gehandhabt worden; von einer Ausführung der in Art. 8 und 9 vorgesehenen Strafbestimmungen findet sich keine Spur. Das an die Stelle tretende Dekret vom 17. Dezember 1794 ließ den Schulzwang wieder fallen; um jedoch den Schulbesuch möglichst zu fördern, bestimmte Kap. IV, Art. 14 desselben, daß diejenigen jungen Leute, welche die Volksschulen nicht besucht haben, in Gegenwart des Volkes am Feste der Jugend geprüft werden sollen. Wenn es sich dann herausstellt, daß sie die einem französischen Bürger notwendigen Kenntnisse nicht besitzen, sollen sie solange von allen öffentlichen Ämtern ausgeschlossen sein, bis sie sich diese Kenntnisse erworben haben.

In ähnlichem Sinne erklärte die Verfassung von 1795, Art. 16, daß die jungen Leute nur dann auf die Bürgerlisten gesetzt werden dürfen, wenn sie lesen und schreiben können und ein Handwerk treiben. Betrieb des Ackerbaues wird mit letzterm auf gleiche Stufe gestellt. Jedoch sollte dieser Artikel erst mit dem Jahre 1803 in Kraft treten. Auch das Schulgesetz vom 25. Oktober 1795 sagt von der Schulpflicht nichts.

Das einzig Wesentliche, welches unter der republikanischen Regierung noch geschah, um den Schulbesuch zu fördern, ist ein Erlaß³⁾ des Direktoriums vom 17. November 1797, dessen Bestimmungen lauten, wie folgt:

Zukünftig sollen alle Bürger, welche nicht verheiratet sind und nicht im Heer dienen, die aber eine Stelle in der Verwaltung zu haben wünschen oder aus einer Stellung in eine andere versetzt sein wollen, dem betreffenden Gesuche ihren Geburtsschein und ein Zeugnis über den Besuch einer der Zentralschulen der Republik beifügen. Dieses Zeugnis muß den Fleiß des Bewerbers, sein bürgerliches Verhalten, seine Führung und seine Kenntnisse nachweisen.⁴⁾

Wenn verheiratete Bürger sich um irgend eine Stelle bewerben und Kinder haben, die in dem Alter stehen, eine Nationalschule besuchen zu können, so müssen sie ihrem Gesuche ebenfalls Geburtsscheine ihrer Kinder beifügen sowie die Schulzeugnisse

1) Art. 14. — 2) Art. 15. — 3) Gréard, a. a. O., S. 40 ff. — 4) Art. 1.

derselben, welche über die in vorhergehendem Artikel angegebenen Punkte Auskunft geben.¹⁾

Die Zentralverwaltung des Departements soll alle drei Monate dem Minister des Innern unter Angabe des Namens und Wohnortes ein Verzeichnis derjenigen Schüler aufstellen, welche die öffentlichen Schulen, sowohl die Volks- als Zentralschulen, besuchen. Auf Grund Berichtes des Ministers des Innern und der Ergebnisse, welche die Verzeichnisse aufweisen, ergreift das Direktorium die nötigen Maßregeln, um den Unterricht in denjenigen Schulen zu heben, welche die Sache nicht hinlänglich zu fördern scheinen.²⁾

Auch dieser Erlaß ist wohl schwerlich jemals in Anwendung gebracht worden. Während die Beratungen im Rate der Fünfhundert sich noch immer darauf stützten, daß die allgemeine Volksbildung bis zu einem gewissen Grade eine unabweisbare Notwendigkeit sei, daß dem Staat die Verpflichtung obliege, im weitesten Sinne für die Ausbreitung der Volksbildung Sorge zu tragen, während noch im Jahre 1799 Duplantier den Antrag stellte, daß sämtliche Kinder bis zum Alter von 12 Jahren schulpflichtig sein sollten, so mußte doch alles an der thatsächlichen Unmöglichkeit der Gründung von Schulen scheitern. Vollends wurde die Frage der Schulpflicht in den Hintergrund gedrängt durch das Gesetz von 1802, welches die Gründung der Volksschulen in das Belieben der Gemeinden stellte. Von einem Unterricht der Mädchen, welchen alle Dekrete der Revolution gefordert hatten, war keine Rede mehr. In den Landgemeinden fehlte es teils an Schulen, teils an Kindern, welche dieselben besuchten; im Jahre 1800 gab es in Paris in 12 Arrondissements je 2 öffentliche Schulen, eine für Knaben und eine für die Mädchen, aber, wie der Bericht sagt, fast ohne Schüler, ohne Bücher, ohne innere Ausstattung.

§. 15.

Vom ersten Kaiserreich bis zum Ende des zweiten.

Unter dem Kaiserreich und der Restauration ruhte die Frage betreffs der Schulpflicht gänzlich. Nicht so unter dem Julikönigtum, unter welchem anfänglich ein wenn auch vergeblicher Anlauf zur Einführung der Schulpflicht gemacht wurde. Zur Hebung des Schulbesuches trug die Königliche Ordonnanz von 1831 viel bei, indem sie bestimmte, daß kein Armer eine öffentliche Unterstützung erhalten könne, wenn er nicht den Nachweis liefere,

1) Art. 2. — 2) Art. 3.

daß seine Kinder eine öffentliche Volksschule besuchen; auch in den Vorberatungen zu dem Schulgesetz von 1833 fehlte es nicht an wichtigen Stimmen, welche für die allgemeine Schulpflicht eintraten. Besonders war es V. Cousin, welcher in seinem der Kammer erstatteten Bericht den obligatorischen Schulbesuch unbedingt forderte. „Ein Gesetz,“ sagt er in diesem Bericht, „welches den Volksschulunterricht zur allgemeinen Pflicht macht, scheint uns die Rechte der Gewalt des Gesetzgebers nicht zu überschreiten, ebensowenig wie ein Gesetz über die Nationalgarde oder die Enteignung zum öffentlichen Nutzen. Wenn der öffentliche Nutzen für den Gesetzgeber ein hinreichender Grund ist, in das Eigentumsrecht einzugreifen, warum soll da ein viel größerer Nutzen nicht Grund sein, von dem Kinde die jedem menschlichen Wesen nötige Bildung zu verlangen, damit es nicht sich selbst und der Gesamtheit schade! Es ist ein Widerspruch, die Notwendigkeit allgemeiner Volksschulbildung auszusprechen und das einzige Mittel zur Erreichung derselben zu versagen. Es ist nicht folgerichtig, den Gemeinden die Gründung von Schulen aufzuerlegen, ohne die Kinder dieser Gemeinden zu nötigen, die Schulen zu besuchen.“ Die Ansicht der Kommission drang in der Kammer nicht durch, indem fast alle Parteien sich gegen die Schulpflicht erklärten, aus unverständlichem Freiheitsdünkel, den die Nation teuer genug bezahlen sollte. Man mußte warten, bis der Gedanke „durch die Zeit, den Fortschritt, die öffentliche Sitte und die wahre Liebe zum Volke“ fruchtbar werden würde. Für eine klare Bestimmung über den Schulzwang konnte Art. 21 des Gesetzes von 1833 nur ein ganz mangelhafter Ersatz sein; es wurde nämlich den Ortsschulvorständen zur Pflicht gemacht, darüber zu wachen, daß die Kinder ärmerer Eltern unentgeltlichen Unterricht erhalten sollten; ferner sollte eine Liste derjenigen Kinder angefertigt werden, welche keinen Unterricht genießen, damit der Schulvorstand auf die Eltern solcher Kinder einwirken könne.

Indem das Gesetz von 1833 den Gemeinden nicht nur die Gründung von Schulen auferlegte, sondern auch die Mittel und Wege gesichert hatte, um die Gemeinden nötigenfalls zwangsweise dazu anhalten zu können, mußte mit der fortschreitenden Verbreitung der Schulen auch der Schulbesuch ein allgemeinerer werden. Im ersten Jahre nach der Inkrafttretung des Gesetzes wurden 20 961 Gemeinden zur Erfüllung des Gesetzes gezwungen; 1837 war man schon soweit vorgeschritten, daß nur noch bei etwa 7000 Gemeinden von Oberaufsichts wegen Verfügung getroffen werden mußte; 1839 betrug die Zahl der widerstrebenden Gemeinden noch 4700, 1840 nur noch 4000, bis der Widerstand nach und nach aufhörte. Wie weit man aber davon entfernt war, an einen auch nur annähernd regelmäßigen und allgemeinen

Schulbesuch denken zu können, zeigen z. B. die 1843 gemachten Ermittlungen. In diesem Jahre besuchten die sämtlichen Schulen des Landes 3 164 297 Kinder, von diesen jedoch während des Sommers nur 1 202 733, während die Zahl aller im Alter von 6—14 Jahren stehenden Kinder sich auf etwa 5 Millionen belief.

Die Männer der Revolution von 1848 nahmen die Frage der Schulpflicht wieder auf.

Der Gesetzentwurf Carnots enthält Tit. IV die Bestimmungen, welche sich auf die Schulpflicht beziehen:¹⁾

Jeder Vater, dessen Kind das 10. Lebensjahr vollendet hat und keine Volksschule besucht, auch sonst keinen Elementarunterricht erhält, ist verpflichtet, das betreffende Kind auf die Aufforderung des Maire hin der Schulprüfungskommission vorzuführen.²⁾

Wenn das Kind nicht vorgeführt wird oder wenn es feststeht, daß dasselbe keine Schule besucht und keinen Elementarunterricht erhält, kann der Vater auf Antrag der Schulprüfungskommission vor den Friedensrichter geladen und mit einem Verweis bestraft werden. Das Urteil wird an die Mairie auf die Dauer eines Monats angeschlagen.³⁾

Wenn die Prüfungskommission feststellt, daß der Vater im folgenden Jahre trotz des Verweises seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist, so wird derselbe vor das Friedensgericht geladen und kann zu einer Geldstrafe von 20—500 Franken verurteilt werden, ferner zum Verlust der Wahlrechte für die Zeit von nicht unter einem Jahre bis zu fünf Jahren.

Die Strafe hört von selbst auf, wenn die Prüfungskommission festgesetzt hat, daß das Kind Elementarunterricht erhält.⁴⁾

Diese Bestimmungen haben auch für die Vormünder Geltung.⁵⁾

Der Ausschuss, welcher den Gesetzentwurf beriet und dessen Berichterstatter Barthélemy Saint-Hilaire war, milderte die Strafbestimmungen. An Stelle des Friedensrichters soll die Prüfungskommission treten, welche aus einem Mitglied des Ortsschulvorstandes, dem Inspektor des Volksschulunterrichts oder einem vom Rektor der Akademie besonders Bevollmächtigten und einem Mitglied des Kreisausschusses besteht. Jedes Kind soll die Schule bis zum Alter von 14 Jahren besuchen, wofern es nicht von der Prüfungskommission das Schulzeugnis erhalten hat, welches letztere jedoch vor dem vollendeten 12. Lebensjahre nicht ausgestellt werden darf. Wenn der Vater oder der Vormund des Kindes keinen Entschuldigungsgrund für die Schulversäumnis vorbringen kann, soll er protokollarisch verwarnet werden; stellt die Kommission nach drei Monaten fest, daß die Verwarnung

1) Gréard, a. a. O., Bd. II. S. 20 ff. — 2) Art. 26. — 3) Art. 27.
4) Art. 28. — 5) Art. 29.

fruchtlos geblieben ist, so wird der Vater vor den Friedensrichter geladen und erhält einen Verweis; das Urteil wird an der Mairie angeschlagen, jedoch nicht länger als einen Monat. Wenn innerhalb weiterer sechs Monate der Vater seinen Verpflichtungen noch nicht nachgekommen ist, wird er vor das Kreisgericht gestellt, welches folgende Strafen verhängen kann: Verlust des Bürgerrechts auf die Zeit von 1—5 Jahren; Geldstrafe von 10 bis 100 Franken; gänzliche oder teilweise Entziehung sämtlicher Vorteile, welche der säumige Vater von der Gemeinde oder der Armenverwaltung erhält¹⁾.

Es ist bereits erwähnt worden, daß der Entwurf nicht zur Beratung gelangte, indem kurz nachher der Minister Falloux mit Genehmigung des Präsidenten der Republik einen neuen Gesetzentwurf vorlegte, welcher mit einigen Änderungen zum Gesetz vom 15. März 1850 erhoben wurde. Über die Schulpflicht ist in dem Gesetz nichts gesagt. Der Schulbesuch unter dem zweiten Kaiserreich war und blieb ein mangelhafter, besonders in den ländlichen Gemeinden. Hier besuchten in den Sommermonaten kaum 50 % der eingeschriebenen Kinder die Schule; eine Anzahl von Schulen war während der Sommerzeit ganz geschlossen, weil sowohl die Lehrer wegen des durch die geringe Schülerzahl bedingten geringen Schulgeldes anderer, lohnenderer Beschäftigung oblagen, als auch die Gemeinden ihren Vorteil dabei fanden, indem sie sonst dem Lehrer den durch Ausfall des Schulgelds entstehenden Schaden bis zur Höhe von 600 Franken zu ersetzen gesetzlich verpflichtet waren. Die ministerielle Verordnung vom 31. Oktober 1854²⁾ sagt, daß trotz der beständigen Anstrengung der Schulverwaltung die Zahl der die Schule nicht besuchenden Kinder eine wahrhaft betrübende sei. Man müßte in den Schulen ein Zehntel der Gesamtbevölkerung finden, aber es gäbe Departements, in welchen die Zahl der Schulkinder nur den 20., 30., ja selbst den 40. Teil der Bevölkerungsziffer ausmache.

In der auf Grund des Ministerial-Erlasses vom 12. Dezember 1860 ausgeschriebenen Preisbewerbung verlangten 38 % sämtlicher Lehrer unbedingt obligatorischen Schulbesuch, nur 5 % derselben verwarfen ihn. In den Teilen Frankreichs, welche an Deutschland und die Schweiz grenzen, sprachen sich sämtliche Lehrer für die Einführung der Schulpflicht aus.

Die bereits mehrfach erwähnte Denkschrift des Ministers Duruy an Kaiser Napoleon III. über den Stand des Volksschulunterrichts während des Jahres 1863³⁾ ist betreffs der Frage der

1) Gréard, a. a. O., Bd. II., S. 54. — 2) Lhomme et Pierret, Code manuel, S. 237. — 3) Vgl. I. Teil S. 22 Anm. 6. Vollständige Übersetzung der Denkschrift findet sich auch im Centralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen, S. 273—317.

Schulpflicht zu wichtig, als daß wir sie hier übergehen könnten. Nach einer kurzen Übersicht über diejenigen Staaten, welche die Schulpflicht eingeführt haben, sowie einer Darstellung der öffentlichen Meinung in Frankreich führt der Minister die Einwände an, welche gegen die Einführung der Schulpflicht gemacht werden, um dieselben zu widerlegen¹⁾.

Die Gründe, welche man der Einführung der Schulpflicht entgegenstellt, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. der Schulzwang ist eine Beschränkung der väterlichen Gewalt;
2. derselbe ist unvereinbar mit der Freiheit des Gewissens, denn das Kind kann in der öffentlichen Schule einen Religionsunterricht finden, welcher dem Glauben des Vaters nicht entspricht;
3. die Einnahmequellen der Familien werden vermindert, insofern die Arbeitskraft der Kinder den Eltern entzogen wird;
4. die Schulpflicht giebt der Regierung einen Zuwachs an Macht, was nicht zu empfehlen ist;
5. die Einführung der allgemeinen Schulpflicht ist eine sachliche Unmöglichkeit, da die zur Zeit vorhandenen Schulen zur Aufnahme aller Kinder nicht ausreichen;
6. sie ist eine Untergrabung der Zucht; weil die Kinder gezwungen anwesend sind, werden sie weder gehorchen noch lernen wollen, vielmehr die Ruhe der andern stören;
7. ist der obligatorische Unterricht nicht gleichzeitig unentgeltlich, so wird den Bauern und Arbeitern eine neue und drückende Steuer auferlegt.

Besondere oberflächliche Einwendungen, z. B. der Schulzwang sei dem nationalen Geiste zuwider, Hinweisungen auf den Gendarm, wie er das Kind zur Schule schleppt, oder auf den Staat, wie er die Möbel des Armen verkauft u. s. w., läßt der Minister unberücksichtigt und beginnt dann mit der Widerlegung obiger Einwendungen.

1. Beschränkung des väterlichen Rechts. Die väterliche Gewalt ist der staatlichen vorausgegangen; aber die Gesellschaft hat sich nur unter der Bedingung bilden können, daß der Vater einen Teil seines natürlichen Rechts hingab im Austausch für die Sicherheit und die Vorteile, welche ihm die Gesellschaft darbot. Im Altertum wurde das Kind als Sache betrachtet, heute ist es eine Person, welche das Gesetz schützt, selbst, wenn nötig, dem eigenen Vater gegenüber, z. B. in Bezug auf sein zukünftiges Vermögen, in Bezug auf Verwahrlosung, ebenfalls in Bezug auf seine Erziehung, indem Art. 444 des Code Napoléon den Vater

1) Das folgende ist auszugsweise wiedergegeben.

wegen schlechter Führung, Unfähigkeit oder Unglauben von der Vormundschaft ausschließt. Das Kind hat also Rechte: das legitimste aller Rechte, nicht für das ganze Leben der Finsternis des Geistes und des Gewissens aufgeopfert zu werden, hat das Kind auch; die Bildung ist der gemeinsame Boden der Menschheit; jeder Mensch hat ein Recht darauf. Unsere Städte werden nicht bloß für den Reichen gesunder gemacht und nicht bloß für ihn weht in denselben eine gesündere Luft: so sollen sich auch die Schulen nicht allein für den Sohn des Reichen oder des Wohlhabenden öffnen. Damit der Mensch in unserer Gesellschaft seine natürliche Bestimmung erreiche, bedarf er des Unterrichts, mindestens jenes ersten Unterrichts, welcher es ihm möglich macht, nicht nur seine eigenen Angelegenheiten selbst zu führen, sondern alle andern Kenntnisse zu erwerben. Wie die Nahrung des Körpers, so schuldet der Vater dem Kinde auch die Nahrung des Geistes; ebensowenig wie es dem Vater erlaubt ist, das Kind an einem Ort ohne Nahrung und Licht verschlossen zu halten, ebensowenig darf er dasselbe in den Banden gänzlicher Unwissenheit gefesselt halten. Wir haben ein Gesetz, welches die Tiere gegen die Roheit ihrer Herren schützt: eines gleichen Gesetzes bedürfen wir gegen jene Mißhandlungen auf sittlichem Gebiete, welche der Habgier und Sorglosigkeit eines von Elend und Unwissenheit verblendeten Vaters entstammen. Zudem erklärt Art. 203 des Code Napoléon, daß die Ehegatten durch die alleinige Thatsache der Verheirathung die Verpflichtung eingehen, ihre Kinder zu ernähren, zu unterhalten und zu erziehen; man braucht also nur den Art. 203 in seiner vollen Tragweite auszuführen. Es ist die Pflicht des Staates, dem Kinde das Mittel zu sichern, sich zu unterrichten; es gehört zum Recht des Staates, geeignete Mafsregeln zu ergreifen, um zu verhindern, daß das Kind in Unwissenheit gehalten und so ein unnützer Bürger werde oder der Gemeinde zur Last falle.

2. Der Schulzwang ist ein Angriff auf die Gewissensfreiheit. — In der Schule wird gelehrt, was alle ohne Unterschied des Bekenntnisses wissen müssen; die Erklärung der Glaubenssätze ist die Sache der Diener der verschiedenen Bekenntnisse. Die Schulgesetze und Verordnungen haben für alle berechtigten Forderungen gesorgt, indem sie bestimmten, daß die Kinder der Andersgläubigen den religiösen Übungen nicht beiwohnen sollen und ihren eigenen Religionsunterricht erhalten. Im übrigen bestehen in Frankreich unter den 52 000 öffentlichen Schulen nur 211 konfessionell gemischte.

3. Verminderung der Einnahmequellen für die Familie. Die Ansicht, daß das Kind Eigentum des Vaters sei, daß letzterm das *ius utendi et abutendi* über das Kind zustehe, ist eine heidnische und falsche. Das gegenwärtige System schützt die schlechte

Familie, nicht die gute; es ermutigt den Vater zur Sorglosigkeit, anstatt ihn zur Sparsamkeit, Ordnung und Vorsicht anzugewöhnen; es begünstigt die Vergeudung der natürlichen Kräfte der Familie, nicht aber ihre regelrechte Entwicklung; es sichert die Freiheit des Vaters, indem es die des Sohnes verletzt. Wird der Vater verpflichtet, das Kind unterrichten zu lassen, so wird letzteres von der fluchwürdigen Knechtschaft der Unwissenheit befreit, vielleicht auch von der des Elends und der Laster, welche im Gefolge der Unwissenheit sind. Bei der Einführung des Schulzwanges würde das Gesetz auf alle billigen Ansprüche Rücksicht nehmen, durch geeignete Einrichtungen Vorkehr zur Unterstützung hilfsbedürftiger Familien getroffen werden, wie dies thatsächlich in Deutschland und in der Schweiz geschieht. Betreffs der Zeit und Dauer des Schulbesuches werden die Bedürfnisse des Ackerbaues und des Gewerbefleißes besonders berücksichtigt.

4. Der Schulzwang würde eine gefährliche Waffe in der Hand der Regierung sein. Die Regierung vertritt nicht ein einzelnes oder besonderes, sondern das allgemeine Interesse; die Volksschule ist nicht der Ort, wo sich politische Anschauungen bilden; jeder kann seine Kinder in eine Schule schicken, in welche er will, auch kann er sie im Hause unterrichten lassen.

5. Mangel an Schulräumlichkeiten. Diese Schwierigkeit wird sich nach und nach vermindern und mit Zeit und Geld beseitigen lassen.

6. Vernichtung der Zucht. Die Schüler, welche ihre Gegenwart in der Schule unmöglich machen, werden ausgeschlossen. Widerspenstige wird es immer und überall geben. Es kann dies kein Grund sein, die Schulpflicht nicht einzuführen, ebensowenig wie die Furcht vor Fahnenflüchtigen das Militärgesetz unmöglich macht.

7. Wird bei der Frage über die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts widerlegt.

Art. 34 der Ordonnanz vom 29. April 1831 hat bestimmt, daß kein Armer aus einer öffentlichen Kasse eine Wohlthat empfangen kann, wenn er seine Kinder nicht in die Schule schickt, so daß also den Ärmsten der Schulzwang auferlegt ist; das Gesetz von 1841 hat dasselbe betreffs der in den Fabriken beschäftigten Kinder bestimmt; Art. 203 des Code Napoléon hat die Pflicht, die Kinder zu erziehen, zur Ehebedingung gemacht; der Grundsatz der Schulpflicht ist also aufgestellt, es bleibt nur noch übrig, ihn auszudehnen und zu verallgemeinern. „Man versichert sich“, heißt es weiter, „gegen Hagelschlag und Brand; der Schulzwang wird für alle Bewohner der Gemeinde eine Versicherung gegen Plünderung und deren Folgen sein; man unterstützt mit großen Kosten Privatunternehmungen oder gemeinnützige Dienste; die für die Freischule festgesetzte Abgabe wird

die Prämie sein, um sich gegen die Vergehen zu versichern, und die gemachten Ausgaben werden mit der Bildung aller Volksklassen auch deren Produktionskraft entwickeln. Die gute Erziehung des Volkes wird also den Reichtum und die moralische Gröfse Frankreichs sichern, wie die gute Zucht des Heeres seine Kraft und seine Sicherheit ausmacht. Das Land des allgemeinen Stimmrechts muß das des allgemeinen Volksschulunterrichts sein, sonst würde der Stimmzettel in den Händen des Unwissenden das werden können, was eine gefährliche Waffe oft in der Hand eines Kindes ist.“

Unter Bezugnahme auf obige Gründe schlug der Unterrichtsminister dem Kaiser vor, folgende Grundsätze anzuerkennen und zur Anwendung zu bringen:

1. der Volksschulunterricht ist ein wichtiger Zweig des öffentlichen Dienstes;
2. dieser Dienst muß wie alle diejenigen Dienste, welche der Gesamtheit zum Vorteil gereichen, auch von der Gesamtheit bezahlt werden;
3. das allgemeine Stimmrecht zieht unmittelbar den Schulzwang nach sich und jeder Bürger muß lesen können, gleichwie er verpflichtet ist, die Waffen zu tragen und die Steuern zu zahlen.

Der Kaiser hatte mit eigener Hand das Wort „approuvé“ unter den Bericht geschrieben, aber auf Grund einiger Bedenken des Ministers Duruy wurde das Aktenstück ohne diese Bemerkung am 6. März 1865 im „Moniteur Universel“ veröffentlicht. Es war dies verhängnisvoll; denn der Einfluß, welchen Rouher und andere Mitglieder des Ministeriums auf den Kaiser ausübten, brachte die Sache zum Scheitern.

Die in der folgenden Nummer des Moniteur veröffentlichten Grundzüge eines Gesetzentwurfs, welcher auf Befehl des Kaisers dem Staatsrat zur Prüfung übergeben werden sollte, beruhten nicht auf den von Duruy entwickelten Grundsätzen; der Bericht des letztern, so hieß es, sei vielmehr nur ein Ausdruck der persönlichen Meinung desselben und in Rücksicht auf die Wichtigkeit der darin enthaltenen thatsächlichen Mittheilungen veröffentlicht worden. Um den Schulbesuch zu heben, sollten den Kindern, welche die Schule vom 7. bis 13. Jahre regelmäßig besucht haben, Belohnungen zuerkannt werden; ferner soll man auf die Gemeinden mehr als bisher einwirken, unentgeltlichen Unterricht zu ermöglichen. Die Frage betreffend die Einführung der Schulpflicht wurde in den Kammerverhandlungen über den Staatshaushalt von 1865 mit 233 gegen 17 Stimmen verworfen; unter letztern befand sich J. Simon, welcher mit seiner bekannten Beredsamkeit die Einführung der allgemeinen Schulpflicht glänzend aber erfolglos verteidigte. Derselbe legte am 20. Februar 1870

der Kammer einen Gesetzentwurf betreffend Einführung des Schulzwanges vor; aber der kurz nachher ausbrechende Krieg drängte diese wie andere wichtige Fragen vorläufig in den Hintergrund.

Der Umschwung der öffentlichen Meinung über den Schulzwang machte sich nach dem für Frankreich unglücklichen Verlauf des Krieges allorts geltend. Vor 1870 hatten sich die Generalräte von 11 Departements für die Einführung der allgemeinen Schulpflicht ausgesprochen; 1871 forderten die Generalräte von 40 Departements dieselbe, 1872 folgten 14 weitere Departements; die Generalräte von 14 Departements erklärten sich bedingungsweise für den Schulzwang, während sich überhaupt nur 12 dagegen aussprachen. Auch auf dem Gebiete der Gesetzgebung ruhte man nicht. Im August 1871 wurde von Lacroix der Kammer der Abgeordneten ein Gesetzentwurf über den Schulzwang vorgelegt; in demselben Monat folgte ein weiterer Antrag in demselben Sinne von Vacherot und Genossen, am 15. Dezember ein dritter von J. Simon. Selbst der berühmte Guizot, der Vater des Schulgesetzes von 1833 und Gegner des Schulzwanges, erklärte sich 1873 für die Notwendigkeit desselben: „Die Freiheit der Gewissen und der Familien sind Thatsachen und Rechte, welche bei dieser Frage gewissenhaft geachtet und geschützt werden müssen; aber unter der Voraussetzung dieser Achtung und dieses Schutzes kann der Fall eintreten, daß die sociale Lage und die öffentliche Meinung die Schulpflicht auf dem Gebiete der Volksschulbildung heilsam, notwendig und gesetzlich begründet machen. Und dahin sind wir heute gelangt. Die gegenwärtige Bewegung für die Schulpflicht ist aufrichtig, ernsthaft und allgemein; schlagende Beispiele rechtfertigen und ermutigen dieselbe. In Deutschland, in der Schweiz, in Dänemark und in den meisten Staaten Amerikas hat der Volksschulunterricht diese Eigenschaft, und die Gesittung hat davon ausgezeichnete Früchte geerntet. Frankreich und seine Regierung haben recht, wenn sie diesen Grundsatz annehmen in Verbindung mit der wirksamen Bürgschaft für die väterliche Autorität und die Freiheit der Gewissen und der Familien.“¹⁾

Die Wahlen von 1876 sicherten der republikanischen Partei die Oberhand; seitdem verschwindet die Frage der Schulpflicht bis zu ihrer Erledigung von der Tagesordnung nicht mehr. Im Jahre 1877 forderten Barodet und 49 andere Abgeordnete in einem das ganze Volksschulwesen umfassenden Gesetzentwurf die Einführung der Schulpflicht. Der Entwurf wurde nicht beraten, weil der Unterrichtsminister Ferry es für zweckentsprechender

1) Vgl. *L'instruction primaire devant l'Assemblée nationale*, par Eugène Rendu. Paris 1873, S. 12 ff.

hielt, die einzelnen wichtigsten Fragen herauszunehmen und zum besondern Gegenstande der Beratungen zu machen. So legte denn Ferry im Januar 1880 der Kammer der Abgeordneten einen Gesetzentwurf über die Schulpflicht vor, welcher demnächst zur Beratung gelangte und zu den heftigsten Kämpfen führte. Inzwischen hatten andere Gesetze der Einführung der bald zu erwartenden allgemeinen Schulpflicht vorgebaut. Zunächst suchte man durch Neugründung von Schulen die Ausführung des Gesetzes möglich zu machen; das Gesetz vom 1. Juni 1878 über den Bau von Schulhäusern sollte den Gemeinden die nötigen Mittel zur Gründung von Neubauten und zur innern Einrichtung der Schulen gewähren; das Gesetz vom 9. August 1879 schuf die nötigen Anstalten zur Heranbildung der erforderlichen Lehrkräfte; das Gesetz vom 16. Juni 1881 setzte die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts fest. Endlich am 28. März 1882 kam das Gesetz über die Schulpflicht zustande, ein Gesetz, welches die vollständige Umwälzung der bisherigen Grundlagen des Volksschulwesens herbeiführte und als das bei weitem wichtigste aller Gesetze der neuesten Schulgesetzgebung Frankreichs angesehen werden muß.

§. 16.

Das Gesetz vom 28. März 1882.

Das Gesetz vom 28. März¹⁾ 1882 lautet:

Art. 1. Der Volksschulunterricht umfaßt:

Sittenlehre und bürgerliches Leben;

Lesen und Schreiben;

Französische Sprache und die Grundzüge der französischen Litteratur;

Geographie, besonders die von Frankreich;

Geschichte, besonders die Geschichte Frankreichs bis auf die Gegenwart;

die für das tägliche Leben wichtigsten Kenntnisse des Rechts und der Volkswirtschaftslehre;

die Grundzüge der Naturwissenschaften und Mathematik und ihre Anwendung auf die Landwirtschaft, die Gesundheitslehre und die Gewerbe; Handfertigkeit und Gebrauch der Werkzeuge der wichtigsten Gewerbe;

die Elemente des Zeichnens, des Modellierens und der Musik; Turnen;

für die Knaben soldatische Übungen;

1) Bulletin 486, S. 807 ff.

für die Mädchen weibliche Handarbeiten;

Art. 23 des Gesetzes vom 15. März 1850 ist aufgehoben¹⁾.

Art. 2. Die öffentlichen Volksschulen sind ausser an den Sonntagen noch einen Tag in der Woche geschlossen, damit die Eltern, welche es wünschen, ihren Kindern Religionsunterricht ausserhalb des Schulhauses erteilen lassen können.

In den Privatschulen kann Religionsunterricht erteilt werden.

Art. 3. Die Bestimmungen der Art. 18 und 44²⁾ des Gesetzes vom 15. März 1850, soweit sie den Geistlichen ein Recht der Aufsicht, Überwachung und Leitung in den öffentlichen und privaten Volksschulen und den Kleinkinderschulen übertragen, sowie §. 2 des Art. 31 desselben Gesetzes, welches den Konsistorien das Vorschlagsrecht der ihrem Bekenntnis angehörigen Lehrpersonen giebt, sind aufgehoben.

Art. 4. Der Volksschulunterricht ist obligatorisch für die Kinder beiderlei Geschlechts vom vollendeten 6. bis zum vollendeten 13. Lebensjahre; er kann erteilt werden in den niedern und höhern Anstalten, in den öffentlichen und Privatschulen, im elterlichen Hause entweder durch den Vater selbst oder durch eine andere Person, welche er dazu erwählt.

Eine besondere Verordnung bestimmt die Massregeln, welche den Unterricht für Taubstumme und Blinde sichern.

Art. 5. In jeder Gemeinde wird eine Gemeinde-Schulkommission gebildet, um den Schulbesuch zu überwachen und zu fördern.

Dieselbe besteht aus dem Maire als Vorsitzenden, aus einem Kantonaldelegierten und in den Gemeinden, welche aus mehreren

1) Art. 23 umfaßt die Unterrichtsgegenstände, welche bisher in der Volksschule vorgeschrieben waren. Dort befinden sich unter den obligatorischen Unterrichtsgegenständen die Religionslehre, unter den fakultativen Feldmessen und Nivellieren, welche nunmehr in Wegfall kommen; an deren Stelle treten Unterricht über bürgerliches Leben, Handfertigkeit und soldatische Übungen. Der Unterschied zwischen obligatorischen und fakultativen Fächern fällt jetzt ganz weg. — 2) Art. 18 lautet: Die Aufsicht über die öffentlichen und freien Unterrichtsanstalten wird ausgeübt: 4. durch die Kantonaldelegierten, den Maire, den katholischen, den evangelischen Pfarrer oder den Bevollmächtigten des israelitischen Konsistoriums, soweit es den Volksschulunterricht betrifft. Die Diener der verschiedenen Bekenntnisse führen die Aufsicht nur über die Schulen ihres Bekenntnisses, in den gemischten Schulen nur über ihre Glaubensgenossen. — Art. 44 lautet: Die Ortsbehörden für die Aufsicht und die sittliche Leitung des Volksschulunterrichts sind für jede Schule der Maire, der katholische bzw. der evangelische Pfarrer oder der Bevollmächtigte des israelitischen Bekenntnisses. Die Diener der verschiedenen Bekenntnisse sind besonders damit beauftragt, den Religionsunterricht der Schule zu überwachen. Der Eintritt in die Schule steht ihnen jederzeit zu. In den konfessionell gemischten Schulen haben die Diener jeden Bekenntnisses jederzeit Zutritt zur Schule, um die religiöse Erziehung der ihrem Bekenntnisse angehörigen Kinder zu überwachen.

Kantone bestehen, aus so viel Delegierten, als sie Kantone bilden, sämtlich ernannt vom Inspektor der Akademie; ferner aus ebensovielen vom Gemeinderat gewählten Mitgliedern, deren Zahl jedoch höchstens ein Drittel der Zahl der Gemeinderatsmitglieder erreichen darf.

In Paris und Lyon besteht für jedes Arrondissement eine Kommission; in Paris ist der Maire, in Lyon einer der Beigeordneten Vorsitzender; sie besteht aus einem Kantonaldelegierten, welchen der Inspektor der Akademie bezeichnet, sowie aus je drei bis sieben vom Gemeinderat ernannten Mitgliedern.

Die Amtszeit der vom Gemeinderat ernannten Mitglieder der Schulkommission dauert bis zur Neuwahl des Gemeinderats. — Sie können stets wiederernannt werden.

Der Volksschulinspektor ist von Rechts wegen Mitglied aller Schulkommissionen seines Amtsbezirks.

Art. 6. Es werden Volksschulprüfungszeugnisse (*certificat d'études primaires*) eingeführt. Dieselben werden auf Grund einer öffentlichen Prüfung verliehen, zu welcher alle Kinder vom vollendeten 11. Lebensjahre an zugelassen werden.

Diejenigen, welche nach diesem Alter das Volksschulprüfungszeugnis erhalten, sind von der weitem Schulpflicht befreit.

Art. 7. Der Vater, der Vormund, diejenige Person, welcher die Obhut eines Kindes anvertraut ist, sowie der Arbeitgeber, bei welchem ein Kind untergebracht ist, muß wenigstens 14 Tage vor Beginn des Schuljahrs dem Maire der Gemeinde anzeigen, ob er das Kind in seinem Hause oder in einer öffentlichen oder Privatschule unterrichten lassen will; in den beiden letzten Fällen muß er die Schule bezeichnen.

Familien, welche in der Nähe mehrerer öffentlichen Schulen wohnen, haben das Recht, ihre Kinder in eine dieser Schulen einschreiben zu lassen; in eine einer fremden Gemeinde angehörige Schule jedoch nur dann, wenn dieselbe das vorschriftsmäßig festgesetzte Maximum der Kinderzahl nicht erreicht hat.

In streitigen Fällen entscheidet auf den Antrag des Maire oder der Eltern der Departementsschulrat endgültig.

Art. 8. Der Maire stellt jährlich mit der Schulkommission ein Verzeichnis aller Kinder im Alter von 6—13 Jahren auf und benachrichtigt diejenigen, welche für die Kinder verantwortlich sind, von dem Beginn des Schuljahrs.

Wenn die Eltern oder die verantwortlichen Personen 14 Tage vor Beginn des Schuljahrs keine Erklärung abgegeben haben, weist der Maire von Amts wegen das Kind einer der öffentlichen Schulen zu und benachrichtigt davon die verantwortliche Person.

Acht Tage vor Beginn des Schuljahrs übersendet er den Vorstehern der öffentlichen und Privatschulen ein Verzeichnis derjenigen Kinder, welche in die betreffenden Schulen aufgenommen werden

sollen. Eine Abschrift dieser Verzeichnisse stellt er dem Volksschulinspektor zu.

Art. 9. Wenn ein Kind aus der Schule genommen wird, müssen die Eltern oder verantwortlichen Personen den Maire sofort in Kenntniss setzen und zugleich angeben, wie für den fernern Unterricht des Kindes gesorgt wird.

Art. 10. Wenn ein Kind vorübergehend die Schule versäumt, müssen die Eltern oder die verantwortliche Person dem Vorsteher oder der Vorsteherin der Schule den Grund der Versäumnisse anzeigen.

Die Vorsteher und Vorsteherinnen müssen eine Schülerliste führen, welche für jede Klasse die Versäumnisse der Kinder aufweist. Am Ende eines jeden Monats erhält der Maire und der Volksschulinspektor einen Auszug aus dieser Liste unter Angabe der Zahl der Versäumnisse und der vorgebrachten Entschuldigungsgründe.

Die Gründe der Versäumnisse werden der Schulkommission unterbreitet. Die einzigen gesetzlich zulässigen Entschuldigungsgründe sind: Krankheit des Kindes, Tod eines Familiengliedes, zufällige Ereignisse, welche den Verkehr stören. Andere Entschuldigungsgründe unterliegen der Beurteilung der Schulkommission.

Art. 11. Vorsteher von Privatschulen, welche den Vorschriften des vorstehenden Artikels zuwiderhandeln, werden auf den Bericht des Volksschulinspektors und der Schulkommission vor den Departementsschulrat geladen. Dieser kann folgende Strafen verhängen: 1. Verwarnung, 2. Verweis, 3. Suspension auf höchstens einen Monat und im Wiederholungsfalle auf höchstens 3 Monate.

Art. 12. Wenn ein Kind während eines Monats wenigstens vier halbe Tage die Schule versäumt hat, ohne dass der Schulvorstand die Versäumnisse als genügend entschuldigt anerkennt, so wird der Vater, der Vormund oder die verantwortliche Person unter Beobachtung einer mindestens dreitägigen Frist auf die Amtsstube des Maire vor genannte Kommission vorgeladen, welche ihm den Wortlaut des Gesetzes vorliest und ihm seine Verpflichtungen vorhält. Falls er ohne genügende Entschuldigung nicht erscheint, erkennt die Schulkommission auf die im folgenden Artikel ausgesprochenen Strafen.

Art. 13. Im Wiederholungsfalle innerhalb der nächsten zwölf Monate nach der ersten Übertretung ordnet die Schulkommission Anschlag des Namens, Vornamens und Standes der verantwortlichen Person unter Angabe der Übertretung an die Rathhausthür an, und zwar auf die Dauer von 14 Tagen bis zu einem Monat.

Dieselbe Strafe trifft diejenigen, welche den Vorschriften des Art. 9 zuwiderhandeln.

Art. 14. Im zweiten Wiederholungsfalle muss die Schulkommission oder, falls diese es unterlässt, der Volksschulinspektor Strafantrag beim Friedensrichter stellen. Die Sache wird als eine „Contra-vention“ angesehen und kann die Verurteilung zu den Polizeistrafen

nach sich ziehen, wie sie nach Art. 479, 480 ff. des Strafgesetzbuchs ausgesprochen sind. — Art. 463 desselben Gesetzbuchs ist anwendbar¹⁾).

Art. 15. Die Schulkommission kann Kinder, welche bei ihren Eltern oder Vormündern wohnen, auf begründetes Gesuch hin bis höchstens drei Monate im Jahr — die Ferien nicht mit eingerechnet — vom Schulbesuch entbinden. Wenn diese Beurlaubungen die Dauer von 14 Tagen überschreiten, bedürfen sie der Genehmigung des Volksschulinspektors.

Diese Bestimmungen sind nicht anwendbar auf diejenigen Kinder, welche mit ihren Eltern oder Vormündern vorübergehend die Gemeinde verlassen. In diesem Falle genügt schriftliche oder mündliche Anzeige beim Lehrer oder Maire.

Die Schulkommission kann auch mit Genehmigung des Departementschulrats diejenigen Kinder, welche im Gewerbe verwendet werden und ins Lehrlingsalter eingetreten sind, entweder vom Vormittags- oder vom Nachmittagsunterricht entbinden; dieselbe Vergünstigung wird allen Kindern gewährt, welche bei fremden Leuten in der Landwirtschaft beschäftigt sind.

Art. 16. Diejenigen Kinder, welche den Unterricht im elterlichen Hause empfangen, müssen sich jedes Jahr vom Ende des zweiten Jahres ihrer Schulpflicht an einer Prüfung unterziehen, die sich über diejenigen Gegenstände erstreckt, welche dem Unterricht der gleichalterigen Kinder in der Volksschule entsprechen, nach Maßgabe der Form und des Inhalts, wie sie durch Ministerial-Erlass auf Grund Beschlusses des Oberunterrichtsrats bestimmt werden.

Die Prüfungskommission besteht aus einem Volksschulinspektor oder dessen Stellvertreter als Vorsitzenden, einem Kantonaldelegierten und einer im Besitz eines Lehrerbefähigungs- oder eines höhern Zeugnisses befindlichen Person. Die Mitglieder werden vom Inspektor der Akademie ernannt. Für die Prüfung von Mädchen muß das mit dem Befähigungszeugnis versehene Mitglied eine Dame sein.

Wenn die Prüfung ungenügend ausfällt und Entschuldigungsgründe von der Kommission nicht anerkannt werden, so werden die Eltern angewiesen, innerhalb 8 Tagen nach Inkennntnissetzung das Kind in eine öffentliche oder Privatschule zu schicken und dem Maire anzuzeigen, welche Schule sie gewählt haben.

1) Nach einer Entscheidung des Kassationshofs vom 14. Dez. 1883 spricht der Schulvorstand die in Artikel 13 und 14 festgesetzten Strafen rechtskräftig aus, ohne den Vater bzw. Vormund abermals vorzuladen. — Art. 479 des Strafgesetzbuchs setzt die Geldstrafe, auf welche zu erkennen ist, auf 11—15 Fr. fest; Art. 480 droht mit einer Gefängnisstrafe von mindestens 5 Tagen; Art. 482 bestimmt, daß im Wiederholungs-falle eine Geldstrafe nicht zulässig ist, sondern auf Gefängnisstrafe erkannt werden muß. Art. 463 läßt mildernde Umstände zu, wobei jedoch weniger als das geringste Strafmaß nicht ausgesprochen werden darf.

Falls die Anzeige unterbleibt, muß nach Art. 8 des Gesetzes die Einschulung von Amts wegen verfügt werden.

Art. 17. Die Schulkasse, welche nach Art. 15 des Gesetzes vom 10. April 1867¹⁾ ins Leben gerufen ist, soll in allen Gemeinden errichtet werden. In den Gemeinden, welche Zuschüsse erhalten und wo die Zuschlagcentime 30 Franken nicht überschreitet, hat die Kasse Anspruch auf Unterstützung in mindestens gleicher Höhe des von der Gemeinde gezahlten Beitrages, und zwar aus den Mitteln, welche dem Unterrichtsministerium zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Die Verteilung der Unterstützungen geschieht durch die Schulkommission.

Art. 18. Durch Ministerial-Erlasse, welche auf den Antrag der Inspektoren der Akademie und der Departementsschulräte erfolgen, werden jährlich diejenigen Gemeinden bezeichnet, in welchen infolge Mangels an ungenügenden Schulräumen die Vorschriften der Art. 4 ff. über den Schulzwang nicht in Anwendung kommen.

Ein Bericht, welchen der Minister des öffentlichen Unterrichts den Kammern alljährlich erstattet, macht die Gemeinden namhaft, auf welche dieser Artikel Anwendung findet.

§. 17.

Die Ausführungsbestimmungen.

Nachdem der Minister durch Rundschreiben an die Präfekten vom 29. März 1882²⁾ in Ausführung der Art. 5 und 17 des vorstehenden Gesetzes die Wahl der Schulkommissionen und die Bildung der Schulkassen angeordnet hatte, erließ er in den Rundschreiben vom 13. Juni 1882³⁾ und 7. September 1882⁴⁾ die Ausführungsbestimmungen zu vorstehendem Gesetz. Das erste Rundschreiben betrifft die Schulkommissionen. Die Stellung der Schulkommissionen, heißt es dort, ist im Gesetz genau bestimmt; ihr Zweck ist in Art. 5 angegeben, ihre Thätigkeit in den Art.

1) Art. 15 lautet: Ein Gemeinderatsbeschluss, durch den Präfekten genehmigt, kann in jeder Gemeinde eine Schulkasse ins Leben rufen, welche dazu bestimmt ist, den Schulbesuch zu erleichtern und zu fördern durch Austeilung von Belohnungen an fleißige Schüler und von Unterstützungen an dürftige Schüler. — Die Einnahmen der Kasse bestehen aus freiwilligen Beiträgen und Zuschüssen der Gemeinde, des Departements und des Staates. — Sie kann mit Genehmigung des Präfekten Geschenke und Vermächtnisse annehmen. — Die Vereinigung mehrerer Gemeinden zur Bildung und Unterhaltung einer gemeinsamen Kasse kann gestattet werden. — Die Verwaltung der Kasse geschieht unentgeltlich durch die Steuer-einnehmer. — 2) Bulletin 486, S. 813. — 3) Bulletin 497, S. 512. — 4) Bulletin 510, S. 527.

8, 10, 12, 13, 14 und 15 näher erläutert. Es ist dabei zu bemerken, daß die Schulkommissionen keineswegs, wie man geglaubt hat, ein Recht der Beaufsichtigung über die Schule selbst haben. Das Gesetz vom 28. März hat mit Ausnahme der in Art. 3 getroffenen Bestimmungen nach dieser Richtung hin nichts geändert, denn außer dem Volksschulinspektor, dem Maire und dem Kantonal- bzw. Kommunaldelegierten hat niemand die Befugnis, die Schulräume zu betreten.

Das zweite, wichtigere Rundschreiben führt einige Bestimmungen des Gesetzes, soweit sie die Verwaltung betreffen, weiter aus. Das Gesetz war mit 179 gegen 108 Stimmen angenommen worden und erfreute sich keinesfalls des ungeteilten Beifalls des Landes, so daß der Minister die Befürchtung ausspricht, es möchten einzelne Kommissionen ihre Beihülfe zur Aufstellung der Listen aus Nachlässigkeit oder aus andern Gründen versagen. Er weist deshalb die Präfekten an, in diesem Fall die Listen der schulpflichtigen Kinder von Amts wegen durch den Maire aufstellen zu lassen, oder aber durch einen von dem Inspektor der Akademie Beauftragten, oder durch den Volksschulinspektor, indem man als Grundlage der Aufstellung vorläufig die Zähllisten nehmen könne, welche sich auf jeder Mairie befinden. Die Freiheit der Eltern ist durch das Gesetz hinlänglich gewahrt; dem Familienvater stehen drei Wege offen, seine Kinder unterrichten zu lassen: die öffentliche Schule, die Privatschule, das elterliche Haus. Das Gesetz will nur, daß die Eltern vor Beginn des Schuljahres dem Maire anzeigen, wie die Kinder den nötigen Unterricht erhalten; bei der Wahl der öffentlichen Schule entbindet die einfache Anmeldung von jeder weiteren Förmlichkeit; bei der Wahl einer Privatschule ist dem Gesetze Genüge geschehen durch die Eintragung in das Schülerverzeichnis dieser Schule; bei der Ausbildung im elterlichen Hause braucht der Maire nur von der Absicht des Vaters in Kenntnis gesetzt zu werden.

Um den Eltern, welche sich in der letztern Lage befinden, jegliche Umstände und unnütze Belästigung zu ersparen, soll der Maire als Vorsitzender der Kommission nach Aufstellung des Verzeichnisses der Kinder, welche für die öffentlichen und Privatschulen angemeldet sind, eine Liste der übrigen schulpflichtigen Kinder aufstellen und nach Vorschrift des Art. 8 des Gesetzes den betreffenden Eltern ein Schreiben zusenden, in welchem er sie auf die einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes hinweist und sie ersucht, mündlich oder schriftlich die Vorschrift des Gesetzes zu erfüllen; zugleich soll er zur Erleichterung ein Formular beifügen, welches der Vater einfach auszufüllen und dem Maire zurückzusenden hat. Kommen die Eltern diesem nach, so übermittelt der Maire denselben eine Empfangsanzeige mit dem Hinweis auf die im Art. 16 des Gesetzes vorgeschriebene

Prüfung; antwortet dagegen der Vater bzw. Vormund auch auf ein wiederholtes Schreiben des Maire nicht, so hat letzterer in Gemäßheit des Art. 8 des Gesetzes die betreffenden Kinder von Amts wegen einer öffentlichen Schule zuzuweisen¹⁾.

Die Gesamterklärung der Familienväter einer Gemeinde oder eines Theiles derselben genügt nicht; für jedes Kind und von jedem Vater muß dies gesondert geschehen, weil sonst jede Übersicht unmöglich ist; die mündliche Anzeige genügt, indem die namentliche Eintragung eines jeden Kindes in die Stammrolle durch den Maire selbst vorgenommen wird. Bei Gelegenheit dieser großen Aufstellung, welche zum erstenmal den richtigen Stand des Schulbesuches ermittelt, ist es erforderlich, genau die Zahl derjenigen Kinder festzustellen, welche schulpflichtig sind und dennoch der Wohlthat des Unterrichts wegen Mangels an Schulen nicht theilhaftig werden können; denn der Minister hat die feste Absicht, vor allem andern die Gründung von Schulen in den Gemeinden und Weilern durchzuführen, in welchen das Gesetz wegen Mangels an geeigneten Schulräumen noch nicht zur Ausführung gelangen kann. „Dieses materielle Hindernis“, fährt der Minister fort, „ist das einzige, welches sich der vollen und sofortigen Ausführung des Gesetzes entgegenstellt; das einzige, sage ich, denn weniger als irgend jemand habe ich die Ankündigung einer Massenerhebung gegen ein Gesetz für ernst gehalten, welches will, daß jeder Bürger lesen und schreiben kann. Was ernst aufzufassen ist, hat schon mein Vorgänger gesagt: daß es nämlich in Frankreich an Schulen für unsere Kinder und nicht an Kindern für unsere Schulen mangelt. Aber diese Lücken lassen sich schnell ausfüllen in einem Lande, in welchem einerseits die Regierung durch das Gesetz gegen jeden Widerstand bewaffnet ist und andererseits die Kammern sich bei jeder Gelegenheit fest entschlossen zeigen, nicht zurückzuschrecken vor jedem Opfer, um das Werk der nationalen Erziehung zu vollenden.“

Der Ministerial-Erlaß vom 22. Dezember 1882²⁾ bestimmt das nähere über die Prüfung derjenigen Kinder, welche den Unterricht in der Familie erhalten. Er lautet:

Art. 1. Die Prüfung, welcher die in der Familie unterrichteten Kinder sich vom Ende des 2. Jahres der Schulpflicht an bis zum vollendeten 13. Lebensjahre unterziehen müssen, findet in dem Gemeindehause oder in einem Schulsaale statt.

1) Nach einem Urteil des Kassationshofs vom 26. Mai 1883 genügt die allgemeine Bekanntmachung des Beginnes der Schule nicht, um auf Grund dessen den säumigen Vater gesetzlich anzuhalten, daß er sein Kind in die Schule schickt. Der Vater oder die verantwortliche Person müssen durch besondere Mitteilung vom Beginn der Schule in Kenntnis gesetzt werden, bevor gegen sie gesetzlich vorgegangen werden kann.
— 2) Bulletin 525, S. 745 ff.

Art. 2. Die Liste der zur Prüfung verpflichteten Kinder wird von dem Maire aufgestellt und dem Inspektor der Akademie vor dem 1. Mai übersandt.

Art. 3. Die Prüfung findet in dem Monat statt, welcher dem Beginn des Schuljahrs folgt oder welcher ihm vorhergeht. Der Prüfungstag wird für jeden Ort vom Inspektor der Akademie bestimmt.

Art. 4. Die Zusammenberufung sowohl der Prüfungskommission als der zu prüfenden Kinder geschieht mindestens 14 Tage vorher durch den Volksschulinspektor.

Art. 5. Die Prüfung ist eine schriftliche; eine mündliche Prüfung findet nur dann statt, wenn die erstere ungenügend ausgefallen ist. Beide Prüfungen sind an demselben Tage.

Art. 6. Die schriftliche Prüfung besteht entweder in einem Diktat, welches von der Prüfungskommission gegeben und beaufsichtigt wird, oder in schriftlichen Arbeiten, welche zu Hause angefertigt und mit der vom Vater ausgestellten Bescheinigung vorgelegt werden, daß das betreffende Kind dieselben selbst angefertigt hat.

Die Prüfungskommission hat stets das Recht, eine weitere Prüfung in ihrer Gegenwart vorzunehmen.

In dem Falle, wo die schriftlichen Prüfungen vor der Kommission vorgenommen werden, erstrecken sie sich über folgende Gegenstände:

Kinder von 8—9 Jahren: Schreiben.

Von 9—10 Jahren: Schreiben. — Die Anfangsgründe des Rechnens (Zusammenzählen und Abziehen).

Von 10—11 Jahren: Diktat. Die Grundrechnungsarten; Ausführung in ganzen Zahlen.

Von 11—12 Jahren: Diktat. Kenntniss des metrischen Systems. Geographie von Frankreich.

Von 12—13 Jahren: Diktat. Die Grundrechnungsarten und das metrische System. Die Großthaten und die großen Männer aus der französischen Geschichte.

Art. 7. Die mündlichen Prüfungen umfassen Lesen und kurze Fragen über die in Art. 6 angeführten Unterrichtsgegenstände oder einen Teil derselben.

Die Prüfung im Lesen wird aus einer in den öffentlichen Schulen oder den Elementarklassen der Lyceen gebräuchlichen Sammlung von Lesestücken vorgenommen.

Art. 8. Die Kinder können auf den Antrag ihrer Eltern in allen andern Unterrichtsgegenständen des Lehrplans der Volksschule geprüft werden, wie er in den Bestimmungen vom 27. Juli 1882 festgesetzt ist.

Die Bedeutung dieser Prüfung wird in dem ministeriellen

Rundschreiben vom 12. September 1884¹⁾ näher bestimmt. Das Besondere dieser Prüfung besteht darin, daß nicht der Grad des Wissens beurteilt, sondern nur die Thatsache festgestellt wird, daß das betreffende Kind Unterricht erhält. Die zu Prüfenden sind nicht in Vergleich zu stellen mit den Schülern dieser oder jener Schule, sondern die Kommission verschafft sich nur die Überzeugung, daß diese Kinder das Minimum des Unterrichts erhalten, wie das Gesetz es verlangt. Aus diesen Gründen hat auch der Oberunterrichtsrat bestimmt, daß der Vater sich darauf beschränken kann, die Hefte seines Kindes mit der erforderlichen Erklärung vorzulegen. Nur dann soll die Kommission auf einer mündlichen Prüfung bestehen, wenn die schriftlichen Arbeiten zeigen, daß das Kind am Ende seiner Schulpflicht nicht soweit gebracht sein werde, lesen, schreiben, rechnen und die einfachsten Fragen aus der Geschichte und Geographie beantworten zu können. Das Gesetz vom 28. März 1882 beschränkt nicht die Freiheit des Unterrichts, sondern allein die Freiheit der Unwissenheit; es ist nur gegen diejenigen gerichtet, welche den Unterricht ihrer Kinder vernachlässigen. Kein Vater kann sagen, daß man ihn verhindert, sein Kind nach seinem Willen zu unterrichten; das einzige Recht, was man ihm nicht gestattet, ist das, seinem Kinde den Unterricht zu versagen.

Es erübrigt noch, das im Art. 6 des Gesetzes vom 28. März 1882 eingeführte Volksschulprüfungszeugnis zu erörtern. Nach dem Dekret des Präsidenten der Republik vom 27. Juli 1882²⁾ findet die Prüfung am Ende eines jeden Schuljahres statt (Art. 1), das Zulassungsalter ist auf das zur Zeit der Prüfung zurückgelegte 11. Lebensjahr festgesetzt (Art. 2), die Bestimmungen des Ministerial-Erlasses vom 16. Juni 1880³⁾ finden auf die in Rede stehende Prüfung Anwendung. Dieser Erlaß lautet:

Art. 1. Es werden Kantonal-Kommissionen durch die Rektoren auf den Vorschlag der Inspektoren der Akademie ernannt, um die Befähigung der Bewerber um das Volksschulprüfungszeugnis festzustellen. Diese Kommissionen treten jährlich auf die Aufforderung des Inspektors der Akademie entweder in dem Hauptorte des Kantons oder in einem möglichst in der Mitte desselben gelegenen Orte zusammen. Der Volksschulinspektor muß unbedingt Mitglied dieser Kommissionen sein. Jede Kommission ernennt ihren Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und ihren Schriftführer.

Art. 2. Zu der vom Inspektor der Akademie vorgeschriebenen Frist stellt jeder Lehrer ein Verzeichnis derjenigen Schüler seiner Schule auf, welche sich um das Volksschulprüfungszeugnis bewerben.

1) Bulletin 615, S. 365. — 2) Bulletin 503, S. 137. — 3) Bulletin 454, S. 669.

Dieses Verzeichnis enthält:

- Namen und Vornamen;
- Datum und Ort der Geburt;
- Wohnort der Familie;
- Namensunterschrift jedes zu Prüfenden.

Das Verzeichnis, vom Maire visiert und beglaubigt, wird zur vorgeschriebenen Zeit dem Volksschulinspektor übersandt.

Art. 3. Die Prüfungen sind doppelter Art: schriftliche und mündliche.

Die schriftlichen Prüfungen sind nicht öffentlich und finden statt unter Aufsicht der Mitglieder der Kommission. Sie umfassen:

1. Ein orthographisches Diktat von höchstens 25 Zeilen; das Schlufszeichen eines jeden Satzes wird angegeben.

Das Diktat kann als Schriftprobe dienen.

2. Zwei Rechenaufgaben, welche sich auf das angewandte Rechnen und das metrische System beziehen, mit schriftlicher Auflösung.

3. Einen leichten Aufsatz (Erzählung, Brief u. s. w.).

Die Mädchen müssen ausserdem eine gewöhnliche Näharbeit ausführen unter Aufsicht einer zu diesem Zwecke bestimmten Dame.

Die Texte und die Themata der Arbeiten werden vom Inspektor der Akademie ausgewählt und zum Beginn der Prüfung unter Verschluss dem Vorsitzenden der Prüfungskommission zugesandt.

Die Prüfungsarbeiten müssen am Kopfe und unter Verschluss Namen und Vornamen der Prüflinge tragen nebst Angabe der Schulen, welchen dieselben angehören. Dieser Verschluss wird erst nach Durchsicht der Arbeiten und Eintragung der Prüfungsergebnisse geöffnet.

Art. 4. Die Zeit, welche für jede Prüfungsarbeit bewilligt ist, und die Nummer, welche dazu dient, den Wert der Arbeit festzustellen, sind folgende:

Rechnen, Aufsatz, Nähen je eine Stunde. Die höchste Censurnummer für jedes der fünf Fächer (Rechtschreiben, Schönschreiben, Rechnen, Aufsatz, Nähen) beträgt 10.¹⁾

Jeder Schüler, welcher mehr als 5 Fehler gegen die Rechtschreibung macht, wird von der Prüfung ausgeschlossen.

Das Diktat wird nach folgenden Gesichtspunkten beurteilt:

- Jeder halbe Fehler vermindert die Censurnummer um 1;
- ein Fehler gegen die gewöhnliche Rechtschreibung zählt 1;
- ein Fehler gegen die grammatikalische Rechtschreibung zählt 1;

1) Der Text des Diktats wird zuerst laut vorgelesen, diktiert, dann nochmals gelesen; den Prüflingen wird 5 Minuten Zeit zur Verbesserung gelassen.

ein falscher Accent, welcher die Bedeutung des Wortes verändert, zählt $\frac{1}{2}$;

die andern Accentfehler, Fehler betreffs der Cedille, des Bindungsstriches, des Trema, der Zeichensetzung und der großen Anfangsbuchstaben sind in ihrer Gesamtheit nach dem Gutachten der Kommission als 1 oder $\frac{1}{2}$ Fehler anzusehen.

Ist die Censurnummer einer Arbeit null, so wird der betreffende von der Prüfung ausgeschlossen.

Die Arbeiten werden in der Sitzung selbst von den Mitgliedern der Kommission nachgesehen.

Die Censurnummer ist an den Kopf jeder Arbeit und auf eine zu diesem Zweck errichtete Liste zu setzen.

Zu der mündlichen Prüfung werden nur diejenigen zugelassen, welche in der schriftlichen Prüfung wenigstens 20 (bei den Knaben) bzw. 25 (bei den Mädchen) Nummern im ganzen erreichen.

Art. 5. Die mündlichen Prüfungen finden in Gegenwart der Lehrer und Lehrerinnen statt. Sie umfassen:

Lesen und Erklärung des Gelesenen;

Zerlegung eines Satzes, entweder aus dem Lesebuch oder von der Wandtafel;

die Grundzüge der Geschichte und Geographie Frankreichs;

Fragen betreffend praktische Anwendung des Rechnens und des metrischen Systems.

Die mündlichen Prüfungen werden in derselben Weise wie die schriftlichen beurteilt; die Censurnummer geht von 10—0.

Die Dauer der Prüfung in allen Fächern darf für den einzelnen Prüfling 25 Minuten nicht überschreiten.

Art. 6. Die in den mündlichen Prüfungen erhaltenen Nummern werden zu denen der schriftlichen gezählt.

Keinem kann das Volksschulprüfungszeugnis zuerkannt werden, wenn er nicht wenigstens die Hälfte der für beide Prüfungen festgesetzten höchsten Censurnummern hat, also 40 für die Knaben, 45 für die Mädchen.

Art. 7. Außer den in Art. 3 und 5 bestimmten Prüfungsgegenständen kann die Prüfung sich noch erstrecken auf eine Linearzeichnung und auf Fragen über die Landwirtschaft.

Diese Fächer werden in dem Zeugnis erwähnt, wenn die Censurnummer 5 oder mehr beträgt.

Art. 8. Die Prüfungsverhandlungen werden dem Inspektor der Akademie übersandt, welcher die Vorschriftsmäßigkeit derselben prüft und dann die Zeugnisse ausstellt.

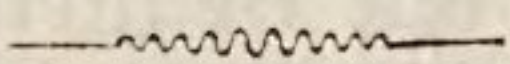
Art. 9. Die weitem Bestimmungen betreffend den Verlauf der Prüfungen und die Thätigkeit der Kommissionen werden durch die Departementsbehörden geregelt.

In dem Monat, welcher dem Schluß der Prüfungen folgt,

übersendet der Inspektor dem Rektor der Akademie eine statistische Übersicht über das Gesamtergebnis im Departement. Der Rektor erstattet über alle Departements der Akademie dem Minister des öffentlichen Unterrichts ähnlichen Bericht.

Die Ausführungsbestimmungen zu dieser Prüfungsordnung in dem ministeriellen Rundschreiben vom 27. September 1880¹⁾ berühren hauptsächlich zwei Punkte: die Zahl der Mitglieder der Prüfungskommission ist in der Prüfungsordnung nicht bestimmt; sie liegt in der Hand des Rektors der Akademie, welcher bei der Ernennung der Mitglieder den örtlichen Bedürfnissen Rechnung tragen muß. Bei der Wahl der Kommissionsmitglieder ist vornehmlich darauf zu sehen, daß Männer erwählt werden, welche in dem schwierigen Punkte der Fragestellung an die Kinder die richtige Erfahrung haben. Dies sind besonders die Lehrer selbst, welche zudem auch am besten den richtigen Bildungsgrad der Kinder zu beurteilen wissen; neben den Lehrern sind auch solche Mitglieder in die Kommission zu ernennen, welche keine Schulmänner sind. Der andere Punkt betrifft die Prüfung selbst. Das Prüfungszeugnis stellt fest, daß der Inhaber desselben das weiß, was jedes der Schule zu entlassende Kind wissen muß. Der Minister hofft, daß die Zeit nicht mehr fern sein wird, wo jeder Meister ohne Ausnahme von seinem Lehrling ein solches Zeugnis fordern wird als Bürgschaft für die dem Stande notwendige Bildung. Die Anforderungen sind deshalb nicht höher und niedriger, als die der Oberstufe der Volksschulen.

Das ministerielle Rundschreiben vom 15. Januar 1881²⁾ erörtert die Frage, ob auch die Privatschulen ein solches Zeugnis auszustellen berechtigt seien. Der Minister verneint dies. Es stehe zwar den Vorstehern von Privatschulen zu, Zeugnisse über die erlangte Bildung ihrer Zöglinge auszustellen, aber unter obigem Titel nicht. Der Erlaß vom 24. Dezember 1880³⁾ besagt ausdrücklich, daß das Volksschulprüfungszeugnis ausschließlich nur von der im Art. 1 des Erlasses vom 16. Juni 1880 eingesetzten Kommission erteilt werden könne.



1) Bulletin 458, S. 1227. — 2) Bulletin 462, S. 117. — 3) Bulletin 461, S. 1641.

IV. Abschnitt.

Die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts und die Unterhaltungspflicht.



§. 18.

Von 1789 an bis zum Gesetz vom 15. März 1850.

Betreffs der Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts traten in Frankreich nacheinander drei Systeme auf, von welchen man nunmehr auf das erste zurückgekommen ist: die allgemeine Unentgeltlichkeit; die Unentgeltlichkeit auf eine bestimmte, vorher festgesetzte Zahl von Kindern beschränkt; die Unentgeltlichkeit für alle diejenigen Kinder, deren Eltern zahlungsunfähig sind.

In den „Wünschen und Aufträgen“ der Wähler der Abgeordneten von 1789 war vielfach die Forderung der Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts gestellt worden; demgemäß bestimmte denn auch die Verfassung von 1791 Tit. I, daß ein System des öffentlichen Unterrichts geschaffen und eingerichtet werden soll, gemeinsam für alle Bürger und unentgeltlich, insofern es sich um die Vermittlung derjenigen Kenntnisse handelt, welche allen Bürgern unumgänglich notwendig seien, ein Grundsatz, welchen Art. 22 der Verfassung von 1793 allgemeiner mit den Worten aufstellt: der Unterricht ist ein Bedürfnis für alle; der Staat muß mit allen Kräften die Fortschritte der öffentlichen Vernunft fördern und den Unterricht allen Bürgern zugänglich machen. Talleyrand hatte in seinem Gesetzentwurf von 1791 den Grundsatz der Unentgeltlichkeit aufgestellt: „Indem der Staat den Volksschulunterricht allen Bürgern unentgeltlich erteilt, erfüllt er seine Pflicht gegen den einzelnen und gegen die Gesamtheit, letzteres aus drei Gründen: 1. weil er für die öffentliche Ruhe sorgt; denn die Ruhe ist eine logische Folge der Fortschritte der Bildung;

2. weil der nationale Reichtum dadurch gehoben wird; denn der Staat ist als eine Werkstätte zu betrachten, deren Ergiebigkeit in der Befähigung aller Arbeiter beruht; 3. weil die Fortschritte der theoretischen und praktischen Wissenschaften beschleunigt werden, denn der Volksschulunterricht macht den höhern Unterricht auf breitester Grundlage möglich und fördert den Erfolg der individuellen Anlagen.“ Für den höhern und den Fachunterricht verlangt er die Unentgeltlichkeit nicht; hier läßt er Ausnahmen bei besonders beanlagten Schülern zu. Über die Unterhaltungspflicht hat sich Talleyrand nicht geäußert, ebenso wenig Condorcet, welcher auch den Grundsatz der Unentgeltlichkeit des Unterrichts betont, aber nicht nur für die Volksschulen, sondern für alle Grade des Unterrichts.

Der Entwurf, welchen das Komitee des öffentlichen Unterrichts 1792 dem Konvent vorlegte, schließt die Erhebung von Schulgeld in den Volksschulen aus; den Gemeinden wurde die Verpflichtung auferlegt, die Gebäude für die Schulen zu stellen sowie die Kosten der ersten Einrichtung und der Unterhaltung der Ausstattung zu tragen. Gleichfalls sollten die Gemeinden den Lehrern freie Wohnung liefern, während die Bestreitung der Lehrergehälter dem Staate zugewiesen wurde. Lepelletier verlangte die gemeinsame Erziehung der Jugend auf Kosten des Staates; die dazu erforderlichen Gelder sollten aufgebracht werden: 1) durch die Steuerzahler nach dem Verhältnis der Höhe ihrer Steuern; 2) durch die aus der Arbeit der Kinder erzielten Summen; 3) durch den Staat. Die Dekrete vom 21. Oktober 1793, vom 19. Dezember 1793 sowie vom 17. November 1794 stehen alle auf demselben Standpunkte wie der Entwurf des Komitees des öffentlichen Unterrichts: Von Schulgeld ist keine Rede, der Staat bestreitet das Gehalt des Lehrers, die Gemeinden sind zu den übrigen Leistungen verpflichtet; jedoch können die bisher nicht verkauften Pfarrhäuser zu Schulhäusern und Lehrerwohnungen benutzt werden.

Unter dem Drucke der völligen Leistungsunfähigkeit des Staates änderte sich bald die gesetzliche Lage, zu deren Verwirklichung man bisher nichts hatte thun können. Indem Lakanal im Konvent die Frage aufwarf, ob denn eigentlich der Staat zur Leistung der für den Volksschulunterricht geforderten Ausgaben verpflichtet sei, kommt er zu folgenden Schlüssen: Da die Volksschulen eine Wohlthat sind, deren Vorteile sich auf sämtliche Bürger erstrecken, so hat die Nation nur die Kosten für diejenigen zu zahlen, welche thatsächlich zu eigener Beihülfe nicht imstande sind; für die zahlfähigen Bürger ist es eine heilige Pflicht, an diesen Ausgaben teilzunehmen. Es ist keine drückende Maßregel, einen Steuerzuschlag einzuführen, welcher auf dem Vermögen begründet ist und im Verhältnis zum Steuersatz eines

jeden Bürgers steht, um einen Teil derjenigen Ausgaben zu decken, die das Volksschulwesen verursacht. Er macht den Vorschlag, 10 Prozent auf die jetzigen Steuern zu schlagen; dann würden zu Lasten des Staates etwa noch 11 Millionen Franken verbleiben. Der Vorschlag fand jedoch keinen Anklang.

Art. 296 der Verfassung von 1795 besagt, daß die Republik den an Volksschulen angestellten Lehrern freie Wohnung oder Mietsentschädigung gewähre; demgemäß bestimmt das auf Grund dieser Verfassung ausgearbeitete neue Schulgesetz vom 25. Oktober 1795, daß durch die Republik jedem Lehrer Wohnung und Schullokal gestellt werden sollen, dazu noch ein Garten am Schulhause; findet die Departementsverwaltung es für geeignet, anstatt Wohnung und Garten Mietsentschädigung zu gewähren, so setzt sie die Höhe der letztern fest.¹⁾ Auch das Schulgeld wurde wieder eingeführt; jeder Schüler soll ein jährliches Schulgeld entrichten, welches der Lehrer bekommt und welches die Departementsverwaltung veranschlagt.²⁾ Damit jedoch auch den armen Kindern Gelegenheit zum Schulbesuche geboten sei, kann der Gemeinderat ein Viertel der Schüler jeder einzelnen Volksschule von der Entrichtung des Schulgeldes befreien.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß bei dem vollständigen Mangel eines festen Einkommens und der so geringfügigen Leistungen des Staates die Zahl der Schulen immer mehr zurückging. Ein Gesetzentwurf Bonnaires suchte den Übelständen abzuhelpen, indem er den Lehrern ein festes Einkommen von seiten des Staates gesichert wissen wollte, und zwar zu den Bezügen, welche das Gesetz von 1795 sicherte. Ferner war noch die weitere Bestimmung getroffen, daß für alle Knaben im Alter von 7—10 Jahren, gleichviel ob dieselben die Schulen ihres Bezirks besuchen oder nicht, das Schulgeld von den leistungsfähigen Eltern bezahlt werden sollte, auch soll das Schulgeld wegen der damit verbundenen Unzuträglichkeiten nicht mehr unmittelbar an den Lehrer, sondern an die Steuereinnehmer entrichtet werden; ein weiterer Antrag forderte die Festsetzung des Schulgeldes auf mindestens 25 Centimen bis höchstens 1 Franken monatlich. Andere Redner jedoch betonten, daß man es ganz den Gemeinden überlassen müsse, für die Schulen zu sorgen.

Der Gesetzentwurf Chaptals vom November 1800 stellte einen neuen Grundsatz auf; auch er will den Lehrern ein festes Gehalt sichern, jedoch soll dasselbe zur Hälfte durch die Gemeinde, zur Hälfte durch den Staat aufgebracht werden; daneben sind die Gemeinden zur Gewährung von Wohnung und Schulräumen sowie zur Unterhaltung derselben verpflichtet.

1) Tit. I, Art. 6. — 2) Art. 8.

Erst das Gesetz von 1802 ordnete endgültig die Frage sowohl wegen der Unterhaltungspflicht als auch betreffs des Schulgeldes, wenngleich auch für die Lehrer mangelhaft genug. Demnach sind die Gemeinden verpflichtet, für die Schulen zu sorgen;¹⁾ sie müssen die Wohnung und die Schulräume stellen; als einzige Einnahmequelle für den Lehrer ist das Schulgeld bestimmt, dessen Höhe der Gemeinderat festsetzt.²⁾ Von der Entrichtung des Schulgeldes sollen die Gemeinderäte diejenigen Eltern befreien, welche zur Zahlung desselben nicht fähig sind, jedoch darf diese Ausnahme ein Fünftel der die Schule besuchenden Kinder nicht übersteigen.³⁾

Der Minister Fourcroy, der Urheber dieses Gesetzes, hielt die Fürsorge des Staates zu gunsten des Unterrichts an alle arme Kinder für unmöglich. „Ein gewisses Maß von Bildung ist ein allgemeines Bedürfnis, aber“, fährt er fort, „wo ist trotz dieser großen Wahrheit ein großes Volk, bei welchem alle Gemeinden eine Freischule für diesen Zweck haben? Wo ist die Regierung, welche eine solche Last tragen kann oder trägt? Wenn dies nirgendwo der Fall ist, ausgenommen in einzelnen abgeschlossenen oder spärlich bevölkerten Ländern, so kommt dies daher, daß es der Natur der Verhältnisse zuwider ist, sowie außerhalb der Grenzen des Möglichen liegt, eine ähnliche Einrichtung bei irgend einem großen Volke ins Leben zu rufen.“

Bei den Grundzügen des Gesetzes von 1802 blieb es im allgemeinen bis zum Gesetz von 1833. Nach der Königlichen Ordonnanz vom 29. Februar 1816 sollte freilich jede Gemeinde für den Volksschulunterricht aller in der Gemeinde wohnenden Kinder Sorge tragen; auch sollten die armen Kinder den Unterricht unentgeltlich erhalten.⁴⁾ Die Zahl der letztern ist nicht begrenzt; auch steht es den Gemeinden frei, mit den Lehrern einen Vertrag abzuschließen, damit die armen Kinder die Schule unentgeltlich besuchen;⁵⁾ ebenso können die Gemeinden mit ihren Lehrern durch Übereinkommen den Gesamtbetrag des Schulgeldes festsetzen; der Gemeinderat bestimmt dann die Höhe des Schulgeldes, welches die einzelnen zu zahlen haben, und stellt zugleich das Verzeichnis der schulgeldfreien Kinder auf.⁶⁾ Der Grundsatz, welchen Art. 14 der Ordonnanz aufstellt, ist ja anerkennenswert, aber woher die Mittel beschafft werden sollen, das Lehrergehalt zu bestreiten, ist nicht gesagt. Die Ordonnanz setzt voraus, daß die Gemeinde den Lehrer bezahlen will, daß sie es kann und daß der Lehrer mit dem ihm von der Gemeinde gemachten Angebot zufrieden ist; eine Staatsbeihilfe wird ebensowenig in Aussicht gestellt; 50000 Franken waren es, welche

1) Art. 2. — 2) Art. 3. — 3) Art. 4. — 4) Art. 14. — 5) Art. 15. — 6) Art. 16.

aus Staatsmitteln für das Volksschulwesen verwandt wurden, eine Summe, welche auf die einzelne Gemeinde etwas mehr als einen Franken ausmachte. Auch Art. 15 und 16 sind unbestimmt; die Gemeinden „können“ einen Vertrag abschließen mit dem Lehrer, die Kinder unentgeltlich zu unterrichten, sie können den Lehrer entschädigen für den Ausfall des Schulgeldes, aber daß sie es thun werden und daß sie dazu in der Lage sind, nennt J. Simon¹⁾ einen frommen Wunsch des Verfassers der Ordonnanz. Zu spät kam man unter der Restauration zur Einsicht, daß zunächst die Herbeischaffung von Mitteln der einzig richtige Weg sei, dem kläglichen Zustande des Volksschulwesens abzuhelpfen. Die Ordonnanz vom 14. Februar 1830 versuchte dies, kam aber nicht mehr zur Ausführung.²⁾

Dem Gesetz vom 28. Juni 1833 war es vorbehalten, zuerst die Mittel zu schaffen und gesetzlich festzustellen, wie der damalige Bestand der Schulen, die Gründung neuer Schulen und die Unterhaltung derselben nachhaltig gesichert werden sollte. Tit. III des Gesetzes handelt über die öffentlichen Volksschulen. Als solche werden diejenigen Volksschulen bezeichnet, welche ganz oder teilweise die Gemeinden, die Departements oder der Staat unterhalten.³⁾

Jede Gemeinde ist verpflichtet, entweder allein oder im Verein mit einer bzw. mehreren benachbarten Gemeinden eine Volksschule zu unterhalten.⁴⁾

Die Gemeinden mit über 6000 Einwohnern und die Hauptorte der Departements müssen außerdem eine gehobene Volksschule haben.⁵⁾

Jedes Departement muß ein Volksschullehrerseminar unterhalten, entweder allein oder in Verbindung mit einem oder mehreren benachbarten Departements. Die Generalräte sollen über die Aufbringung der Unterhaltungskosten Beschluß fassen.⁶⁾

Die Verpflichtung der Gemeinde dem Lehrer gegenüber besteht: 1. in der Lieferung eines geeigneten Gebäudes, welches sowohl für die Dienstwohnung als auch für die Aufnahme der Kinder genügt; 2. in der Zahlung eines festen Gehalts, welches für die Volksschulen nicht unter 200 Fr., für die gehobenen Volksschulen nicht unter 400 Fr. betragen darf.⁷⁾

Wo Stiftungen, Geschenke oder Vermächtnisse zur Deckung ebengenannter Ausgaben nicht vorhanden sind, muß der Gemeinderat für die Aufbringung der Mittel sorgen. Falls die gewöhnlichen Einnahmen nicht ausreichen, soll der Gemeinderat eine besondere Zuschlagsteuer genehmigen; wenn er dies unterläßt,

1) L'École, S. 62. — 2) Vgl. I. Teil, S. 149. — 3) Art. 8. — 4) Art. 9. — 5) Art. 10. — 6) Art. 11. — 7) Art. 12.

wird die letztere durch Königliche Ordonnanz angeordnet. Dieser Zuschlag, welcher jährlich durch ein Finanzgesetz genehmigt werden muß, darf drei Centimen auf Kopf-, Grund- und Mobiliarsteuer nicht übersteigen. Wenn Gemeinden entweder allein oder im Verein mit andern die Beschaffung des Schulhauses und die Sicherstellung des Gehalts mit Hülfe dieser drei Zuschlagcentimen nicht leisten können, so tritt für das Fehlende das Departement ein, und wenn auch dessen regelmässige Einnahmen zur Deckung nicht ausreichen, muß von dem Generalrat eine Zuschlagsteuer genehmigt werden, welche jedoch zwei Prozent der Kopf-, Grund- und Gebäudesteuer nicht übersteigen darf. Reichen auch die vom Departement bis zu genannter Höhe aufgebrauchten Mittel im Verein mit denen der Gemeinde nicht hin, so tritt der Minister des öffentlichen Unterrichts mit den Mitteln ein, welche jährlich für den Volksschulunterricht im Staatshaushalt ausgeworfen und genehmigt sind. Die Verwendung dieser Mittel muß bei der Vorlage des folgenden Staatshaushalts stets in einem besondern Bericht im einzelnen nachgewiesen werden.¹⁾

Neben dem festen Gehalt bezieht der Lehrer an öffentlichen Schulen noch das Schulgeld durch den Gemeinde-Einnehmer. Unentgeltlich werden diejenigen Kinder in die Schule aufgenommen, welche der Gemeinderat als zahlungsunfähig bezeichnet.²⁾ Eine Beschränkung der Zahl der letztern findet nicht statt; der Kantonal-ausschuß wird damit beauftragt, sich davon zu überzeugen, daß auch thatsächlich für den Unterricht der ärmern Kinder gesorgt werde.³⁾

Der große Fortschritt des Gesetzes von 1833 auch nach dieser Richtung hin springt sofort in die Augen. Es ermöglicht allen Kindern die Teilnahme am Unterricht, indem alle zahlungsunfähigen denselben unentgeltlich genießen können, es giebt den Lehrern an öffentlichen Schulen eine feste Bürgschaft für ihre Stellung, wenngleich das Einkommen noch sehr verbesserungsbedürftig ist, es ordnet die Einnahmen und Ausgaben der Schulen mit großer Umsicht. Art. 10 der Königlichen Ordonnanz vom 23. Juni 1836 dehnte den unentgeltlichen Unterricht für die armen Kinder ausdrücklich auch auf die Mädchenschulen aus.

Im März 1847 brachte Salvandy einen Gesetzentwurf ein, wonach diejenigen Gemeinden, deren Einnahmen es gestatteten, unentgeltlichen Volksschulunterricht einführen dürfen; an Stelle des Schulgelds sollte dann für die Lehrer eine von der Gemeinde zu zahlende Gehaltszulage treten. Im folgenden Jahre forderte Carnot unentgeltlichen Unterricht für die Knaben- und Mädchenschulen überhaupt; das Gehalt der Lehrer und Lehrerinnen solle aus Staatsmitteln bestritten werden. Die Unterrichtskommission

1) Art. 13. — 2) Art. 14, §. 3. — 3) Art. 21.

verwarf jedoch diese Vorschläge und sprach sich für eine Art von Halbunentgeltlichkeit aus.

§. 19.

**Die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts bis zum
Gesetz vom 16. Juni 1881.**

Art. 24 des Gesetzes vom 15. März 1850 bestimmt, daß der Volksschulunterricht an alle Kinder unentgeltlich erteilt werden soll, deren Eltern außer stande sind, Schulgeld zu bezahlen. Es war damit ein weiterer Schritt gethan, wenigstens insofern, als das Gesetz sich klar und bestimmt ausspricht.

Das Schulgeld soll in derselben Form erhoben werden wie die öffentlichen direkten Steuern; der Steuereinnehmer erhält dieselben Hebegebühren wie bei den andern Einnahmen, jedoch kann nach dem einstimmigen Gutachten des Generalrats der Lehrer an öffentlichen Schulen durch den Departementsschulrat ermächtigt werden, selbst das Schulgeld zu vereinnahmen.¹⁾

Jedes Jahr stellt der Maire mit den Geistlichen der verschiedenen Bekenntnisse eine Liste derjenigen Kinder auf, welche unentgeltlich in die öffentlichen Schulen aufgenommen werden sollen. Diese Liste wird durch den Gemeinderat genehmigt und durch den Präfekten endgültig festgestellt.²⁾

Betreffs der Höhe des Schulgeldes tritt der Gemeinderat jährlich in Beratung und zwar in der Februarsitzung. Der Beschluß darüber muß vor dem 1. Mai an den Unterpräfekten gesandt werden, welcher denselben nebst eigenem Gutachten sowie den Gutachten der Kantonaldelegierten und des Volksschulinspektors dem Präfekten übermittelt.³⁾ Die gesamten Verhandlungen unterbreitet der Präfekt dem Departementsschulrat, welcher die Höhe des Schulgeldes endgültig festsetzt. Von letztem Beschluß erhält der Generalrat Kenntnis, damit er die Summen in Anschlag bringen kann, welche für den Volksschulunterricht vom Departement getragen werden müssen.⁴⁾

Schulgeld zu zahlen sind alle Externe und Pensionäre verpflichtet, welche die Schule besuchen, soweit sie nicht auf Grund des Art. 45 des Gesetzes vom 15. März 1850 von der Zahlung befreit sind.⁵⁾

Die Hebeliste wird jährlich aufgestellt. Zu diesem Zweck übersendet der Lehrer im Laufe des Januar dem Maire 1) ein

1) Gesetz v. 15. März 1850, Art. 41. — 2) Art. 45. — 3) Art. 19 des Dekrets v. 7. Okt. 1850. — 4) Art. 20. — 5) Art. 26.

Verzeichnis der Kinder, welche zu Anfang dieses Monats die Schule besuchen, unter Angabe des Namens der Zahlpflichtigen und der von den einzelnen zu zahlenden Summen; 2) Einzelauszüge aus den Listen, welche den Zahlpflichtigen als Steuerzettel zugeschickt werden. Für verschiedene Kinder derselben Familie ist nur ein Posten ausgeworfen. Der Maire beglaubigt diese Liste, nachdem er sich vergewissert hat, daß kein schulgeldfreies Kind in dieselbe aufgenommen ist, daß alle Zahlpflichtigen in der Liste enthalten sind und die Höhe des Schulgeldes nach der vom Departementsschulrat angesetzten Taxe aufgeführt ist. Der Maire übersendet die Liste dem Unterpräfekten, welcher sie den Volksschulinspektoren mitteilt. Der Präfekt oder in dessen Auftrag der Unterpräfekt erklärt die Liste für vollstreckbar und veranlaßt die Vermittlung derselben an den Gemeinde-Einnehmer.¹⁾

Das Schulgeld ist monatlich mit je einem Zwölftel zu zahlen.²⁾ Diejenigen Kinder, welche im Laufe des Jahres in die Schule eintreten, haben das Schulgeld vom 1. des Monats an zu entrichten, in welchem sie eingetreten sind;³⁾ wenn sie die Schule im Laufe des Jahres verlassen, muß das Schulgeld für den letzten Monat ganz entrichtet werden.

In denjenigen Gemeinden, in welchen der Betrag des Schulgeldes und des mit mindestens 200 Franken anzuschlagenden festen Gehaltes die Höhe von 600 Franken als Mindestgehalt nicht erreichte, mußte das Fehlende zunächst von der Gemeinde zugelegt werden. Waren nun die Gemeinden nach Umlage der drei Zuschlagcentimen nicht in der Lage, die 600 Franken aufzubringen — und dieser gab es über 20 000 —, so lag es in ihrem eigenen Vorteil, nicht nur das Schulgeld möglichst niedrig zu veranschlagen, sondern auch eine möglichst große Anzahl von Kindern unentgeltlich zur Schule zuzulassen, da für das Fehlende das Departement bzw. der Staat aufkommen mußte. In der That machten viele Gemeinden von dem ihnen zustehenden Rechte Gebrauch, trotz der vielen und scharfen Verordnungen, welche der Minister an die Präfekten erließ, um die Übernahme allzugroßer Kosten auf die Staatskasse zu vermeiden. Die Departementsschulräte aber schonten auch die Kassen der Gemeinden eher als die Staatskasse und sprachen sich für möglichst niedrigen Schulgeldsatz aus. In vielen Gemeinden waren fast alle Kinder schulgeldfrei; in kaum drei Jahren war die Zahl der schulgeldfreien Kinder von 35 Prozent auf 40 Prozent gestiegen; der Minister beklagt sich über den großen Mißbrauch, welcher mit der Auslegung des Art. 45 des Gesetzes von 1850

1) Art. 22. Vgl. Art. 14 des Dekrets vom 31. Dez. 1853. — 2) Art. 23. — 3) Art. 24.

getrieben wurde, und die Regierung beunruhigte sich über das schnelle Anwachsen der Staatsbeihilfen.

Um hier Einhalt zu thun, wurde das Dekret vom 31. Dezember 1853 erlassen. Es bestimmte, daß am Ende eines jeden Schuljahres der Präfekt oder in dessen Auftrag der Unterpräfekt nach dem Vorschlag der Kantonaldelegierten und dem Gutachten des Volksschulinspektors die Maximalzahl derjenigen Kinder bestimmen sollte, welche nach den Vorschriften des Art. 24 des Gesetzes vom 15. März 1850 im folgenden Jahre unentgeltlich in die öffentlichen Volksschulen aufgenommen werden durften. Die Liste der Freischüler, welche durch den Maire und die Geistlichen der verschiedenen Bekenntnisse aufgestellt und vom Gemeinderat in Gemäßheit des Art. 45 des Gesetzes vom 15. März 1850 genehmigt wird, darf die vom Präfekten festgesetzte Zahl nicht überschreiten. Wenn die Liste durch den Präfekten endgültig festgesetzt ist, stellt der Maire jedem auf derselben stehenden Kinde einen Aufnahmeschein aus. Ohne diesen Aufnahmeschein kann kein Kind als Freischüler zugelassen werden.¹⁾

Ferner soll vom Jahre 1854 an die durch Art. 22 des Dekrets vom 7. Oktober 1850 vorgeschriebene Schulgeldhebeliste am Ende eines jeden Dritteljahres aufgestellt werden. Sie umfaßt alle Kinder, welche während der 4 Monate die Schule besucht haben, unter Angabe der Monatsraten, welche für das einzelne Kind zu zahlen sind.²⁾

Durch dieses Dekret wurde die Wohlthat des Gesetzes von 1850, welches allen armen Kindern ohne Ausnahme die Schule öffnete, wieder beseitigt; es war, wie später der Unterrichtsminister Duruy in einer Verordnung vom 12. Mai 1867 bemerkt, über das Ziel hinausgeschossen. Bei dem Mangel an Schulzwang war ohnehin der Besuch der Schulen im Sommer ein ungemein lückenhafter. Seit der Inkrafttretung des Dekrets von 1853 herrschte ein doppeltes Streben seitens der Regierung: Erhöhung des Schulgeldes einerseits, andererseits möglichste Einschränkung des unentgeltlichen Unterrichts. Zu derselben Zeit, wo man den untersten Stufen die Schulen verschloß, um zu verhindern, daß die Staatskasse mit einigen wenigen Millionen belastet wurde, behauptete die ministerielle Verordnung vom 3. Februar 1854, betreffend die Erläuterung des Dekrets vom 31. Dezember 1853:³⁾ „Die kaiserliche Regierung fürchtet sich nicht vor der Aufklärung; je mehr der Volksschulunterricht gleichmäßig verbreitet ist, umsomehr ist die Bevölkerung imstande, die Wohlthaten der Regierung, unter welcher wir leben, zu begreifen und zu schätzen und durch die Wirksamkeit der Bildung die moralischen und materiellen

1) Tit. III, Art. 13. — 2) Art. 14. — 3) Lhomme et Pierret, Code manuel, S. 211.

Kräfte Frankreichs zu steigern, deren Entwicklung die Kaiserliche Regierung unablässig zu fördern sucht.“

Es ist noch Alinea 3 des Art. 36 des Gesetzes vom 15. März 1850 zu erwähnen, welches es den Gemeinden freistellt, vollständig unentgeltliche öffentliche Volksschulen einzurichten, wenn die eigenen Mittel dazu ausreichen. Von diesem Rechte wurde nur in wenigen (1863 in $5\frac{1}{2}\%$) öffentlichen Volksschulen Gebrauch gemacht. Das Schulgeld betrug bei zehnmonatlichem Schulbesuch im Durchschnitt 16,80 Fr., das in einer grossen Anzahl von Departements eingeführte Jahres-Abonnement belief sich auf 10,89 Fr.

Derselbe Geist blieb in der Verwaltung vorherrschend bis zum Ministerium Duruy. In seiner mehrgenannten Denkschrift hatte der Minister die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts gefordert; er hatte darauf hingewiesen, daß in Frankreich das Schulgeld bedeutend höher sei als in irgend einem andern Lande; er machte geltend, daß die Unentgeltlichkeit von vielen gewünscht, von den niedern Volksschichten aber mit Freuden begrüßt werden würde. Sodann betonte er die Fortschritte der religiösen Orden im Schulwesen, welche durch die unentgeltliche Erteilung des Unterrichts so gewaltige Ergebnisse erzielt hätten und jetzt über eine Million Kinder mehr unterrichteten als vor 20 Jahren. Bereits am 24. Februar 1864 hatte er die Präfekten aufgefordert, die durch das Dekret vom 31. Dezember 1853 vorgeschriebenen Beschränkungen aufser acht zu lassen; es sollen zukünftig wieder alle Kinder in die Freilisten eingetragen werden, deren Familien zahlungsunfähig sind, denn die Kaiserliche Regierung wolle nicht, daß auch nur ein einziges Kind des Unterrichts entbehre, weil seine Eltern arm seien. In demselben Sinne erfolgte das Dekret vom 28. März 1866,¹⁾ die Unentgeltlichkeit des Unterrichts in den Volksschulen betreffend, welches unter Aufhebung des Dekrets vom 31. Dezember 1853 bestimmte, wie folgt: Wenn das Verzeichnis der schulgeldfreien Kinder, aufgestellt in Ausführung der Art. 24 und 45 des Gesetzes vom 15. März 1850 durch den Maire und die Geistlichen der verschiedenen Bekenntnisse und genehmigt vom Gemeinderat, vom Präfekten festgesetzt ist, so wird durch den Maire für jedes Kind, welches in dem Verzeichnis steht, ein Auszug in Form eines Aufnahmescheines ausgehändigt. Kein Kind kann schulgeldfrei in eine öffentliche Schule aufgenommen werden, wenn es nicht im Besitz eines solchen Aufnahmescheines ist.²⁾ Solchen Kindern stand freilich die Wahl der Schule nicht zu.

Damit war also die Beschränkung der Zahl der schulgeldfreien Kinder wieder aufgehoben, der Schwerpunkt lag von jetzt ab wieder im Ausspruch des Gemeinderats. Das Gesetz vom

1) Gréard, a. a. O., Bd. II, S. 585. — 2) Art. 1.

10. April 1867 that einen weitem Schritt zur Befreiung einer möglichst großen Zahl von Kindern vom Schulgelde, indem es den Gemeinden neue Hilfsquellen eröffnete. Durch Art. 8 des genannten Gesetzes wurde denjenigen Gemeinden, welche von der in §. 3 des Art. 36 des Gesetzes vom 15. März 1850 gemachten Befugnis betreffend Gründung von Freischulen Gebrauch machen wollten, gestattet, noch weitere 4 Zuschlagcentimen auf die vier direkten Steuern zu legen, um sie zur Gründung von Freischulen zu verwenden; ferner wurde die Beihülfe des Departements bzw. des Staates auch für Freischulen gesetzlich ermöglicht. Der Umstand, daß nunmehr die Freischulen leichter ins Leben treten konnten, trug sehr zur Förderung des Schulbesuchs bei; allen denjenigen Familien, welche ihre Kinder nicht auf die Freiliste gesetzt wissen wollten, um sich kein freiwilliges Zeugnis der Armut zu geben, und die deshalb ihre Kinder nicht in die Schule schickten, war nunmehr dieser Vorwand genommen, denn in solchen Schulen bzw. Orten waren alle Kinder schulgeldfrei. Gleichfalls wies die ministerielle Instruktion vom 12. Mai 1867 darauf hin, daß die Departementsschulräte die Höhe des Schulgeldes in den einzelnen Orten nach dem Maßstabe der Armut oder der Wohlhabenheit der Bewohner bemessen sollten; die Gesamtlage der Gemeinde sei dabei in Betracht zu ziehen sowie die Zahl der Kinder der einzelnen Familien, damit die Schulen allen denjenigen zugänglich gemacht würden, deren Eltern zwar nicht gesetzlich unter die Zahl der Armen gehörten, aber doch thatsächlich das Bedürfnis der Schulgeldbefreiung hätten. Zudem hatte nach dem Gesetz von 1867 der Präfekt sowohl wie der Maire das Recht, gegen den Beschluß des Departementschulrats betreffend die Schulgeldfrage beim Minister des öffentlichen Unterrichts Berufung einzulegen. Die Kinder der Gendarmen, der Zollbeamten und Lehrpersonen waren bestimmungsmäßig vom Schulgelde befreit.

Binnen kurzem verminderte sich der Ertrag aus dem Schulgelde erheblich, sowohl durch die Herabsetzung des Schulgeldes als durch die Ausdehnung der gänzlichen Aufhebung desselben. In vielen Gemeinden waren oft kaum fünf Schüler, welche zahlten, während 60—80 Kinder die Schule besuchten, so daß solche Schulen nur dem Namen nach Zahlschulen, thatsächlich aber Freischulen waren. In manchen Gemeinden, in welchen wegen ihrer Wohlhabenheit eine Beihülfe des Departements oder Staates nicht zu erwarten war, blieb das frühere Schulgeld bestehen; jedoch weisen die allgemeinen Verhältnisse des Landes seit 1868 auf eine stetige Zunahme der Schulgeldbefreiung hin.

Die Forderung unentgeltlichen Schulbesuchs wurde seit 1875 immer lauter und dringender; Petitionen an die Kammer mit mehr als zwei Millionen Unterschriften forderten die Unentgelt-

lichkeit; über 3000 Gemeindevertretungen hatten ebendahin zielende Beschlüsse gefasst; die Generalräte von 49 Departements hatten sich in den Jahren 1871—1879 für die Einführung unentgeltlichen Schulbesuchs in 141 Sitzungen bedingungslos ausgesprochen. Zudem waren von sämtlichen im Jahre 1878 die Schule besuchenden Kindern 60 Prozent schulgeldfrei. Bei einer Gesamtausgabe für den Volksschulunterricht von 80 Millionen Franken erreichte das Schulgeld nur die Höhe von 18 Millionen, während letzteres noch gegen Ende der fünfziger Jahre 70 Prozent der Gesamtausgabe betragen hatte. Verschiedene Gesetzentwürfe forderten die unbedingte Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts, bis schließlich das Gesetz vom 16. Juni 1881 die Frage endgültig regelte und die Grundsätze der ersten französischen Revolution zur Geltung brachte.

§. 20.

Die Unterhaltungspflicht bis zum Gesetz vom 16. Juni 1881.

Betreffs der Unterhaltungspflicht hielt das Unterrichtsgesetz vom 15. März 1850 an dem Grundsatz fest, daß zunächst die Gemeinden zur Unterhaltung der Schulen verpflichtet seien. Demgemäß hatten die Gemeinden die Pflicht, eine oder mehrere öffentliche Schulen zu unterhalten; über die Frage, ob eine Gemeinde sich mit einer oder mehreren andern Gemeinden zum Unterhalt einer gemeinsamen öffentlichen Schule vereinigen darf, entscheidet der Departementsschulrat. Wenn jedoch eine kleine Gemeinde freiwillig die Unterhaltungskosten für eine eigene Schule aufbringt, kann sie von Aufsichts wegen zum Unterhalt einer gemeinsamen Schule mit andern Gemeinden nicht angehalten werden.¹⁾ Jeder Gemeinde steht es zu, eine Freischule einzurichten, jedoch wird dabei vorausgesetzt, daß sie die Kosten derselben aus eigenen Mitteln deckt. Wenn die Gemeinde für den Unterricht der zahlungsunfähigen Kinder in einer freien Schule sorgt, so kann sie durch den Departementsschulrat von der Unterhaltung einer besondern öffentlichen Schule entbunden werden; jedoch ist letztere Vergünstigung jederzeit widerruflich.

Diejenigen Gemeinden, in welchen verschiedene vom Staate anerkannte Bekenntnisse sind, haben die Verpflichtung, für die Kinder der einzelnen Bekenntnisse eine besondere Schule zu unterhalten,²⁾ jedoch steht es in der Befugnis des Departementsschulrats, dieselben in Anbetracht besonderer Verhältnisse davon zu entbinden.³⁾

1) Entscheidung des Staatsrats vom 18. März 1865. — 2) Art. 36.
— 3) Art. 15.

Die Verpflichtung der Gemeinde der Volksschule gegenüber besteht darin, die Schulräume und die Wohnung des Lehrers zu stellen und zu unterhalten, die innere Ausstattung der Schule zu besorgen sowie das Gehalt des Lehrers zu bestreiten.

In Ermangelung von Stiftungen, Geschenken oder Vermächtnissen zur Deckung der für die Schule nötigen Auslagen müssen die Gemeinderäte über die Beschaffung der Mittel für den Volksschulunterricht in Beratung treten. Wenn die gewöhnlichen Einnahmen nicht ausreichen, so muß eine besondere Umlage durch den Gemeinderat beschlossen werden; falls dieser Beschluß darüber zu fassen sich weigert, wird die Umlage von Aufsichts wegen festgesetzt. Diese Umlage darf drei Zuschlagcentimen auf die Gesamtheit der vier direkten Steuern¹⁾ nicht überschreiten. Wenn die auf diese Art aufgebrauchten Umlagen nicht hinreichen, so muß das Fehlende aus den gewöhnlichen Einnahmen der Departements bestritten werden oder im Falle der Unzulänglichkeit letzterer durch eine besondere Umlage, welche der Generalrat zu genehmigen hat. Im Falle der Weigerung wird die Umlage durch Dekret kraft Aufsichtsrechts bestimmt, darf jedoch zwei Zuschlagcentimen auf die vier direkten Steuern nicht übersteigen. Wenn die Umlagen der Gemeinden und der Departements nicht ausreichen, so bewilligt der Minister des öffentlichen Unterrichts einen Staatszuschuß aus den Summen, welche jährlich im Staatshaushalt für den Volksschulunterricht eingetragen sind. Der jährlichen Vorlage des Staatshaushalts muß ein Nachweis über die Verwendung der Gelder im vorhergehenden Jahre beigelegt sein.²⁾

Haben zwei oder mehrere Gemeinden eine gemeinsame öffentliche Schule, so tragen dieselben die Unterhaltungskosten ebenfalls gemeinschaftlich, und zwar in Ermangelung eines besondern Vertrages im Verhältnis der Höhe der vier direkten Steuern. Die Verteilung setzt der Präfekt fest.³⁾

Ferner legte das Gesetz vom 15. März 1850 den Gemeinden von 800 und mehr Einwohnern die Verpflichtung auf, eine besondere öffentliche Mädchenschule zu unterhalten. Nur in Ausnahmefällen steht es dem Departementsschulrat zu, eine geschlechtlich gemischte Schule zu gestatten; auch den Gemeinden von weniger als 800 Einwohnern konnte vom Departementsschulrat die Verpflichtung auferlegt werden, eine besondere Mädchenschule zu unterhalten, wenn die gewöhnlichen Einnahmen der betreffenden Gemeinde den Unterhalt derselben gestatteten.⁴⁾

Wenn ein Schulhaus, welches die Gemeinde zu stellen verpflichtet ist, seinen Zwecken nicht entsprechend erachtet wird,

1) Die vier direkten Steuern sind: Grundsteuer, Kopf- und Mobiliarsteuer, Thür- und Fenstersteuer und Gewerbesteuer. — 2) Art. 40. — 3) Art. 7 des Dekrets vom 7. Okt. 1850. — 4) Art. 51.

so entscheidet der Präfekt nach dem Bericht des Inspektors der Akademie und nach Anhörung des Gutachtens des Gemeinderats darüber, was zu machen ist, um das Gebäude in den rechten Stand zu setzen. Handelt es sich um die Ausführung der Arbeiten oder um einen Neubau, so setzt der Präfekt die Gemeinde rechtzeitig in Verzug, die nötigen Mittel zu beschaffen, damit in einer bestimmten Frist die Arbeiten ausgeführt werden. Unterbleibt die Ausführung bis zu dem bestimmten Zeitpunkt, so kann der Präfekt kraft Aufsichtsrechts Verfügung treffen. Wenn die Schließung einer öffentlichen Schule wegen ungenügender Räumlichkeit ausgesprochen ist, so kann der Präfekt nach Anhörung des Gutachtens des Inspektors der Akademie entweder durch Mieten eines andern Schulraums oder durch die in Art. 36 des Gesetzes vom 15. März 1850 vorgesehenen Mittel für die Haltung der Schule Sorge tragen. Alle durch diese Mafsregeln entstehenden Kosten fallen der Gemeinde zur Last in den durch das Gesetz bestimmten Grenzen.¹⁾

Die Beratungen der Gemeinderäte über alle das Volksschulwesen betreffenden Ausgaben finden alljährlich in der Sitzung des Monats Februar statt. Gesuche um auferordentliche Beihilfe des Staats müssen unter Beifügung der Gutachten der Unterbehörden dem Departementsschulrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Präfekt übersendet die sämtlichen Verhandlungen dem Minister des öffentlichen Unterrichts, welcher die Höhe der zu bewilligenden Beträge festsetzt.

Nach der mehrfach erwähnten Denkschrift des Ministers Duruy über den Zustand des Volksschulwesens vom 1. Januar 1864 standen die laufenden Ausgaben des gesamten öffentlichen Volksschulwesens im Jahre 1863 in folgendem Verhältnis: die Beiträge der Gemeinden beliefen sich auf 25,3 Millionen, durch die Familien wurden an Schulgeld und Heizungskosten 19,7 Millionen aufgebracht, die Departements leisteten 5,6, der Staat 5,2 Millionen, der Rest mit etwa 2 Millionen wurde durch Stiftungen, Geschenke und Vermächtnisse gedeckt. An den auferordentlichen Ausgaben (Bauten u. s. w.) war der Staat mit 1,2 Million, die Departements mit 0,6 Million, Private mit fast 1 Million beteiligt, während die Gemeinden gegen 17 Millionen genehmigten, deren Verwendung sich freilich vielfach auf längere Zeit verteilte.

Das Gesetz vom 10. April 1867 erhöhte die Ausgaben für das Volksschulwesen beträchtlich, schuf aber auch neue Mittel. Zunächst wurde jede Gemeinde von 500 und mehr Einwohnern verpflichtet, eine öffentliche Mädchenschule zu unterhalten, wofern sie nicht durch den Departementsschulrat von dieser Verpflichtung entbunden wurde; in jeder geschlechtlich gemischten Schule mußte

1) Art. 9 des Dekrets vom 7. Oktober 1850.

ferner von nun an Unterricht in weiblichen Handarbeiten erteilt werden, dessen Kosten ebenfalls den Gemeinden zur Last fielen.¹⁾ Die Zahl der öffentlichen Schulen, sowohl der Knaben- wie der Mädchenschulen, in den einzelnen Gemeinden bestimmt der Departementsschulrat, ebenso die Zahl der öffentlichen Mädchenschulen, an welchen wegen der Zahl der Kinder eine Unterlehrerin angestellt werden muß. Außerdem wurde dem Departementsschulrat das Recht zuerkannt, auf das Gutachten des Gemeinderats hin diejenigen Weiler zu bestimmen, in welchen Schulen eingerichtet werden konnten.²⁾ Die Ausgaben für das Schulhaus, die Wohnung, das Schulmobiliar und das Gehalt hat in allen diesen Fällen die Gemeinde zu tragen.³⁾

Diejenigen Gemeinden, welche in Gemäßheit des Abschnitts 3, Artikel 36 des Gesetzes vom 15. März 1850 eine oder mehrere Freischulen errichteten, erhielten die Befugnis, neben den durch genanntes Gesetz bestimmten Einnahmequellen zur Unterhaltung dieser Schulen noch eine weitere außerordentliche Umlage zu erheben, welche jedoch 4 Zuschlagcentimen zu den direkten Steuern nicht übersteigen durfte. Im Falle der Unzulänglichkeit dieser Einnahmequellen konnte auf das Gutachten des Departementsschulrats hin der Gemeinde ein Zuschuß seitens des Departements und, falls dieses leistungsunfähig ist, seitens des Staats bewilligt werden, innerhalb der dem Ministerium im Staatshaushalt bewilligten Grenzen.⁴⁾

Wenn eine Gemeinde die Unterhaltung der öffentlichen Schulen aus eignen Mitteln zu bestreiten in der Lage war, stand es ihr frei, das Gehalt des Lehrers mit Genehmigung des Präfekten unabhängig vom Schulgeld festzusetzen.⁵⁾ Ferner wurde es den Departements gestattet, zur Deckung der laufenden Volksschul-lasten noch eine dritte Zuschlagcentime auf die vier direkten Steuern umzulegen.⁶⁾ Die Gründung von Schulkassen, welche zur Hebung des Schulbesuchs und zur Unterstützung armer Kinder ins Leben treten sollten, wurde den Gemeinden freigestellt.⁷⁾

Vor dem Gesetz vom 10. April 1867 hatten viele größere Gemeinden trotz der Forderung der Einwohner, eine zweite Schule zu gründen, sowie trotz des Hinweises und der Anregung der Staatsbehörden von der Erweiterung des Schulwesens Abstand genommen; in andern Gemeinden waren die Schulräume, welche vor einer Reihe von Jahren gebaut wurden, zu klein geworden, woraus sich der Übelstand entwickelte, daß eine Anzahl von

1) Art. 1. Die Entschädigung für die Handarbeitslehrerin richtet sich nach der Zahl der Stunden und der Schülerinnen sowie nach der Stellung der Lehrerin selbst. Nach einem ministeriellen Rundschreiben vom 9. August 1870 darf die Entschädigung 100 Fr. nicht überschreiten.

— 2) Art. 2. — 3) Art. 3. — 4) Art. 8. — 5) Art. 13. — 6) Art. 14. — 7) Art. 15.

Kindern in die Schulen nicht aufgenommen werden konnte und eine Anzahl zu früh entlassen werden mußte, um den nachrückenden Platz zu machen; ferner war vor 1867 die Zahl der schulgeldfrei aufzunehmenden Kinder vielfach sehr beschränkt worden, um möglichst viele zahlfähige aufnehmen zu können und dadurch die Einnahme des Lehrers zu erhöhen bzw. die Gemeindekasse zu entlasten. Alles dies wurde durch das Gesetz von 1867 beseitigt.

Um zu bestimmen, wie viele Schulen in einer Gemeinde zu unterhalten sind, soll der Departementsschulrat sich folgende Aktenstücke vorlegen lassen: 1. den topographischen Übersichtsplan der Gemeinde, auf welchem die bestehende und die zu gründende Schule vermerkt ist; 2. die Bevölkerungszahl, aus welcher die genaue Zahl der Kinder zu ersehen ist, welche die zu errichtende Schule besuchen sollen und welche die bestehende wegen zu großer Entfernung nicht besuchen können; 3. Übersicht über die Leistungsfähigkeit der Gemeinde; 4. Beschluß des Gemeinderats, welcher vorkommendenfalls die Gründe gegen die zu errichtende Schule enthält; 5. Gutachten des Kantonaldelegierten und des Volksschulinspektors; 6. Bericht des Inspektors der Akademie und Vorschlag des Präfekten.

Auf Grund dieser Vorlagen bestimmt der Departementsschulrat die Schulen. Mit den Mädchenschulen ist genau so zu verfahren wie mit den Knabenschulen; ebenfalls sind die Bestimmungen betreffs des zu zahlenden Gehalts an Unterlehrerinnen dieselben wie an Unterlehrer. Unterlehrer und Unterlehrerinnen sollen nur im Falle der dringendsten Notwendigkeit angestellt werden, damit der Staat nicht über Gebühr belastet werde. Im allgemeinen ist zu bemerken, daß der Staat nur die Minimalgehälter der Lehrer gewährleistet; die Gemeinden, welche den Lehrern ein höheres Einkommen auswerfen, müssen die Mehrkosten aus eignen Mitteln tragen.

Fassen wir die gesetzlichen Bestimmungen betreffs der obligatorischen Ausgaben für das Volksschulwesen seitens der Gemeinden zusammen, so ergeben sich für letztere folgende Lasten:

1. Beschaffung des Schulhauses sowie der Lehrerwohnung und Unterhaltung derselben; sofern dieselben nicht direkt von der Gemeinde gestellt werden, Miete für das Schullokal und Wohnungsentschädigung für den Lehrer;¹⁾

2. die Kosten für die erforderlichen Formulare und Drucksachen;

1) Die Wohnungsentschädigung wird festgestellt durch Beschluß des Gemeinderats und unterliegt der Genehmigung des Präfekten, welcher dieselbe erhöhen kann, wenn sie billigen Ansprüchen nicht entspricht. Ministerielles Rundschreiben vom 16. Mai 1867.

3. die Gehälter der Lehrer, der Lehrerinnen, der Unterlehrer und Unterlehrerinnen;

4. die Entschädigung der Handarbeitslehrerin in denjenigen gemischten Schulen, welche von einem Lehrer verwaltet werden, sowie die Zulagen an Lehrer und Lehrerinnen, welche einen Fortbildungskursus leiten;

5. die Heizung der Schulräume. Die Kosten für letztere treffen jedoch die Gemeinde nur in dem Verhältnis, in welchem Kinder schulgeldfrei die Schule besuchen. Für die Kinder, welche Schulgeld zahlen, müssen deren Eltern den entsprechenden Anteil an den Heizungskosten tragen.

Die Kosten der Unterhaltung der Mädchenschulen sind nur in Gemeinden von 500 und mehr Einwohnern obligatorisch, die Auslagen für den Unterlehrer nur dann, wenn die Zahl der Schulkinder mehr als 80 beträgt.

Diese Auslagen werden durch folgende Einnahmen gedeckt:¹⁾

1. Durch Geschenke und Vermächtnisse. Sie stehen in erster Linie und dürfen nur zu dem Zweck verbraucht werden, wozu sie bestimmt worden sind, entweder für eine bestimmte Schule oder für den Volksschulunterricht im allgemeinen; im letztern Falle sind sie auf die einzelnen Volksschul-Anstalten der Gemeinde zu verteilen.

2. Durch die laufenden Einnahmen der Gemeinde. Es kann nicht vorher bestimmt werden, bis zu welcher Höhe dieselben für die obligatorischen Ausgaben des Volksschulwesens dienen; die Präfekten sollen bei der Genehmigung der Budgets darauf sehen, daß die Gemeinderäte einen richtigen Gebrauch von diesen Einnahmen machen. Wo nichts oder nur ein ganz unbedeutender Teil zum Unterhalt der Volksschulen aus diesen Einnahmen genommen und nur die 3 Zuschlagcentimen in Anrechnung gebracht sind, aber die Beihilfe des Departements verlangt ist, wird das Gesetz umgangen, was nicht zu dulden ist. Wenn eine Gemeinde einen Departements- oder Staatszuschuß in Voraussicht der Unzulänglichkeit der Mittel erlangt hat, sich letztere aber am Ende des Jahres nicht herausstellt, so soll die Gemeinde den ganzen Zuschuß oder einen Teil desselben zurückzahlen bis zur Höhe des verfügbaren Überschusses. Auch die Überschüsse von außergewöhnlichen Einnahmen müssen zu den obligatorischen Ausgaben für das Schulwesen verwendet werden, bevor das Departement bzw. der Staat um Zuschuß angegangen werden kann. Die Präfekten sollen besonders ihr Augenmerk darauf richten, daß der Voranschlag der Ausgaben nicht übertrieben und die Einnahmen nicht zu gering angesetzt werden,

1) Vgl. Ministerielle Anweisung vom 9. August 1870. Lhomme et Pierret, Code manuel, S. 337 ff.

in der Absicht, leichter einen Staatszuschuß zu erhalten; die Notwendigkeit des letztern verschwindet häufig, wenn die Einnahmen auf die obligatorischen Ausgaben richtig verteilt werden. Die laufenden Einnahmen dürfen zu fakultativen oder außer gewöhnlichen Ausgaben nur erst nach Deckung sämtlicher obligatorischen Ausgaben verwendet werden.

3. Durch die Zuschlagcentimen. Dieselben sind erst in Ansatz zu bringen, wenn die unter 1 und 2 angeführten Einnahmen zur Deckung der Schullasten nicht ausreichen. Die Zuschlagcentimen dürfen nur zu den obligatorischen Ausgaben für den Volksschulunterricht verwendet werden.

4. Durch das Schulgeld. Die Höhe desselben soll sich nach dem Stand der Wohlhabenheit der Bevölkerung richten. Das nicht eingehende Schulgeld und die Hebegebühren fallen den Gemeinden zur Last. Die Lehrer dürfen das Schulgeld nicht annehmen, auch nicht für Kinder, welche früher die Schule besuchen, als dies vorschriftsmäßig zulässig ist. Das Schulgeld fließt in die Gemeindekasse. Die Gemeinderäte sollen nicht allzuleicht mit der Befreiung vom Schulgelde verfahren; Schulen, in welchen nur einige Kinder Schulgeld bezahlen, sind als Freischulen zu erklären, damit die durch das Gesetz von 1867 bewilligten weitem 4 Zuschlagcentimen umgelegt werden können.

5. Zuschuß des Departements. Wenn die vorbezeichneten Einnahmequellen erschöpft sind, treten die laufenden Einnahmen des Departements ein, im Falle der Unzulänglichkeit derselben eine Umlage von 3 Zuschlagcentimen auf die vier direkten Steuern.

6. Zuschuß des Staats wird bewilligt, wenn die Einnahmen der Gemeinde und des Departements nicht ausreichen.

Als durch das Gesetz vom 19. Juli 1875 die Gehälter der Lehrer und Lehrerinnen abermals bedeutend erhöht wurden,¹⁾ regelte dasselbe auch die Aufbringung der Mehrkosten, indem es bestimmte, daß zur Bestreitung derselben die durch Art. 40 des Gesetzes vom 15. März 1850 und Art. 14 des Gesetzes vom 10. April 1867 den Gemeinden und Departements bewilligte Umlage von 3 Zuschlagcentimen um eine vierte Zuschlagcentime für beide erhöht werden sollte.²⁾

Die durch das Departement für das Volksschulwesen zu leistenden Ausgaben sind bereits teilweise besprochen worden; es kommen dazu noch die Leistungen für die Seminare. Nach dem Gesetz vom 15. März 1850³⁾ ist jedes Departement verpflichtet, für die Heranbildung der Volksschullehrer Sorge zu tragen. Während jedoch dieses Gesetz die Unterhaltung der Seminare durch die Departements noch als fakultativ hinstellt⁴⁾

1) Vgl. I. Teil, S. 155 ff. — 2) Art. 7. — 3) Art. 35. — 4) Vgl. I. Teil, S. 18 ff.

und andere Wege zur Ausbildung von Lehrern und Lehrerinnen offen läßt, erklärt das Gesetz vom 9. August 1879 die Unterhaltung der Seminare für obligatorisch.

Das Gesetz bestimmt, daß jedes Departement ein Seminar für Lehrer und eins für Lehrerinnen haben muß; die Anstalten müssen innerhalb 4 Jahren von der Verkündung dieses Gesetzes an ins Leben treten; durch Dekret des Präsidenten der Republik können zwei Departements sich zur Gründung und Unterhaltung des einen oder andern Seminars oder auch beider vereinigen.¹⁾

Die Kosten der ersten Einrichtung und die jährliche Unterhaltung der Seminare sind für die Departements obligatorisch.²⁾

Die Ausgaben für Miete, Mobiliar und Unterhaltung der Seminargebäude werden von den laufenden Einnahmen bestritten in Gemäßheit der Art. 60 (Abschn. 1) und Art. 61 (Abschn. 1) des Gesetzes vom 10. August 1871.³⁾

Die jährlichen Auslagen der Lehrer- und Lehrerinnenseminare werden gedeckt durch die besondern Zuschlagcentimen, welche für den Volksschuldienst bestimmt sind; die Eintragung derselben in das Budget des Departements kraft Aufsichtsrechts geschieht durch den zuständigen Minister. Wenn diese Einnahmen nicht genügen, bewilligt der Unterrichtsminister einen Staatszuschuß unter den Art. 40, Abschn. 4 des Gesetzes vom 15. März 1850 festgesetzten Bedingungen.⁴⁾

Außer den Zuschüssen, welche den Departements bewilligt werden zum Bau und zur Einrichtung der Seminare, kann denselben in Anbetracht ihrer finanziellen Lage und der Opfer, welche sie gebracht haben, die Aufnahme einer Anleihe bei der Schulbaukasse gestattet werden.⁵⁾

§. 21.

Die neuesten gesetzlichen Bestimmungen.

Die bisherige Gesetzgebung betreffs der Aufbringung der Kosten für das Volksschulwesen wurde bedeutend verändert durch das Gesetz vom 16. Juni 1881 über die Unentgeltlichkeit des öffentlichen Volksschulunterrichts. Das Gesetz⁶⁾ lautet:

Art. 1. Sowohl in den öffentlichen Volksschulen als in den öffentlichen Bewahranstalten wird kein Schulgeld mehr erhoben.

Die Zahlung von Kostgeld in den Seminaren ist aufgehoben.⁷⁾

1) Art. 1. — 2) Art. 2. — 3) Art. 3. — 4) Art. 4. — 5) Art. 5. — 6) Bulletin 468, S. 929 ff. — 7) Nach dem ministeriellen Rundschreiben vom 5. Juli 1881 fällt das Schulgeld in den öffentlichen Volksschulen mit dem 1. Juli 1881 weg; das Kostgeld in den Seminaren mit dem 1. Oktober 1881.

Art. 2. Die 4 Specialcentimen, welche durch den Art. 10 des Gesetzes vom 15. März 1850 und Art. 7 des Gesetzes vom 19. Juli 1875 für den Volksschulunterricht bestimmt sind, sind obligatorisch für alle Gemeinden, gehören zu den laufenden Einnahmen und werden bewilligt ohne die Mitwirkung der Meistbesteuerten.

Die Gemeinden haben die Befugnis, sich ganz oder teilweise von diesen Zuschlagcentimen zu entlasten, wenn sie in das Budget zu demselben Zwecke eine dem Betrage der abgesetzten Zuschläge gleiche Summe aufnehmen, welche gedeckt werden kann entweder aus den Einkünften der Geschenke und Vermächtnisse oder aus irgend einem Teile der gewöhnlichen und außsergewöhnlichen Einnahmen.

Art. 3. Die Summen, welche zu Gunsten des Volksschulunterrichts aus den gewöhnlichen Einnahmen der Gemeinden nach Art. 40 des Gesetzes vom 15. März 1850 zu bestreiten sind, müssen ausschließlich aus folgenden Einnahmequellen entnommen werden:

1. den Geldeinnahmen aus dem Gemeindevermögen;
2. dem Anteil, welcher der Gemeindekasse zufließt aus der Pferde- und Wagensteuer und vom Ertrag der Jagdscheine;
3. der Hundesteuer;
4. dem Rein-Ertrage des Oktroi;
5. den Erträgen aus den Wege-Ämtern und den Einnahmen aus den Markthallen, Messen und Märkten.

Diese Einnahmen sind bis zur Höhe eines Fünftels bestimmt für die gewöhnlichen, der Gemeinde für den öffentlichen Volksschuldienst auferlegten obligatorischen Ausgaben.

Diejenigen Gemeinden, in welchen die Höhe der Zuschlagcentimen auf die Gesamtsumme der vier direkten Steuern 20 Fr. nicht erreicht, sind in Zukunft von jedem Abzug von ihren gewöhnlichen Einnahmen entbunden.

Art. 4. Die 4 Zuschlagcentimen, welche in Gemäfsheit des Art. 40 des Gesetzes vom 15. März 1850, Art. 14 des Gesetzes vom 10. April 1867 und Art. 7 des Gesetzes vom 19. Juli 1875 auf den Gesamtbetrag der vier direkten Steuern für den Volksschuldienst gelegt sind, sind für die Departements obligatorisch.

Die Departements haben jedoch das Recht, sich ganz oder teilweise von dieser Umlage zu entlasten, wenn sie ins Budget zu demselben Zweck eine der abgesetzten Umlage gleiche Summe aufnehmen, welche gedeckt werden kann entweder aus den Zinsen der Geschenke und Vermächtnisse oder aus irgend einem Teil der gewöhnlichen oder außsergewöhnlichen Einnahmen.

Art. 5. Falls die in Art. 2, 3 und 4 dieses Gesetzes auf-

gezählten Einnahmen nicht ausreichen, werden die Ausgaben durch Staatszuschufs gedeckt.

1 Art. 6. Das Gehalt der Lehrer und Lehrerinnen, der ordentlichen sowohl wie der Unterlehrer, welche gegenwärtig im Amte sind, kann in keinem Fall geringer werden als der Höchstbetrag der Gehälter, welche sie während der drei letzten, der Inkrafttretung gegenwärtigen Gesetzes vorhergehenden Jahre empfangen haben.

Die Höhe des Schulgeldes, welches dazu dient, den Betrag des schwankenden Gehalts¹⁾ zu bestimmen, eingeführt durch Art. 9 des Gesetzes vom 10. April 1867, wird alljährlich durch den Minister festgesetzt auf Vorschlag des Präfekten nach dem Gutachten des Departementsschulrats.

Ein Dekret setzt den Betrag der Gehälter fest in Bezug auf die Bewahranstalten und die Kinderklassen.

Art. 7. Zur Zahl der öffentlichen Volksschulen, zu welchen die Gemeinden die Kosten aufzubringen gesetzlich verpflichtet sind, vorausgesetzt, daß sie nach Vorschrift des Art. 2 des Gesetzes vom 10. April 1867 gegründet wurden, kommen folgende:

1. die Gemeinde-Mädchenschulen, welche in Gemeinden mit mehr als 400 Einwohnern errichtet sind oder errichtet werden²⁾;

2. die Kinder-Bewahranstalten;

3. die zwischen den Kinderbewahranstalten und der Volksschule liegenden Schulen, genannt Kinderklassen, welche Kinder beiderlei Geschlechts aufnehmen und Lehrerinnen anvertraut sind, die das Befähigungszeugnis entweder für Volksschulen oder für die Leitung von Kinderbewahranstalten besitzen.

Die Gemeinden haben durch dieses Gesetz sehr große Vorteile erlangt. Die 4 außerordentlichen Zuschlagcentimen, welche sie nach Art. 8 des Gesetzes vom 10. April 1867 zur Unterhaltung der Freischulen aufbringen mußten, bevor sie einen Staatszuschufs beantragen konnten, fallen von nun an weg. Indem ferner derjenige Teil der gewöhnlichen Einnahmen, welchen die Gemeinden zur Aufbringung der obligatorischen Schullasten verwenden mußten, bisher gesetzlich nicht bestimmt war, entstanden große Schwierigkeiten; denn die Gemeinden behaupteten

1) Vgl. I. Teil, S. 154. — 2) In dem ministeriellen Rundschreiben vom 21. Mai 1884 (Bulletin 598, S. 251) erklärt der Minister die Ansicht einiger Departementsschulräte für unrichtig, welche aus Art. 7 dieses Gesetzes folgern, daß die Unterhaltung einer besondern Mädchenschule in den Gemeinden von 400—500 Einwohnern obligatorisch sei. Der Artikel besage nur, daß die Lehrerinnen an den thatsächlich errichteten Mädchenschulen in diesen Gemeinden dieselben Rechte betreffs der Ernennung, des Einkommens und der Inruhestandsetzung haben wie die Lehrerinnen an den andern öffentlichen Mädchenschulen. Vgl. I. Teil, Seite 157.

sehr oft, sie leisteten zu viel, die Verwaltung dagegen schätzte im Interesse des Staats die Leistungen als zu geringe und erkannte so die Notwendigkeit eines Staatszuschusses nicht an. Diesem unsichern Zustande macht das Gesetz ein Ende. Durch die genaue gesetzliche Bestimmung der gewöhnlichen Einnahmen, aus welchen die Schullasten gedeckt werden mußten, ergibt sich nunmehr mit Sicherheit, wann das Departement bzw. der Staat mit ihrer Beihülfe eintreten müssen.

Das ministerielle Rundschreiben vom 22. Juli 1881¹⁾ erläutert die Stellung der Departements zu obigem Gesetz. Der Betrag der 4 Zuschlagcentimen, welche das Departement zur Bestreitung der Kosten des Volksschulwesens umzulegen hat, ist nach Art. 4 des Gesetzes vom 9. August 1879 in erster Linie zur Unterhaltung der Lehrer- und Lehrerinnen-Seminare zu verwenden, erst in zweiter Linie kommt die Unterstützung für das Volksschulwesen der Gemeinden. Da nach Art. 1, Abschnitt 2 des Gesetzes vom 16. Juni 1881 der Pensionspreis aufgehoben ist, so folgt daraus für die Departements ein doppeltes: 1. die Freistellen, welche die Departements in diesen Anstalten bisher bestritten haben, fallen nun weg; ebenso wird die Summe, welche bisher dafür bewilligt war, überflüssig; 2. die besondern Einnahmen der Seminare werden um den Pensionspreis der bisher zahlenden Seminaristen und der Zuschüsse des Departements für die Freistellen geringer. Für den dadurch entstehenden Ausfall hat das Departement aufzukommen, und zwar in der durch das Gesetz vorgeschriebenen Weise mittels der Zuschlagcentimen. Falls diese nicht ausreichen, tritt der Staat ein.

Die laufenden Ausgaben, welche das Departement für die Seminare bestreiten muß, sind folgende:

1. Gehalt des Direktors bzw. der Direktorin, der Beamten der Seminare und der Seminar-Übungsschule;
2. Unterhaltung der Zöglinge;
3. Bureau-Unterhaltung für die Aufsichtskommission und den Direktor, die Drucksachen für das Seminar;
4. Lieferung von Papier, Federn, Tinte, Schulbüchern und sonstigen Lernmitteln der Zöglinge;
5. Unterhaltung der Apparate für den Unterricht in Naturlehre, Chemie, Feldmessen, Naturgeschichte und Turnen sowie für die soldatischen Übungen und meteorologischen Beobachtungen;
6. Auslagen für wissenschaftliche Ausflüge und die Experimente in der Physik und Chemie;
7. die Kosten für die Übungsschule.

Alle andern Auslagen, namentlich die für das Halten von Schulzeitungen, sind fakultativ.

1) Bulletin 469, S. 1079 ff.

Die Departements brauchen also einen wesentlichen Teil der 4 Zuschlagcentimen für die Seminare. Der Rest dient in Gemäßheit der entsprechenden gesetzlichen Vorschriften zur Unterstützung derjenigen Gemeinden, deren Mittel zur Bestreitung der obligatorischen Ausgaben für das Volksschulwesen nicht ausreichen.

Der Art. 40 des Gesetzes vom 15. März 1850, welcher in erster Linie als Einnahmequelle für das Volksschulwesen das Einkommen aus Geschenken und Vermächtnissen hinstellt, wird durch das Gesetz vom 16. Juni 1881 nicht berührt.¹⁾ Diese Einnahme sowie die 4 Zuschlagcentimen haben also alle Gemeinden für das Volksschulwesen zu verwenden. Diejenigen Gemeinden, in welchen die Höhe einer Zuschlagcentime auf die vier direkten Steuern 20 Franken übersteigt, sind verpflichtet, wenn die beiden genannten Einnahmequellen zur Deckung der Volksschullasten nicht ausreichen, die in Art. 3 des Gesetzes vom 16. Juni 1881 aufgezählten Einnahmen bis zur Höhe eines Fünftels heranzuziehen. Genügt auch dieses Fünftel nicht, so tritt das Departement ein bis zur Erschöpfung der 4 Zuschlagcentimen, in letzter Linie der Staat. Zur Entlastung der Gemeinden von dem vorgeschriebenen Fünftel tritt der Staat 1882 mit einem Gesamtzuschuß von 15 Millionen,²⁾ in den folgenden Jahren mit einer Summe von 14 Millionen ein, so daß ein großer Teil der Gemeinden die im Art. 3 bezeichneten Einnahmen zu Schulzwecken nicht zu verwenden braucht. Reicht jedoch die aus diesen Summen gewährte Unterstützung, welche nur als Entschädigung für den Ausfall des Schulgeldes dient, folglich auch nur zur Bestreitung der Lehrergehälter verwendet werden kann, nicht hin, um die obligatorischen Ausgaben bzw. das Fünftel ganz zu decken, so ist die Gemeinde verpflichtet, die an dem Fünftel fehlende Summe aus den im Art. 3 bezeichneten Einnahmen zu den obligatorischen Ausgaben für das Volksschulwesen zu verwenden, ehe sie die in Art. 4 und 5 desselben Gesetzes vorgeschriebene Unterstützung des Departements bzw. des Staats in Anspruch nehmen kann.³⁾

Da der Unterricht in den öffentlichen Volksschulen überhaupt unentgeltlich ist, so müssen diejenigen Gemeinden, in welchen freie Schulen sind, die gesetzlich öffentliche Schulen ersetzen,⁴⁾ sich mit den Vorstehern bzw. Vorsteherinnen dieser Schulen dahin verständigen, daß das Schulgeld sofort wegfällt.

1) Vgl. Minist. Rundschreiben vom 22. Sept. 1881. Bulletin 471, S. 1458 ff. — 2) Dekret vom 26. Dez. 1881. Bulletin 472, S. 1713. Die Städte Paris, Lyon, Marseille, Bordeaux und Lille sind ausgeschlossen. — 3) Vgl. Minist. Rundschreiben vom 17. Mai 1884. Bulletin 597, S. 195 und die Instruktion vom 27. Januar 1885. Bulletin 634, S. 149. — 4) Vgl. I. Teil, S. 128.

Die desfallsigen Verträge unterliegen der Genehmigung des Ministers. Sie können in allen Fällen, in welchen die Gemeinden gesetzlich zur Unterhaltung öffentlicher Mädchenschulen verpflichtet sind, nur auf jederzeitige Kündigung abgeschlossen werden. Sollte eine Einigung mit den Vorstehern dieser Anstalten nicht erzielt werden können oder ganz übertriebene Forderungen gestellt werden, so müssen die Gemeinden so schnell als möglich zur Gründung der gesetzlich vorgeschriebenen Schulen schreiten; im Fall der Einigung sind die Kosten aus den in Art. 2, 3, 4 und 5 des Gesetzes vom 16. Juni 1881 vorgesehenen Mitteln zu bestreiten.

Wenn in Gemeinden von weniger als 400 Einwohnern sich besondere Mädchenschulen befinden und die gesetzlich vorgeschriebenen Mittel erschöpft sind, so soll die Ergänzung der Gehälter aus Staatszuschüssen erfolgen. Das Minimalgehalt der Lehrerinnen an solchen Schulen, welches vom 1. Januar 1882 an auf 600 Franken festgesetzt ist, kann durch Gemeinderatsbeschluss erhöht werden; jedoch ist diese Erhöhung aus Gemeindemitteln zu bestreiten; der Staat trägt dazu nichts bei.

Das Gesetz vom 20. März 1883¹⁾ handelt Tit. II von der Verpflichtung zum Schulhausbau in dem Hauptort der Gemeinde und in den Weilern. Die diesbezüglichen Bestimmungen lauten:

Art. 8. Jede Gemeinde ist verpflichtet, für den Bau von Schulhäusern zu sorgen im Hauptort und in den Weilern oder in Mittelpunkten der Bevölkerung, welche von dem Hauptort oder untereinander drei Kilometer entfernt sind und einen Bestand von wenigstens 20 Kindern im schulpflichtigen Alter haben.

Art. 9. Wenn die Gründung einer Schule nach den bestehenden Gesetzen und Verordnungen entschieden ist, so bilden die Kosten des Ankaufs, des Baues und der Einrichtung der Schulräume bzw. der Preis für die Miete sowie die Kosten der Anschaffung des Schulmobiliars für die Gemeinde eine obligatorische Ausgabe.

Die Ausgabe wird entweder aus den der Gemeinde zur Verfügung stehenden Mitteln oder durch eine Anleihe bei der Schulbaukasse oder durch Zuschüsse des Departements und des Staats gedeckt.

Art. 10. Falls ein Beschluss des Gemeinderats nicht gefasst wird oder letzterer sich weigert, kann der Präfekt nach dem Gutachten des Generalrats oder, wenn dieses Gutachten nicht günstig ist, auf Grund eines Dekrets des Präsidenten der Republik nach Beschluss des Staatsrats kraft Aufsichtsrechts durch einen Erlaß die Aufbringung der Kosten des Baues und der Einrichtung der gemieteten oder käuflich erworbenen Schul-

1) Bulletin 537, S. 624 ff.

häuser sowie der Beschaffung des Schulmobiliars anordnen, entweder durch die zur Verfügung stehenden Mittel der Gemeinde oder durch Zuschüsse seitens des Departements oder des Staats oder endlich durch Aufnahme einer Anleihe bei der Kasse für die Staats- und Gemeinde-Gymnasien und die Volksschulen.

Wenn unter den vorher ausgesprochenen Bedingungen eine Anleihe notwendig geworden ist, so nimmt der Maire oder, falls er sich weigert, ein besonderer, vorher dazu Bevollmächtigter, ernannt in Ausführung des Art. 15 des Gesetzes vom 18. Juli 1837, bei der genannten Kasse die nötige Summe auf.

Die Rückzahlung der Anleihe geschieht mittels einer besondern Umlage nach den Vorschriften des Abschn. 4, Art. 39 des Gesetzes vom 18. Juli 1837.

Der Platz, auf welchem die Schule gebaut werden soll, wird durch den Gemeinderat bestimmt, und falls dieser es nicht thut, durch den Präfekten, nach vorhergegangener zweimonatlicher vorschriftsmäßiger Inverzugsetzung des Gemeinderats.

Wenn der Generalrat sich weigert, einen Unterstützungsantrag zu begutachten, oder sich nicht ausgesprochen hat in der Sitzung, die derjenigen folgt, in welcher der Antrag vorschriftsmäßig vorgelegt worden ist, so kann ein Staatszuschuß nach dem Gutachten des Staatsrats durch Dekret bewilligt werden.

§. 22.

Die Schulbaukasse.

Aus den Motiven zu dem Gesetzentwurf des Unterrichtsministers Waddington von 1877, die Gründung einer Schulbaukasse betreffend, ist ersichtlich, was für die Beschaffung neuer Schulhäuser bezw. die Erweiterung und Ausbesserung der alten Schulhäuser geschehen mußte. Indem die damalige Regierung die Durchführung der allgemeinen Schulpflicht bereits im Auge hatte, war die unabweisbare Vorbedingung dazu die Herstellung der nötigen Schulräume. In den 36 000 Gemeinden des Landes waren am Ende des Jahres 1877:

neu zu erbauen	17 320	Schulhäuser;
käuflich zu erwerben	3 239	„
zu vergrößern	5 458	„
auszubessern	7 381	„

Ferner mußte für 19 857 Schulen neues Mobiliar beschafft werden. Um die dadurch entstehenden ungeheuren Kosten teilweise durch Staatsunterstützungen an die Gemeinden zu decken,

teilweise die Aufbringung derselben den Gemeinden durch Gewährung von Darlehen unter günstigen Bedingungen zu erleichtern, so daß der dringende Notstand möglichst schnell und sicher beseitigt werden konnte, hatte Waddington seinen Gesetzentwurf eingebracht. Unter seinem Nachfolger Bardoux wurde dieser Entwurf zum Gesetz vom 1. Juni 1878, dessen auf die Gründung der Schulbaukasse bezüglichen Bestimmungen lauten wie folgt:

Tit. I.

Geldmittel, bestimmt zur Errichtung von Schulbauten.

Eine Summe von 60 Millionen Franken, zahlbar in 5 Jahresraten von 1878 an, wird zur Verfügung des Ministers des öffentlichen Unterrichts gestellt, um als Unterstützung unter die Gemeinden verteilt zu werden zum Zwecke der Ausbesserung oder des Neubaus ihrer Schulhäuser und zur Beschaffung von Schulmobilien.

Eine weitere Summe von 60 Millionen Franken, ebenfalls in 5 Jahresraten und von derselben Zeit an auszahlbar, wird als Darlehn zu demselben Zweck zur Verfügung derjenigen Gemeinden gestellt, welche vorschriftsmäßig eine Anleihe aufzunehmen ermächtigt sind.¹⁾

Die Zulagen, welche vom Ministerium bewilligt werden, sind unabhängig von denjenigen, welche den Gemeinden durch den Generalrat aus den Mitteln des Departements angewiesen werden können.

Die Höhe dieser letztern muß festgesetzt werden, wenn der Generalrat zusammenberufen ist, um sein Gutachten über die Unterstützungsgesuche der Gemeinden abzugeben.²⁾

Diejenigen Gemeinden, welche die Mittel vorher bewilligt haben, soweit es ihre finanzielle Lage erlaubt, und welche nicht die Gesamtauslagen zu decken vermögen, werden allein zu Staatsunterstützungen zugelassen. Sie müssen ihre Anträge an den Präfekten richten, welcher dieselben nach den bestehenden Gesetzen und Verordnungen behandelt³⁾ und dann dem Minister des öffentlichen Unterrichts zusendet nebst Plan und Kostenanschlag des geplanten Neubaus.⁴⁾

1) Art. 1. — 2) Art. 2. — 3) Gesetz vom 10. August 1871 Art. 68. Derselbe lautet: Die Unterstützungen der Gemeinden für Ankauf, Bau und Verbesserung der Schulhäuser und Bewahranstalten können durch den Minister nur auf den Vorschlag des Generalrats des Departements bewilligt werden. Zu diesem Zweck stellt der Generalrat ein Verzeichnis sämtlicher Vorschläge auf, welche je nach ihrer Dringlichkeit geordnet sind. — 4) Art. 3.

Wenn Plan und Kostenanschlag vom Minister des öffentlichen Unterrichts genehmigt sind, bestimmt ein Ministerial-Erlaß den Betrag und die Fälligkeitstermine der Unterstützung, indem er Rücksicht nimmt auf die finanzielle Lage der Gemeinde und die Höhe der Geldopfer, welche sie bewilligt hat.¹⁾

Die den Gemeinden bewilligten Unterstützungen können nur unter folgenden Bedingungen endgültig erlangt werden:

1. Vorlage einer Bescheinigung, deren Form durch den Minister des öffentlichen Unterrichts bestimmt wird und welche an ihn in derselben Form zurückgeschickt werden muß; aus der Bescheinigung muß hervorgehen, daß die Gemeinde bereits von ihren eignen Hilfsquellen Gebrauch gemacht hat zum Zweck von Schulbauten und daß die ausgeführten Arbeiten mit den genehmigten Plänen und Kostenanschlägen übereinstimmen;

2. die Arbeiten müssen spätestens in einem Zeitraum von 2 Jahren fertiggestellt sein.

Wenn nach Verlauf dieser Frist die Gemeinde die obigen Bedingungen nicht erfüllt hat, wird die Unterstützung als nicht bewilligt betrachtet.

Falls das Projekt später wieder aufgenommen wird, muß der Minister des öffentlichen Unterrichts von neuem Entscheidung treffen.²⁾

Alle Gemeinden, gleichviel ob sie eine Beihülfe des Staats oder des Departements haben, können sich an der Anleihe von 60 Millionen Franken beteiligen, welche in Abschn. 2, Art. 1 erwähnt sind.

Die Pläne und Kostenanschläge der in Aussicht genommenen Bauten müssen in beiden Fällen der Genehmigung des Ministers des öffentlichen Unterrichts unterbreitet werden.

Wenn die Beantragung einer Anleihe als zulässig anerkannt worden ist, kann die Anleihe nur dann verwirklicht werden, wenn sie durch ein Gesetz, ein Dekret oder einen Erlaß des Präfekten genehmigt ist, je nach den einzelnen Fällen in Gemäßheit der bestehenden Gesetze.³⁾

Tit. II.

Die Schulbaukasse.

Unter der Gewährleistung des Staats wird eine besondere Kasse eingerichtet, welche den Auftrag hat, den Gemeinden die in Gemäßheit der Art. 1, 3, 4 und 5 bewilligten Unterstützungen auszuzahlen sowie die in Art. 1 und 6 vorgesehenen Anleihen.

1) Art. 4) — 2) Art. 5. — 3) Art. 6.

Diese Kasse, welche den Namen „Schulbaukasse“ führt, wird durch die Depositenkasse verwaltet.¹⁾

Die Schulbaukasse bestreitet die Summen der obengedachten Unterstützungen und Anleihen entweder aus den Geldern, welche ihr aus dem Staatsschatz zur Verfügung gestellt werden, zu dem jährlich zu zahlenden Zinsfuß von drei Prozent oder aus dem Ergebnis des Umsatzes von Wertpapieren, welche unter den im letzten Abschnitt des Art. 8 des Gesetzes vom 11. Juli 1868 über die Vicinalwege angegebenen Bedingungen ausgegeben werden.²⁾

Die Unterstützungen, welche den Gemeinden durch die Schulbaukasse ausgezahlt werden, werden der letztern zurückgezahlt, Hauptsumme sowohl wie Zinsen, in 15 Jahreszahlungen von je 5 Millionen Franken und sind vom Jahre 1878 an in das Budget des Ministeriums des öffentlichen Unterrichts einzutragen.

Diese Summe wird zu Gunsten der Schulbaukasse angewiesen und in den ersten drei Monaten eines jeden Jahres durch die Staatskasse ausgezahlt.

Die nötigen Summen werden jedes Jahr durch Finanzgesetz flüssig gemacht.

Falls die angewiesene Summe und die eigenen Einnahmen der Kasse nicht ausreichen, tritt die Staatskasse ein sowohl für die zugesetzten Auslagen an Zinsen und Amortisation wie für die verschiedenen Kosten der Verwaltung.³⁾

Die Anleihen werden den Gemeinden auf höchstens 31 Jahre bewilligt. Sie werden der Schulbaukasse durch halbjährige Zahlung von 2,50 Franken für jede entliehene 100 Franken zurückgezahlt.

Diese in 62 halbjährigen Terminen fortgesetzte Zahlung befreit die Gemeinden von Zinsen und Amortisation.

Es können auch kürzere Rückzahlungstermine vereinbart werden; in diesem Fall werden die halbjährlichen Rückzahlungen derart berechnet, daß der Kasse neben der Amortisierung an Zinsen 3 Prozent jährlich entrichtet werden.⁴⁾

Zwischen der Schulbaukasse und den gesetzlich zur Aufnahme einer Anleihe ermächtigten Gemeinden werden besondere Verträge abgeschlossen, welche die Höhe der Beträge und die Rückzahltermine der durch die Kasse gewährten Anleihe festsetzen, ebenfalls die Bedingungen der Rückzahlung dieser Anleihen.⁵⁾

Die der Schulbaukasse von der Staatskasse geliehenen oder durch Ausgabe von Wertpapieren in Gemäßheit des Art. 8 flüssig gemachten Gelder werden den Empfangsberechtigten zurückgezahlt wie folgt:

Bei den Unterstützungen vermittelt der Einnahmen der durch den Staatsschatz der Schulbaukasse auf Grund des Art. 9 zugewiesenen Summen spätestens innerhalb einer Frist von 15 Jahren;

1) Art. 7. — 2) Art. 8. — 3) Art. 9. — 4) Art. 10. — 5) Art. 11.

bei den zur Anleihe verwendeten Summen vermittelt der Rückzahlungen durch die Gemeinden und in den für diese Rückzahlungen in Gemäßheit der in Art. 10 gegebenen Fristen.¹⁾

Jedes Jahr erstatten die Minister des öffentlichen Unterrichts, des Innern und der Finanzen dem Präsidenten der Republik von der Verteilung der Unterstützungen und der Anleihen, von dem Fortgang der Arbeiten und der Thätigkeit der Kasse besondern Bericht, welcher dem Senat und der Kammer der Abgeordneten zu Beginn der Sitzungen mitgeteilt wird.²⁾

Nach Art. 6 und 7 des Gesetzes vom 9. August 1879 werden die den Departements zu gewährenden Anleihen aus den Abschn. 2, Art. 1 des Gesetzes vom 1. Juni 1878 bewilligten 60 Millionen bestritten und unter denselben Bedingungen gegeben, wie die Gemeinden dieselben nach Art. 10 und 11 desselben Gesetzes erhalten.

Das Ausführungsdekret zu letztgenanntem Gesetz ist erlassen am 10. August 1878³⁾ und betont, daß die Kostenanschläge und Baupläne mit größter Genauigkeit anzufertigen seien, denn nachträgliche Ausgaben, gleichviel ob sie aus Irrtum oder Vergesslichkeit entstanden sind, bleiben in jedem Fall zur Last der Gemeinde.⁴⁾ Wenn eine Gemeinde in Gemäßheit des Art. 5 des Gesetzes sich der Unterstützung verlustig gemacht, dieselbe aber bereits ganz oder teilweise erhalten hat, so wird die Schulbaukasse durch den Minister des öffentlichen Unterrichts angewiesen, den ausgezahlten Betrag von der Gemeinde wieder einzuziehen.⁵⁾ Die Gemeinden, welche eine Anleihe machen wollen, bedürfen dazu der vorherigen Ermächtigung durch den Minister des öffentlichen Unterrichts. Letzterer setzt auch die Höhe der Anleihe fest. Wenn eine Gemeinde eine Anleihe machen und zugleich eine Unterstützung haben will, so muß erstere zunächst gemacht und der Vertrag gesetzlich vollzogen sein, bevor der Minister behufs Gewährung einer Unterstützung endgültige Entscheidung treffen kann.⁶⁾ Alle Verträge, welche die Schulbaukasse mit den Gemeinden abschließt, müssen die Bedingung enthalten, daß die Gemeinden innerhalb zweier Jahre ihre Anleihe zu dem ausgesprochenen Zweck thatsächlich verwenden, widrigenfalls die ganze Anleihe sofort rückzahlbar ist.⁷⁾

Die ministerielle Instruktion vom 16. August 1878⁸⁾ weist darauf hin, daß es nicht zulässig ist, etwa ein Drittel oder ein Viertel der Gesamtkosten als Unterstützung zu verlangen; der Staat behält sich in jedem einzelnen Fall genaue Prüfung vor; er giebt nach Bedürfnis; die Gemeinden, welche wohlhabend sind,

1) Art. 12. — 2) Art. 13. — 3) Pichard, Nouveau Code, 8. Aufl., S. 279 ff. — 4) Art. 2. — 5) Art. 3. — 6) Art. 4. — 7) Art. 7. — 8) Pichard, a. a. O., S. 283 ff.

erhalten wenig oder gar nichts; den Gemeinden, welche wenig haben, giebt er viel. Auch soll man in den Unterstützungsanträgen nicht zu hohe Forderungen stellen, indem nicht aus dem Auge zu lassen ist, daß die Volksschul-Ausgaben eine wesentliche Last der Gemeinde sind. Die Baupläne dürfen nicht zu kostspielig angelegt sein und müssen dem wirklichen Bedürfnis entsprechen; wenn ein Gebäude errichtet wird, in welches neben der Schule noch die Mairie und das Friedensgericht oder eines von beiden verlegt werden soll, so müssen die auf die Schule entfallenden Kosten genau und besonders angegeben werden, da die entsprechenden Unterstützungen nur für Unterrichtszwecke bestimmt sind.

Die Anleihen sind nicht für die armen Gemeinden allein bestimmt; von denselben können auch die wohlhabenden Gemeinden Gebrauch machen, um sich die zu Schulzwecken nötigen Gelder schnell und billig zu verschaffen. Auch in diesem Falle muß der Minister die Pläne und Kostenanschläge genehmigen. Jeder Antrag um Gewährung einer Anleihe muß durch den Maire eingereicht werden. Dem Antrag ist beizufügen:

1. Abschrift der Ermächtigungsurkunde zur Aufnahme einer Anleihe;
2. Abschrift der Beschlüsse des Gemeinderats, die Anleihe betreffend;
3. Beläge darüber, aus welchen Mitteln die Anleihe gedeckt werden soll.

Die Beschlüsse des Gemeinderats müssen die Höhe der Anleihe sowie die Dauer und die Mittel der Amortisation erkennen lassen, ferner ist in denselben die Vollmacht zu erwähnen, welche den Maire zum Abschluß der Anleihe mit der Schulbaukasse ermächtigt; endlich muß noch die besondere Verpflichtung in dem Beschlusse enthalten sein, daß die Gemeinde im Falle der Verzögerung der Rückzahlung an die Schulbaukasse 5⁰/₀ Verzugszinsen zu zahlen hat. Die zur Deckung der Anleihe gewährleisteten Mittel müssen auf sicherer Grundlage beruhen und für die ganze Dauer der Anleihe gesichert sein.

Der Vertrag, welchen die Kasse mit der Gemeinde schließt, muß außerdem noch die Bedingung enthalten, daß derselbe ohne weiteres nichtig ist und die Anleihesumme sofort zurückgefordert werden kann, wenn die geliehenen Gelder zu anderm Gebrauch verausgabt werden, als zum Schulhausbau. Die zur Rückzahlung der Anleihe erforderlichen jährlichen Summen gehören zu den obligatorischen Ausgaben der Gemeinden.

Das Gesetz vom 3. Juli 1880,¹⁾ welches 70¹/₅ Millionen Fr. als laufende Unterstützung in 6 Jahresraten, 17 Millionen als außer-

1) Bulletin 455, S. 773.

ordentliche Unterstützung, dazu noch 65 Millionen als Anleihen für die Sekundärschulen bewilligte, bestimmte, daß die durch das Gesetz vom 1. Juni 1878 ins Leben gerufene Schulbaukasse von nun an den Namen „Caisse des lycées, collèges et écoles primaires“ führen sollte. Die Kasse ist in zwei Abteilungen eingeteilt, beide unter Gewährleistung des Staates stehend, deren zweite Abteilung die Unterstützungen und Anleihen für die Volksschulen sowie die Anleihen für die Seminare verwaltet, gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 1. Juni 1878, insoweit dieselben durch dieses Gesetz nicht abgeändert sind.¹⁾

Art. 8 des Gesetzes vom 1. Juni 1878 wurde insofern abgeändert, als nunmehr die Schulbaukasse der Staatskasse als jährlich zu zahlende Zinsen von den zur Unterstützung verwandten Summen 3⁰/₀, dagegen von den Anleihen nur 1¹/₄ ⁰/₀ bezahlt;²⁾ gleichfalls wurde Art. 9 des Gesetzes vom 1. Juni 1878 insoweit außer Kraft gesetzt, als von 1880 an die durch die Schulbaukasse zu zahlenden Unterstützungen, Kapital und Zinsen, in 28 Jahresraten von je 6¹/₂ Millionen Fr. von der Staatskasse zurückgezahlt werden und in einem besondern Kapitel des Budgets des öffentlichen Unterrichts eingetragen werden müssen.³⁾

Die Anleihen werden nur mehr auf höchstens 30 Jahre bewilligt; unter Aufhebung des Art. 10 des Gesetzes vom 1. Juni 1878 werden die Anleihesummen an die Schulbaukasse zurückgezahlt durch den halbjährigen Betrag von 2 Fr. für jede geliehenen 100 Fr., so daß durch die ununterbrochene Zahlung von 60 halbjährigen Teilzahlungen mit 2 Fr. für 100 Zinsen und Kapital rückerstattet sind.

Auch kürzere Rückerstattungsfristen können vereinbart werden; neben der zu tilgenden Hauptsumme werden in diesem Falle die Zinsen jährlich mit 1¹/₄ ⁰/₀ gerechnet.

Dieselben Vorschriften kommen in Anwendung bei zukünftigen Anleihen und den Jahreszahlungen, welche noch nicht verfallen sind und zur Rückerstattung bereits gemachter Anleihen bei der Schulbaukasse dienen.⁴⁾

Wenn ein Departement einer Gemeinde jährliche Unterstützung gewährt, welche dazu dienen soll, die bei der Baukasse gemachte Anleihe zurückzuerstatten, so kann diese Unterstützung gemäß Art. 61 Abschn. 1 des Gesetzes vom 10. August 1871 (durch Umlage auf die vier direkten Steuern) gedeckt werden.⁵⁾

Die in Art. 12 Abschn. 2 des Gesetzes vom 1. Juni 1878 festgesetzte Frist von spätestens 15 Jahren wird auf spätestens 28 Jahre verlängert, entsprechend dem Art. 12 des Gesetzes vom 3. Juli 1880, ebenso werden die Rückzahlungstermine ent-

1) Art. 10. — 2) Art. 11. — 3) Art. 12. — 4) Art. 13. — 5) Art. 15.

sprechend dem Artikel 13 desselben Gesetzes auf 60 vermindert.¹⁾

Durch das Gesetz vom 2. August 1881²⁾ flossen der Schulbaukasse neue Mittel zu. Außer 10 Millionen Fr., welche als Unterstützung, und weitem 10 Millionen Fr., welche als Anleihen zur Förderung des höhern Mädchenunterrichts dienen sollten,³⁾ bestimmte das Gesetz, daß eine Summe von 50 Millionen Fr., zahlbar in 6 Jahresraten von 1882 an, zur Verfügung des Ministers des öffentlichen Unterrichts gestellt werden soll als Erhöhung der bereits durch das Gesetz vom 1. Juni 1878 zur Unterstützung für die Gemeinden bestimmten Summe.

Aus diesen Mitteln kann der Minister bis zur Höhe eines Zehntels für die auf Kosten des Staates zu errichtenden Volksschulanstalten entnehmen, wann und wie dies näher durch ein Dekret bestimmt wird.

Der Rest dieser Summe wird durch die Unterrichtsverwaltung nach Maßgabe der Bedürfnisse und der Opfer, welche die Gemeinden gebracht haben, unter diejenigen der letztern verteilt, welche nach den Bestimmungen des Art. 68 des Gesetzes vom 10. August 1871 vom Generalrat des Departements in Vorschlag gebracht werden.⁴⁾

Die Bestimmungen des Gesetzes vom 1. Juni 1878, welche nicht durch das Gesetz vom 3. Juli 1880 aufgehoben sind, finden Anwendung auf die Vermehrung der Staatsunterstützung, welche durch Art. 4 dieses Gesetzes bewilligt ist.⁵⁾

Ferner ist eine Summe von 50 Millionen Fr., zahlbar in sechs Jahresraten von 1882 an, als rückzahlbare Anleihe zur Verfügung der Gemeinden gestellt, welche gesetzlich eine Anleihe zu machen befugt sind, neben der Anleihesumme von 60 Millionen Fr., welche durch Art. 2 des Gesetzes vom 1. Juni 1878 bewilligt ist, zur Verbesserung oder zum Neubau von Schulhäusern und zur Beschaffung des Schulmobiliars.

Die Departements, welche nach Art. 5 des Gesetzes vom 9. August 1879 zur Aufnahme einer Anleihe für den Bau und die Einrichtung der Lehrerseminare ermächtigt sind, können sich an der Anleihesumme von 50 Millionen Fr., welche Abschn. 1 dieses Artikels vorgesehen ist, beteiligen.⁶⁾

Zur Teilnahme an den in Art. 1 des Gesetzes vom 1. Juni 1878 und den im eben angeführten Art. 8 genehmigten Anleihesummen werden die Gemeinden zugelassen, welche zu den Kosten für Bau und Einrichtung der Lehrerseminare beizutragen beschließen.⁷⁾

Die Bestimmungen des Art. 6 des Gesetzes vom 1. Juni

1) Art. 16. — 2) Bulletin 470, S. 1164 ff. — 3) Art. 1 und Art. 6. — 4) Art. 4. — 5) Art. 5. — 6) Art. 8. — 7) Art. 9.

1878 sind ebenmäßig anwendbar auf die in Art. 8 dieses Gesetzes bewilligte Anleihesumme von 50 Millionen.¹⁾

Die Beschaffung der in diesem Gesetze vorgesehenen Summen für die Schulbaukasse ist dieselbe, wie in Art. 8 des Gesetzes vom 1. Juni 1878 bzw. Art. 11 des Gesetzes vom 3. Juli 1880 angegeben; ebenso die Bedingungen, unter welchen sie gegeben oder verliehen werden.²⁾

Zur Deckung der Unterstützungen werden der Schulbaukasse aus dem Staatsschatz 26 Jahresraten zu je 3 352 000 Fr. von 1882 an ausgezahlt.³⁾

Die Anleihen werden auf längstens 30 Jahre gegeben, unter denselben Bedingungen, wie in Art. 13 des Gesetzes vom 3. Juli 1880 bestimmt ist.⁴⁾ Die der Schulbaukasse aus dem Staatsschatz geliehenen Summen bzw. die Werte der ausgegebenen Kassenscheine werden zurückgezahlt wie folgt: die zu Unterstützungen dienenden Gelder durch die Zuschüsse, welche die Kasse nach Art. 13 dieses Gesetzes erhält, und zwar spätestens in einem Zeitraum von 27 Jahren von 1882 ab; die Anleihen durch die Rückzahlungen der Gemeinden oder Departements in der im Art. 14 dieses Gesetzes festgestellten Frist.⁵⁾

Die beiden Jahresraten von je 12 Millionen Fr., zahlbar 1882 an Unterstützungen und Anleihen für den Bau von Volksschulen sowohl wie Volksschulseminaren, können unter den durch das Gesetz vom 1. Juni 1878 getroffenen Bestimmungen bereits 1881 verausgabt werden.⁶⁾

Eine abermalige Vergrößerung der Mittel der Schulbaukasse erfolgte durch das Gesetz vom 20 März 1883.⁷⁾ Die Unterstützungssumme von 110 Millionen Fr., welche durch die Gesetze vom 1. Juni 1878 und 2. August 1881 genehmigt war, wurde um 40 Millionen Fr. vermehrt, zahlbar in 3 Jahresraten von 1883 an.⁸⁾

Ferner wurde die Summe von 110 Millionen Fr., welche durch die beiden genannten Gesetze für Anleihen bewilligt waren, um 80 Millionen Fr. vermehrt, zahlbar in 3 Jahresraten von 1883 an.⁹⁾

An letztgenannter Anleihesumme können sich auch die Departements beteiligen zur Deckung der den Gemeinden aus den Mitteln des Departements bewilligten Unterstützungen für Schulhausbauten.¹⁰⁾

Die Jahresrate von 20 Millionen Fr. an Unterstützungen und Anleihen, welche nach dem Gesetz vom 2. August 1881 erst 1887 zur Verwendung kommen kann, darf im Jahre 1883 verwandt werden zur Erhöhung der durch die Gesetze vom 3. Juli 1880 und 2. August 1881 festgesetzten jährlichen Summen.¹¹⁾

1) Art. 10. — 2) Art. 12. — 3) Art. 13. — 4) Art. 14. — 5) Art. 17. — 6) Art. 18. — 7) Bulletin 537, S. 624 ff. — 8) Art. 1. — 9) Art. 4. — 10) Art. 5. — 11) Art. 7.

Im übrigen sind die durch die Gesetze vom 1. Juli 1878 und 2. August 1881 betreffs der Anleihen und Unterstützungen getroffenen Bestimmungen auch auf die Zuschufssumme von 40 bzw. 80 Millionen Fr. anwendbar.¹⁾

Infolge der so reichlich fließenden Mittel von seiten des Staates sowie der überaus großen Anzahl der neu zu gründenden Schulen nahmen die Gesuche um Unterstützungen bzw. um Anleihen einen nicht zu bewältigenden Umfang an. Das ministerielle Rundschreiben vom 26. März 1883²⁾ beklagt sich darüber, indem es betont, daß es trotz der großen zur Verfügung stehenden Mittel nicht möglich sei, allen Anforderungen gerecht zu werden. Um zunächst die dringendsten Gesuche erledigen zu können, werden die Präfekten ersucht, die Generalräte zu veranlassen, die Gesuche nach dem Verhältnis der Dringlichkeit der Anträge zu ordnen und die in erster Linie zu berücksichtigenden Gemeinden voranzustellen. Zunächst sind diejenigen Orte im Auge zu behalten, welche noch keine Schulen haben, dann die Schulen in ländlichen Gemeinden und Weilern. Die Anträge größerer Gemeinden, in welchen die Ausgabe auf den Kopf der schulpflichtigen Kinderzahl 300—350 Fr. übersteigt, sollen vorläufig bis zur nächsten Sitzung der Generalräte hinausgeschoben werden.

Der Ministerial-Erlaß vom 25. März 1884³⁾ bestimmte die Art der Verteilung der Unterstützungen auf die einzelnen Gemeinden. Die Verteilung, welche zunächst nach Departements geschieht, wird berechnet nach Maßgabe der Bevölkerung des Departements, der Höhe des Centimen des Departements auf die vier direkten Steuern und nach dem Verhältnis, in welchem der Staat zu den Ausgaben des Departements bis jetzt beigetragen hat.⁴⁾

Die Verteilung unter die Gemeinden in demselben Departement wird berechnet im umgekehrten Verhältnis der Höhe des Centimen der Gemeinde und im direkten Verhältnis der Lasten, welche auf die Gemeinde entfallen.⁵⁾

Nachdem noch durch Beschluß der Kammern die nach den vorgenannten Gesetzen bis 1887 vom Staate in Jahresraten zu zahlenden Unterstützungen und Anleihen sämtlich im Jahre 1884 zur Verwendung gelangen konnten, so daß der Fortschritt im Bau der Schulhäuser nicht gehemmt wurde und die Schulbaukasse zur sofortigen Auszahlung der bewilligten Gelder in der Lage war, schuf das Gesetz vom 20. Juni 1885⁶⁾ für die Gemeinden wie Departements neue Erleichterungen.

Demgemäß wurde der Minister des öffentlichen Unterrichts ermächtigt, im Namen des Staats sich zu verpflichten, den Departements, den Städten und Gemeinden unter den durch dieses

1) Art. 6. — 2) Bulletin 538, S. 660 ff. — 3) Bulletin 591, S. 4. —

4) Art. 2. — 5) Art. 3. — 6) Bulletin 654, S. 663 ff.

Gesetz vorgeschriebenen Bedingungen einen Teil der jährlichen Zahlungen zurückzuerstatten, welche sie leisten müssen zur Deckung der Zinsen und der Hauptsumme derjenigen Anleihen, die sie zum Bau, Umbau oder zur Vergrößerung der öffentlichen Schulanstalten aufgenommen haben.

Die Departements können ganz oder teilweise bei diesen Anleihen für die Gemeinden eintreten.¹⁾

Die im vorhergehenden Artikel erwähnten Unterstützungen können nur unter folgenden Bedingungen bewilligt werden:

1. Die Anleihen müssen mit der gesetzlich vorgeschriebenen Genehmigung aufgenommen werden und rückzahlbar sein in gleichen Jahresraten, Zinsen wie Hauptsumme, innerhalb einer Frist, die nicht kürzer als 30 und nicht länger als 40 Jahre sein kann.

2. Die Bauten müssen nach den genehmigten und vorschriftsmäßig übermittelten Entwürfen ausgeführt sein, unter Ausschluss jeder Ausgabe, welche den öffentlichen Unterricht nicht betrifft.

Falls die thatsächlichen Ausgaben die Höhe der Voranschläge nicht erreichen, wird die Staatsunterstützung im Verhältnis der gemachten Ersparnis vermindert.²⁾

Die für die öffentlichen Volksschulanstalten gegebenen Staatsunterstützungen werden berechnet nach einem Höchstbetrage der Gesamtausgabe. Derselbe wird für jede einzelne Art von Anstalten nach der gegenwärtigem Gesetze beigefügten Übersicht bestimmt, wovon die der Gemeinde zur Verfügung stehenden Mittel in Abzug gebracht werden.

Die Summen, welche der Staat zur Zahlung der Jahresraten beiträgt, kann in keinem Falle höher als 80 % und geringer als 15 % sein. Sie werden bestimmt nach dem umgekehrten Verhältnis des Centimen der Gemeinde, im direkten Verhältnis der außergewöhnlichen Lasten der Gemeinde und im Verhältnis der Kostenhöhe der Schulbauten, welche die Gemeinde noch ausführen muß, in Gemäßheit der Bestimmungen, welche durch ein Dekret auf den Vorschlag der Minister des öffentlichen Unterrichts, des Innern und der Finanzen erlassen werden.

Diejenigen Gemeinden, deren Centime die Höhe von 6000 Fr. übersteigt, können für Bau, Umbau und Vergrößerung ihrer Volksschulen eine Staatsunterstützung nicht erhalten.³⁾

Das Finanzgesetz eines jeden Jahres, beginnend mit 1885, bestimmt den Höchstbetrag der Unterstützungen, zahlbar in Jahresraten, welche für das folgende Jahr bzw. die spätern Jahre der Minister des öffentlichen Unterrichts in Gemäßheit der vorhergenannten Art. 4, 5 und 8 zu bewilligen ermächtigt ist.⁴⁾

Der Höchstbetrag der in Jahresraten, zuerst 1886, zahlbaren Unterstützungen, welche der Minister des öffentlichen Unterrichts

1) Art. 4. — 2) Art. 5. — 3) Art. 8. — 4) Art. 9.

während des Jahres 1885 zu bewilligen ermächtigt ist, wird auf 1 1/2 Million Fr. festgesetzt; davon entfällt auf den Volksschulunterricht die Summe von 1 222 000 Fr.¹⁾

Die dem Gesetze beifolgende Übersicht, welche für jede Art von Schulanstalten die Höchstausgaben festsetzt, zu welchen der Staat beisteuert, ist folgende:

1. für eine Weilerschule	Fr. 12 000
2. für eine einklassige Schule am Hauptort der Gemeinde (gleichviel, ob gemischt oder Knaben- bzw. Mädchenschule).....	„ 15 000
3. für eine Schulgruppe mit einer Klasse für jedes Geschlecht	„ 28 000
4. für jede weitere Klasse	„ 12 000
5. für ein Volksschulseminar.....	„ 400 000
6. für das Schulmobiliar einer Klasse	„ 500.

Das in Gemäßheit des Art. 8 des vorhin angeführten Gesetzes erlassene Dekret vom 15. Februar 1886²⁾ bestimmt die Art und Weise, wie die Höhe der Unterstützung bemessen wird.

Demnach sind drei Gesichtspunkte zu beobachten, aus welchen sich die Höhe der Unterstützung ergibt:

1. die Höhe der Gemeindesteuer überhaupt. Wenn 1 Centime derselben

1—10	Fr. ausmacht, so erhält die Gemeinde	65%
11	„ „ „ „ „ „	64 „
30	„ „ „ „ „ „	45 „
31—32	„ „ „ „ „ „	44 „
61—62	„ „ „ „ „ „	29 „
63—65	„ „ „ „ „ „	28 „
75—77	„ „ „ „ „ „	24 „
78—81	„ „ „ „ „ „	23 „
90—94	„ „ „ „ „ „	20 „
100—104	„ „ „ „ „ „	18 „
150—164	„ „ „ „ „ „	12 „
300—359	„ „ „ „ „ „	6 „
900—1799	„ „ „ „ „ „	2 „
1800 u. mehr	„ „ „ „ „ „	1 „ ³⁾

von der Jahreszahlung, welche die Gemeinde aufbringen muß, um die Anleihe nebst Zinsen und Amortisation zu decken;

2. die Höhe der Zuschlagscentimen, welche wegen Unzulänglichkeit des Einkommens der Gemeinde umgelegt werden müssen. Wenn dieselben

1—4 Centimen betragen, so erhält die Gemeinde	1%
5—8 „ „ „ „ „ „	2 „

1) Art. 10. — 2) Bulletin 689, S. 246 ff. — 3) Die Zwischenstufen fallen bzw. steigen entsprechend.

93—96 Centimen betragen, so erhält die Gemeinde 24⁰/₀
 97—100 „ und mehr „ „ „ „ „ 25 „¹⁾
 von der Jahreszahlung, welche die Gemeinde aufbringen muß,
 um die Anleihe nebst Zinsen und Amortisation zu decken;

3. die Höhe der außsergewöhnlichen Zuschlag-
 centimen, vervielfältigt mit der Zahl der Jahre, welche die Steuer
 dauert. Wenn dieselben

bis 50 Centimen betragen, so erhält die Gemeinde	1 ⁰ / ₀
50—100 „ „ „ „ „ „	2 „
u. s. w.	
451 — 500 „ „ „ „ „ „	10 „
über 500 u. mehr „ „ „ „ „ „	11 „

der betreffenden Jahreszahlung.

Dazu werden noch 10⁰/₀ von der Gesamtausgabe allen Ge-
 meinden angerechnet, soweit diese thatsächlich erfolgt ist und die
 in dem Gesetz vom 20. Juni 1885 festgesetzten Höchstausgaben
 nicht überschreitet.²⁾

Wenn die Höhe der Unterstützung, nach obigen drei Gesichts-
 punkten berechnet, nebst den in Art. 2 vorgesehenen 10⁰/₀
 mehr als 80⁰/₀ beträgt, so muß sie in Gemäßheit des Art. 8
 des Gesetzes auf 80⁰/₀ vermindert werden.³⁾

Durch das Gesetz vom 20. Juni 1885 tritt also in der Art
 und Weise der Beihülfe des Staats für Neubau und Einrichtung
 von Volksschulhäusern eine Änderung ein. Die Schulbaukasse
 hatte von ihrer Gründung an bis zum 31. Dezember 1884 an
 Unterstützungen gegen 180 Millionen Fr., an Anleihen gegen
 190 Millionen Fr. für die Gemeinden und Departements ausgezahlt
 bzw. zugesagt. In Zukunft können die Gemeinden nur noch
 Anleihen machen, zu deren Amortisation der Staat in der
 angegebenen Weise beiträgt. Die Baupläne, über welche die
 Verhandlungen noch in der Schwebe waren, wurden von neuem
 den Gemeinderäten zur Beratung vorgelegt, um nach den Kosten-
 ansätzen, welche die dem Gesetze beigefügte Übersicht aufweist,
 umgeändert zu werden. Alle zukünftigen Gesuche um Staats-
 beihülfe zur Tilgung von Anleihen für Schulbauten müssen sich
 streng nach dem Gesetz vom 26. Juni 1885 richten.

Die im Jahre 1884 angestellten Erhebungen ergaben, daß
 zur Deckung der Bedürfnisse für das Volksschulwesen noch eine
 Summe von 460 Millionen Fr. notwendig war. Von diesen 460 Mill.
 entfallen 400 Millionen auf die eigentlichen Volksschulen, 40 Mill.
 auf die Kleinkinderschulen und gehobenen Volksschulen, 10 Mill.
 auf die Volksschulseminare und 10 Millionen auf unvorhergesehene
 Fälle. Es blieben am 1. Januar 1885 noch zu erbauen: 4736

1) Die Zwischenstufen steigen mit je vier Centimen um 1⁰/₀. —
 2) Art. 2. — 3) Art. 3.

Weilerschulen, 4851 Mädchenschulen, 875 Knabenschulen, 1617 gemischte Schulen, 1750 Schulgruppen. Ferner mußten noch 3999 Schulen umgebaut, 3479 erweitert und 2984 käuflich erworben werden. Zu den 460 Millionen Fr. wird der Staat etwa 230 Millionen in Gemäßheit des Gesetzes vom 20. Juni 1885 beisteuern. Das Gesetz vom 22. Juli 1885¹⁾ ermächtigte den Finanzminister, bis zur Höhe von 319 744 000 Fr. Staatsschuld-scheine von je 500 Fr., verzinsbar mit 4 0/0, zu verausgaben, einziehbar in halbjährigen Auslosungen bis zum Jahre 1907. Diese Summe dient dazu, die noch notwendigen Unterstützungen und Anleihen der Kasse für Vicinalwege und der Schulbaukasse vom 1. Januar 1885 ab zu decken.

1) Bulletin 659, S. 196 ff.

Anhang.

Gesetz vom 30. Oktober 1886 über die Umgestaltung des Volksschulunterrichts.¹⁾

Tit. I.

Allgemeine Bestimmungen.

Kapitel I.

Die Anstalten des Volksschulunterrichts.

Art. 1. Der Volksschulunterricht wird erteilt:

1. in den Bewahranstalten und den Kinderklassen;
2. in den eigentlichen Volksschulen (*écoles primaires élémentaires*);
3. in den höhern Volksschulen und in den Klassen des höhern Volksschulunterrichts, welche mit den eigentlichen Volksschulen verbunden sind und „Fortbildungskurse“ genannt werden;
4. in den Handwerker-Fortbildungsschulen, wie sie das Gesetz vom 11. Dezember 1880 bestimmt.

Art. 2. Die Anstalten des Volksschulunterrichts jeder Art können öffentliche sein, d. h. solche, welche vom Staat, den Departements und den Gemeinden gegründet und unterhalten werden, oder private, d. h. solche, welche von Einzelpersonen oder von Genossenschaften gegründet und unterhalten werden.²⁾

Art. 3. Besondere Verordnungen, welche im Oberunterrichtsrate festgesetzt werden, bestimmen die Vorschriften, nach welchen unter die verschiedenen in Art. 1. aufgezählten Arten

1) Bulletin 725, S. 814. — 2) Vgl. I. Teil, S. 128.

von Schulen die Unterrichtsstoffe zu verteilen sind, wie sie das Gesetz vom 28. März. 1882¹⁾ anordnet; ebenso die Bedingungen der Aufnahme und der Entlassung der Schüler in jeder dieser Schulen.

Art. 4. Niemand kann Vorsteher oder Klassenlehrer an einer öffentlichen oder privaten Volksschule sein, wenn er nicht Franzose ist, ferner wenn er nicht die Befähigung besitzt, wie sie durch das Gesetz vom 16. Juni 1881 festgesetzt wird,²⁾ und nicht das durch gegenwärtiges Gesetz vorgeschriebene Alter hat.

Jedoch können Ausländer, welche die beiden letztgenannten Bedingungen erfüllen und sich im Genusse der bürgerlichen Rechte in Frankreich befinden, in den Privatschulen unterrichten, wenn sie durch den Minister nach dem Gutachten des Departementsschulrats dazu ermächtigt sind.

Die Ausländer, welche nur im Besitz von ausländischen Befähigungszeugnissen sind, müssen vorher die Erklärung des Ministers haben, daß diese Zeugnisse den französischen gleichgestellt werden.

Eine Verordnung, welche im Oberunterrichtsrat festgesetzt wird, bestimmt die Bedingungen, unter welchen diese Gleichstellung ausgesprochen werden kann.

In dem besondern Falle, in welchem Schulen ausschließlich für Kinder von Ausländern bestimmt sind, die in Frankreich wohnen, kann nach dem Gutachten des Oberunterrichtsrats der Minister des öffentlichen Unterrichts von der Vorlage von Befähigungszeugnissen entbinden, wenn die Ausländer, welche solchen Schulen vorzustehen oder an denselben zu unterrichten wünschen, zum Genusse der bürgerlichen Rechte in Frankreich zugelassen sind.³⁾

Art. 5. Unfähig, eine öffentliche oder Privatschule zu halten oder an derselben beschäftigt zu werden, sind diejenigen, welche eine gerichtliche Verurteilung wegen Verbrechens oder Vergehens gegen die Ehrenhaftigkeit oder die Sitten erlitten haben, welchen durch Urteil alle oder ein Teil der in Art. 42 des Strafgesetzbuchs erwähnten Rechte aberkannt wurden, sowie diejenigen, welche in Gemäfsheit der Art. 32 und 41 gegenwärtigen Gesetzes aus dem Lehrerstande ausgestoßen sind.

Art. 6. Der Unterricht wird erteilt durch Lehrer in den Knabenschulen, durch Lehrerinnen in den Mädchenschulen, den Bewahrschulen, den Kinderklassen bzw. -Schulen und den gemischten Schulen.

In den Knabenschulen können weibliche Personen zum Unterrichten als Klassenlehrerinnen zugelassen werden unter der Be-

1) Vgl. II. Teil, S. 167. — 2) Vgl. I. Teil, S. 86 und 103. — 3) Vgl. I. Teil, S. 133 ff.

dingung, daß sie Gattin, Schwester oder direkte Verwandte des Vorstehers der Anstalt sind.

Jedoch kann der Departementsschulrat vorläufig und durch eine jederzeit widerrufliche Entscheidung: 1. einem Lehrer erlauben, eine gemischte Schule zu verwalten, unter der Bedingung, daß ihm eine Handarbeitslehrerin beigegeben ist; 2. Abweichungen gestatten von den im zweiten Abschnitt dieses Artikels angegebenen Vorbehalten.

Art. 7. Niemand kann in irgend einer Volksschulanstalt, gleichviel welcher Art, unterrichten vor dem Alter von achtzehn Jahren für die Lehrer und von siebzehn Jahren für die Lehrerinnen.

Niemand kann Vorsteher einer Schule sein vor dem Alter von einundzwanzig Jahren.

Niemand kann Vorsteher einer höhern Volksschule oder einer mit einem Internat verbundenen Schule vor dem vollendeten fünfundzwanzigsten Lebensjahre sein.

Art. 8. Es können Volksschulanstalten für Erwachsene und für Lehrlinge errichtet werden, wenn die Bestimmungen der Gesetze vom 19. Mai 1874 und vom 28. März 1882 erfüllt sind.

In diese Anstalten dürfen Schüler beider Geschlechter nicht aufgenommen werden.

Eine ministerielle Verordnung wird die Vorschriften betreffs der Gründung dieser Anstalten sowie die Bedingungen festsetzen, unter welchen diese öffentlichen und schulgeldfreien Kurse für Erwachsene und für Lehrlinge eine Staatsbeihilfe erhalten können.

Die Eröffnung eines Privatfortbildungskurses für Erwachsene und für Lehrlinge ist den Vorschriften unterworfen, welche zur Eröffnung einer Privatschule gefordert werden, wofern nicht der Departementsschulrat von allen oder einem Teil dieser Vorschriften entbindet.

Kapitel II.

Die Aufsicht.

Art. 9. Die Aufsicht über die Anstalten des öffentlichen oder Privatunterrichts wird ausgeübt:

1. durch die Generalinspektoren des öffentlichen Unterrichts;
2. durch die Rektoren und Inspektoren der Akademie;
3. durch die Inspektoren des Volksschulunterrichts;
4. durch die Mitglieder des Departementsschulrats, welche zu diesem Zweck in Gemäßheit des Art. 50 bezeichnet werden;

jedoch können Privatschulen von solchen öffentlichen Lehrern und Lehrerinnen, welche Mitglieder des Departementsschulrats sind, nicht besichtigt werden;

5. durch den Maire und die Kantonaldelegierten;
6. an den Bewahrschulen neben den vorgenannten Behörden durch General- und Departements-Inspektorinnen der Bewahrschulen;
7. betreffs der Gesundheitspflege durch beaufsichtigende Gemeinde- und Departementsärzte.

Die Aufsicht über die öffentlichen Schulen wird in Gemäßheit der im Oberunterrichtsrath festgesetzten Vorschriften ausgeübt.

Die Aufsicht über die Privatschulen erstreckt sich auf die Sittlichkeit, die Gesundheitspflege und die Ausführung der Verpflichtungen, welche diesen Schulen durch das Gesetz vom 28. März 1882 auferlegt sind. Sie kann sich nur insoweit auf den Unterricht erstrecken, als sie sich davon überzeugt, daß derselbe nicht den Sitten, der Verfassung und den Gesetzen zuwider ist.

Alle Volksschulen für Mädchen, in den Internaten wie Externaten, sowohl öffentlichen wie privaten, mögen sie verwaltet werden durch weltliche Lehrerinnen oder durch geistliche Genossenschaften, gleichviel ob letztere in Klöstern zusammenleben oder nicht, sind betreffs der Aufsicht über den Unterricht den durch das Gesetz vorgeschriebenen Behörden unterstellt.

In allen Internaten von jungen Mädchen, welche durch weltliche Lehrerinnen oder durch geistliche Genossenschaften gehalten werden, gleichviel ob letztere in Klöstern zusammenleben oder nicht, ist die Aufsicht über die für die Zöglinge bestimmten Räumlichkeiten und die Anstaltsordnung Damen anvertraut, welche vom Minister des öffentlichen Unterrichts dazu beauftragt werden.

Art. 10. Niemand kann zum Volksschulinspektor ernannt werden, wenn er nicht das Befähigungszeugnis für die Schulaufsicht erlangt hat unter den Voraussetzungen, welche die im Oberunterrichtsrath festgesetzten Vorschriften bestimmen.

Ministerial-Erlasse bestimmen die Zahl und Ausdehnung der Aufsichtsbezirke in jedem Departement, ebenso die Befugnisse, die Rangordnung, die Reisekosten und das Aufrücken der Volksschulinspektoren.

Tit. II.

Der öffentliche Unterricht.

Kapitel I.

Die Errichtung der öffentlichen Schulen.

Art. 11. Jede Gemeinde muß wenigstens eine öffentliche Volksschule besitzen. Jedoch kann der Departementsschulrath

vorbehaltlich der Genehmigung des Ministers eine Gemeinde ermächtigen, sich mit einer oder mehreren benachbarten Gemeinden zur Errichtung und Unterhaltung einer Volksschule zu vereinigen.

Einer oder mehrere Weiler, welche zu einer Gemeinde gehören, können sich an die Schule einer benachbarten Gemeinde anschließen.

Eine solche Anordnung wird getroffen durch Beschluß der Gemeinderäte der beteiligten Gemeinden. Im Falle der Meinungsverschiedenheit kann sie durch Entscheidung des Departementsschulrats vorgeschrieben werden.

Wenn die Gemeinde oder die Vereinigung von Gemeinden 500 und mehr Einwohner zählt, muß sie wenigstens eine besondere Mädchenschule haben, wofern sie nicht vom Departementsschulrat ermächtigt ist, diese besondere Schule durch eine gemischte Schule zu ersetzen.¹⁾

Art. 12. Der Schulverband von Weilerschulen, welche in Ausführung des Art. 8 des Gesetzes vom 20. März 1883²⁾ gegründet sind, kann sich über mehrere Gemeinden ausdehnen.

In diesem wie in dem im vorhergehenden Artikel erwähnten Falle tragen die beteiligten Gemeinden zu den Bau- und Unterhaltungskosten dieser Schulen in dem Verhältnis bei, wie es durch die Gemeinderäte bestimmt ist; im Falle der Uneinigkeit setzt dasselbe der Präfekt fest nach dem Gutachten des Departementsschulrats.

Art. 13. Der Departementsschulrat bestimmt nach Anhörung des Gutachtens der Gemeinderäte und unter Vorbehalt der Genehmigung des Ministers die Zahl, die Beschaffenheit und den Ort der öffentlichen Volksschulen jeder Art, welche in jeder Gemeinde zu errichten und zu unterhalten sind, sowie die Zahl der denselben zuzuweisenden Lehrer.

Der Departementsschulrat kann nach zustimmendem Gutachten des Gemeinderats einen Lehrer oder eine Lehrerin ermächtigen, Schüler ins Haus aufzunehmen in bestimmter Zahl und unter bestimmten Bedingungen.

Art. 14. Die Errichtung der eigentlichen öffentlichen Volksschulen in Ausführung der Art. 11, 12 und 13 des gegenwärtigen Gesetzes ist eine pflichtmäßige Ausgabe für die Gemeinde.

Weitere pflichtmäßige Ausgaben in jeder gesetzlich errichteten Schule sind:

- die Wohnung für jedes Mitglied des an der Schule angestellten Lehrpersonals;
- die Unterhaltung oder die Miete der Gebäulichkeiten und ihres Zubehörs;
- die Beschaffung und Unterhaltung der Schulmöbel;

1) Vgl. II. Teil, S. 193 ff. — 2) Vgl. II. Teil S. 203.

die Heizung und Beleuchtung der Schulen und die Ausgaben an das Dienstpersonal, wenn solches vorhanden.

Art. 15. Der Art. 7 des Gesetzes vom 16. Juni 1881¹⁾ wird abgeändert wie folgt:

Es gehören zur Zahl der öffentlichen Volksschulen, für welche die Ausgaben aufzubringen die Gemeinden gesetzliche Verpflichtung haben, vorausgesetzt, daß diese Schulen nach den Vorschriften des Art. 13 des gegenwärtigen Gesetzes gegründet sind:

1. die öffentlichen Mädchenschulen, welche bereits in den Gemeinden von mehr als 400 Einwohnern eingerichtet sind;
2. die öffentlichen Bewahrschulen, welche in den Gemeinden eingerichtet sind oder werden, die mehr als 2000 Einwohner haben, von welchen wenigstens 1200 nahe beisammen wohnen;
3. die öffentlichen Kinderklassen, welche Kinder beiderlei Geschlechts aufnehmen und Lehrerinnen anvertraut sind.

Kapitel II.

Die Lehrpersonen. Anforderungen.

Art. 16. Der Unterricht in den öffentlichen Volksschulen wird erteilt in Gemäßheit der Vorschriften des Gesetzes vom 28. März 1882 und nach einem im Oberunterrichtsrath festgesetzten Lehrplan.

Für jedes Departement setzt der Departementsschulrath die Lehrpläne der verschiedenen Unterrichtsanstalten durch besondere Verordnung fest in Übereinstimmung mit obigem Lehrplan.

Art. 17. In den öffentlichen Schulen jeder Art wird der Unterricht ausschließlich weltlichen Lehrpersonen anvertraut.

Art. 18. Keine neue Ernennung von Orden angehörigen Lehrern und Lehrerinnen darf geschehen in denjenigen Departements, in welchen seit vier Jahren ein Lehrer- oder Lehrerinnen-seminar eröffnet ist, in Gemäßheit des Art. 1 des Gesetzes vom 9. August 1879.

Für die Knabenschulen muß der Ersatz der den Orden angehörigen Lehrer durch weltliche Lehrer im Zeitraum von fünf Jahren nach der Veröffentlichung gegenwärtigen Gesetzes durchgeführt sein.

Art. 19. Jede Klage betreffend Schenkungen und Vermächtnisse an die Gemeinden, welche vor dem gegenwärtigen Gesetze unter der Bedingung gemacht sind, daß Schulen oder Bewahranstalten gegründet werden sollen, die von Orden geleitet werden oder ein konfessionelles Gepräge haben, wird als nicht zulässig erklärt, wenn sie nicht innerhalb der zwei Jahre eingeleitet ist, die dem Tage folgen, an welchem der Erlaß der Verwelt-

1) Vgl. II. Teil, S. 200.

lichung oder der Aufhebung der Schule in dem „Journal officiel“ eingerückt ist.

Art. 20. Niemand kann zur Erteilung irgendwelchen Unterrichts in einer öffentlichen Schule berufen werden, wenn er nicht mit dem dieser Thätigkeit entsprechenden Befähigungszeugnis versehen ist, wie es entweder das Gesetz oder die Bestimmungen der Unterrichtsverwaltung vorschreiben.

Art. 21. Dekrete und Erlasse, welche im Oberunterrichtsrate festgesetzt sind, werden die Vorschriften bestimmen, unter denen das Befähigungszeugnis zweiten Grades und die besondern, für die öffentlichen Schulen der verschiedenen Grade erforderlichen Befähigungszeugnisse erworben werden, nämlich:

das Befähigungszeugnis ersten Grades;

das pädagogische Befähigungszeugnis;¹⁾

das Befähigungszeugnis für die Seminarprofessoren und die Lehrer an höhern Volksschulen;²⁾

die besondern Zeugnisse für die Nebenfächer: Zeichnen, Gesang, Turnen, Handfertigkeit, lebende Sprachen u. s. w.;

ferner die Art der Ernennung und der Thätigkeit der Ausschüsse, welche mit der Prüfung der Bewerber um diese verschiedenen Zeugnisse beauftragt sind.

Art. 22. Die Lehrer und Lehrerinnen werden eingeteilt in Probelehrer (stagiaires) und ordentliche Lehrer (titulaires);³⁾

Art. 23. Keiner kann zum ordentlichen Lehrer ernannt werden, wenn er nicht eine Probezeit von mindestens zwei Jahren an einer öffentlichen oder privaten Schule durchgemacht hat, wenn er nicht das pädagogische Befähigungszeugnis besitzt und wenn er nicht auf die vom Departementsschulrat aufgestellte Anstellungsliste für das Schulamt gesetzt ist, in Gemäßheit des Art. 27.

Die im Seminar vollbrachte Zeit wird auf die Probezeit in Anrechnung gebracht für die Seminaristen vom vollendeten 18. Lebensjahre, für die Seminaristinnen vom vollendeten 17. Lebensjahre an.

Nachlaß der Probezeit kann vom Minister nach dem Gutachten des Departementsschulrats bewilligt werden.

Die ordentlichen Lehrer, welche mit der Leitung einer Schule von mehr als zwei Klassen betraut sind, erhalten den Titel Volksschulvorsteher (directeur ou directrice d'école primaire élémentaire).

Art. 24. Die Lehrer und Lehrerinnen werden in den Schulen mit mehrern Klassen unterstützt von Klassenlehrern (adjoints), deren Zahl durch den Departementsschulrat festgesetzt wird.

1) Vgl. II. Teil, S. 87 und 90 ff. — 2) Vgl. I. Teil, S. 41 ff. —

3) Vgl. I. Teil, S. 162.

Diese Klassenlehrer sind entweder Probelehrer oder ordentliche Lehrer.

Die Klassenlehrer in den höhern Volksschulen müssen 21 Jahre alt sein und das Befähigungszeugnis ersten Grades besitzen. Sie erhalten den Titel „Professor“, wenn sie das Befähigungszeugnis der Seminarprofessoren haben.

Art. 25. Den Lehrern und Lehrerinnen an öffentlichen Schulen jeder Art sind kaufmännische und gewerbliche Geschäfte sowie die Thätigkeit in der Verwaltung untersagt.

Gleichfalls sind denselben untersagt die bezahlten und nicht bezahlten Ämter im Kirchendienste.

Jedoch tritt dieses letztere Verbot erst in Kraft nach Verkündung des Gesetzes betreffend die Lehrergehälter.

Die Lehrer an Gemeindeschulen können die Geschäfte eines Schreibers der Mairie ausüben mit Genehmigung des Departementsschulrats.¹⁾

Kapitel III.

Ernennung des Lehrpersonals. Disciplinarstrafen.

Auszeichnungen.

Art. 26. Die Probelehrer und Probelehrerinnen unterrichten im Auftrage des Inspektors der Akademie.

Dieser Auftrag kann durch den Inspektor der Akademie zurückgezogen werden auf das begründete Gutachten des Volksschulinspektors hin.

Die Probelehrer unterliegen denselben Disciplinarstrafen wie die ordentlichen Lehrer, mit Ausnahme der Dienstentlassung.

Diese Strafen sind auf sie anwendbar unter den Voraussetzungen und Gewährleistungen dieses Gesetzes.

Art. 27. Nachdem der Departementsschulrat Kenntnis genommen von den Gesuchen sämtlicher Bewerber, welche sich auf der Inspektion der Akademie eingeschrieben haben, entwirft bzw. ergänzt er im Laufe des Jahres ein Verzeichnis der Lehrer und Lehrerinnen, welche zu der Amtsthätigkeit eines ordentlichen Lehrers zugelassen werden können, entweder als Leiter einer Schule oder als Klassenlehrer zur Übernahme einer Schulklasse.

Die Ernennung der ordentlichen Lehrer geschieht durch den Präfekten im Auftrage des Ministers des öffentlichen Unterrichts und auf den Vorschlag des Inspektors der Akademie.¹⁾

1) Vgl. I. Teil, S. 140 ff.

Art. 28. Die Vorsteher, Vorsteherinnen und Professoren der höhern Volksschulen werden vom Minister des öffentlichen Unterrichts ernannt; sie müssen das Befähigungszeugnis der Seminarprofessoren besitzen.

Die Klassenlehrer, welche das höhere Zeugnis haben, und die Hilfslehrer für die Nebenfächer werden in diesen Anstalten ernannt oder beauftragt vom Präfekten auf den Vorschlag des Inspektors der Akademie.

Die Vorsteher und Vorsteherinnen von Lehrlings-Fortbildungsschulen werden durch den Minister des öffentlichen Unterrichts ernannt in Gemäfsheit des Gesetzes vom 11. Dezember 1880. Die Art der Ernennung, die Einrichtung der Aufsicht, die Vorschriften für die von dem Lehrpersonal zu fordernde Befähigung sowie alle die Ausführung betreffenden Fragen, an welchen der Minister des öffentlichen Unterrichts und der Minister für Handel und Gewerbe gleichmäfsig beteiligt sind, werden durch eine Verordnung der Staatsverwaltung bestimmt.

Art. 29. Die Versetzung aus einer Gemeinde in eine andere im Interesse des Dienstes wird durch den Präfekten ausgesprochen auf den Vorschlag des Inspektors der Akademie.¹⁾

Art. 30. Die Disciplinarstrafen,²⁾ welche über die Lehrpersonen des öffentlichen Volksschulunterrichts verhängt werden können, sind folgende:

1. Verweis;
2. Rüge;
3. Entlassung aus dem Dienst;
4. Amtsentsetzung auf eine bestimmte Zeit, deren Dauer jedoch fünf Jahre nicht überschreiten darf;
5. Gänzliche Amtsentsetzung.

Art. 31. Der Verweis wird erteilt vom Inspektor der Akademie.

Die Rüge wird vom Inspektor der Akademie ausgesprochen nach begründetem Gutachten des Departementsschulrats. Sie kann ausgesprochen werden mit Einrückung in das „Bulletin des actes administratifs“.

Die Entlassung aus dem Dienst wird vom Präfekten verhängt auf den Antrag des Inspektors der Akademie und das begründete Gutachten des Departementsschulrats. Im Falle der Dienstentlassung hat der beschuldigte Beamte das Recht, vor dem Departementsschulrat zu erscheinen und vorher Einsicht von den Akten zu nehmen.

Der entlassene Beamte kann innerhalb 20 Tagen von der Zustellung des Erlasses an Berufung beim Minister einlegen.

1) Vgl. I. Teil, S. 144. — 2) Vgl. I. Teil, S. 143 und S. 164 ff.

Die Berufung hat keine aufschiebende Wirkung.

Die Vorsteher und Vorsteherinnen von höhern Volksschulen und von Lehrlings-Fortbildungsschulen, ferner die in Art. 24 erwähnten Professoren werden abgesetzt bzw. aus dem Dienst entlassen durch den Minister des öffentlichen Unterrichts nach dem im dritten Paragraphen dieses Artikels bestimmten Verfahren.

Art. 32. Die Amtsentsetzung auf bestimmte Zeit und die gänzliche Amtsentsetzung werden ausgesprochen durch Urteil des Departementsschulrats.

Der beschuldigte Beamte wird vorgeladen, persönlich zu erscheinen. Er kann einen Verteidiger zuziehen und Einsicht von den Akten nehmen.

Das Urteil des Departementsschulrats muß die Urteilsgründe enthalten.

Der abgesetzte Beamte hat das Recht, innerhalb 20 Tagen von der Zustellung des Urteils an Berufung einzulegen bei dem Oberunterrichtsrat.

Die Berufung hat keine aufschiebende Kraft.

Ein Dekret, erlassen in der Form der Verfügungen der Staatsverwaltung, bestimmt die Vorschriften des Verfahrens für die Untersuchung, für das Urteil und die Berufung.

Art. 33. In schweren und dringlichen Fällen hat der Inspektor der Akademie, wofern er glaubt, daß das Interesse der Schule diese Maßregel erheische, das Recht, die vorläufige Auserdienstsetzung eines Lehrers für die Dauer der Untersuchung auszusprechen unter der Bedingung, daß die Sache in der nächsten Sitzung vor den Departementsschulrat gebracht wird.

Diese vorläufige Auserdienstsetzung zieht den Verlust des Gehalts nicht nach sich.

Art. 34. Die Beamten des öffentlichen Volksschulunterrichts können Belohnungen erhalten, bestehend in Ehrenmeldungen (*mentions honorables*) und Denkmünzen von Bronze und von Silber.

Ein Ministerial-Erlaß wird die Bedingungen bestimmen, unter welchen diese Auszeichnungen bewilligt werden können.¹⁾

Die in den Ruhestand versetzten Lehrer können zu Ehrenlehrern (*instituteurs honoraires*) ernannt werden nach einer Verordnung, welche im Oberunterrichtsrat festgesetzt werden wird.

Tit. III.

Der Privatunterricht.²⁾

Art. 35. Die Vorsteher und Vorsteherinnen von privaten Volksschulen sind vollständig frei in der Wahl des Lehrverfahrens,

1) Vgl. I. Teil, S. 179 ff. — 2) Vgl. I. Teil, S. 130 ff.

der Lehrpläne und der Bücher mit Ausnahme derjenigen, welche durch den Oberunterrichtsrath in Ausführung des Art. 5 des Gesetzes vom 27. Februar 1880 verboten sind.

Art. 36. Keine private Volksschule darf die Bezeichnung „höhere Volksschule“ annehmen, wenn der Vorsteher oder die Vorsteherin nicht das Befähigungszeugnis für Vorsteher oder Vorsteherinnen der höhern öffentlichen Volksschulen besitzt.

Keine Privatschule kann ohne Genehmigung des Departementschulraths Kinder beiderlei Geschlechts aufnehmen, wenn an demselben Orte eine öffentliche oder nicht öffentliche besondere Mädchenschule besteht.

Keine Privatschule darf Kinder unter sechs Jahren aufnehmen, wenn in der Gemeinde eine öffentliche Bewahrschule oder eine öffentliche Kinderklasse ist, ausser wenn sie selbst eine Kinderklasse hat.

Art. 37. Jeder Lehrer, welcher eine Privatschule eröffnen will, muß vorher seine Absicht dem Maire derjenigen Gemeinde, in welcher er die Schule zu gründen gedenkt, anzeigen und die Räumlichkeiten bezeichnen.

Der Maire sendet dem Antragsteller sofort Empfangsbescheinigung seiner Erklärung zurück und läßt letztere einen Monat an der Thür der Mairie anheften.

Wenn der Maire die Schulräumlichkeit nicht für passend hält aus Gründen, welche im Interesse der guten Sitten und der Gesundheit liegen, so erhebt er innerhalb acht Tagen Einspruch gegen die Eröffnung der Schule und setzt den Antragsteller davon in Kenntnis.

Dieselben Erklärungen müssen gemacht werden beim Wechsel der Schulräumlichkeiten oder im Falle der Aufnahme von Internen.

Art. 38. Der Antragsteller übersendet dieselben Erklärungen dem Präfekten, dem Inspektor der Akademie und dem Staatsanwalt; außerdem fügt er für den Inspektor der Akademie Geburtsakt bei sowie seine Zeugnisse, eine Leumundsbescheinigung, die Bezeichnung der Orte, an welchen er gewohnt hat, und die Angabe seiner Thätigkeit während der letzten zehn Jahre, Plan der Räumlichkeiten, welche für die Anstalt bestimmt sind, und, wenn sie einer Genossenschaft angehört, Abschrift der Statuten dieser Genossenschaft.

Der Inspektor der Akademie kann entweder von Amts wegen oder auf die Beschwerde des Staatsanwalts hin Einspruch gegen die Eröffnung einer Privatschule erheben im Interesse der guten Sitten und der Gesundheit.

Wenn es sich um einen aus dem Amt entlassenen Lehrer an einer öffentlichen Schule handelt, welcher sich als Privatlehrer in der Gemeinde, wo er im Amt war, niederlassen will, so kann Einspruch erhoben werden im Interesse der öffentlichen Ordnung.

In Ermangelung eines Einspruchs kann die Schule nach Ablauf des Monats ohne weitere Förmlichkeit eröffnet werden.

Art. 39. Der Einspruch gegen die Eröffnung einer Privatschule wird unter Anhörung beider Teile innerhalb eines Monats im Departementsschulrat verhandelt.

Berufung gegen die Entscheidung des Departementsschulrats kann eingelegt werden innerhalb zehn Tagen nach Zustellung des Urteils. Die Berufung wird durch den Inspektor der Akademie angenommen; sie wird dem Oberunterrichtsrat in dessen nächster Sitzung unterbreitet und unter Anhörung beider Teile in möglichst kurzer Frist verhandelt.

Der die Berufung einlegende Lehrer kann sich einen Rechtsbeistand mitnehmen oder sich durch denselben vertreten lassen sowohl beim Departementsschulrat wie beim Oberunterrichtsrat.

In keinem Falle kann vor der Entscheidung der Berufung die Schule eröffnet werden.

Art. 40. Wer eine Schule eröffnet oder ihr vorsteht, ohne die in den Art. 4, 7 und 8 vorgeschriebenen Bedingungen zu erfüllen, oder ohne die in den Art. 37 und 38 geforderten Erklärungen abgegeben zu haben, oder vor Ablauf der im letzten Paragraph des Art. 33 bezeichneten Frist, oder endlich in Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften des Art. 36, wird vor das zuständige Zuchtpolizeigericht gestellt und zu einer Geldstrafe von 100 bis 1000 Fr. verurteilt.

Die Schule muß geschlossen werden.

Im Wiederholungsfalle wird der Übertreter zu Gefängnis von sechs Tagen bis zu einem Monat und zu einer Geldstrafe von 500 bis 2000 Fr. verurteilt.

Dieselben Strafen werden ausgesprochen über denjenigen, welcher im Falle des Einspruchs gegen die Eröffnung seiner Schule sie dennoch eröffnet, bevor über diesen Einspruch entschieden ist, oder gegen die Entscheidung des Departementsschulrats, welcher den Einspruch anerkannt hat, oder vor der Entscheidung der Berufung.

Der Art. 463 des Strafgesetzbuchs kann in Anwendung kommen.

Art. 41. Jeder Privatlehrer kann auf den Antrag des Inspektors der Akademie wegen eines groben Vergehens in der Ausübung seines Dienstes, wegen schlechten Betragens oder wegen unsittlichen Lebenswandels vor den Departementsschulrat gestellt werden und dort eine Rüge erhalten; auch kann ihm die weitere Ausübung seiner Thätigkeit untersagt werden entweder in der Gemeinde, in welcher er wirkt, oder im ganzen Departement, je nach der Schwere des Vergehens.

Er kann sogar durch den Departementsschulrat auf bestimmte Zeit oder auch gänzlich seines Amtes entsetzt werden in derselben

Form und nach demselben Verfahren, wie der Lehrer an öffentlichen Schulen.

Der seines Amtes entsetzte Lehrer kann Berufung beim Oberunterrichtsrat einlegen in derselben Form und nach demselben Verfahren wie der Lehrer an öffentlichen Schulen.

Die Berufung hat keine aufschiebende Kraft.

Art. 42. Jeder Vorsteher einer Privatschule, welcher sich der Aufsicht der Schulbehörden zu unterwerfen weigert, die in diesem Gesetze angeordnet sind, wird vor das Zuchtpolizeigericht geladen und mit einer Geldstrafe von 50 bis 500 Fr. bestraft.

Im Wiederholungsfalle beträgt die Strafe 100 bis 1000 Fr.

Der Art. 463 des Strafgesetzbuchs kann in Anwendung kommen.

Wenn die Weigerung im Verlauf eines Jahres zu zwei Bestrafungen führt, so muß die Schließung der Schule durch das Urteil ausgesprochen werden, welches die zweite Strafe verhängt.

Art. 43. Denselben Bestimmungen bezüglich des Lehrplans, der Lehrpersonen und der Beaufsichtigung sind unterworfen die Schulen in Kranken- und Versorgungsanstalten, in den Ackerbaukolonien, den Arbeitshäusern, den Waisenhäusern, den Besserungshäusern, den Rettungshäusern und ähnlichen durch Private geleiteten Anstalten.

Die Vorsteher oder Verwalter können in die durch Art. 40 und 42 dieses Gesetzes angedrohten Strafen verfallen.

Tit. IV.

Die beratenden Körperschaften des Volksschulunterrichts.

Kapitel I.

Der Departementsschulrat.

Art. 44. In jedem Departement wird ein Rat für den Volksschulunterricht eingerichtet, dessen Zusammensetzung folgende ist:

1. der Präfekt, Vorsitzender;
2. der Inspektor der Akademie, stellvertretender Vorsitzender;
3. vier Generalräte, erwählt durch ihre Amtsgenossen;

4. der Direktor des Lehrerseminars und die Direktorin des Lehrerinnenseminars;
5. zwei Lehrer und zwei Lehrerinnen, durch die ordentlichen Lehrer bzw. Lehrerinnen des Departements gewählt und wählbar aus den Vorstehern und Vorsteherinnen von mehrklassigen Schulen und Seminar-Übungsschulen oder aus den in den Ruhestand versetzten Lehrern und Lehrerinnen;
6. zwei Inspektoren des Volksschulunterrichts, ernannt durch den Minister.

Kein Mitglied des Rats kann sich vertreten lassen.

Für die Streit- und Disciplinarsachen, welche die Mitglieder des Privatunterrichtswesens angeht, werden zwei Mitglieder aus den Privatlehrern, der eine weltlich, der andere einem Orden angehörig, durch ihre betreffenden Genossen gewählt und dem Departementsschulrat beigeordnet.

Art. 45. Die gewählten Mitglieder des Departementsschulrats sind dies für drei Jahre und können wiedergewählt werden.

Die Befugnisse der Generalräte hören auf mit ihrer Eigenschaft als Generalräte.

Art. 46. In dem Seinedepartement beträgt die Zahl der Generalräte acht, die der Volksschulinspektoren vier und die der zur Hälfte durch die Lehrer, zur Hälfte durch die Lehrerinnen gewählten Mitglieder vierzehn, nämlich zwei für je vier Stadtbezirke ¹⁾ und zwei für jeden der Bezirke Saint-Denis und Sceaux.

Art. 47. Die Thätigkeit der Mitglieder des Departementsschulrats ist unentgeltlich. Jedoch wird den Volksschulinspektoren und den Abgeordneten der Lehrer und Lehrerinnen, welche nicht im Hauptorte des Departements wohnen, Reisekosten-Entscheidung bewilligt.

Eine ministerielle Verordnung bestimmt das Wahlverfahren und die Berechnung der Entschädigung.

Art. 48. Der Departementsschulrat tritt gesetzlich wenigstens einmal alle vier Monate zusammen, jedoch kann der Präfekt denselben stets berufen, wenn der Dienst es erfordert.

Außer den Befugnissen, welche dem Departementsschulrat durch die Bestimmungen gegenwärtigen Gesetzes übertragen sind, liegt demselben folgendes ob:

Er wacht über die Ausführung der Lehrpläne, der Lehrverfahren und der Schulordnung, welche vom Oberunterrichtsrat verfügt sind, sowie ebenfalls über die Einrichtung der in Art. 9 vorgesehenen ärztlichen Aufsicht;

1) Paris hat 20 Stadtbezirke.

er erläßt die Verordnungen, welche sich auf die innern Angelegenheiten der Volksschulanstalten beziehen;

er bestimmt die öffentlichen Schulen, an welchen, der Zahl der Kinder entsprechend, ein Klassenlehrer angestellt werden muß;

er entscheidet über die Berichte und Vorschläge des Inspektors der Akademie, der Kantonaldelegierten und der Gemeinde-Schulkommissionen;

er giebt sein Gutachten über die Verbesserungen, deren Einführung im Unterricht er für nützlich erachtet, über die Beihilfen und die Unterstützungen, welche den Volksschulen zu bewilligen sind, sowie über die Belohnungen;

er nimmt jährlich Kenntniss von einem Hauptbericht des Inspektors der Akademie über den Zustand und die Bedürfnisse der öffentlichen Schulen und den Zustand der Privatschulen und tritt darüber in Beratung; dieser Bericht und das Protokoll über diese Beratung werden dem Minister des öffentlichen Unterrichts übersandt.

Art. 49. Die Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Mitglieder ist notwendig für die Gültigkeit der Entscheidungen.

Bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Die Departementsschulräte können Schulmänner und alle andern Personen zu ihren Versammlungen berufen, von denen sie glauben, daß die Erfahrung und der Rat derselben den Verhandlungen förderlich ist.

Die so berufenen Personen haben keine beschließende Stimme.

Art. 50. Der Departementsschulrat kann einem Drittel seiner Mitglieder das Recht übertragen, alle Anstalten des Volksschulwesens des Departements zu besuchen, öffentliche und private.

Diese Abgeordneten richten sich nach den in Art. 9 für die Schulaufsicht gegebenen Vorschriften.

Art. 51. Die Vorsteher und Vorsteherinnen von höhern öffentlichen Volksschulen und die Lehrer und Lehrerinnen, welche zu Mitgliedern des Departementsschulrats ernannt sind, gehören auch zu der Wählerschaft, welche (nach Art. 1 des Gesetzes vom 27. Februar 1880) diejenigen Mitglieder des Volksschulunterrichts wählt, die an den Sitzungen des Oberunterrichtsrats teilnehmen.

Art. 52. Der Departementsschulrat bezeichnet einen oder mehrere Delegierte, welche in den einzelnen Kantonen wohnen, um die öffentlichen und privaten Schulen des Kantons zu beaufsichtigen; er bestimmt ferner die Schulen, welche der Aufsicht eines jeden von ihnen besonders unterstellt sind.

Die Delegierten werden auf drei Jahre ernannt. Sie sind wieder wählbar und jederzeit absetzbar. Jeder Delegierte tritt in schriftlichen Verkehr sowohl mit dem Departementsschulrat,

welchem er seine Berichte einsenden muß, als auch mit den Ortsbehörden über alles, was den Zustand und die Bedürfnisse der Volksschulen seines Aufsichtsbezirks betrifft.

Sofern der Delegierte nicht Mitglied des Departementsschulrats ist, kann er dessen Sitzungen mit beratender Stimme beiwohnen bei denjenigen Fragen, an welchen die Schulen seines Aufsichtsbezirks beteiligt sind.

Die Delegierten treten wenigstens einmal alle drei Monate am Hauptorte des Kantons unter dem Vorsitz eines von ihnen gewählten Mitgliedes zusammen, um die Gutachten festzusetzen, welche sie dem Departementsschulrat einsenden.

Art. 53. In Paris werden die Delegierten für jeden Bezirk durch den Departementsschulrat ernannt und versammeln sich wenigstens einmal monatlich unter dem Vorsitz des Maire oder eines von letzterm beauftragten Beigeordneten.

Kapitel II.

Die Schulkommissionen.

Art. 54. Die Gemeinde-Schulkommission, welche durch Art. 5 des Gesetzes vom 28. März 1882¹⁾ angeordnet ist, besteht aus dem Maire oder einem von ihm beauftragten Beigeordneten als Vorsitzenden, aus einem der Delegierten des Kantons und in den Gemeinden, welche aus mehreren Kantonen bestehen, aus ebensoviel Delegierten, als sie Kantone bilden, sämtlich durch den Inspektor der Akademie ernannt; ferner aus ebensovielen vom Gemeinderat erwählten Mitgliedern, deren Zahl jedoch höchstens ein Drittel der Zahl der Gemeinderatsmitglieder erreichen darf.

Falls der Gemeinderat sich weigert, die Wahl dieser Mitglieder vorzunehmen, ernennt dieselben der Präfekt.

Art. 55. In Paris und Lyon ist eine Schulkommission in jedem Stadtbezirk; der Vorsitzende ist der Maire oder ein von ihm beauftragter Beigeordneter.

Die Schulkommission besteht aus einem vom Inspektor der Akademie ernannten Kantonaldelegierten und aus vom Gemeinderat ernannten Mitgliedern, drei bis sieben für jeden Bezirk.

Art. 56. Die Amtszeit der Mitglieder der Schulkommission, welche durch den Gemeinderat gewählt werden, dauert bis zur Neuwahl des Gemeinderats.

Die Vollmacht kann stets wieder erneuert werden.

1) Vgl. II. Teil, S. 168 ff.

Der Volksschulinspektor hat von Rechts wegen Sitz in allen Schulkommissionen seines Amtsbezirks.

Art. 57. Die Fälle der Nichtwählbarkeit und der Unvereinbarkeit, festgesetzt durch die Art. 32, 33 und 34 des Gesetzes vom 5. April 1884 über die Städte-Ordnung, sind anwendbar auf die Mitglieder der Schulkommissionen und die Kantonaldelegierten.

Art. 58. Die Schulkommission tritt wenigstens einmal alle drei Monate zusammen und wird von ihrem Vorsitzenden oder in Ermangelung desselben vom Volksschulinspektor berufen. Die Beschlüsse sind nicht gültig, wenn nicht die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist.

Jedes Mitglied, welches ohne von der Schulkommission anerkannten gesetzlichen Grund in drei aufeinanderfolgenden Sitzungen gefehlt hat, kann von dem Departementsschulrat als ausgeschieden erklärt werden, nachdem ihm Gelegenheit geboten ist, vor letzterm seine Erklärungen abzugeben.

Während der Dauer der Vollmacht der Schulkommission kann es nicht wiedergewählt werden.

Falls nach zwei Berufungen die Schulkommission nicht beschlußfähig ist, kann dieselbe dennoch in Beratung treten über die Sachen, welche auf der Tagesordnung stehen, wenn der Maire (oder der stellvertretende Beigeordnete), der Volksschulinspektor und der Kantonaldelegierte anwesend sind.

Eine Abschrift der Beschlüsse der Schulkommission muß durch den Vorsitzenden dem Volksschulinspektor innerhalb drei Tagen eingereicht werden.

Die Schulkommission darf sich niemals auf die Begutachtung der Unterrichtsfächer und des Lehrverfahrens einlassen.

Art. 59. Der Volksschulinspektor, die Eltern oder die verantwortlichen Personen können Berufung gegen die Entscheidungen der Schulkommission einlegen.

Diese Berufung muß innerhalb zehn Tagen geschehen durch einfaches Schreiben an den Präfekten und die beteiligten Personen.

Sie wird vor den Departementsschulrat gebracht, welcher endgültig beschließt.

Diese Berufung hat keine aufschiebende Kraft.

Die Väter, Mütter, Vormünder oder Vormünderinnen können sich durch einen Bevollmächtigten vor dem Departementsschulrat vertreten lassen.

Art. 60. Die Sitzungen der Departementsschulräte und der Schulkommission sind nicht öffentlich.

Art. 61. Die Tit. I und II des Gesetzes vom 15. März 1850, das Gesetz vom 10. April 1867 und alle dem gegenwärtigen Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen sind aufgehoben.

Tit. V.

Übergangsbestimmungen.

Art. 62. Die Vorsteherinnen öffentlicher Bewahranstalten werden den Lehrerinnen an öffentlichen Schulen gleichgestellt.

Für die Bewahrschulen wird kein besonderes Befähigungszeugnis mehr ausgestellt. Vom 1. Januar 1888 an ist das zum Unterricht in allen im Paragraph 1 und 2 des Art. 1 gegenwärtigen Gesetzes aufgezählten Schulen erforderliche Zeugnis das Befähigungszeugnis zweiten Grades. Jedoch können die Personen, welche bei der Veröffentlichung des gegenwärtigen Gesetzes das Befähigungszeugnis zur Leitung von Bewahrschulen haben, im Genuß der Rechte bleiben, welche ihnen das Gesetz vom 16. Juni 1881 gewährt.

Art. 63. Jeder Vorsteher einer bestehenden Privatschule muß innerhalb drei Monaten nach Verkündung dieses Gesetzes dem Inspektor der Akademie anzeigen, ob seine Schule unter die Bewahranstalten, die eigentlichen Volksschulen oder die höhern Volksschulen gehört. Zugleich muß er ihm seine Zeugnisse und eine Leumundsbescheinigung einsenden sowie anzeigen, ob er einem kirchlichen Orden angehört. Dieselben Papiere und Anzeigen werden von den Klassenlehrern gefordert.

Die Leumundsbescheinigung muß jedem unentgeltlich erteilt werden, welcher dieselbe in Ausführung dieses Artikels vorzulegen verpflichtet ist.

Art. 64. Die Departementsschulräte treten ins Leben innerhalb drei Monaten nach der Veröffentlichung gegenwärtigen Gesetzes. An den Wahlen können nur die im Dienst sich befindlichen ordentlichen Lehrer und Lehrerinnen teilnehmen, welche ein Befähigungszeugnis besitzen.

Art. 65. Die Kantonausschüsse werden vollständig erneuert innerhalb der zwei Monate, welche der Bildung des Departementsschulrats folgen.

Art. 66. Bis zum Erlaß eines neuen Gesetzes, betreffend die Aushebung für das Heer, kann die Verpflichtung, sich zehn Jahre dem Unterricht zu widmen, welche vorgesehen ist im Art. 79 des Gesetzes vom 15. März 1850 und Art. 20 des Gesetzes vom 27. Juli 1872, nur in den öffentlichen Unterrichtsanstalten erfüllt werden.

Jedoch können die Lehrer an Privatschulen, welche die Verpflichtung zu zehnjähriger Dienstzeit vor der Verkündung des gegenwärtigen Gesetzes eingegangen haben, vom Heeresdienst

befreit bleiben nach den Vorschriften des Art. 20 des Gesetzes vom 27. Juli 1872.¹⁾

Art. 67. Falls die Verweltlichung die Erwerbung oder den Bau eines Schulhauses nötig macht, wird die Ausführung des Paragraphen 1 des Art. 18 gegenwärtigen Gesetzes hinausgeschoben, bis für den Bau der Schule Sorge getragen ist, in Ausführung der Art. 8, 9 und 10 des Gesetzes vom 20. März 1883 und des Gesetzes vom 20. Juni 1885.²⁾

Tit. VI.

Besondere Bestimmungen für die Kolonien.

Art. 68. Das gegenwärtige Gesetz, ebenso das Gesetz vom 16. Juni 1881 über die Befähigungszeugnisse, Art. 1 des Gesetzes vom 16. Juni 1881 über die Unentgeltlichkeit und das Gesetz vom 28. März 1882 sind anwendbar auf Algier, Guadeloupe, Martinique und Réunion.

Die Verordnungen der Staatsverwaltung bestimmen jedoch die Art und Weise dieser Anwendung und setzen die notwendigen Übergangsbestimmungen fest.

In Algier werden die dem Präfekten durch die Art. 27, 28, 29 und 31 übertragenen Befugnisse vom Rektor der Akademie Algier ausgeübt.

Der Aufschub für die Verweltlichung der öffentlichen Schulen wird durch einfache Dekrete für Algier und die obengenannten Kolonien festgesetzt.

Einfache Dekrete treffen gleichfalls für Algier die Bestimmungen über Gründung und Einrichtung von Schulen, welche dazu dienen, den französischen Volksschulunterricht unter den Einwohnern zu verbreiten, sowie über die Befugnis, in den verschiedenen Schulen eingeborene Lehrer und Lehrerinnen anzustellen.

1) Vgl. I. Teil, S. 181 ff. — 2) Vgl. II. Teil, S. 203 und 213 ff.

Schröder, Chr.

Das Volksschulwesen in Frankreich dargestellt nach den jetzt geltenden
Bestimmungen unter Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklung der
Schulgesetzgebung
Bd.: 2

1887

Paed.th. 5211-2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11870912-5